Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Ausgabe Nord

23.Juli 1979
Jg.7 Nr.29 30

Ausgabe für die Bezirke Flensburg-Westküste, Holstein, Hamburg-Unterelbe. Herausgegeben vom Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW)
Erscheint im Verlag Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, Mainzer Landstr. 147, 6000 Frankfurt

Wochenzeitung 50 Pfg.
D 21060 C

„Starke Männer" für US-Präsidentenwahl 1980 gesucht

Carter-Rede: „Wir müssen das Energieproblem kriegsmäßig behandeln" / Kabinettsumbildung

z.gek. „Herr Präsident, wir sind in ernsten Schwierigkeiten, sprechen Sie zu uns über Blut, Schweiß und Tränen." „Herr Präsident, wir sind in einer moralischen und geistigen Krise." So soll des Volkes Stimme zu Carter gesprochen haben, als er sich zehn Tage lang auf Camp David zurückgezogen hatte. In einem künstlich dramatisierten Auftritt vor den Fernsehkameras las Carter weitere Blüten aus seinem Notizbuch vor: „Und hier eine der lebhaftesten Stellungnahmen: 'Wir strecken den Nacken über den Balken, und die OPEC hat das Schwert in der Hand.' " „Und dies von einem Arbeiterführer traf den Kern der Sache: 'Hier geht es um unsere Freiheit. Wir müssen das Energieproblem kriegsmäßig behandeln.' "

Kernstück der Politik der Carter-Administration war es, gestützt auf die mit immer wertloseren Dollar bezahlten Energie- und anderen Rohstoff-Importe, sodann auf die Mobilisierung der Millionenreserven billiger Arbeitskräfte, eine neue Phase der Wirtschaftsexpansion des US-Imperialismus einzuleiten, um auf dieser Grundlage seine Hegemoniestellung neu zu befestigen. Aber die Überproduktionskrise, die auf den Märkten der Konkurrenten hätte ausbrechen und den US-Monopolen dort weiteren Platz verschaffen sollen, ist stattdessen jetzt auf den eigenen Markt zuerst ausgebrochen. Die Klassenwidersprüche haben sich verschärft statt entspannt. Die Zahl der Streiktage pro Jahr hat stets noch zugenommen. Dennoch verarmen die Volksmassen durch die Teuerung so rasch, daß im Juli die Einzelhandelsumsätze in Zentren wie New York um 5–10% zurückgegangen sind. Es setzt die Jagd nach dem baren Geld ein: 800 Mio. $ aus überfälligen „Konsumentenkrediten" wollen zwei bedeutende Kreditinstitute jetzt expreß eintreiben, um eigenen Zahlungsverpflichtungen zu genügen.

Tatsächlich muß der US-Imperialismus, um sich als Supermacht zu behaupten, die „Energiefrage" lösen – und das heißt Senkung der Ölpreise und sonst gar nichts. Die Gesamtkosten von 140 Mrd. $, die Carter für die Umstellung auf „alternative Ener-

Administration war es, gestützt auf die mit immer wertloseren Dollar bezahlten Energie- und anderen Rohstoff-Importe, sodann auf die Mobilisierung der Millionenreserven billiger Arbeitskräfte, eine neue Phase der Wirtschaftsexpansion des US-Imperialismus einzuleiten, um auf dieser Grundlage seine Hegemoniestellung neu zu befestigen. Aber die Überproduktionskrise, die auf den Märkten der Konkurrenten hätte ausbrechen und den US-Monopolen dort weiteren Platz verschaffen sollen, ist stattdessen jetzt auf den eigenen Markt zuerst ausgebrochen. Die Klassenwidersprüche haben sich verschärft statt entspannt. Die Zahl der Streiktage pro Jahr hat stets noch zugenommen. Dennoch verarmen die Volksmassen durch die Teuerung so rasch, daß im Juli die Einzelhandelsumsätze in Zentren wie New York um 5–10% zurückgegangen sind. Es setzt die Jagd nach dem baren Geld ein: 800 Mio. $ aus überfälligen „Konsumentenkrediten" wollen zwei bedeutende Kreditinstitute jetzt expreß eintreiben, um eigenen Zahlungsverpflichtungen zu genügen.

Tatsächlich muß der US-Imperialismus, um sich als Supermacht zu behaupten, die „Energiefrage" lösen – und das heißt Senkung der Ölpreise und sonst gar nichts. Die Gesamtkosten von 140 Mrd. $, die Carter für die Umstellung auf „alternative Ener-

gien" genannt hat, wären allein schon ein starkes Argument für einen Krieg um die Ölfelder des Nahen Ostens – und Mexikos! Was die Umstellung des gesamten Produktionsapparates kosten würde, ist gar nicht auszurechnen. Daß in solchen Kalküls ein Waffengang mit der anderen Supermacht miteingeschlossen ist, und zwar gerade, solange diese sich noch nicht die strategische Ausgangsposition für einen Angriffskrieg in Europa hat schaffen können und jetzt in Eritrea, Afghanistan und Kampuchea festhängt, ist auch klar. Könnte sie dies nicht sogar unabhängig von allen Energiefragen als ein Ausweg aus der Krise anbieten? Neuer Platz auf dem Weltmarkt, botmäßige Alliierte, eingeschüchterte 3. Welt, ein saftiger neuer Kriegsboom und eine zuchthausmäßig „zusammenstehende" Arbeiterschaft im Innern?

Die Presseorgane der Hochfinanz haben auf Carters Brandrede mit absichtsvoller Zurückhaltung reagiert: „Carter bekräftigte eine Reihe wünschenswerter Ziele. Aber er versäumte es, überzeugend nachzuweisen, daß er fähig sein wird, sie zu erreichen", heißt es in einem Kommentar von New York Times und Washington Post (IHT, 17.7.). „Wünschenswerte Ziele" sind also jetzt: die Errichtung eines Gerüstes einer zentral gelenkten Kriegswirtschaft, ausgehend vom Energiesektor; erweiterte Vollmachten des Präsidenten, angefangen mit Benzinrationierungen; Schaffung eines zentralen Kriegsfonds aus Öl- und Benzinsteuern, die den Volksmassen nun aufgelegt werden, und mittels „Volksaktien", deren Ähnlichkeit mit den Kriegsanleihen des 2. Weltkriegs beabsichtigt ist.

Die US-Finanzbourgeoisie hatte 1975 Carter als jemanden präsentiert, der es mit den Kriegsrüstungen und dem Ausbau der Staatsmaschine nicht gar so wüst treiben werde wie seine Vorgänger, und der wenigstens einen Funken Moral im Leibe habe. Wir hatten gleich darauf hingewiesen, daß es die eigentliche Aufgabe dieses frömmelnden Menschenrechtlers sein werde, dem US-Imperialismus wieder eine weiße Weste zu verpassen und ihn nach innen und außen in kriegsfähigen Zustand zu bringen. Das hat sich als schwierig erweisen. Nicht einmal die Wehrpflicht hat man bis jetzt wieder-

sichtsvoller Zurückhaltung reagiert: „Carter bekräftigte eine Reihe wünschenswerter Ziele. Aber er versäumte es, überzeugend nachzuweisen, daß er fähig sein wird, sie zu erreichen", heißt es in einem Kommentar von New York Times und Washington Post (IHT, 17.7.). „Wünschenswerte Ziele" sind also jetzt: die Errichtung eines Gerüstes einer zentral gelenkten Kriegswirtschaft, ausgehend vom Energiesektor; erweiterte Vollmachten des Präsidenten, angefangen mit Benzinrationierungen; Schaffung eines zentralen Kriegsfonds aus Öl- und Benzinsteuern, die den Volksmassen nun aufgelegt werden, und mittels „Volksaktien", deren Ähnlichkeit mit den Kriegsanleihen des 2. Weltkriegs beabsichtigt ist.

Die US-Finanzbourgeoisie hatte 1975 Carter als jemanden präsentiert, der es mit den Kriegsrüstungen und dem Ausbau der Staatsmaschine nicht gar so wüst treiben werde wie seine Vorgänger, und der wenigstens einen Funken Moral im Leibe habe. Wir hatten gleich darauf hingewiesen, daß es die eigentliche Aufgabe dieses frömmelnden Menschenrechtlers sein werde, dem US-Imperialismus wieder eine weiße Weste zu verpassen und ihn nach innen und außen in kriegsfähigen Zustand zu bringen. Das hat sich als schwierig erweisen. Nicht einmal die Wehrpflicht hat man bis jetzt wieder-

einführen können. Jetzt hat Carter einen Vorstoß unternommen und die „wünschenswerten Ziele" des US-Imperialismus auf den Tisch gelegt. Mit der Entlassung „unloyaler" Minister will er sich am Ende sogar noch als ein Südstaaten-Bonaparte im Weißen Haus herausputzen. Links von ihm versucht Ted, jüngster Sproß der Finanzdynastie der Kennedys, reformistische Gewerkschaftsführer und die liberale Bourgeoisie in der (ganz auseinandergefallenen) Demokratischen Partei noch einmal unter einen Hut zu kriegen; rechts knirschen gleich mehrere eisenfressende Reaktionäre der Republikanischen Partei mit den Kiefern. Das Mandat, das sich die herrschende Klasse in den Präsidentschaftswahlen 1980 so oder so verschaffen will, lautet also – wie hatte es Carters „Arbeiterführer" ausgedrückt? – „kriegsmäßige" Behandlung der Probleme des US-Imperialismus. Dafür wird nun das passende Gespann zweier möglichst unterschiedlich profilierter „starker Männer" gesucht.

Ob das von Carter vorgelegte Rüstungsprogramm für einen „Energiekrieg" gegen die OPEC (vgl. den Artikel auf S. 3) in dieser Form durchgeführt werden wird, ist durchaus fraglich. Der Zweck des Unternehmens ist auf jeden Fall weiter gespannt: „Energie wird der erste Test sein für unsere Fähigkeit, als Nation zusammenzustehen ...". „Wir sind an einem Wendepunkt unserer Geschichte. Wir haben die Wahl zwischen zwei Wegen. Der eine führt zu ... dauernden Konflikten enger Eigeninteressen, zu Chaos und Stillstand ... Alle Traditionen unserer Geschichte weisen uns einen anderen Weg, den Weg gemeinsamer Anstrengung, der Wiederherstellung der Werte Amerikas". „Harte Arbeit, starke Familien, engverbundene Gemeinden und unser Glaube an Gott ...". Prost Mahlzeit.

Nicaragua: Nach dem militärischen Sieg Festigung der Front gegen den Imperialismus



Am 9.7. besetzen die Volksmassen Costa Ricas den Flughafen Iberia und verhindern so eine US-Intervention in Nicaragua. Am 10.7. erobert eine Einheit der Sandinistas den Stützpunkt der Nationalgarde in Esteli. Gleich darauf setzt sich Somoza in die USA ab. Die Provisorische Regierung der Nationalen Einheit übernimmt die Regierungsgewalt. Ihr Programm vom 26.6. legt fest: Auflösung

passende Gespann zweier möglichst unterschiedlich profilierter „starker | Mahlzeit.

Nicaragua: Nach dem militärischen Sieg Festigung der Front gegen den Imperialismus



Am 9.7. besetzen die Volksmassen Costa Ricas den Flughafen Iberia und verhindern so eine US-Intervention in Nicaragua. Am 10.7. erobert eine Einheit der Sandinistas den Stützpunkt der Nationalgarde in Esteli. Gleich darauf setzt sich Somoza in die USA ab. Die Provisorische Regierung der Nationalen Einheit übernimmt die Regierungsgewalt. Ihr Programm vom 26.6. legt fest: Auflösung
der Nationalgarde und Ersetzung durch eine nationale Armee mit der FSNL als Kern; Verstaatlichung von Minen, Energiewirtschaft und Fischfang; Agrarreform; Streikrecht und Gewerkschaftsfreiheit; Unabhängigkeit und Blockfreiheit.

Kampuchea: Die Aggressoren versinken immer tiefer

z.mif. In der jetzigen Regenzeit ist es für die sowjetisch-vietnamesischen Aggressoren stark erschwert, die Straßen und Verbindungswege in die Regionen Kampucheas zu benutzen: sie werden von der Revolutionären Armee Kampucheas und den Guerillakämpfern teils beherrscht, teils blockiert. Auch mit dem Hubschrauber können die Aggressoren mehrere Stellungen nicht mehr mit Nachschub versorgen. Seuchen wie Malaria, Ruhr, Typhus lichten ihre Reihen, in allen Einheiten kommt es zu Desertionen. Nach der vorläufigen Bilanz wurden zwischen dem 20. Mai und dem 26. Juni 3210 vietnamesische Aggressoren getötet und verwundet, fast 50 Militärfahrzeuge zerstört und mehr als 200 Waffen erbeutet. Die Sozialimperialisten verstärken unterdessen ihren Nachschub, um nach der Regenzeit den verlorenen Boden wettzumachen.

Tolstois 150. Geburtstag: Fest der Kriegspropaganda

z.pek. In großer Aufmachung soll am 9. September in der Sowjetunion der 150. Geburtstag des Schriftstellers Lew Tolstoi gefeiert werden. Tolstoi schilderte in seinen Romanen die elende soziale Lage der besitzlosen Bauernmassen im zaristischen Rußland. Deshalb wird er auch heute noch viel gelesen. Selbst der Großgrundbesitzerklasse entstammend, hat er aber den Bauernmassen keine Perspektive zu ihrer Befreiung aufzeigen können. Die kriegerischen Auseinandersetzungen der Zaren mit den europäischen Großmächten schilderte er als gewaltiges Naturereignis, das sich unabhängig vom Willen der Menschen vollzieht. Das versucht heute Breschnew auszuschlachten: „Der Held im Tolstoi'schen Sinne tut, was er tun muß, – trotz allem." Den Geburtstag Tolstois will er so zu einem Hochfest der Kriegspropaganda machen.

Kuba bietet Vietnam Söldnertruppen an

z.anb. Während die sowjetischen Imperialisten ihre Hanoier Marionetten veranlassen, erneute Grenzprovokationen gegen die VR China zu unternehmen, teilen sie Kuba die schändliche

Tolstois 150. Geburtstag: Fest der Kriegspropaganda

z.pek. In großer Aufmachung soll am 9. September in der Sowjetunion der 150. Geburtstag des Schriftstellers Lew Tolstoi gefeiert werden. Tolstoi schilderte in seinen Romanen die elende soziale Lage der besitzlosen Bauernmassen im zaristischen Rußland. Deshalb wird er auch heute noch viel gelesen. Selbst der Großgrundbesitzerklasse entstammend, hat er aber den Bauernmassen keine Perspektive zu ihrer Befreiung aufzeigen können. Die kriegerischen Auseinandersetzungen der Zaren mit den europäischen Großmächten schilderte er als gewaltiges Naturereignis, das sich unabhängig vom Willen der Menschen vollzieht. Das versucht heute Breschnew auszuschlachten: „Der Held im Tolstoi'schen Sinne tut, was er tun muß, – trotz allem." Den Geburtstag Tolstois will er so zu einem Hochfest der Kriegspropaganda machen.

Kuba bietet Vietnam Söldnertruppen an

z.anb. Während die sowjetischen Imperialisten ihre Hanoier Marionetten veranlassen, erneute Grenzprovokationen gegen die VR China zu unternehmen, teilen sie Kuba die schändliche
Aufgabe zu, seine Rolle als Gastgeberland des Blockfreiengipfels im September für die Propagierung der sozialimperialistischen Aggressionspolitik in Südostasien zu mißbrauchen. Der kubanische Vizepräsident Rodriguez erklärte Mitte Juli, Kuba sei bereit, Vietnam Truppen für einen neuen Krieg an der Grenze zur VR China zur Verfügung zu stellen. Wenig später beschwor er in Colombo wortgewaltig die „Verteidigung der Prinzipien der Blockfreiheit". An die Regierung des Demokratischen Kampuchea haben die kubanischen Revisionisten bislang keine Einladung zum Gipfeltreffen verschickt. Ihre Oberherren werden sich gehörig verschätzen.

Neukaledonien: „Giscard raus!"

z.inl.Paris. Mit einer Demonstration der melanesischen Bevölkerung für nationale Unabhängigkeit begann in Nouméa letzte Woche die Inspektionsreise Giscard d'Estaings durch die südpazifischen Kolonien. Als „überseeische Territorien" hält Frankreich die Inselgruppen Neukaledonien, Wallis und Futuna und „Französisch"-Polynesien unter seiner Herrschaft. „Kontinuität der Atompolitik" (bei Tahiti liegt ihr nukleares Versuchszentrum) und Präsenz wollten die französischen Imperialisten demonstrieren – vor allem gegenüber den USA, die die Vorherrschaft im Pazifik haben. Die Kolonien brauchen sie als Militärbasen. Auf Neukaledonien (dort lagern 40% der Weltnickelvorräte) tönte Giscard von „Brüderlichkeit und Gleichheit", versprach eine Landreform und die Einführung der Einkommenssteuer. Er bekam die richtige Antwort.

Die tobende Konkurrenz schwächt die Kapitalisten

Etliche Kapitalisten mußten schon Sonderzahlungen machen

z.frb. Weit davon entfernt, auch nur einen Heller freiwillig herauszurücken, mußten doch schon etliche Kapitalisten der Forderung nach einer Sonderzahlung nachgeben. Dies, obwohl die DGB-Führung drauf und dran war, den „Tariffrieden" in den Rang eines Sakraments zu erheben.

Seit Mitte des letzten Jahres haben die Kapitalisten wieder Profit gerochen, der ihnen Kühnheit verlieh. Sie haben bestellt und investiert. Im Frühjahr ist die Sache richtig in Rollen gekommen. Die frisch hereingeholten Profite und das reichlich vorhandene Geldkapital wurden schlagartig wieder in produktives Kapital verwandelt, in Zusatzkapital, mit dem mehr Arbeiter noch mehr ausgebeutet werden. Die Investitionsgüterindustrie erlebte einen Boom. So schreibt die Wirtschaftswoche jetzt: „Deutschlands Unternehmer sind offensichtlich dabei, ihren Produktionsapparat verstärkt zu modernisieren." Das neue Kapital muß sich verwerten, muß Profit abwerfen. Dazu muß der Mehrwert nicht bloß produziert werden, dazu muß er auch realisiert werden. Die Kapitalisten wissen es nicht, aber sie spüren es, daß die Produktion des Mehrwerts nicht identisch ist mit seiner Realisierung. Wird die Gelegenheit heute nicht beim Schopf gepackt, so kann es morgen schon zu spät sein und der Kapitalist hockt auf seinem Kapital.

Soeben konstatierte die Bundesbank eine „weiterhin günstige Ertrags- und Liquiditätssituation der Unternehmen". Noch expandiert der Markt. Er expandiert, weil der Kredit fließt. Da heißt es zugreifen.

Die Kapitalisten müssen den Konkurrenten schlagen, und dazu müssen sie lieferfähig sein, sie müssen rasch liefern und sie müssen ausreichend liefern. So sind sie empfindlich gegen jeden Streik. Neue Maschinerie, ausgedehnte Produktion, blitzschnelle Umstellungen der Produktion nach den Erfordernissen des Marktes, Vorstoß in Lücken, die die Konkurrenz gelassen hat, all dies verlangt einen eingespielten Arbeiterkörper. Häufiger Wechsel ist jetzt schädlich und der Kapitalist ist empfindlich gegen jeden Krach.

Und nicht nur im Inland ist die Konkurrenz aufs schärfste angespannt. Auf dem Weltmarkt geht es genauso zu und ohne Erfolg auf dem Weltmarkt gibt es für die westdeutschen Imperialisten keinen Profit. Die USA-Wirtschaft befindet sich bereits auf rasanter Fahrt in die Krise, und die Importe dort sind – außerdem als Folge der Dollarabwertung – am Sinken. Also schrumpft nicht nur die Absatzchance auf dem US-Markt, sondern es suchen auch die US-Monopole ihr Heil mehr denn je auf dem Weltmarkt, durch Warenexport und durch Kapitalexport.

All dies hat die Kapitalisten in eine Lage gebracht, in der sie etlichen Belegschaften in der Forderung nach einer Sonderzahlung nachgeben mußten.

Die Schwäche der Kapitalisten ist so eindeutig, daß sogar die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer, die bis vor einer Woche noch redeten, als würde ihnen Karl Klasen, der alternde Exbundesbankpräsident, das Manuskript halten, und außer dem „Spitzengespräch" nichts im Sinn hatten, sich rühren mußten. Daß man die Kapitalisten jetzt auf dem falschen Bein erwischen kann, ist schon bewiesen.

Tarifabschluß in der italienischen Metallindustrie



Mit Streiks und Torblockaden haben die 1,5 Millionen Metallarbeiter nach sechs Monaten ihre Lohnforderung von auf die dreijährige Laufzeit berechnet durchschnittlich 30000 Lire (66 DM) durchsetzen können.

z.hef.London. **Am 20. und 21. April trat die „Parteiführerkonferenz“ der „Europäischen Demokratischen Union“ in London zusammen.** Strauß war für die CSU da, Albrecht für die CDU. Margret Thatcher gab ein Dinner für die Delegierten. Vertreter von Parteien aus Dänemark, Finnland, Frankreich, Norwegen, Portugal, Schweden, Spanien, Malta, der Schweiz und Italien (aber nicht der christdemokratischen Partei) nahmen teil. Die CDU war verantwortlich für den Unterausschuß „Europäische Strukturen und europäische Politik“. Albrecht erstattete Bericht. Die Erweiterung der EG würde „die wirtschaftliche und politische Aufwärtsentwicklung ganz Europas, vor allem auch seine Stellung in der Welt fördern. Jedoch besteht die Gefahr, daß die nicht der Gemeinschaft angehörigen Länder unseres Kontinents an wichtigen Entscheidungen nicht voll teilnehmen und daß ihre Anliegen auf europäischer Ebene nicht in ausreichendem Maß diskutiert werden.“ Dazu sei die EDU „wegen ihrer breiten territorialen Basis“ besonders geeignet. Thatcher stellte in ihrer Rede klar, daß dabei die staatliche Souveränität der kleineren europäischen Länder schon leiden kann: „Wir müssen die richtige Balance zwischen den Interessen unserer separaten Nationen und denen der europäischen Gemeinschaft herstellen. In einer der ersten Aktionen, die gemeinschaftlich von den europäischen Nationen durchgeführt wurden, dem Protokoll für die Unabhängigkeit Belgiens 1831, wurde diese Beziehung so gefaßt: ‚Jede Nation hat ihre Rechte, aber Europa hat auch seine Rechte‘.“ Kein Wunder, daß die CDU in ihrem Bericht bei vielen Punkten „tiefgreifende Vorbehalte gegenüber einer solchen Zusammenarbeit“ in der EDU beklagen muß. Als Mittel empfiehlt sie „flexible Stufung“ der Mitgliedschaft sowie „Herausarbeitung der Gemeinsamkeiten – aber auch der Divergenzen – der nicht-kollektivistischen Parteien durch detaillierte Sacharbeit.“ Entsprechend der angestrebten „territorialen Basis“ wurden Parteien aus Zypern und der Türkei als Beobachter aufgenommen. Aber da will die EDU nicht stehenbleiben. „Für die EDU-Parteien ist Europa größer als das, was wir das freie Europa nennen. Auch die europäischen Völker, denen heute die freie politische Mitwirkung in Europa und seinen Institutionen versagt ist, sind Teile unserer europäischen Geschichte und müssen es bleiben, auch wenn sie derzeit ihren freien Willen nicht artikulieren können“, heißt es im CDU-Bericht. Thatcher ließ etwas mehr Pulverdampf heraus: „Schließlich dürfen wir nicht vergessen, wenn der Eiserne Vorhang niedergerissen würde, dann würden wir erleben, wie viel von Osteuropa und selbst von Rußland mit uns eine gemeinsame europäische Tradition hat.“ „Wir dürfen nicht vergessen: wir sind die Bewahrer der europäischen Zivilisation.“

diese Beziehung so gefaßt: ‚Jede Nation hat ihre Rechte, aber Europa hat auch seine Rechte‘.“ Kein Wunder, daß die CDU in ihrem Bericht bei vielen Punkten „tiefgreifende Vorbehalte gegenüber einer solchen Zusammenarbeit“ in der EDU beklagen muß. Als Mittel empfiehlt sie „flexible Stufung“ der Mitgliedschaft sowie „Herausarbeitung der Gemeinsamkeiten – aber auch der Divergenzen – der nicht-kollektivistischen Parteien durch detaillierte Sacharbeit.“ Entsprechend der angestrebten „territorialen Basis“ wurden Parteien aus Zypern und der Türkei als Beobachter aufgenommen. Aber da will die EDU nicht stehenbleiben. „Für die EDU-Parteien ist Europa größer als das, was wir das freie Europa nennen. Auch die europäischen Völker, denen heute die freie politische Mitwirkung in Europa und seinen Institutionen versagt ist, sind Teile unserer europäischen Geschichte und müssen es bleiben, auch wenn sie derzeit ihren freien Willen nicht artikulieren können“, heißt es im CDU-Bericht. Thatcher ließ etwas mehr Pulverdampf heraus: „Schließlich dürfen wir nicht vergessen, wenn der Eiserne Vorhang niedergerissen würde, dann würden wir erleben, wie viel von Osteuropa und selbst von Rußland mit uns eine gemeinsame europäische Tradition hat.“ „Wir dürfen nicht vergessen: wir sind die Bewahrer der europäischen Zivilisation.“

z.geu. **350 Lehrer in Bremen sollen für ihre Teilnahme an Streik und Demonstration für die 40-Stunden-Woche, eine Pflichtstunde weniger, höchstens 25 Pflichtstunden, diszipliniert werden.** Fast 2000 Lehrer hatten an der Aktion am 4.7. trotz Drohung und Spaltung durch den Senat teilgenommen, was vom GEW Hauptvorstand durch einen Redner unterstützt wurde. Solidaritätsadressen trafen ein aus mehreren Landesverbänden der GEW sowie von Vertrauensleuten und Betriebsräten der Bremer Großbetriebe Klöckner, Vulkan und VFW. Senator Thapes Antwort: „,...trotz meiner ausdrücklichen Hinweise (haben Sie) aus eigennützigen Motiven Unterricht zulasten des Bildungsanspruchs der Schüler ...ausfallen lassen.“ Die Gesamt-Schülervertretung hat eine Resolution verfaßt mit den Forderungen Streikrecht für Beamte! und Streikrecht für Schüler und Lehrlinge! An der Gesamtschule West hat der Elternbeirat einstimmig Thape aufgefordert, „die Lehrer nicht zu disziplinieren, da diese Lehrer berechtigte Interessen vertreten.“ – Sicher nicht die letzte Solidaritätserklärung, die Koschnick in seiner Senatskanzlei erreicht. Am letzten Schultag haben 60 Lehrer bei der Schulaufsicht gegen das Dienstgespräch eines Referendars protestiert. Werden die Disziplinierungen zurückgeschlagen, wird das die Bedingungen verbessern, um die für das neue Schuljahr von der GEW angekündigte bundesweite Fortsetzung der Kampfmaßnahmen gut vorbereiten zu können.

z.bur. **In der Revisionsverhandlung zum Ehrenbergprozeß gegen den Genossen Steenken hat der Bundesgerichtshof (BGH) am 11.7.79 das Urteil der Staatsschutzkammer Oldenburg als ungenügend aufgehoben.** Es hatte auf 7 Monate Freiheitsstrafe gelautet. In einer erneuten Verhandlung soll jetzt festgestellt werden, daß der Genosse Steenken nicht nur wegen Beleidigung von Ehrenberg, sondern auch wegen Verunglimpfung von Verfassungsorganen, §90 b StGB, verurteilt werden muß. Gleichzeitig hob der BGH einen Freispruch zu einem anderen Flugblatt auf, in dem nicht ausreichend über das plötzliche Ableben des Bankier Ponto gejammert worden war. Hier soll jetzt eine Verurteilung wegen Billigung von Straftaten nach § 140 StGB erfolgen. Mit dem Urteil soll die Grundlage für die scharfe Unterdrückung der Bewegung gegen die Ehrenberggesetzgebung gelegt werden. Diese soll jetzt in der zweiten Verhandlung von der Staatsschutzkammer Lüneburg durchgesetzt werden, nachdem sich dazu die Staatsschutzkammer in Oldenburg aufgrund der politischen Bewegung als unfähig erwiesen hatte.

z.güv. **Wir brauchen ... klare gesetzliche und administrative Regelungen, die zur Energieersparnis anregen ...**



... oder zwingen“. „Ich fahre morgens mit dem Zug nach Stuttgart und gehe dann vom Bahnhof in den Landtag zu Fuß.“ (Eppler in der Süddeutschen Zeitung, 16.7.)

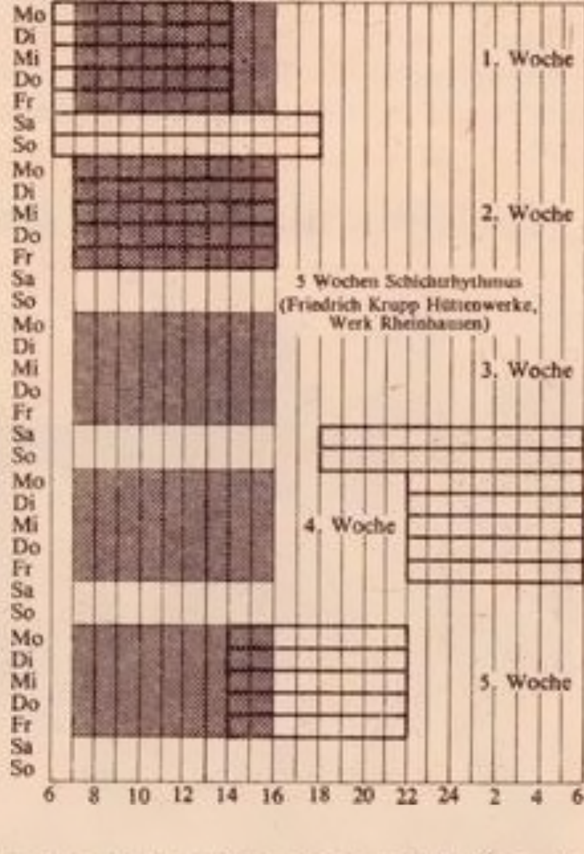
z.gih. **Die Bundesministerin für Jugend, Familie und Gesundheit, Huber, hat durch das Institut für angewandte Sozialwissenschaften eine Untersuchung: „Freizeitmöglichkeiten von Nacht-, Schicht-, Sonn- und Feiertagsarbeitern“ herausgegeben.** Der Kampf der Arbeiter gegen die Nacht-, Schicht-



... oder zwingen“. „Ich fahre morgens mit dem Zug nach Stuttgart und gehe dann vom Bahnhof in den Landtag zu Fuß.“ (Eppler in der Süddeutschen Zeitung, 16.7.)

z.gih. **Die Bundesministerin für Jugend, Familie und Gesundheit, Huber, hat durch das Institut für angewandte Sozialwissenschaften eine Untersuchung: „Freizeitmöglichkeiten von Nacht-, Schicht-, Sonn- und Feiertagsarbeitern“ herausgegeben.** Der Kampf der Arbeiter gegen die Nacht-, Schicht-

Sonn- und Feiertagsarbeit soll „durch neue Schichtsysteme ... und entsprechende neue Arbeitszeitregelungen“ gespalten werden. Propagiert wird ein Schichtsystem, das 1974 bei Krupp Rheinhausen eingeführt worden ist. Gearbeitet wird im 5-Wochen-Rhythmus, der zu einer 42-Stunden-Woche führt. Aufs Jahr gerechnet machen die unbezahlten Überstunden 13 Arbeitstage aus. Die 13 Tage werden im Zusammenhang mit dem Tarifurlaub (27 Tage) als Freizeitblock von 21 und 14 Arbeitstagen festgesetzt. Die restlichen 5 Tage dürfen nicht im Zusammenhang mit dem Urlaub und nicht zusammenhängend genommen werden. Auf



mehr unbezahlte Mehrarbeit für die Kapitalisten und Ruinierung der Arbeitskraft der Arbeiter läuft das neue „Schichtsystem“ hinaus.

Vietnam muß seine Truppen abziehen

Interview mit N. Chopininto, Komitee der Patrioten des Demokratischen Kampuchea, Paris

Paris, 22.7.1979. Wie entwickelt sich der nationale Befreiungskrieg in Kampuchea?

Die Vietnamesen haben einen wirklich großen Angriff geführt. Sie wollten das Demokratische Kampuchea in einem Happen verschlucken. Diese Strategie „Blitzkrieg – Blitzsieg“ ist gescheitert. Als sie feststellen mußten, daß sie das Demokratische Kampuchea nicht einfach verschlucken konnten, mußten sie mehrfach neue Divisionen schicken. Anfang Februar haben sie drei Divisionen geschickt, und auch diese drei Divisionen versinken im Volkskrieg. Dann haben die vietnamesischen Aggressoren und ihre sowjetischen Herren Ende April/Anfang Mai wieder neue Kräfte für sogenannte Säuberungsaktionen mobilisieren müssen, aber auch damit haben sie den Widerstand unseres Volkes nicht ersticken können. Sie kontrollieren nicht mehr als ein Viertel des Landes. Ein Viertel ist fest unter der Kontrolle unserer Regierung. Die restlichen zwei Viertel sind Guerillazonen. Zur Zeit haben sie riesige Schwierigkeiten. Ihre erste Schwierigkeit ist, daß sich die großen Einheiten der Revolutionären Armee in kleine Einheiten von 20 bis 100 Mann aufgeteilt haben. Dadurch wurde die Zahl der Einheiten erhöht, und deren Gegenangriffe werden Tag und Nacht durchgeführt. Der Feind findet deshalb keine Ruhe, und seine Moral ist sehr schlecht. Die zweite Schwierigkeit ist die Entwicklung des Volksaufstandes in den Gebieten, die die vietnamesischen Invasionstruppen kontrollieren. Auch die sogenannten Selbstverteidigungsgarden, die die Aggressoren selbst aufgestellt und bewaffnet haben, erheben sich. Mehrfach haben solche Einheiten Stützpunkte der Vietnamesen angegriffen und vernichtet und sich dann mit ihren Waffen in die befreiten Gebiete zurückgezogen.

Welche Haltung nimmt die Regierung des Demokratischen Kampuchea zum Flüchtlingsproblem in Südostasien ein?

Zur Frage der Flüchtlinge aus Kampuchea hat der Vorsitzende des Staatspräsidiums des Demokratischen Kampuchea, Khieu Samphan, einen Brief an den UN-Generalsekretär Kurt Waldheim geschickt, in dem er zwei wichtige Fragen hervorgehoben hat. Erstens die Flüchtlinge aus Kampuchea. Diese Flüchtlinge fliehen unser Land, um dem Massaker durch die vietnamesischen Aggressoren zu entfliehen. Die Aggressoren führen einen Krieg der verbrannten Erde durch, das heißt einen Krieg des alles zerstören, alles verbrennen, alles töten. Das zweite Problem ist das der Ansiedlung vietnamesischer Bürger in Gebieten, in denen die vietnamesischen Invasoren unser Volk umgebracht haben. Bis Ende

deshalb keine Ruhe, und seine Moral ist sehr schlecht. Die zweite Schwierigkeit ist die Entwicklung des Volksaufstandes in den Gebieten, die die vietnamesischen Invasionstruppen kontrollieren. Auch die sogenannten Selbstverteidigungsgarden, die die Aggressoren selbst aufgestellt und bewaffnet haben, erheben sich. Mehrfach haben solche Einheiten Stützpunkte der Vietnamesen angegriffen und vernichtet und sich dann mit ihren Waffen in die befreiten Gebiete zurückgezogen.

Welche Haltung nimmt die Regierung des Demokratischen Kampuchea zum Flüchtlingsproblem in Südostasien ein?

Zur Frage der Flüchtlinge aus Kampuchea hat der Vorsitzende des Staatspräsidiums des Demokratischen Kampuchea, Khieu Samphan, einen Brief an den UN-Generalsekretär Kurt Waldheim geschickt, in dem er zwei wichtige Fragen hervorgehoben hat. Erstens die Flüchtlinge aus Kampuchea. Diese Flüchtlinge fliehen unser Land, um dem Massaker durch die vietnamesischen Aggressoren zu entfliehen. Die Aggressoren führen einen Krieg der verbrannten Erde durch, das heißt einen Krieg des alles zerstören, alles verbrennen, alles töten. Das zweite Problem ist das der Ansiedlung vietnamesischer Bürger in Gebieten, in denen die vietnamesischen Invasoren unser Volk umgebracht haben. Bis Ende

Mai haben sie 200000 auf unserem Land angesiedelt. Das ist sehr schlimm. Denn die Aggressions- und Expansionspolitik der Behörden in Hanoi besteht ihrem Wesen nach darin, das Volk und die Nation von Kampuchea auszulöschen. Unsere Regierung sagt daher: Um das Problem der Flüchtlinge zu lösen, muß man das Übel an der Wurzel heilen, der Aggressions- und Expansionspolitik der Hanoier Behörden. Denn wenn Kampucheaner ihr Land fliehen, dann wegen der vietnamesischen Bombardierungen und anderen Verbrechen. Das Gleiche gilt für die Bevölkerung von Laos. Auch das Problem der vietnamesischen Flüchtlinge hat seine Ursache in der Politik der Unterdrückung und des Menschenexports der vietnamesischen Regierung. Es scheint, daß von den Flüchtlingen Schmiergelder von 3000 bis 4000 Dollar pro Person gefordert werden. In einem Monat, im April, haben die Hanoier Behörden mehr als 200 Mio. Dollar einkassiert. Das entspricht ungefähr der Hälfte des vietnamesischen Außenhandels. Das ist nicht wenig. Folglich, um dieses tragische Problem zu lösen, müssen die Völker der Welt Vietnam zwingen, seine Politik der Expansion und Aggression aufzugeben. Denn diese Politik bedroht gleichzeitig die soziale und politische Stabilität der Nachbarländer, insbesondere Thailands, Malaysias, Singapurs, Indonesiens und der Philippinen.

Glauben Sie, daß die jetzt stattfindende Genfer Konferenz einen Beitrag zur Lösung dieses Flüchtlingsproblems leisten kann?

Die Genfer Konferenz kann zu wirksamen Lösungen beitragen, wenn sie das Problem an der Wurzel des Übels anpackt. Das heißt, sie muß von Vietnam fordern, daß es die Politik des Flüchtlingsexports gegenüber dem vietnamesischen Volk und die Politik der Expansion und Aggression gegenüber den Nachbarländern wie Laos und Kampuchea aufgibt und seine Truppen von dort zurückzieht. Wenn die Konferenz nur die humanitären Probleme löst, dann könnte sie das Problem, das sich heute stellt, erleichtern, aber das wäre keine endgültige Lösung.

Die Regierung des Demokratischen Kampuchea ist daran gehindert worden, ihr Recht als allein berechtigte Vertreterin des kampucheanischen Volkes und UNO-Mitglied auf dieser Konferenz wahrzunehmen. Ihr Vertreter wurde von der Konferenz ausgeschlossen.

Das Komitee der Patrioten des Demokratischen Kampuchea in Frankreich hat wegen dieser Frage ein Telegramm an den Generalsekretär Kurt Waldheim geschickt. Darin hat es sein Bedauern darüber ausgesprochen, daß der Vertreter der legalen Regierung des Demokratischen Kampuchea, die vollberechtigtes Mitglied der Vereinten Nationen ist, nicht eingeladen worden ist. Wir betrachten das als eine Diskriminierung, für die es keine Begründung gibt. Die Regierung des Demokratischen Kampuchea ist eine der vom Flüchtlingsproblem betroffenen Regierungen. Deshalb muß unsere Regie-

das Problem an der Wurzel des Übels anpackt. Das heißt, sie muß von Vietnam fordern, daß es die Politik des Flüchtlingsexports gegenüber dem vietnamesischen Volk und die Politik der Expansion und Aggression gegenüber den Nachbarländern wie Laos und Kampuchea aufgibt und seine Truppen von dort zurückzieht. Wenn die Konferenz nur die humanitären Probleme löst, dann könnte sie das Problem, das sich heute stellt, erleichtern, aber das wäre keine endgültige Lösung.

Die Regierung des Demokratischen Kampuchea ist daran gehindert worden, ihr Recht als allein berechtigte Vertreterin des kampucheanischen Volkes und UNO-Mitglied auf dieser Konferenz wahrzunehmen. Ihr Vertreter wurde von der Konferenz ausgeschlossen.

Das Komitee der Patrioten des Demokratischen Kampuchea in Frankreich hat wegen dieser Frage ein Telegramm an den Generalsekretär Kurt Waldheim geschickt. Darin hat es sein Bedauern darüber ausgesprochen, daß der Vertreter der legalen Regierung des Demokratischen Kampuchea, die vollberechtigtes Mitglied der Vereinten Nationen ist, nicht eingeladen worden ist. Wir betrachten das als eine Diskriminierung, für die es keine Begründung gibt. Die Regierung des Demokratischen Kampuchea ist eine der vom Flüchtlingsproblem betroffenen Regierungen. Deshalb muß unsere Regie-

rung ihren Standpunkt zu diesem Problem abgeben können. Diese Nichteinladung begünstigt die Versuche, die vietnamesische Aggression zu legalisieren. Wir glauben, daß der vietnamesische Knecht und sein Herr, die Sowjetunion, alle Möglichkeiten genutzt haben, um auf die UNO Druck auszuüben, damit unsere Regierung nicht eingeladen wird. Vietnam soll erklärt haben, daß es nur teilnimmt, wenn unsere Regierung ausgeschlossen wird. Denn sie haben Angst vor der Wirklichkeit. Die Wirklichkeit ist, daß ihre expansionistische Politik weltweit von allen Ländern und Völkern der Welt mit Ausnahme einer Handvoll ihrer Satelliten verurteilt wird. Sie fürchten, daß unsere Regierung, wenn sie teilnimmt, die vietnamesische Aggressionspolitik gegenüber den Nachbarstaaten entlarvt.

Was bedeutet dieser Ausschluß von der UNO-Konferenz für die Länder und die Kräfte, die die Regierung des Demokratischen Kampuchea in ihrem Kampf unterstützen?

Ich glaube, daß diese Vorgänge ein Beispiel dafür sind, wie die Sowjetunion und ihr vietnamesischer Knecht Druck ausüben, um zu verhindern, daß unsere Regierung in der UNO oder bei anderen internationalen Konferenzen, z.B. der Blockfreienbewegung, unser Land vertritt. Aber das geht gegen den Strom der öffentlichen Meinung in den blockfreien Ländern und der UNO-Mitglieder. Wir glauben, daß die Mehrheit der Länder sich gegen diesen Druck wehren wird, damit die Vertreter des Demokratischen Kampuchea an allen Konferenzen der UNO und der Blockfreienbewegung teilnehmen können. Wir müssen natürlich selbst unseren Kampf weiterführen und verstärken, um der Weltöffentlichkeit die Rechtmäßigkeit der Regierung des Demokratischen Kampuchea zu beweisen.

Vietnam ist bereits heute äußerst isoliert, politisch wie diplomatisch. Militärisch befindet es sich in einer äußerst schwierigen Lage. Es wird international als Aggressor, als regionaler Expansionist im Dienst des internationalen sowjetischen Expansionismus betrachtet. Vietnam hat große Kampagnen geführt, um zu beweisen, daß es die Unabhängigkeit, Souveränität und territoriale Integrität anderer Länder respektiert. Das sind alles Lügen. Es ist sehr wichtig, daß sich die Weltöffentlichkeit immer mehr über die wirkliche Natur des vietnamesischen Aggressors klar wird. Das ist eine sehr wichtige Aufgabe aller, die Unabhängigkeit und Freiheit lieben. Viele Länder haben in der letzten Zeit ihre Hilfe an Vietnam eingestellt. Sogar die EG hat ihre Hilfe eingestellt, um sie den Flüchtlingen zur Verfügung zu stellen. Ich glaube, daß das logisch ist. Man darf Vietnam keine Hilfe geben, damit es damit seine Aggressionen gegen seine Nachbarn betreibt. Das zeigt klar, daß die Länder und Völker die Expansions- und Flüchtlingsexportpolitik Vietnams erkennen. Es ist eine große Aufgabe für alle, die unseren Kampf unterstützen, jede Hilfe für die Aggressionspolitik Vietnams zu bekämpfen. Sie müssen

men können. Wir müssen natürlich selbst unseren Kampf weiterführen und verstärken, um der Weltöffentlichkeit die Rechtmäßigkeit der Regierung des Demokratischen Kampuchea zu beweisen.

Vietnam ist bereits heute äußerst isoliert, politisch wie diplomatisch. Militärisch befindet es sich in einer äußerst schwierigen Lage. Es wird international als Aggressor, als regionaler Expansionist im Dienst des internationalen sowjetischen Expansionismus betrachtet. Vietnam hat große Kampagnen geführt, um zu beweisen, daß es die Unabhängigkeit, Souveränität und territoriale Integrität anderer Länder respektiert. Das sind alles Lügen. Es ist sehr wichtig, daß sich die Weltöffentlichkeit immer mehr über die wirkliche Natur des vietnamesischen Aggressors klar wird. Das ist eine sehr wichtige Aufgabe aller, die Unabhängigkeit und Freiheit lieben. Viele Länder haben in der letzten Zeit ihre Hilfe an Vietnam eingestellt. Sogar die EG hat ihre Hilfe eingestellt, um sie den Flüchtlingen zur Verfügung zu stellen. Ich glaube, daß das logisch ist. Man darf Vietnam keine Hilfe geben, damit es damit seine Aggressionen gegen seine Nachbarn betreibt. Das zeigt klar, daß die Länder und Völker die Expansions- und Flüchtlingsexportpolitik Vietnams erkennen. Es ist eine große Aufgabe für alle, die unseren Kampf unterstützen, jede Hilfe für die Aggressionspolitik Vietnams zu bekämpfen. Sie müssen

auch fordern, daß Vietnam seine Truppen aus Kampuchea und Laos zurückzieht, und gleichzeitig die Solidarität mit dem Kampf des kampucheanischen Volkes und seiner rechtmäßigen Regierung entwickeln. Das ist auch die grundlegende Aufgabe der internationalen Kampuchea-Konferenz in Stockholm im Herbst.

---

z.hev. **Von den Ende 1977 noch vorhandenen 723000 Krankenhausbetten wollen die Bundesländer bis 1982 50000 Betten liquidieren, das sind rund 7%.** Immer mehr Patienten aber werden krankenhausreif. 1970 sind noch 14,6% aller Einwohner Westdeutschlands im Laufe eines Jahres ins Krankenhaus eingewiesen worden, 1977 schon 17,1%, also rund jeder sechste. Das sieht auch die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, deren Mitglieder allesamt für diese Zunahme verantwortlich sind, aber die Kosten natürlich nicht tragen wollen. Sie wollen deshalb „eine sozial zumutbare Kostenbeteiligung der Versicherten bei der Inanspruchnahme der Kassenleistungen“ und ganz schnell ein neues Krankenhausfinanzierungsgesetz. (Kurz-Nachrichten-Dienst, 10.7.) Ziel ist eine Bettenkapazitätsauslastung um 90% *im Schnitt* aller Krankenhaustypen, was nur durch lazarettähnliche Zustände mit Betten auf den Fluren und vorzeitigen Entlassungen zu erreichen ist.

z.evd. **Die Krankenkassen bestehen darauf, Präparate zur Bekämpfung von Kopfläusen nicht zu zahlen.** Sie bezahlen lediglich Folgeschäden (sekundär infizierte Kratzwunden). Die Kassen sehen die Bekämpfung des Kopflausbefalls ausschließlich als „Maßnahme der persönlichen Hygiene“. Die Kassenärztliche Bundesvereinigung, die „eine Änderung des Standpunkts der Spitzenverbände erreichen“ wollte, meint, „daß die Bekämpfung der Kopfläuse mit Sicherheit kein hygienisches Problem alleine ist, sondern die Anwendung von Insektiziden erfordert“. Läuse werden durch einfachen Berührungskontakt übertragen. In bezug auf Schulen fallen sie unter das Bundesseuchengesetz (§45). Seit Mitte der 60er Jahre steigt die Zahl der Befallenen wieder an.

z.juh. **Am 22.6.1979 hat der Bundesrat auf Antrag des Landes Baden-Württemberg mit Mehrheit das Verbot der Frauenarbeit auf Baustellen durch Änderung der Arbeitszeitordnung und der Baupraktikantinnenverordnung aufgehoben.** Im Bausektor findet zur Zeit eine Umwälzung der Produktionsweise statt, hin zur industriellen Produktion von Baufertigelementen und bloßen Montage dieser Teile auf der Baustelle. Mit der Zerlegung der komplizierten Facharbeitertätigkeit in einfache fabrikmäßige Fertigung können die Kapitalisten erstmals in großem Umfang die billigere Frauenarbeit und ungelernte Arbeit in die Bauproduktion ziehen. Anke Fuchs, Staatssekretärin im Bundesarbeitsministerium, „begrüßte“ den Antrag; nach Ansicht der Bundesregierung sei es „nicht mehr notwendig, ... auf Grund der technischen Entwicklung im Baugewerbe ... die Beschäftigung von Frauen auf Baustellen aus Gründen des Arbeitsschutzes generell zu verbieten“. Der Bundesrat hat mit demselben Beschluß eine Untersuchung darüber gefordert, „inwieweit nicht mehr gerechtfertigte Beschäftigungsverbote für Frauen ... auch in anderen Berufen aufgehoben ... werden können.“

z.rev. **Mit dem am 1. Juli in Kraft getretenen neuen Arbeitsgerichtsgesetz – Grundlage war das vom Bundestag beschlossene „Gesetz zur Beschleunigung und Bereinigung des arbeitsgerichtlichen Verfahrens“** – können die Lohnabhängigen noch seltener als schon zuvor gegen das erste Urteil eines Arbeitsgerichts vorgehen und Berufung einlegen. Nach altem Gesetz mußte der Streitwert mindestens 300 DM hoch sein, jetzt muß er über 800 DM betragen, damit man in die zweite Instanz gehen kann. Schneller erledigt und bereinigt werden für die Kapitalisten die „kleineren Streitereien“! Geht

Wachsender Widerstand der palästinensischen Massen in den besetzten Gebieten

z.lup. Seit der Unterzeichnung des amerikanisch-zionistisch-ägyptischen ,,Friedensvertrages" ist kein Tag vergangen, an dem die zionistische Besatzungsmacht in den 1967 besetzten Gebieten nicht den Raub und die Besiedelung des palästinensischen Landes fortgesetzt hätte, um durch die Errichtung einer Kette von Siedlungen an dem Westufer des Jordan, im Gazastreifen und auf den Golanhöhen die Herrschaft über das 1967 geraubte Land zu sichern. Wenige Wochen nach der Unterzeichnung des Friedensvertrages hatte Begin auf dem Parteitag der Herut-Partei erneut festgestellt, daß die Zionisten freiwillig niemals die 1967 geraubten Teile Palästinas räumen werden: ,,Wir haben Samaria für die jüdische Nation geöffnet, und es jüdischen Siedlern in allen kommenden Jahren und für alle künftigen Generationen offenstehen ... Es gibt immer noch Leute, die sagen, daß die Ansiedlung von Juden in Judäa und Samaria und Gaza und auf den Golanhöhen, also jüdische Siedlungen in Eretz Israel, illegal sei ... Ich antworte: Diese Ansiedlung ist legal und ein Teil des Friedensprozesses. Judäa, Samaria und Gaza werden uns gehören, und unter gar keinen Umständen wird ein Staat Falastin dort entstehen." Die zionistische Weltkonferenz hat erklärt, sie plane, 20 neue Siedlungen in den besetzten Gebieten anzulegen, um dort in den kommenden 5 Jahren 58000 jüdischen Familien, also ungefähr 200000 Kolonialisten, anzusiedeln. Bis 1980 sollen davon 7 im Jordan-Tal und 3 auf den Golan-Höhen errichtet werden. Am 3. Juni hat das israelische Kabinett beschlossen, 1,5 km östlich von Nablus die Siedlung ,,Alon Morei" anzulegen und zu diesem Zweck 400 Hektar palästinensischen Landes zu enteignen. Sofort darauf wurden Traktoren angefahren, um den Boden einzuplanieren und Fertighäuser zu errichten.

Gegen die fortgesetzte Politik des Landraubs hat sich in den besetzten Gebieten ein ständig anschwellender Widerstand erhoben. Unter Vorsitz des Bürgermeisters haben sich im Rathaus von Nablus Vertreter aller Organisationen der palästinensischen Bevölkerung der Stadt getroffen, und beschlossen, am 6. Juni in den Generalstreik zu treten. Dieser Aufruf wurde ausnahmslos befolgt, obwohl die Besatzungsmacht alles unternahm, um die Geschäfte mit Gewalt zu öffnen und zahlreiche Plünderungen durchführte. In Ramallah und al-Khalil wurden wiederholt große Demonstrationen gegen die Besatzungsmacht und den Landraub durchgeführt. Aus dem Ort Bir Zayt wird berichtet, daß jeden Morgen auf dem Universitätsgebäude und der Moschee die palästinensische Flagge gehißt wird. Immer wieder er-

ster am Westufer verhängt. Dies hat zu einer weiteren Welle des Kampfes der palästinensischen Massen geführt.

Das oberste zionistische Gericht hat erklärt, daß die Landenteignungen rechtmäßig seien, sofern sie der Gewährleistung der Sicherheit des Staates ,,Israel" dienen.

Die Sicherheit der US-imperialistisch-zionistischen Kolonialherrschaft

Imperialisten und ihrer zionistischen Agentur kommt es zu Widersprüchen zwischen den US-Imperialisten und den europäischen Imperialisten. Die EG-Außenminister haben am 6. Juni eine Resolution verabschiedet, die die Beendigung der Besetzung der durch Israel 1967 eroberten Gebiete fordert und die Besiedlung dieser Gebiete verurteilt. Am 6. Juli hat in Wien ein Gespräch zwischen Kreisky, Brandt und dem Vorsitzenden der PLO, Y. Ara-



Demonstration des palästinensischen Volkes in al-Khalil gegen die israelische Besatzungsmacht (Bild: Palästina-Bulletin, Juni 1979)

über Palästina zu garantieren, ist der Hauptzweck des Friedensvertrages, der im März in den USA unterzeichnet wurde. An der Einheit und Entschlossenheit der palästinensischen Massen in den besetzten Gebieten und der aus ihrem Land vertriebenen Massen und an der Unterstützung, die der Kampf des palästinensischen Volkes in den arabischen Staaten findet, scheitert die Verwirklichung dieses Plans. Die täglichen Überfälle und Angriffe auf den Libanon und die ständige Bedrohung der anderen arabischen Staaten sind das Hauptmittel, mit dem die Unterwerfung der arabischen Völker und vor allem des palästinensichen Volkes und die Anerkennung des zionistischen Kolonialstaates erzwungen werden sollen.

Durch die ständige Bombardierung der Dörfer des südlichen Libanon sind, so erklärte Y. Arafat auf einer Pressekonferenz, in den letzten 79 Tagen insgesamt 600000 Palästinenser und Libanesen obdachlos geworden. Für diese Luftangriffe, bei denen die Dörfer des südlichen Libanon mit Napalm-, Splitter- und Bündelbomben beschossen

fat, stattgefunden. Ziel des Gespräches sei es gewesen, so erklärte Brandt, herauszufinden, ob das Ziel der PLO die Vernichtung des Staates Israel sei. Die Anerkennung der Existenz und der Sicherheit des zionistischen Kolonialstaates durch die arabischen Staaten und die PLO zu erpressen, das ist gemeinsame Absicht der US-Imperialisten und ihrer europäischen Verbündeten. Im Gegensatz zu den US-Imperialisten lassen die europäischen Imperialisten durchblicken, daß sie unter dieser Bedingung jedenfalls in Worten bereit wären, die Forderung des palästinensischen Volkes nach Bildung eines souveränen palästinensischen Staates zu unterstützen und die PLO als legitime Vertretung des palästinensischen Volkes anzuerkennen. Die PLO nutzt diese Widersprüche, um die US-imperialistische Supermacht und ihre zionistische Agentur zu isolieren. Gegenüber der Brandtschen Frage, ob die PLO bereit sei, die Existenz des Staates Israel zu garantieren, hat Y. Arafat auf die Beschlüsse des palästinensischen Nationalrats verwiesen. Darin heißt es:



Demonstration des palästinensischen Volkes in al-Khalil gegen die israelische Besatzungsmacht (Bild: Palästina-Bulletin, Juni 1979)

sie plane, 20 neue Siedlungen in den besetzten Gebieten anzulegen, um dort in den kommenden 5 Jahren 58000 jüdischen Familien, also ungefähr 200000 Kolonialisten, anzusiedeln. Bis 1980 sollen davon 7 im Jordan-Tal und 3 auf den Golan-Höhen errichtet werden. Am 3. Juni hat das israelische Kabinett beschlossen, 1,5 km östlich von Nablus die Siedlung ,,Alon Morei" anzulegen und zu diesem Zweck 400 Hektar palästinensischen Landes zu enteignen. Sofort darauf wurden Traktoren angefahren, um den Boden einzuplanieren und Fertighäuser zu errichten.

Gegen die fortgesetzte Politik des Landraubs hat sich in den besetzten Gebieten ein ständig anschwellender Widerstand erhoben. Unter Vorsitz des Bürgermeisters haben sich im Rathaus von Nablus Vertreter aller Organisationen der palästinensischen Bevölkerung der Stadt getroffen, und beschlossen, am 6. Juni in den Generalstreik zu treten. Dieser Aufruf wurde ausnahmslos befolgt, obwohl die Besatzungsmacht alles unternahm, um die Geschäfte mit Gewalt zu öffnen und zahlreiche Plünderungen durchführte. In Ramallah und al-Khalil wurden wiederholt große Demonstrationen gegen die Besatzungsmacht und den Landraub durchgeführt. Aus dem Ort Bir Zayt wird berichtet, daß jeden Morgen auf dem Universitätsgebäude und der Moschee die palästinensische Flagge gehißt wird. Immer wieder er-

über Palästina zu garantieren, ist der Hauptzweck des Friedensvertrages, der im März in den USA unterzeichnet wurde. An der Einheit und Entschlossenheit der palästinensischen Massen in den besetzten Gebieten und der aus ihrem Land vertriebenen Massen und an der Unterstützung, die der Kampf des palästinensischen Volkes in den arabischen Staaten findet, scheitert die Verwirklichung dieses Plans. Die täglichen Überfälle und Angriffe auf den Libanon und die ständige Bedrohung der anderen arabischen Staaten sind das Hauptmittel, mit dem die Unterwerfung der arabischen Völker und vor allem des palästinensichen Volkes und die Anerkennung des zionistischen Kolonialstaates erzwungen werden sollen.

Durch die ständige Bombardierung der Dörfer des südlichen Libanon sind, so erklärte Y. Arafat auf einer Pressekonferenz, in den letzten 79 Tagen insgesamt 600000 Palästinenser und Libanesen obdachlos geworden. Für diese Luftangriffe, bei denen die Dörfer des südlichen Libanon mit Napalm-, Splitter- und Bündelbomben beschossen

fat, stattgefunden. Ziel des Gespräches sei es gewesen, so erklärte Brandt, herauszufinden, ob das Ziel der PLO die Vernichtung des Staates Israel sei. Die Anerkennung der Existenz und der Sicherheit des zionistischen Kolonialstaates durch die arabischen Staaten und die PLO zu erpressen, das ist gemeinsame Absicht der US-Imperialisten und ihrer europäischen Verbündeten. Im Gegensatz zu den US-Imperialisten lassen die europäischen Imperialisten durchblicken, daß sie unter dieser Bedingung jedenfalls in Worten bereit wären, die Forderung des palästinensischen Volkes nach Bildung eines souveränen palästinensischen Staates zu unterstützen und die PLO als legitime Vertretung des palästinensischen Volkes anzuerkennen. Die PLO nutzt diese Widersprüche, um die US-imperialistische Supermacht und ihre zionistische Agentur zu isolieren. Gegenüber der Brandtschen Frage, ob die PLO bereit sei, die Existenz des Staates Israel zu garantieren, hat Y. Arafat auf die Beschlüsse des palästinensischen Nationalrats verwiesen. Darin heißt es:

scheinen auf den Häusern Parolen, die die PLO unterstützen und den ,,Autonomie"plan ablehnen. Um den Widerstand zu brechen, hat die Besatzungsmacht angeordnet, den Bürgermeister von Nablus und weitere Bürgermeister vor ein Militärgericht zu stellen und Ausreiseverbote gegen die Bürgermei-

werden, setzten die Zionisten F-15 Bomber ein, die sie kürzlich von den US-Imperialisten geliefert bekommen haben.

Angesichts der auf Krieg und Intervention zusteuernden Politik der US-

,,Wir halten an dem unveräußerlichen Recht unseres Volkes auf seine Heimat Palästina, an seinem Recht auf Rückkehr auf seinen Grund und Boden ohne äußere Einmischung und auf den Aufbau seines unabhängigen Staates auf seinem nationalen Territorium ohne jegliche Vorbedingung fest."

Carter legt Pläne für einen ,,Energiekrieg" der US-Imperialisten vor

z.gek. Durch einen ,,Energiekrieg" gegen die Opec-Staaaten die Kontrolle über den Weltmarkt für Erdöl zurückgewinnen – dazu müßte der US-Imperialismus nach den Vorstellungen Carters ein *alle* Sektoren der Energieproduktion umfassendes Weltmonopol errichten. Die Rüstungen für diesen Energiekrieg sollen ,,die größte Aufbietung von Geldmitteln und Ressourcen in Friedenszeiten" werden, hat Carter den Volksmassen der USA mit Fischaugen angekündigt.

– Grundlage sollen Energiesparmaßnahmen sein, ,,die in Ihre Heime, in Ihr Leben eingebaut werden, zu Kosten, die Sie tragen können". Jahr für Jahr will die Regierung ab jetzt die Obergrenze für Ölimporte senken, bis es gelingt, die Opecpreise zu drücken. Entscheidende Maßnahme wäre die schrittweise Annäherung der Preise für Öl und Benzin in den USA selbst an die Weltmarktpreise; die Milliarden an Extraprofiten würden zunächst von den Ölmonopolen kassiert, sodann aber von der Regierung über eine ,,Sonderprofitsteuer" teilweise abgeschöpft werden. Benzinrationierungen, Fahrverbote etc. sollen unter den Volksmassen die notwendige Kriegs- und Opferbereitschaft schaffen.

– Teils aus diesen Öl- und Benzinsteuern, teils aufgebracht durch Ausgabe von ,,Volksaktien", soll ein Zusatzkapital von 88 Mrd. $ bis 1990 in die Schlacht geworfen werden, verwaltet durch eine staatliche ,,Gesellschaft für Energiesicherstellung", die eine Kette von Großanlagen zur Gewinnung von Öl und Benzin aus Kohle, Teersand und Ölschiefer betreiben würde, ,,genau wie die Gesellschaft für Synthetik-Kautschuk uns half, den 2. Weltkrieg zu gewinnen." Über eine ,,Solarbank" würde Entwicklung und Masseneinsatz billigerer Sonnenkollektoren vorangetrieben werden. Schließlich würde direkt beim Präsidenten ein ,,Energiemobilisierungsrat" gebildet werden, der ,,wie der Kriegsproduktionsrat im 2. Weltkrieg, die Vollmacht und Verantwortlichkeit besitzt, um mit bürokratischem Schlendrian, endlosen Verzögerungen und Behinderungen bei der Fertigstellung lebenswichtiger Energievorhaben aufzuräumen".

Dadurch, daß auf Öl und Benzin bisher in den USA nur eine minimale Steuer lag, haben die US-Monopole entsprechend niedrigere Produktions-

kosten als ihre Konkurrenten gehabt. Die extreme Ausrichtung auf das billige Öl und Benzin hat sie jedoch auf verschiedenen Gebieten technologisch ins Hintertreffen gebracht. Die europäische und japanische Konkurrenz schlägt sie im Export herkömmlicher Kernkraftwerke, wie auch in der skrupellos schnellen Entwicklung der ,,Schnellen Brüter". Bei der Sonnenenergie, bei der sich vor allem in der 3. Welt große Absatzchancen eröffnen, sind die französischen Monopole führend. In der Kohlevergasung und -verflüssigung ist namentlich der BRD-Imperialismus, der auch seine positiven Kriegserfahrungen hat, voraus.

Ausschlaggebend für eine profitable Massenproduktion auf allen diesen Gebieten wird aber außer der technologischen Entwicklung wiederum der Zugang zu billigen Rohstoffen sein. Eine entscheidende Rolle spielen dabei die großen kolonialen Siedlerstaaten: Kanada, wo der Abbau der Riesenvorkommen an Erdgas, Uran und Teersänden in vollem Gang ist; Australien mit Uran und Kohle; und vor allem Südafrika (Azania), dessen Siedlerregime die neu entdeckten Energieressourcen fälschlich mit den Ölquellen des Nahen Ostens vergleicht. Was Kohle angeht, ist nach einer OECD-Studie Südafrika jedenfalls ,,die bei weitem günstigste Quelle der zukünftigen Versorgung". Billige Kohle ist aber die Kalkulationsgrundlage bei allen Projekten zur Gewinnung von Öl aus Kohle. Südafrika hat geschätzte Vorkommen von 60000 Mio. t, großteils im Tagebau auszurauben; das Siedlerregime kommandiert eine unerschöpfliche, zu Hungerlöhnen bezahlte, dabei in der Bergbauproduktion erfahrene schwarze Arbeiterbevölkerung, so daß sich brutale Anpeitscherei und hohe Mechanisierung der Produktion verbinden lassen; und es verfügt bereits über Transport- und Verladeeinrichtungen, die (wie in Richards Bay) die automatisierte Abfertigung von Riesenfrachtern bis 250000 BRT erlauben, vergleichbar den Supertankern.

Sofern Carters Pläne eines umfassenden Energiemonopols des US-Imperialismus also jemals reale Gestalt annehmen werden, werden sie das Feld des Kampfs der imperialistischen Mächte um die Rohstoffquellen nur noch weiter ausdehnen.



die Schlacht geworfen werden, verwaltet durch eine staatliche ,,Gesellschaft für Energiesicherstellung", die eine Kette von Großanlagen zur Gewinnung von Öl und Benzin aus Kohle, Teersand und Ölschiefer betreiben würde, ,,genau wie die Gesellschaft für Synthetik-Kautschuk uns half, den 2. Weltkrieg zu gewinnen." Über eine ,,Solarbank" würde Entwicklung und Masseneinsatz billigerer Sonnenkollektoren vorangetrieben werden. Schließlich würde direkt beim Präsidenten ein ,,Energiemobilisierungsrat" gebildet werden, der ,,wie der Kriegsproduktionsrat im 2. Weltkrieg, die Vollmacht und Verantwortlichkeit besitzt, um mit bürokratischem Schlendrian, endlosen Verzögerungen und Behinderungen bei der Fertigstellung lebenswichtiger Energievorhaben aufzuräumen".

Dadurch, daß auf Öl und Benzin bisher in den USA nur eine minimale Steuer lag, haben die US-Monopole entsprechend niedrigere Produktions-

aber die Kalkulationsgrundlage bei allen Projekten zur Gewinnung von Öl aus Kohle. Südafrika hat geschätzte Vorkommen von 60000 Mio. t, großteils im Tagebau auszurauben; das Siedlerregime kommandiert eine unerschöpfliche, zu Hungerlöhnen bezahlte, dabei in der Bergbauproduktion erfahrene schwarze Arbeiterbevölkerung, so daß sich brutale Anpeitscherei und hohe Mechanisierung der Produktion verbinden lassen; und es verfügt bereits über Transport- und Verladeeinrichtungen, die (wie in Richards Bay) die automatisierte Abfertigung von Riesenfrachtern bis 250000 BRT erlauben, vergleichbar den Supertankern.

Sofern Carters Pläne eines umfassenden Energiemonopols des US-Imperialismus also jemals reale Gestalt annehmen werden, werden sie das Feld des Kampfs der imperialistischen Mächte um die Rohstoffquellen nur noch weiter ausdehnen.



Kleinkopje, neueste und größte Kohlegrube der Anglo-American, Südafrika. Zu denkbar niedrigen Kosten binnen 18 Monaten eröffnet, soll sie 1983 bereits 4,3 Mio. t pro Jahr liefern. Geschätzte Vorräte: 100 Mio. t. Die Grube verfügt über modernste Förder-, Aufbereitungs- und Transportanlagen.

ein Teilzeitarbeiter gegen die Streichung eines Monatslohns vor, oder geht es um die Kürzung von Urlaubs- oder Weihnachtsgeld oder um die Auszahlung eines Restlohns nach einer Kündigung usw., dann liegt der Streitwert oft unter 800 DM, und ein Lohnabhängiger muß nach dem ersten Gerichtsurteil die Lohnkürzung hinnehmen. Ein Arbeitsgerichtsurteil mit einem Streitwert unter 800 DM kann nur dann vor dem Landesgericht ausgefochten werden, wenn die ,,Rechtssache grundsätzliche Bedeutung" hat. Grundsätzlich wird es für die Bourgeoisie, wenn es darum geht, Tarifverträge auszuhandeln, oder wenn es über ,,unerlaubte Handlungen" in Arbeitskämpfen geht. Deshalb wird diese Sorte von Arbeitsgerichtsverfahren mit Hilfe der Berufung an die obersten Stellen der Klassenjustiz weitergeleitet.

z.gid. **Am 1. August 1979 tritt der 1. Nachtragshaushalt – Geschäftsbereich Ehrenberg – mit dem ,,arbeitsmarktpolitischen Programm für strukturschwache Regionen" in Kraft.** Ab dann erhalten a) Kapitalisten für innerbetriebliche Umschulung 2 Jahre 90% des Lohnes erstattet: b) für jeden eingestellten Arbeitslosen während der 12-monatigen ,,Einarbeitungszeit" bis zu 90% des Lohnes, als ,,ergänzende Eingliederungshilfe" ab 70% für weitere 12 Monate; c) Ausbau der ABM im ,,sozialen Dienst" mit 100%iger Erstattung des Lohnes für 2 Jahre. Finanziert aus Steuergeldern mit 596,5 Mio. DM vom Bund und der Arbeitslosenversicherung mit 198,5 Mio DM. – Entwicklung der Lohnanteile, mit denen sich die Kapitalisten aus der Arbeitslosenversicherung und über die Arbeitslosenhilfe mit Steuern mästen lassen, was die Sozialdemokraten munter als Arbeitsbeschaffung propagieren.

log. Maßstab in Mio.
Kurve: Zahlungen an die Kapitalisten aus Arbeitslosenversicherung und Arbeitslosenhilfe
Kasten dunkel: Zahlungen der BfA für ABM und Arbeits- und Berufsförderung
Kasten hell: Zahlungen des Bundes für ABM und Arbeits- und Berufsförderung
Quelle: Bundesarbeitsblatt 5/79

z.zik. **,,Der Weltraum, Teil der Umwelt Europas", überschrieb die Europäische Weltraumagentur ESA ihren Tätigkeitsbericht 1977.** Um das Monopol der Supermächte auf Auskundschaftung der Ressourcen des Erdballs brechen zu können, haben die EG-Imperialisten zusammen mit der Schweiz, Schweden und Spanien 1975 die ESA gegründet. Noch mit Hilfe einer amerikanischen Trägerrakete konnten sie 1978 den Satelliten Meteosat – offizieller Zweck: die *europäische* Wettererkundung – über dem *Äquator* plazieren, denn: ,,Wetter und Klima machen an nationalen oder politischen Grenzen nicht halt." Das Sagen in der ESA haben Frankreich, die BRD und Großbritannien, die 1977 je 34,2, 27,2 und 12,7% des 1,4 Mrd. DM-Haushalts bestritten. Mit Meteosat kann nicht nur jede Bewegung auf fast der gesamten Erdoberfläche beobachtet werden. Mit Infrarotkameras können Fischschwärme, unterirdische Wasseradern und Rohstoffressourcen geortet oder auch Vorausschätzungen über die Nahrungsmittelernte der Länder der Dritten Welt gemacht werden, um frühzeitig Erpressungsmittel an der richtigen Stelle anzusetzen.

Kommunistische Volkszeitung
Herausgegeben vom Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) / Sekretariat Mainzer Landstraße 147, Postfach 119151, 6000 Frankfurt 2, Telefon 0611/730231, Telex 413080 kuehl d / Sekretär: Hans-Gerhart Schmierer / Redaktion: Mainzer Landstr. 147, 6000 Frankfurt 1, Tel. 0611/730231 / Redakteur: Martin Fochler
Regionalredaktion Hannover: Hindenburgstraße 15, 3000 Hannover, Tel. 0511/814045, Redakteur: Helga Rosenbaum / *Regionalredaktion Köln:* Neusser Str. 27-29, 5000 Köln 1, Tel. 0221/720876-77, Redakteur: Gerd Heinemann / *Regionalredaktion München:* Lindwurmstraße 93 (Seitengebäude), 8000 München 2, Tel. 089/531348, Redakteur: Reiner Malskies

Internationale Nachrichtenverbindungen
Agence d'information et de nouvelle internationales SPRL · a.i.n., agence de presse, 437 Av. Louise, B-1050 Bruxelles // a.i.n. Paris, 27, Rue Greuze, F-75116 Paris // a.i.n. Roma, Via C. Magni 41/B, I-00147 Roma // K.V.Z. News Agency Ltd., 291, Gray's Inn Road, GB-London, WC1X 8QF // Korrespondenzunternehmen für Nachrichten und Informationen des Zeitgeschehens Ges.m.b.H., Straußengasse 7, Tür 4, 1040 Wien

Kommunismus und Klassenkampf
Theoretisches Organ des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) · Hrsg.: Zentrales Komitee des KBW · Erscheint monatlich · Preis des Einzelheftes 2 DM, Jahresabonnement incl. Porto 24 DM

Kommunistische Volkszeitung – Spezialnachrichtendienste –
Heft 01: Registerdienst · *Heft 02:* Landwirtschaft, Ernährung · *Heft 03:* Bergbau, Energie, Wasserwirtschaft; Chemische Industrie; Stahl; Bau · *Heft 04:* Maschinenbau; Elektrotechnik; Fahrzeugbau; Schiffbau · *Heft 05:* Druck; Textil, Bekleidung; Handel · *Heft 06:* Ausbildung, Schulen, Schüler; Staatliche und kirchliche Fürsorgeeinrichtungen sowie Gefängnisse · *Heft 07:* Ausbildung, Hochschulen, Studenten · *Heft 08:* Öffentliche Dienste, Transport, Nachrichtenübermittlung · *Heft 09:* Militär, Soldaten und Reservisten, Zivildienstleistende, Polizisten · *Heft 10:* Juristisches Register – Entscheidungsdienst
Die Hefte 01 bis 09 erscheinen wöchentlich, Preis pro Heft 0,60 DM · Heft 10 monatlich, Preis 2,40 DM
Zu beziehen bei nebenstehenden Geschäftsstellen oder bei Buchvertrieb Hager, Mainzer Landstraße 147, Postfach 119151, 6000 Frankfurt 2

Bezirksausgaben und Bezugsadressen
Bezug der Kommunistischen Volkszeitung im Vierteljahresabonnement incl. Porto 10 DM, bei unten angegebenen Geschäftsstellen oder bei Buchvertrieb Hager
Geschäftsstelle Hamburg (1), Chemnitzstraße 78, 2000 Hamburg 50, Tel. 040/382168 / **Geschäftsstelle Bremen (2)**, Gröpelinger Heerstraße 261, 2800 Bremen, Tel. 0421/6160455 / **Geschäftsstelle Westberlin (3)**, Oranienstr. 159, 1000 Westberlin 61, Tel. 030/6145099 / **Geschäftsstelle Hannover (4)**, Hindenburgstraße 15, 3000 Hannover, Tel. 0511/814045 / **Geschäftsstelle Essen (5)**, Sybillastraße 15, 4300 Essen, Tel. 0201/252353 / **Geschäftsstelle Köln (6)**, Neusser Straße 27-29, 5000 Köln, Tel. 0221/720876-77 / **Geschäftsstelle Frankfurt (7)**, Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt, Tel. 0611/730241-42 / **Geschäftsstelle Saarbrücken (8)**, Beethovenstraße 24, 6600 Saarbrücken, Tel. 0681/38791 / **Geschäftsstelle Mannheim (9)**, J7, 14, 6800 Mannheim, Tel. 0621/16279 / **Geschäftsstelle Nürnberg (10)**, Findelwiesenstraße 8, 8500 Nürnberg, Tel. 0911/492095 / **Geschäftsstelle Stuttgart (11)**, Gutenbergstraße 2, 7000 Stuttgart 1, Tel. 0711/620582 / **Geschäftsstelle München (12)**, Lindwurmstraße 93 (Seitengebäude), 8000 München 2, Tel. 089/532481

r.hek. **Am 9.7.79 wurde auf dem Bremer Vulkan das erste Fregattenmodul (Großsektion) auf Kiel gelegt.** Sie soll planmäßig im September aufschwimmen und dann in das neuerbaute Fregattendock zur Ausrüstung überführt werden. Das nächste Schiff folgt neun Monate später, die weiteren vier jeweils 6 Monate danach. Parallel dazu nimmt die Marine die Ausbildung des Personals (1400 Mann für alle Fregatten) vor. Diese Ausbildung ist in drei Phasen unterteilt. Die erste, die Ausbildung der Ausbilder, ist in der einschlägigen Industrie bereits angelaufen. Die zweite Phase erstreckt sich auf die Schulung des Funktionspersonals durch die Ausbilder in Schulen für die F-122, diese Lehrgänge sind in Vorbereitung. Zum Abschluß wird die Bordeinweisung vorgenommen, die in den Werften erfolgt, bevor die erste Probefahrt im Herbst 1980 anläuft. Die endgültige Ablieferung der ersten Fregatte ist für den Herbst 1981 vorgesehen. Alle Fregatten sollen 1984 in Dienst gestellt werden.

b.ulh.Hamburg. **Der Streik der dänischen Fährarbeiter findet Unterstützung.** Kreisjugendausschuß des DGB Hamburg: Kollegen, wir unterstützen Euren Streik und Eure Blockade gegen die Flensburger Förderreederei. Wir begrüßen Eure Forderung nach einem kollektiven Tarifvertrag nach dänischen Gewerkschaftsregeln... Alle Mitglieder der Hamburger Gewerkschaftsjugend des DGB fordern wir auf, nicht die Fähre Römö-Sylt im Urlaub zu benutzen und Euren Boykott zu unterstützen. Wir wenden uns gegen die mit der Ausflaggung verbundene Rationalisierung und die Senkung der Löhne und fordern alle gewerkschaftlichen Gremien zu Eurer Unterstützung auf. Internationale Solidarität...'' 18 Arbeiter der Druckerei Becker-Billet/Hamburg haben eine Solidaritätsadresse an die Förderreederei geschrieben mit Durchschlägen an die IG-Druck Hamburg und die ÖTV-Hamburg und der Aufforderung, den gerechten Streik der Arbeiter zu unterstützen. In dem Brief wird ausdrücklich die ,,Piratenaktion'' der Fährarbeiter für gut und mutig befunden, weil sie beweist, daß es notwendig ist, mit allen Mitteln den Vollboykott durchzusetzen. Der Vollboykott sei unbedingt notwendig, um die Flensburger Förderreederei, die Landesbank und die schleswig-holsteinische Landesregierung in die Knie zu zwingen. Die Druckarbeiter wollen in Hamburg dazu beitragen, daß der Streik in den Gewerkschaften unterstützt wird.

b.ros.Eckernförde. **Auf der Mitgliederversammlung der ÖTV der Kreisverwaltung Rendsburg-Ekkernförde am 12.7.79 wurde eine Resolution verabschiedet an die Kreisdelegiertenkonferenz, in der für eine hohe Festgeldforderung einstimmig eingetreten wurde.** Auf der Tagesordnung stand der Lebenshaltungsindex und seine Auswirkungen auf die kommenden Lohnauseinandersetzungen. Es wurde fest-

Resolution wird die geplante Urabstimmung begrüßt: ,,Wir begrüßen diesen Schritt als ein gutes Beispiel, weil nur so der Abstand der Löhne und Gehälter im Einzelhandel zu den Löhnen anderer Branchen aufgehoben werden kann. Laßt euch von euren Forderungen nicht abbringen.'' Eine Abstimmung der Resolution fand nicht mehr statt.

b.mas.Lüneburg. **Auf der Betriebsversammlung bei Etimex forderten die Arbeiter die Einhaltung des Manteltarifvertrages.** 30 Minuten bezahlte Pause auch für die Arbeiterinnen. 15 Minuten bezahlte Waschzeit. Großen Beifall bekam der Betriebsrat, als er die Geschäftsleitung aufforderte, endlich den Lärm im Blasraum (über 90 Dezibel) abzustellen. Solange das nicht geschehen ist, fordern die Arbeiter eine Lärmzulage von 15 Pf. Die Lärmzulage muß rückwirkend ab 1974 gezahlt werden. Nachdem die Maschinisten und Facharbeiter eine Lohnerhöhung von 30 bis 50 Pf. durchgesetzt haben, fordern auch die Hilfsarbeiter mehr Lohn.

r.gef. **Der Conti-Vorstand hat die endgültige Übernahme von Uniroyal (Europa) rückwirkend zum 1. Juli 1979 bekanntgegeben.** Die Übernahme umfaßt 4 Reifenfabriken in Belgien, Westdeutschland, Frankreich und Großbritannien, eine Reifencordfabrik in Luxemburg, sowie Vertriebsgesellschaften in Dänemark, Italien, den Niederlanden und der Schweiz. Wer die Kapitalgeber sind und wieviel Kapital im

Konzern	Umsatz Mrd. DM	Beschäftigte
Goodyear (77)	15,4	52900
Firestone (77)	10,2	
Michelin (76)	8,6	110000
Dunlop-Pir. (76)	8,7	170000
Uniroyal (77)	6,0	50000
Goodrich (77)	5,2	40000
Conti-Uniroyal	2,7	31200
Phoenix-Gr. (77)	1,0	8100
Kleber (77)	0,9	9400
Semperit (77)	0,7	9200

Spiel ist, darüber schweigt sich der Vorstandsvorsitzende Hahn aus. Es ist aber ein offenes Geheimnis, daß die Deutsche Bank dick ihre Finger drin hat. Der Presse hat Hahn erklärt: ,,Wir werden kein Riese, aber ein sehr drahtiger David.'' Mit jetzt 2,7 Mrd. DM Umsatz, 31200 Beschäftigten und ca. 20 % Marktanteil (in Westdeutschland) will Hahn allerdings die Voraussetzungen schaffen, ein Profitriese zu werden. Für die Arbeiter hat Hahn im Zusammenhang mit dem Kauf erst einmal beruhigende Worte gesprochen: Alle Fabriken seien ausgelastet, an Werksschließungen sei nicht zu denken, in den Conti-Werken fehle es derzeit vielmehr an 279 Arbeitskräften. Solche Töne sind die Arbeiter von Hahn gar nicht gewohnt, weshalb Wachsamkeit der Belegschaften unbedingt am Platze ist.

VW Betriebsversammlungen: Auseinandersetzung um den Lohn

r.uwp. Die Betriebsversammlung im braunschweiger VW-Werk am 22.6.79 hat die einstimmig beschlossene Forderung des Vertrauensleutekörpers nach 1000 DM Sonderzahlung mit stürmischem Beifall begrüßt. Vier Arbeiter unterstützten ausdrücklich den Beschluß und forderten insbesondere für die unteren Lohngruppen eine hohe Lohnforderung für den kommenden Tarifkampf. Ein Arbeiter hat 170 DM, 8% mindestens vorgeschlagen.

Auf der Betriebsversammlung in Wolfsburg am 11.7. traten wiederum vier Arbeiter unter großem Beifall der Versammlung für die Forderung nach 1000 DM Sonderzahlung ein, ein Arbeiter sprach in diesem Zusammenhang für den Beginn der Vorbereitungen für den Tarifkampf unter der Forderung von 170 DM, 8% mindestens. Der Betriebsratsvorsitzende Ehlers forderte auch für 1979 wieder eine Einmalzahlung (im Dezember 78 hatte VW 100 bis 375 DM als Sonderprämie gezahlt). Schmücker hatte Arbeitsdirektor Briam vorgeschickt. Die Hetze gegen die OPEC-Länder nutzte nichts, er mußte zu der Forderung Stellung nehmen. Er kündigte ,,für 1979 wieder eine Einmalzahlung an'', ohne allerdings ein Wort über konkrete Höhe und Zeitpunkt zu verlieren.

Auf der Betriebsversammlung in Salzgitter am 17.7. erklärte der Betriebsratsvorsitzende Anklam daraufhin, ,,aufgrund des guten Geschäftsergebnisses von VW'' müsse es ,,aber ein höherer Betrag sein als letztes Jahr''. Der Gesamtbetriebsrat wolle gleich nach dem Urlaub mit dem VW-Vorstand in Verhandlungen treten. So sei es eben, kaum ist der Urlaub vorbei, müsse man schon wieder an *Weihnachten* denken. Dieser Versuch, mit der verdrehten Begründung für die Sonderzahlungs-Forderung, ,,wenn es VW gut geht, muß für uns auch ein Brocken abfallen'', der Lohnbewegung die Spitze zu nehmen, schlug fehl. Ein Arbeiter hat die Notwendigkeit von *sofort* 1000 DM Sonderzahlung mit der jetzt schon durch Preissteigerungen und Steuererhöhungen weggefressenen 4,3%-Tariflohnerhöhung begründet und den Betriebsrat unter großem Beifall dazu aufgefordert, für diese Forderung mit dem VW-Vorstand einen kurzfristigen Verhandlungstermin zu vereinbaren. Anhand der letzten Sonderzahlung hat er vorgerechnet, was den Arbeitern heute dadurch auf den Tariflohn fehlt, daß die VW-Kapitalisten sich mit solchen Einmal-und-nie-wieder-Zahlungen um eine ausreichende Tariflohnerhöhung herumgedrückt haben. Er begründete daher, daß man die Durchsetzung von sofort 1000 Sonderzahlung als Schritt zur Vorbereitung des Tarifkampfs unter einer Forderung von 170 DM, 8% mindestens machen muß. Mit den angekündigten Verhandlungen zwischen Gesamtbetriebsrat und VW-Vorstand hat die Lohnbewegung bei VW einen guten Ansatzpunkt, um weiter voranzukommen.

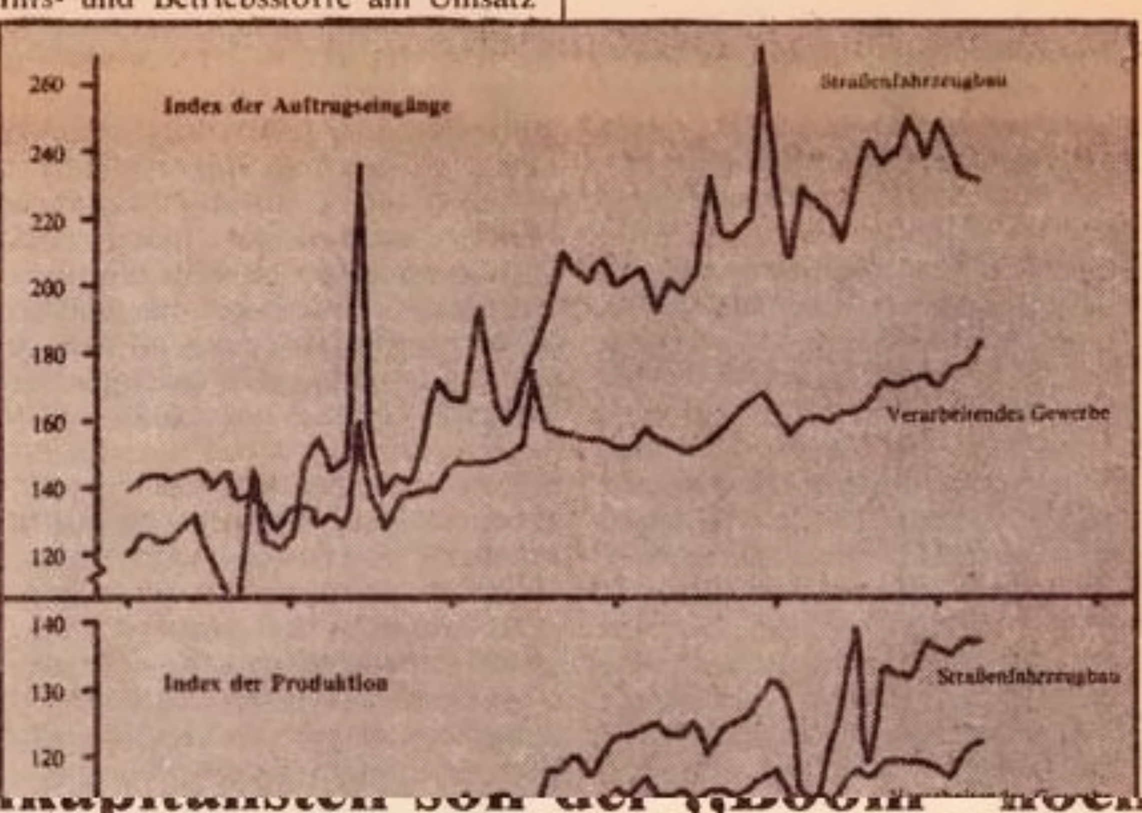
Die von den VW-Kapitalisten betriebene ,,Arbeitsplatzsicherung'', die sie auf den Betriebsversammlungen gegen den Lohnkampf propagierten, wurde von mehreren Arbeitern angegriffen. So in Wolfsburg die Absicht der Betriebsführung, mit der Einführung von 14 Minuten zusätzlicher Pause die Stückzahl in der Endmontage beizubehalten über Anreicherung der Arbeitsgänge und Schnellerstellen der Bänder; in Salzgitter forderten der Betriebsratsvorsitzende und ein Vertrauensmann den Werksleiter Korff zur Stellungnahme zu der Absicht auf, über die Einführung eines Ablösesystems mit Springern die Stückzahl pro Arbeiter an den Motorbändern zu erhöhen.

Für die Automobilkapitalisten soll der ,,Boom'' noch lange nicht zuende sein

r.gör. Seit dem Höhepunkt der Krise 1974 ist es den Kapitalisten gelungen, ihre Profite stark auszuweiten. Die Reallöhne hingegen stagnieren bzw. sinken, durch die Massenarbeitslosigkeit sinkt zunehmend das Verbrauchsausgabenniveau der Arbeiterklasse insgesamt, bei wachsender Ausbeutung ihres beschäftigten Teils. Nach den Lohnabschlüssen begannen die Kapitalisten zu frohlocken: ,,Der Zuwachs der Tariflöhne (4,7 Prozent) ist zur Zeit noch so klein wie nie zuvor in dieser Dekade'', also in den letzten 10 Jahren. (Wirtschaftswoche) Jetzt beginnt die Spekulation, wie lange der ,,Boom'', dessen Höhepunkt in der ersten Jahreshälfte gefeiert wurde, wohl noch anhält. Die Geschäftserwartungen der Kapitalisten sind, laut Index des Ifo-Instituts, seit ihrem Höchststand im Februar rückläufig.

Die Fahrzeugbau-Kapitalisten haben es in besonderem Maße verstanden, Geschäfte zu machen. Die Schaubilder zeigen, wie sie sich über der durchschnittlichen Entwicklung im verarbeitenden Gewerbe insgesamt bewegen. Seit 1970 konnten sie den Lohnanteil an ihren Umsätzen immer mehr drücken. Die Ausbeutung der Arbeiter hat ihre Exportoffensive ermöglicht, was wesentlich für die Expansion ist. Im 2. Vierteljahr 1979 hat sich ihr Auftragseingang um 5,2 % erhöht, aber während der Auftragseingang aus dem

in Milliardenhöhe, vor allem Kapitalexport, also Aufbau und Ausbau ausländischer Bastionen. Chauvinistische Hetze soll die Arbeiter dafür gewinnen, sie sollen mit ,,ihren'' Kapitalisten in den Handelskrieg ziehen. Die ,,vom Ausland verursachten'' Kostensteigerungen werden benutzt, um dagegen wie gegen die Lohnforderungen der Arbeiter zu hetzen. Tatsächlich zeigen jedoch die jüngst veröffentlichten Geschäftsberichte der Automobilkonzerne, daß sie den Anteil der Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe am Umsatz haben senken können: VW um fast einen halben, Daimler Benz um 1,6 Prozentpunkte. So haben also die mit diesen angeblich steigenden Kosten begründeten Preiserhöhungen die Profitspanne doppelt vergrößert. Die produktiv erzielten Bruttoprofite des VW-Konzerns haben seit 1978 gegenüber dem Vorjahr um mehr als 13 % erhöht (ohne die ,,sonstigen Aufwendungen'', was hier zumeist verschleierte Profite, sogar um 22,9 %).



laub zu benutzen und Euren Boykott zu unterstützen. Wir wenden uns gegen die mit der Ausflaggung verbundene Rationalisierung und die Senkung der Löhne und fordern alle gewerkschaftlichen Gremien zu Eurer Unterstützung auf. Internationale Solidarität...'' 18 Arbeiter der Druckerei Becker-Billet/Hamburg haben eine Solidaritätsadresse an die Förderreederei geschrieben mit Durchschlägen an die IG-Druck Hamburg und die ÖTV-Hamburg und der Aufforderung, den gerechten Streik der Arbeiter zu unterstützen. In dem Brief wird ausdrücklich die ,,Piratenaktion'' der Fährarbeiter für gut und mutig befunden, weil sie beweist, daß es notwendig ist, mit allen Mitteln den Vollboykott durchzusetzen. Der Vollboykott sei unbedingt notwendig, um die Flensburger Förderreederei, die Landesbank und die schleswig-holsteinische Landesregierung in die Knie zu zwingen. Die Druckarbeiter wollen in Hamburg dazu beitragen, daß der Streik in den Gewerkschaften unterstützt wird.

b.ros.Eckernförde. **Auf der Mitgliederversammlung der ÖTV der Kreisverwaltung Rendsburg-Ekkernförde am 12.7.79 wurde eine Resolution verabschiedet an die Kreisdelegiertenkonferenz, in der für eine hohe Festgeldforderung einstimmig eingetreten wurde.** Auf der Tagesordnung stand der Lebenshaltungsindex und seine Auswirkungen auf die kommenden Lohnauseinandersetzungen. Es wurde fest-gehalten, daß durch die Mehrwertsteuererhöhung am 1.7. die Preise noch mehr in die Höhe schnellen würden. Es wurde beschlossen auf der nächsten Mitgliederversammlung im Oktober erneut die Lage zu beraten und ein Flugblatt zu erstellen, daß die Kollegen über die Preissteigerungsrate informieren und den nächsten Lohnkampf vorbereiten soll. Diese Resolution wurde an die Vertrauensleuteversammlung weitergereicht, um sie auch dort verabschieden zu lassen.

b.ulh.Hamburg. **165 Beschäftigte von Karstadt-Mönckebergstraße fordern von der Geschäftsleitung eine Umbauzulage von 50 DM monatlich.** Auf der Betriebsversammlung am 17.7. wurde der Brief unter starkem Beifall der Kollegen verlesen. ,,Wir sehen nicht ein, daß wir diese erhöhte Belastung für den Karstadt-Konzern tragen müssen, besonders da die Löhne und Gehälter im Einzelhandel zu den niedrigsten in der BRD gehören.'' Bislang hat die Geschäftsleitung, der die Unterschriften vom Betriebsrat übergeben werden sollten, die Annahme verweigert. Auf der Betriebsversammlung wurde dann von einem Kollegen noch einmal unterstrichen, daß eine einmalige Zahlung von 50 DM Umbauzulage den verstärkten Verschleiß des Arbeitskraft durch den Umbau nicht annähernd auffangen könne und deshalb die Geschäftsleitung der aufgestellten Forderung sofort nachkommen müsse. Unter großem Beifall wurde von der Versammlung eine Resolution zur Unterstützung des Lohnkampfes der Beschäftigten im rheinland-pfälzischen Einzelhandel aufgenommen. In der

ten in Dänemark, Italien, den Niederlanden und der Schweiz. Wer die Kapitalgeber sind und wieviel Kapital im

Konzern	Umsatz Mrd. DM	Beschäftigte
Goodyear (77)	15,4	52900
Firestone (77)	10,2	
Michelin (76)	8,6	110000
Dunlop-Pir. (76)	8,7	170000
Uniroyal (77)	6,0	50000
Goodrich (77)	5,2	40000
Conti-Uniroyal	2,7	31200
Phoenix-Gr. (77)	1,0	8100
Kleber (77)	0,9	9400
Semperit (77)	0,7	9200

Spiel ist, darüber schweigt sich der Vorstandsvorsitzende Hahn aus. Es ist aber ein offenes Geheimnis, daß die Deutsche Bank dick ihre Finger drin hat. Der Presse hat Hahn erklärt: ,,Wir werden kein Riese, aber ein sehr drahtiger David.'' Mit jetzt 2,7 Mrd. DM Umsatz, 31200 Beschäftigten und ca. 20 % Marktanteil (in Westdeutschland) will Hahn allerdings die Voraussetzungen schaffen, ein Profitriese zu werden. Für die Arbeiter hat Hahn im Zusammenhang mit dem Kauf erst einmal beruhigende Worte gesprochen: Alle Fabriken seien ausgelastet, an Werksschließungen sei nicht zu denken, in den Conti-Werken fehle es derzeit vielmehr an 279 Arbeitskräften. Solche Töne sind die Arbeiter von Hahn gar nicht gewohnt, weshalb Wachsamkeit der Belegschaften unbedingt am Platze ist.

b.reh.Mölln. **Die Möllner Initiative für ein selbstverwaltetes Jugendzentrum hatte zur Stadtvertretersitzung die Stellungnahme des Bürgermeisters Lutz zu verschiedenen Fragen gefordert.** Zur Sitzung waren etwa 30 Jugendliche erschienen. Bürgermeister Lutz, der einen Polizeiwagen vor dem Haus bereitgestellt hatte, wies auf eine von der Stadt eingerichtete Arbeitsgruppe für eine Jugendbegegnungsstätte hin, mit der er ausschließlich verhandeln würde. Mit der Bereitstellung eines Raumes könnten die Jugendlichen frühestens in einem Jahr rechnen, daran ändere auch ihr Eingreifen auf der Stadtvertretersitzung nichts. Auf die Aufforderung hin, sich zur Selbstverwaltung zu äußern, erklärte er, daß er für ,,Mit''verwaltung wäre. Die Jugendlichen verließen daraufhin geschlossen die Stadtvertretersitzung, um die weitere Arbeit der Initiative zu beraten.

b.hek.Kiel. **Die HDW-Kapitalisten planen eine weitere Steigerung der Ausbeutung.** In einem Interview mit den ,,Kieler Nachrichten'' am 3.7.1979 gab der Vorstandsvorsitzende Henke bekannt, daß eine weitere Reduzierung der Belegschaft um 480 Beschäftigte geplant sei. Weiterhin drohe Kurzarbeit für den Spätherbst, da durch die Revolution im Iran die Aufträge für die U-Boote für den Iran storniert worden seien. Druck will er ausüben auf die Belegschaft, um einen Zusammenschluß für einen Nachschlag und gegen die ungeheure Steigerung der Ausbeutung zu verhindern. Geplant sind die Verjüngung der Altersstruktur, die Beschäftigung von mehr Lehrlingen. ,,Leider werden Ausbildungskapazitäten und -angebote vom Markt nicht voll ausgenutzt'', beschwert er sich. Ein Wink für das Arbeitsamt, jetzt in größerem Umfang jugendliche Arbeitskraft für die Vernutzung bei HDW zur Verfügung zu stellen. Lohnen sollen sich schließlich die Investitionen, der geplante Neubau einer neuen Profilhalle und die weiteren 90 Mio DM, die im November investiert werden sollen. Doch lohnen wird sich das nur, wenn auch die Ausbeutung der Arbeiter gesteigert werden kann. ,,Die Löcher im Akkordgefüge müssen gestopft werden, man muß mehr leistungsbezogene Anreize geben'', hatte er noch zur Ausdehnung des Programmlohns vor kurzem gesagt. Eine weitere Ausdehnung wird jetzt angekündigt. Vor allem auf die Kriegsproduktion, den Sonderschiffbau, haben es die HDW-Kapitalisten abgesehen. Nachdem ihnen die Revolution im Iran einen Strich durch ihr U-BootGeschäft gemacht hat, fordern sie jetzt die Ausweitung des Fregatten-Programms. ,,Anspruch auf Berücksichtigung hätten wir, weil wir beim ersten Auftrag spärlich bedacht wurden.'' Für die Ausweitung der Kriegsproduktion sol-
n die Arbeiter gewonnen werden, enn sonst drohe Kurzarbeit im Spät-erbst. Die HDW-Kapitalisten gehen uf Expansionskurs, denn nur durch esteigerte Ausbeutung werden sie als ieger aus der Werftkrise hervorgehen.

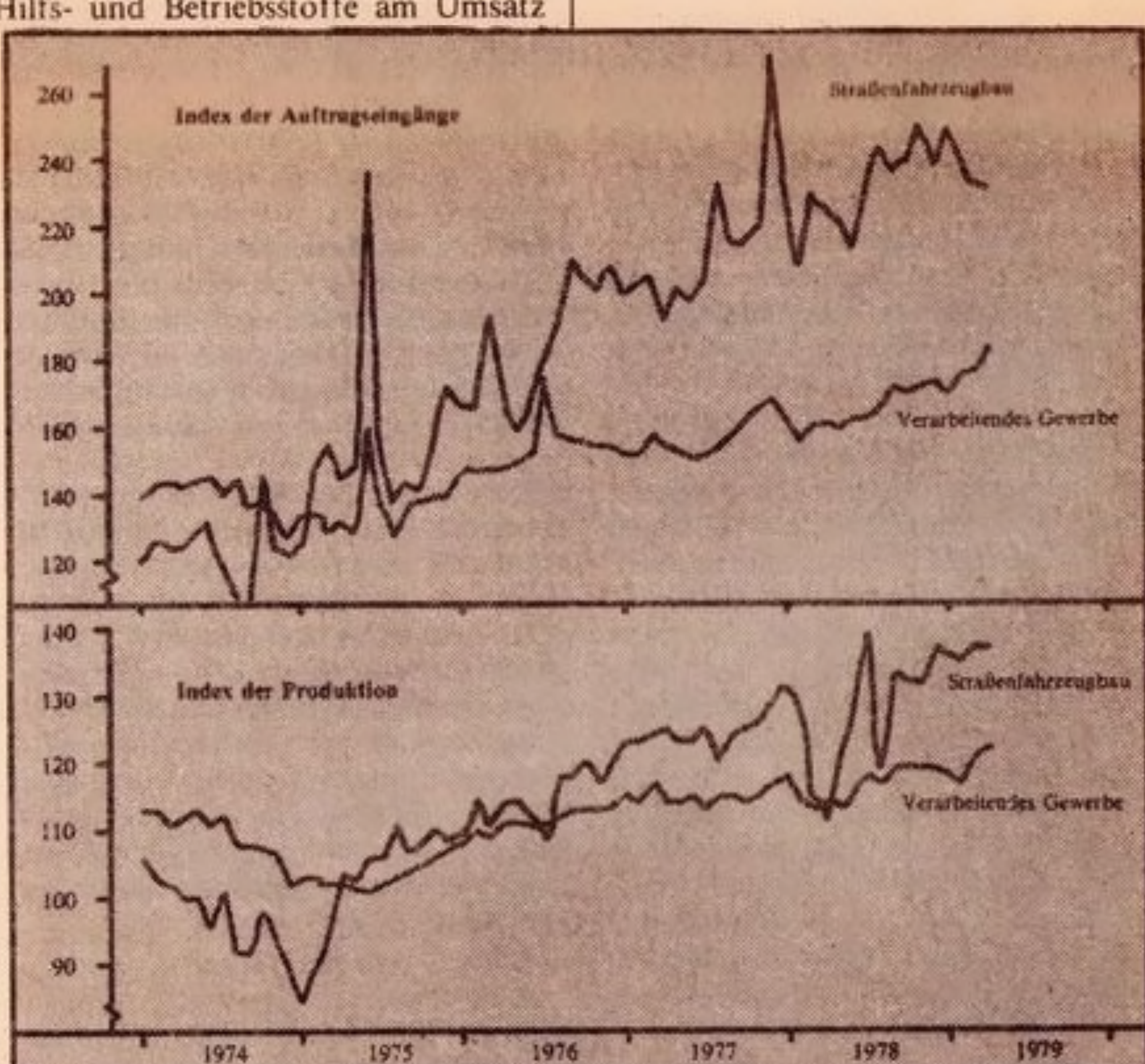
lange nicht zuende sein

r.gör. Seit dem Höhepunkt der Krise 1974 ist es den Kapitalisten gelungen, ihre Profite stark auszuweiten. Die Reallöhne hingegen stagnieren bzw. sinken, durch die Massenarbeitslosigkeit sinkt zunehmend das Verbrauchsausgabenniveau der Arbeiterklasse insgesamt, bei wachsender Ausbeutung ihres beschäftigten Teils. Nach den Lohnabschlüssen begannen die Kapitalisten zu frohlocken: ,,Der Zuwachs der Tariflöhne (4,7 Prozent) ist zur Zeit noch so klein wie nie zuvor in dieser Dekade'', also in den letzten 10 Jahren. (Wirtschaftswoche) Jetzt beginnt die Spekulation, wie lange der ,,Boom'', dessen Höhepunkt in der ersten Jahreshälfte gefeiert wurde, wohl noch anhält. Die Geschäftserwartungen der Kapitalisten sind, laut Index des Ifo-Instituts, seit ihrem Höchststand im Februar rückläufig.

Die Fahrzeugbau-Kapitalisten haben es in besonderem Maße verstanden, Geschäfte zu machen. Die Schaubilder zeigen, wie sie sich über der durchschnittlichen Entwicklung im verarbeitenden Gewerbe insgesamt bewegen. Seit 1970 konnten sie den Lohnanteil an ihren Umsätzen immer mehr drücken. Die Ausbeutung der Arbeiter hat ihre Exportoffensive ermöglicht, was wesentlich für die Expansion ist. Im 2. Vierteljahr 1979 hat sich ihr Auftragseingang um 5,2 % erhöht, aber während der Auftragseingang aus dem Ausland mit 16,1 % zugenommen hat, drückt sich die Reallohnsenkung im Inland in einem Rückgang der inländischen Nachfrage um 1,7 % aus.

Um ihre Exportoffensive noch schlagkräftiger zu machen, planen die Fahrzeugbaukapitalisten Investitionen

in Milliardenhöhe, vor allem Kapitalexport, also Aufbau und Ausbau ausländischer Bastionen. Chauvinistische Hetze soll die Arbeiter dafür gewinnen, sie sollen mit ,,ihren'' Kapitalisten in den Handelskrieg ziehen. Die ,,vom Ausland verursachten'' Kostensteigerungen werden benutzt, um dagegen wie gegen die Lohnforderungen der Arbeiter zu hetzen. Tatsächlich zeigen jedoch die jüngst veröffentlichten Geschäftsberichte der Automobilkonzerne, daß sie den Anteil der Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe am Umsatz haben senken können: VW um fast einen halben, Daimler Benz um 1,6 Prozentpunkte. So haben also die mit diesen angeblich steigenden Kosten begründeten Preiserhöhungen die Profitspanne doppelt vergrößert. Die produktiv erzielten Bruttoprofite des VW-Konzerns haben seit 1978 gegenüber dem Vorjahr um mehr als 13 % erhöht (ohne die ,,sonstigen Aufwendungen'', was hier zumeist verschleierte Profite, sogar um 22,9 %).



b.dam.Flensburg. **Danfoss Flensburg hat seit seinem Bestehen immer einen wesentlichen Teil behinderter Arbeiter ausgebeutet.** Rekrutiert werden sie aus Behindertenheimen aus den Kreisen Nordfriesland und Schleswig. In einer Zeitung der Betriebsführung aus dem Jahre 1962 Nr. 2 heißt es: ,,Besonders geeignet sind auch unsere gehörlosen Arbeitnehmer, da sie sich ganz auf ihre Arbeit konzentrieren können und von keinen fremden Einflüssen dabei gestört werden.'' Durchweg bekommt dieser Teil der Arbeiter den geringsten Lohn bei Danfoss und ist in der Lohngruppe II eingestuft. Sie stehen zusätzlich unter Kontrolle des Versorgungsamtes oder der Behinderteneinrichtung, in der sie leben. Beim Streik, den die Danfoss-Arbeiter befristet gegen das Sozialleistungsstreichungsprogramm des Dr. Müller geführt haben, hat das Amt auch nachgeschnüffelt, ob und wer mitgestreikt hat. Die behinderten Arbeiter haben sich aber nicht abhalten lassen und sind mit aus der Halle gegangen.

b.uwb.Lägerdorf. **In den Ferien sind bei Alsen und Breitenburg Zementfabrik immer eine Anzahl Schüler und Studenten beschäftigt.** In den Vorjahren wurden sie entweder nach Lohngruppe 1 bezahlt oder, wenn sie schon öfter dort gewesen waren, nach der für den Arbeitsplatz geltenden Lohngruppe. Jetzt bekommen die Schüler und Studenten 9,50 DM die Stunde während Lohngruppe 1 9,85 DM und Lohngruppe 3, wonach die meisten eingestuft waren, 10,35 DM beträgt. Auf der Betriebsversammlung im letzten April hatte der Direktionsassistent Kayenburg gesagt, daß bei Alsen arbeitsplatzbezogene Löhne gezahlt würden. Der Betriebsrat versucht gegenwärtig, dieses Prinzip auch für die Aushilfen zur Geltung zu bringen.

r.ham. **,,Ist Ihre Buchführung hundertprozentig in Ordnung?'', das fragt ,,top agrar'' in seiner neuesten Ausgabe die Bauern.** Es empfiehlt Selbstanzeige beim Finanzamt. Bis 10000 DM muß der buchführungspflichtige Bauer dann zahlen! Oder es wird gleich ein Gerichtsverfahren wegen ,,Steuerhin-

Heime plündern Rentner aus
Seniorenbeiräte sollen befrieden

r.kea. Der Bremer Senat versucht jetzt, mit dem letzte Woche eröffneten ,,Seniorenzentrum St. Remberti-Stift" Propaganda zu machen. Der Hamburger Senat macht Propaganda für die Einrichtung von ,,Seniorenbeiräten". Je mehr das Programm der Kapitalistenklasse: Rentensenkung und schleichende Vernichtung der Rentner durch Entzug von Lebensmitteln, welches durch Ehrenberg eingeleitet wurde und weiter vorangetrieben wird, sichtbare Folgen zeitigt, desto stärker muß Propagandanebel von den angeblich großartigen Leistungen des Staates für die Rentner erzeugt werden. Das Unternehmen ,,Seniorenbeiräte" ist zu billig, als daß man darauf hereinfällt. Das Prinzip ist: erstens haben sie nichts zu entscheiden, müssen aber gehört werden. Zweitens, was die Bourgeoispolitiker sich anhören, aber anders entscheiden, müssen sie begründen, und drittens soll bei Gremien der Seniorenbeiräte möglichst nicht soviel gewählt werden, sondern berufen, weil andernorts bei ähnlichen Versuchen mit der Wahl solcher Betrugsgremien so gut wie kein Rentner gewählt hat.

Die Propaganda für das Bremer ,,Seniorenzentrum" ist eigentlich schon zynisch. Dr. Franke (SPD), einer der Bremer Bürgermeister, bezeichnet ausgerechnet den Bau eines Altenheims als ,,ein Beispiel mehr für die Bestrebungen der Bremer Sozialpolitik, alte Menschen nicht in sogenannten Ghettos leben zu lassen." Das paßt zur Weltanschauung des Hamburger Senators Ehlers, der in seiner Rede ,,Zum Tag der älteren Generation" sich äußerte zu ,,den besonderen Problemen der älteren Generation, die nicht in erster Linie materielle Sorgen, sondern in wachsendem Maße Probleme des Alterns und des Alters" seien.

Man muß anfangen zu rechnen: Die Unterbringung im neuen Bremer ,,Seniorenzentrum" kostet 1180 DM für eine Person monatlich. Für Ehepaare kostet die Unterbringung 2200 DM. Die Gebühr für staatliche Pflegeheime beträgt z.B. in Hamburg 1400 DM monatlich. Die durchschnittlich ausgezahlte Altersrente aller Rentner der Arbeiterrentenversicherung betrug 1978 638 DM pro Monat. Die der Angestelltenrentenversicherung 989 DM. Nach dem Rentenbericht der Bundesregierung bekamen 1977 über 10 % der männlichen Rentner unter 500 DM monatliche Rente, etwa 50 % bekamen zwischen 500 und 1000 DM und keine 40 % bekamen zwischen 1000 und 1500 DM. Bei den Frauen, die eine Berechtigung auf Altersrente haben, liegen fast 90 % unter 700 DM.

Von den Renten allein können die meisten Rentner sowieso nicht leben. Viele sind noch im Rentenalter auf zusätzliche Lohnarbeit angewiesen. Wo das nicht geht, müssen oft genug die Kinder oder Verwandten die Rentner unterstützen. Laut Statistischem Jahrbuch kam 1977 ein 2-Personen-Rentnerhaushalt (Statistischer Haushaltstyp 1) auf ein tatsächliches ausgabefähiges Einkommen von durchschnittlich 1092,75 DM. Daß überhaupt die Unterbringung der Rentner in Alten- oder Pflegeheimen zum Zwang wird, kommt von der materiellen Lage in den Arbeiterfamilien. Die Arbeiter können sich im allgemeinen nur relativ enge Wohnungen leisten, und immer öfter müssen sie mitsamt der Familie umziehen, weil die wechselhafte Entwicklung der kapitalistischen Produktion auch den Ort der Arbeitsplätze einem ständigen Wandel unterwirft. Ein gemeinsames Wohnen der heutigen Arbeitergeneration mit der Generation der verrenteten Arbeiter ist in vielen Fällen unmöglich gemacht. Nicht die Herzlosigkeit der jüngeren Generation ist schuld, daß die Rentner in Heime gesteckt und isoliert werden, sondern die kapitalistischen Produktionsverhältnisse führen zwangsweise zu solchen Erscheinungen. Das Arbeiterleben gilt im Kapitalismus nur etwas, soweit Profit aus ihm gezogen werden kann.

Diejenigen Rentner, die schließlich im Alten- oder Pflegeheim landen, legen in den allermeisten Fällen dafür ihre ganze Rente hin. Als Gegenleistung werden ihnen die elementarsten Rechte genommen. Die Schikanen und Disziplinierungen der Heimordnungen sind entwürdigend. Für tatsächliche oder angebliche Kosten der Heimunterbringung haften die Rentner mit ihrem Eigentum, und ,,das Heim ist verpflichtet, nach dem Tode des Heimbewohners die Hinterlassenschaft sicherzustellen000 Vom Heim in Verwahrung genommene Geldbeträge und Wertgegenstände können zur Deckung fällig gewordener Pflegeheimkosten ganz oder teilweise zurückgehalten werden." (§ 6, Heimvertrag zwischen Hansestadt Hamburg und dem Heimbewohner) Wenn man nach dem Essen fragt, hört man z.B. von Fällen, daß sich die Bewohner oft mit ihrem spärlichen Taschengeld noch etwas zu essen kaufen, weil ihnen beim Heimessen der Appetit vergangen ist. Die Heimordnung verbietet selbst diese Nothandlung der Heimbwohner: ,,Bitte bewahren Sie keine verderblichen Lebensmittel in Ihren Zimmern oder Schränken auf. Eine Überwachung ist unseren Mitarbeitern aus seuchen-hygienischen Gründen gestattet. Zum Verzehr nicht mehr geeignete Lebensmittel werden eingezogen." (Abschnitt II,5 der Benutzungs- und Heimordnung des Amtes für Heime, Hansestadt Hamburg) Der Begriff Seuchenhygiene ist eine Verhöhnung; nachdem erst letzte Woche wieder zwei Todesfälle in einem Lübecker Altenheim aufgetreten sind, wegen Salmonellen aus der Heimküche.

Im anfangs erwähnten St. Remberti-Seniorenheim mit Einzel- und Doppelappartements werden 102 Personen untergebracht. Im Neubau waren sofort alle Plätze vergeben. Das ist verständlich, wenn man von den Zuständen in älteren Altenheimen erfährt. Wenn jetzt Tag der offenen Tür gemacht wird und die Bourgeoisie St. Remberti groß im Fernsehen vorführen läßt, dann kann sie sich nur deshalb eine Propagandawirkung davon erhoffen, weil wahrscheinlich die Existenz der meisten Rentner, ob privat wohnend oder im Heim, noch schlechter ist als das, was die Rentner in St. Remberti erwartet.

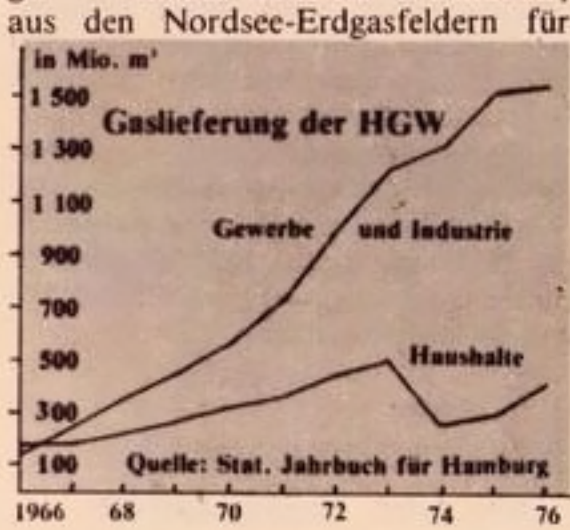
Hamburger Senat erhöht die Gaspreise
,,Erdgas kein Lückenbüßer für Erdöl"

b.mak. ,,Ergas ist kein Lückenbüßer für Erdöl!" so Geschäftsführer Steinborn von den Hamburger Gaswerken (HGW) laut ,,BILD" (12.7.). Begründen will er damit eine drastische Erhöhung der Gaspreise von über 10% für Großabnehmer sowie auch die kleinen gewerblichen und Handwerksbetriebe ab 1.1.80 und dann für die Haushalte ,,knapp unter 10%" ab 1.7.80.

Von langer Hand hat der Senat für die Hamburger Bourgoisie mit der ,,stadteigenen" HGW, in deren Aufsichtsrat jeweils Senatoren den Vorsitz führen, gegenwärtig Senator Nölling, eine wichtige Seite des imperialistischen Energieprogramms abgesichert:

Anfang der 60er Jahre wurden immer größere Erdgasfelder, vor allem in Holland, im Nordseebereich Norwegens und in der UdSSR, erschlossen. Im Prospekt ,,Erdgas für Hamburg" schwärmt die HGW in Imperialistenmanier: ,,Ergastransporte aus Rußland, Algerien und den Nordseefeldern (bieten) im Rahmen eines europäischen Gasverbundes optimale Versorgungssicherheit." Konsequent hat die HGW von Stadtgas (gewonnen aus Kohle und Koks) auf Erdgasversorgung umgestellt: 1965 wurden die ersten 2450 Haushalte mit dem heizintensiveren Erdgas beliefert, 1972 waren es bereits 144200 Haushalte; 1974 war die Umstellung im großen und ganze abgeschlossen, 1976 wurde die Kokerei Grasbrook, das alte Stammwerk der HGW, stillgelegt (,,Personalrückgang" über 10%), die Kokerei Kattwyk soll zum 31.3.81 stillgelegt und damit die Stadtgasproduktion ganz eingestellt werden.

Machte Erdgas 1965 erst 1% des gesamten Energieverbrauchs in der BRD aus, so stand er 1975 bereits bei 14%. In Hamburg war 1969 bereits der Anteil des Erdgases am Gasaufkommen bei 58,1%, 1976 dann bei 93,7%. Die gesamte Gasabgabe der HGW an Gewerbe und Industrie stieg von 1969 (467 Mio. m³) bis 1976 (1540 Mio. m³) um 230%, an die Haushalte auf 412 Mio m³ um 52%. Seit 1978 läuft die Umstellung auf das H-Gas (d.h. high gas = Gas mit höherem Wärmewert) aus den Nordsee-Erdgasfeldern für rund 300000 Haushalte; ,,veraltete" Herde müssen wie schon einige Jahre vorher bei der Umstellung vom Stadtgas aufgegeben werden – rechtzeitig hat die HGW im Juni 79 bei der Innung für Sanitärtechnik das Recht auf eigenen Verkauf von Gasgeräten zur ,,Sicherung des Kundenstamms" (staatl. Pressenstelle, 29.6.79) durchgesetzt.



Die Millionen-Investitionen der HGW, nötig, um den Zugang zu dem relativ billigen und hochwertigen Erdgas zu schaffen, waren jeweils begleitet von kräftigen Tariferhöhungen: zum 1.10.74 Anhebung des Haushaltstarifs um durchschnittlich 18%, zum 1.7.75 um 9,8%, zum 1.7.76 um 5,51 bis 5,75%. Vertraglich festgelegt ist die ,,Formel" zur Berechnung erhöhter Gaspreise, nämlich bei Anstieg des Index der Investitionsgüter (zu 20% zu berücksichtigen), Anstieg des Heizölpreises (zu 25%) oder bei Anstieg des Handwerkerecklohns bei der HGW (zu 25%). Die HGW bezieht ihr Gas von den ,,Gewerkschaften" Brigitta und Elwerath Hannover, die das Erdgas im Dollart-Ems-Gebiet und vor allem auch aus der Nordsee fördern und die als ,,Töchter" niemandem anders gehören als ESSO und Shell – der tiefere Sinn der ,,Gleitklausel" – Bindung des Gaspreises an den Ölpreis entpuppt sich als plumper Räubertrick, Senat und Bürgerschaft als die beauftragten Roßtäuscher.

Kultusminister Bendixen
will die Schulaufsicht straffen

b.oeh. Mit der Kabinettumbildung nach den Landtagswahlen 79 ist ein neuer Mann an die Spitze des Kultusministeriums gesetzt worden: Bendixen. Braum ist durch die Kämpfe der Lehrer, Eltern und Schüler verschlissen worden. Um die Pläne der Landesregierung zum Schulwesen durchzusetzen mußte ein unverbrauchter Minister her. Jetzt sind erste konkrete Pläne des neuen Kultusministers Bendixen bekannt geworden. Die Abteilung ,,Schulaufsicht" soll aus dem Landesschulamt (LSA) ins Kultusministerium verlegt werden, zur besseren Beratung der Schulen, wie es heißt. Die Personalabateilung des LSA und des Instituts für Theorie und Praxis der Schule (IPTS) sollen zusammengelegt werden. Das IPTS soll stärker an das Kultusministerium angebunden werden. Z.B. sollen die Studienleiter, die die Lehramtsanwärter in den Seminaren ausbilden, direkt vom Kultusminister eingesetzt werden. Bisher sind sie praktisch von der Seminarkonferenz, in der die Lehramtsanwärter zusammen mit den Mentoren die Mehrheit haben, gewählt worden.

Im Juli 78 ist das Schulgesetz in Kraft getreten, in dem der Abbau von Rechten der Lehrer, Eltern und Schüler und eine Stärkung der Schulaufsicht vorgesehen ist. Im § 109 heißt es:,,(2) Die Aufsicht umfaßt die Gesamtheit der staatlichen Aufgaben zur inhaltlichen, organisatorischen und planerischen Gestaltung (...) sowie die Beaufsichtigung der Schulen (...)." In der Durchsetzung des Schulgesetzes hat die Landesregierung Schwierigkeiten gehabt. ,,Reibungsverluste" hat es gegeben. In zahlreichen einzelnen Kämpfen haben sich die Betroffenen zur Wehr gesetzt. Braun hatte es im Frühjahr angekündigt, daß die Regierung nach den Wahlen verstärkt Maßnahmen zur Durchsetzung des Schulgesetzes ergreifen werde. Durch die jetzigen Pläne sollen diese Reibungsverluste beseitigt werden, indem der Einfluß des Staates direkter wird.

Gleichzeitig soll der Druck auf die Lehrer verstärkt werden. Mit Schuljahresbeginn ist eine große Zahl von Grund- und Hauptschullehrern mit zweitem Examen in Schleswig-Holstein arbeitslos. 129 von 573 Bewerbern haben bis jetzt eine Zusage erhalten, daß sie eingestellt werden. Die GEW hat in einer Stellungnahme gefordert, daß die Grund- und Hauptschullehrer ggf. auch auf freie Planstellen in anderen Schularten einzustellen und darüberhinaus die zusätzlich erforderlichen Planstellen für die Grund- und Hauptschulen zu schaffen sind. Eine Veranstaltung dazu ist für Anfang September von der GEW geplant.



Roßtäuscher.

tik, alte Menschen nicht in sogenannten Ghettos leben zu lassen." Das paßt zur Weltanschauung des Hamburger Senators Ehlers, der in seiner Rede ,,Zum Tag der älteren Generation" sich äußerte zu ,,den besonderen Problemen der älteren Generation, die nicht in erster Linie materielle Sorgen, sondern in wachsendem Maße Probleme des Alterns und des Alters" seien.

Man muß anfangen zu rechnen: Die Unterbringung im neuen Bremer ,,Seniorenzentrum" kostet 1180 DM für eine Person monatlich. Für Ehepaare kostet die Unterbringung 2200 DM. Die Gebühr für staatliche Pflegeheime beträgt z.B. in Hamburg 1400 DM monatlich. Die durchschnittlich ausgezahlte Altersrente aller Rentner der Arbeiterrentenversicherung betrug 1978 638 DM pro Monat. Die der Angestelltenrentenversicherung 989 DM. Nach dem Rentenbericht der Bundesregierung bekamen 1977 über 10 % der männlichen Rentner unter 500 DM monatliche Rente, etwa 50 % bekamen zwischen 500 und 1000 DM und keine 40 % bekamen zwischen 1000 und 1500 DM. Bei den Frauen, die eine Berechtigung auf Altersrente haben, liegen fast 90 % unter 700 DM.

Von den Renten allein können die meisten Rentner sowieso nicht leben. Viele sind noch im Rentenalter auf zusätzliche Lohnarbeit angewiesen. Wo das nicht geht, müssen oft genug die

genstände können zur Deckung fällig gewordener Pflegeheimkosten ganz oder teilweise zurückgehalten werden." (§ 6, Heimvertrag zwischen Hansestadt Hamburg und dem Heimbewohner) Wenn man nach dem Essen fragt, hört man z.B. von Fällen, daß sich die Bewohner oft mit ihrem spärlichen Taschengeld noch etwas zu essen kaufen, weil ihnen beim Heimessen der Appetit vergangen ist. Die Heimordnung verbietet selbst diese Nothandlung der Heimbwohner: ,,Bitte bewahren Sie keine verderblichen Lebensmittel in Ihren Zimmern oder Schränken auf. Eine Überwachung ist unseren Mitarbeitern aus seuchen-hygienischen Gründen gestattet. Zum Verzehr nicht mehr geeignete Lebensmittel werden eingezogen." (Abschnitt II,5 der Benutzungs- und Heimordnung des Amtes für Heime, Hansestadt Hamburg) Der Begriff Seuchenhygiene ist eine Verhöhnung; nachdem erst letzte Woche wieder zwei Todesfälle in einem Lübecker Altenheim aufgetreten sind, wegen Salmonellen aus der Heimküche.

Im anfangs erwähnten St. Remberti-Seniorenheim mit Einzel- und Doppelappartements werden 102 Personen untergebracht. Im Neubau waren sofort alle Plätze vergeben. Das ist verständlich, wenn man von den Zuständen in älteren Altenheimen erfährt. Wenn jetzt Tag der offenen Tür ge-

Kultusminister Bendixen
will die Schulaufsicht straffen

b.oeh. Mit der Kabinettumbildung nach den Landtagswahlen 79 ist ein neuer Mann an die Spitze des Kultusministeriums gesetzt worden: Bendixen. Braum ist durch die Kämpfe der Lehrer, Eltern und Schüler verschlissen worden. Um die Pläne der Landesregierung zum Schulwesen durchzusetzen mußte ein unverbrauchter Minister her. Jetzt sind erste konkrete Pläne des neuen Kultusministers Bendixen bekannt geworden. Die Abteilung ,,Schulaufsicht" soll aus dem Landesschulamt (LSA) ins Kultusministerium verlegt werden, zur besseren Beratung der Schulen, wie es heißt. Die Personalabateilung des LSA und des Instituts für Theorie und Praxis der Schule (IPTS) sollen zusammengelegt werden. Das IPTS soll stärker an das Kultusministerium angebunden werden. Z.B. sollen die Studienleiter, die die Lehramtsanwärter in den Seminaren ausbilden, direkt vom Kultusminister eingesetzt werden. Bisher sind sie praktisch von der Seminarkonferenz, in der die Lehramtsanwärter zusammen mit den Mentoren die Mehrheit haben, gewählt worden.

Im Juli 78 ist das Schulgesetz in Kraft getreten, in dem der Abbau von

gesetzes hat die Landesregierung Schwierigkeiten gehabt. ,,Reibungsverluste" hat es gegeben. In zahlreichen einzelnen Kämpfen haben sich die Betroffenen zur Wehr gesetzt. Braun hatte es im Frühjahr angekündigt, daß die Regierung nach den Wahlen verstärkt Maßnahmen zur Durchsetzung des Schulgesetzes ergreifen werde. Durch die jetzigen Pläne sollen diese Reibungsverluste beseitigt werden, indem der Einfluß des Staates direkter wird.

Gleichzeitig soll der Druck auf die Lehrer verstärkt werden. Mit Schuljahresbeginn ist eine große Zahl von Grund- und Hauptschullehrern mit zweitem Examen in Schleswig-Holstein arbeitslos. 129 von 573 Bewerbern haben bis jetzt eine Zusage erhalten, daß sie eingestellt werden. Die GEW hat in einer Stellungnahme gefordert, daß die Grund- und Hauptschullehrer ggf. auch auf freie Planstellen in anderen Schularten einzustellen und darüberhinaus die zusätzlich erforderlichen Planstellen für die Grund- und Hauptschulen zu schaffen sind. Eine Veranstaltung dazu ist für Anfang September von der GEW geplant.



---

terziehung" eingeleitet, wenn ,,Verdacht" seitens der Steuereintreibungsbehörden besteht. Und der besteht immer, denn Matthöfers Plünderungslogik geht so: Der Bauer muß unvermeidlich essen, weil er arbeiten muß. Die für seine Reproduktion aufgewendeten Mittel sind steuergesetzlich verdientes Einkommen, auf das Einkommenssteuer zu zahlen ist. Aber bereits die Wiederherstellung ihrer Arbeitskraft gelingt den arbeitenden Bauern – wie den Arbeitern – nicht. Eine Antwort der Bauern ist z.B. der Austausch von Produkten untereinander zu gegenseitigem Vorteil, der nicht zuletzt darin besteht, daß dieser nicht in der Buchführung erscheint. Die Finanzämter schicken immer häufiger ,,Betriebsprüfer" auf die Höfe, damit sie diese Beziehungen herausschnüffeln – insbesondere die zu Bauern ohne Buchführungszwang – mit geringem Erfolg. Deshalb soll von Bonn per Gesetz die Buchführungspflicht auf *alle* Bauern ausgedehnt werden.

b.hek.Wedel. **Resolution an Richter Sauer.** ,,....Dieser Prozeß bedeutet eine klare Einschränkung der Meinungs- und Pressefreiheit und soll vor allem bewirken eine Entrechtung der Soldaten. Wir fordern die sofortige Einstellung des Prozesses. Als künftige Wehrpflichtige und Zivildienstleistende sind wir für freie politische und gewerkschaftliche Tätigkeit in der Armee." Acht Unterzeichner aus Wedel

b.dam.Brunsbüttel. **Entsprechend den Bedürfnissen des neuangesiedelten Industriekapitals in Brunsbüttel und Umgebung, des Kali-, Bayer-, Veba- und Schelde-Chemie-Kapitals hat die Volkshochschule Brunsbüttel im Januar 1977 einen berufsbegleitenden Chemiefacharbeiter- und Laborwerkerkursus eingerichtet.** Dieser Kurs lief erstmalig in Schleswig-Holstein und geht 2½ Jahre. Die Kosten werden vom Volk zweifach gezahlt: einmal über den regionalen Förderungsfonds vom Land für die Einrichtung und zum zweiten mit Gebühren für den Kurs selbst. ,,Einen aktiven Beitrag zur Verminderung der Arbeitslosigkeit" nannte der erste Vorsitzende der Volkshochschule, Siemen, das. In den Kursen selbst wird schärfste Auslese getrieben. Klassenarbeiten und Prüfungen sind überdurchschnittlich viel. Von den angehenden angelernten Arbeitern, die dann Laborwerker oder Chemiefacharbeiter sind, sind bei der Abschlußprüfung von 40 Arbeitern 13 durchgefallen.

Veranstaltungskalender

Revolutionäres Volksbildungsprogramm – Sommerhalbjahr 1979 –

Revolutionen sind der Motor der Geschichte
Hamburg-Harburg, 23. bis 27. Juli, 20.00 bis 22.00 Uhr, ,,Union-Kate", Eddelbüttelstr. 24a

Das Christentum
Hamburg-Nord, 23. bis 27. Juli, 19.30 bis 21.30 Uhr, ,,Preystuben", Forssmannstr./Ecke Preystraße

Deutsche Geschichte

Die Deutschen Bauernkriege Revolutionäres Wetterleuchten gegen Feudalismus und Reaktion
Rendsburg, 30. Juli bis 3. August, 20.00 bis 22.00 Uhr, ,,Am Rothenhof", Rothenhofer Weg

Der Dreißigjährige Krieg und die Vernichtung des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation
Heide, 23. bis 27. Juli, 20.00 bis 22.00 Uhr, Grund- und Hauptschule 4

Der deutsch-französische Krieg und die Reichsgründung
Kiel-West, 23. bis 27. Juli, 20.00 bis 22.00 Uhr, Mo., Di., Fr. ,,Bavaria-Eck", Großer Ziegelteich; Mi. und Do. ,,Ständer", Waitzstraße

Die SPD an der Regierung: Bilanz der Tätigkeit der Ministerien seit Beginn der Großen Koalition

Die Ministerien für Bildung, Jugend und Familie, Raumordnung und Ernährung
Husum, 23. bis 27. Juli, 20.00 bis 22.00 Uhr, Bahnhofsgaststätte

Die Geschäfte des Bundesministers für Arbeit und Soziales
Hamburg-Bergedorf, 23. bis 27. Juli, 19.30 bis 21.30 Uhr, Lichtwarkhaus, Am Schilfwasser/Ecke Holzhude

Kritik der christlichen Soziallehre
Stade, 23. bis 27. Juli, 19.30 bis 21.30 Uhr, ,,Grafenklause", Udonenstraße

Kritische Theorie
Hamburg-Mitte/West, 23. bis 27. Juli, 19.30 bis 21.30 Uhr, Gustav-Radbruch-Haus, Borgfelder Straße 14
Itzehoe, 30. Juli bis 3. August, 20.00 bis 22.00 Uhr, ,,Zum Kulmbacher", Große Paaschburg

Der Aufbau des Sozialismus in der VR China
Eine große Unterstützung für den Befreiungskampf der unterdrückten Völker
Flensburg, 30. Juli bis 3. August, 20.00 bis 22.00 Uhr, Pestalozzischule, Waitzstraße

Schulungen

Stalin: ,,Grundlagen des Leninismus"
Lübeck, 23. bis 27. Juli, 20.00 bis 22.00 Uhr, ,,Zur Tonne", Marliring
Kiel-Ost, 30. Juli bis 3. August, 20.00 bis 22.00 Uhr, ,,Kleinkes Eck", Elisabethstr.

Mao Zedong: ,,Fünf philosophische Monographien"
Schleswig, 23. bis 27. Juli, 20.00 bis 22.00 Uhr, Gaststätte Gallberg 15

Vereinigung für revolutionäre Volksbildung – Soldaten und Reservisten –

Sportkurs
Gymnastik, Ballspiel, Einführung in die Selbstverteidigung
Hamburg, Sonntag, 29. Juli, 10.00 Uhr, Stadtpark, Große Wiese (Badezeug mitbringen)
Wrohe/Westensee, Sonntag, 29. Juli, 10.00 Uhr, ,,Zum Fischmeister", Abfahrt Kiel 9.30 Uhr, Wilhelmplatz

Kulturgruppe: Zeichenkurs
Hamburg, Freitag, 27. Juli, 18.00 bis 21.00 Uhr, Phil-Turm, Foyer

Donnerstag, 26. Juli
Hamburg, Sievekingplatz, Strafjustizgebäude, R. 377, 13.30 Uhr, Iran-Prozeß gegen Gerda K. wegen Widerstand gegen die Staatsgewalt

Stoltenberg will Boykott der dänischen Fährarbeiter zerschlagen lassen

b.clm. Am 18. Juli wurden 12 Mitglieder der Blockadewacht Havneby/Römö von der dänischen Polizei festgenommen und ins Gefängnis geworfen. Die Fördereederei Flensburg und die dahinterstehenden Banken und die Landesregierung haben ihren Druck verstärkt, daß die dänische Regierung das unfreiwillige Bad des Kapitäns der Vikingland zum Anlaß nimmt, „hart durchzugreifen". Zur Vorbereitung ließ man eigens den Geschäftsführer Nissen im Deutschen Fernsehen auftreten, der darstellte, daß man es bei den für einen kollektiven Tarifvertrag kämpfenden Fährarbeitern in Wirklichkeit mit Kriminellen zu tun habe, die eingesperrt gehörten und der ankündigte, die Reederei habe geeignete Gegenmaßnahmen ergriffen. Eine weitere „Gegenmaßnahme" war der Überfall einer reaktionären Bande unter Führung des örtlichen Hoteliers auf das Büro der Blockadewacht.

Gleich nach Bekanntwerden der Verhaftungen traten die Arbeiter der Großen-Belt Fährlinien, die Seeland und Kopenhagen mit dem Festland verbinden, für zwölf Stunden in den Streik und kündigten an, daß sie wieder streiken werden, wenn die Polizeiverhöre „nicht zur Zufriedenheit der Arbeiter" verlaufen würden.

Auf ihrem Treffen am 12.7. in Flensburg haben der dänische Gewerkschaftsdachverband und der DGB Kreis Flensburg den Sturz von Kapitän und Steuermann ins Wasser verurteilt. Diese offene Flanke ist jetzt sofort genutzt worden. Sie kann geschlossen werden, wenn LO und ÖTV die sofortige Freilassung der Inhaftierten und die Einstellung der Verfahren gegen die Mitglieder der Blockadewacht fordern.

Jetzt schlägt die Blockadewacht vor, daß der dänische Gewerkschaftsverband und der DGB gemeinsam ein Plakat herausgeben, mit dem vor allem deutsche Urlauber über Verlauf und Ziele des Kampfes informiert werden. Der DGB-Kreisvorstand hatte auf dem Treffen am 12.7. erklärt, daß die zuständigen Gremien nach einer offiziellen Aufforderung durch den dänischen Gewerkschaftsbund LO konkrete Erklärungen und Maßnahmen beschließen werden. Ein solches gemeinsames Plakat wäre ein erster Schritt, zu dem auch gehören würde, daß in der Gewerkschaftspresse, insbesondere aber im ÖTV-Magazin und in der „Schleswig-Holsteinischen Schule" der widerlichen Hetze in den bürgerlichen Zeitungen und in Presse und Rundfunk entgegengetreten wird.

Innenministerium und Staatsschutzkammer: Prozeßpause, um die Linie neu festzulegen

b.clm. Der Wehrkraftzersetzungsprozeß in Flensburg ist nach zehn Verhandlungstagen bis zum 15.8. unterbrochen worden. Der vorsitzende Richter Sauer hatte Schwierigkeiten, zu verhindern, daß vor Gericht bewiesen wird, daß die GSG 9 bezahlte Metzgerhunde sind, die gegen die Kämpfe der Arbeiterklasse und der Volksmassen in Westdeutschland und gegen die Kämpfe der Völker der Dritten Welt eingesetzt werden. Das kann man daran sehen, daß es ihm bis heute nicht gelungen ist, einen Zeugen der Anklage zu vernehmen. Das Innenministerium geht offensichtlich davon aus, daß der Beweis so gut wie sicher gelungen ist, steht der Chef der GSG 9 Wegener oder auch nur Tophoven als „bester Kenner der GSG 9" erst einmal als Zeuge vor Gericht. Deshalb wurde dem Gericht die Linie diktiert: keine Zeugenvernehmung von Wegener und Tophoven. Das Vertrauen in die Fähigkeiten des Gerichts war aber so gering, daß das Innenministerium zusätzlich eine Erklärung abgab, die darin gipfelte, „eine Aussage Wegeners gefährde den weiteren Aufbau der GSG 9", und Wegener keine Aussagegenehmigung erteilte. Das Verwaltungsgericht Köln bestätigte das und das Oberverwaltungsgericht Münster zögerte die endgültige Entscheidung so lange hinaus, bis Sauer bewiesen hatte, daß er in der Lage ist, Beweisanträge,

nen Wegeners vor Gericht zulassen, denn die Gefahr, daß Sauer ihn tatsächlich als Zeuge vernehmen läßt, erscheint nun geringer. Und das Innenministerium wäre von dem Widerspruch befreit, daß es seinen Metzgerhundenchef zwar in Rundfunk und Presse auftreten läßt, nicht aber vor Gericht.

Völlig sicher sind Innenministerium und Gerichte sich dieses Kalküls nicht. Deshalb die Prozeßpause. Sauer konnte die Vernehmung Tophovens nur verhindern, indem er versuchte, die Beweisanträge zu widerlegen. Der Einsatz der GSG 9 in Mogadischu sei gerechtfertigt und daß die Combatschießtechnik auf der Technik der sogenannten „Gunfighter" beruhe, lasse nicht den Schluß zu, daß ein nach dieser Methode ausgebildeter Polizeibeamter auch die Mentalität und Geisteshaltung hat oder annehmen muß, die den Gunfightern nachgesagt wird. Die Mentalität der Gunfighter bestand bekanntlich darin, daß sie für Geld jedes Verbrechen begingen, welches geeignet war, den Reichtum der großen Rancher zu vermehren. Nicht anders dient der Einsatz der GSG 9 einzig und allein dazu, die Profite der herrschenden Klasse zu verteidigen genauso, wie es immer die Aufgabe solcher Spezialeinheiten der Bourgeoisie war. Sei es der Einsatz der Freikorps zur Niederschlagung des Hamburger Aufstandes, sei es der Ein-

b.clm. Der Wehrkraftzersetzungsprozeß in Flensburg ist nach zehn Verhandlungstagen bis zum 15.8. unterbrochen worden. Der vorsitzende Richter Sauer hatte Schwierigkeiten, zu verhindern, daß vor Gericht bewiesen wird, daß die GSG 9 bezahlte Metzgerhunde sind, die gegen die Kämpfe der Arbeiterklasse und der Volksmassen in Westdeutschland und gegen die Kämpfe der Völker der Dritten Welt eingesetzt werden. Das kann man daran sehen, daß es ihm bis heute nicht gelungen ist, einen Zeugen der Anklage zu vernehmen. Das Innenministerium geht offensichtlich davon aus, daß der Beweis so gut wie sicher gelungen ist, steht der Chef der GSG 9 Wegener oder auch nur Tophoven als „bester Kenner der GSG 9" erst einmal als Zeuge vor Gericht. Deshalb wurde dem Gericht die Linie diktiert: keine Zeugenvernehmung von Wegener und Tophoven. Das Vertrauen in die Fähigkeiten des Gerichts war aber so gering, daß das Innenministerium zusätzlich eine Erklärung abgab, die darin gipfelte, „eine Aussage Wegeners gefährde den weiteren Aufbau der GSG 9", und Wegener keine Aussagegenehmigung erteilte. Das Verwaltungsgericht Köln bestätigte das und das Oberverwaltungsgericht Münster zögerte die endgültige Entscheidung so lange hinaus, bis Sauer bewiesen hatte, daß er in der Lage ist, Beweisanträge, die durch einen geladenen Zeugen geführt werden sollen und die Ausbildung, Ausrüstung und Ziele der GSG 9 zum Inhalt haben, abzulehnen. Das hat er letzte Woche bewiesen, indem es ihm gelang, die Vernehmung Tophovens zu verhindern. So konnte das Oberverwaltungsgericht das Erscheinen Wegeners vor Gericht zulassen, denn die Gefahr, daß Sauer ihn tatsächlich als Zeuge vernehmen läßt, erscheint nun geringer. Und das Innenministerium wäre von dem Widerspruch befreit, daß es seinen Metzgerhundenchef zwar in Rundfunk und Presse auftreten läßt, nicht aber vor Gericht.

Völlig sicher sind Innenministerium und Gerichte sich dieses Kalküls nicht. Deshalb die Prozeßpause. Sauer konnte die Vernehmung Tophovens nur verhindern, indem er versuchte, die Beweisanträge zu widerlegen. Der Einsatz der GSG 9 in Mogadischu sei gerechtfertigt und daß die Combatschießtechnik auf der Technik der sogenannten „Gunfighter" beruhe, lasse nicht den Schluß zu, daß ein nach dieser Methode ausgebildeter Polizeibeamter auch die Mentalität und Geisteshaltung hat oder annehmen muß, die den Gunfightern nachgesagt wird. Die Mentalität der Gunfighter bestand bekanntlich darin, daß sie für Geld jedes Verbrechen begingen, welches geeignet war, den Reichtum der großen Rancher zu vermehren. Nicht anders dient der Einsatz der GSG 9 einzig und allein dazu, die Profite der herrschenden Klasse zu verteidigen genauso, wie es immer die Aufgabe solcher Spezialeinheiten der Bourgeoisie war. Sei es der Einsatz der Freikorps zur Niederschlagung des Hamburger Aufstandes, sei es der Einsatz der SS oder sei es der Einsatz von Sonderpolizeieinheiten gegen den Streik der schleswig-holsteinischen Metallarbeiter 1956. Wenn wir die Prozeßpause nutzen, um das auf Seminaren zu klären, kann der Druck auf das Gericht noch erheblich verstärkt werden.

Schleswig-Holstein 1946 – 50 Flüchtlinge als Lohndrücker für die Bourgeoisie

b.hör. Den geringen Anteil an klassenbewußter Arbeiterschaft in den ostelbischen Gebieten nutzte die Bourgeoisie nach dem 2. Weltkrieg, um die Flüchtlinge aus Ostpreußen und Pommern in großem Maßstab als Spalter und Lohndrücker einzusetzen und um die Machtübernahme durch die Arbeiterklasse zu verhindern.

Schleswig-Holstein hatte im Jahre 1939 1,54 Mio Einwohner. Bis 1949 strömten zusätzlich 1,18 Mio ostdeutsche Flüchtlinge hierher. In den Kreisen Segeberg, Eutin und Oldenburg überstieg die Zahl der Flüchtlinge sogar die der Einheimischen. Die wirtschaftliche Lage der Flüchtlinge war gekennzeichnet durch Deklassierung, was sich in allen Berufsgruppen in einer Abnahme der Zahl der Selbständigen und Angestellten und in einer Zunahme der Arbeiter verglichen mit dem Stand vor der Flucht ausdrückt. Die Arbeitslosigkeit war massiv; im Raum Plön/Eutin betrug sie 1949 30%. Das nutzten die Kapitalisten aus, um die Flüchtlinge als billige Arbeitskräfte zu vernutzen. Z.B. bekam eine ledige Büroangestellte, die vor der Flucht zwei Jahre gearbeitet hatte und nach dem Angestelltentarif 8 eingestuft worden war, nach der Flucht nur den Anfängertarif Gruppe 10, was im Jahr 47/48 150 DM im Monat war. Viele Flüchtlinge, die in Ostdeutschland kleine Selbständige waren oder als Frauen als mithelfende Familienangehörige in der Landwirtschaft tätig waren, fingen nach der Flucht als ungelernte Hilfsarbeiter in der Landwirtschaft (80000), in der Bauindustrie (8242), in der Lebensmittelindustrie (4961), in der Textil- und Bekleidungsindustrie (6900) oder im Maschinenbau (3069) an zu arbeiten.

In der Landwirtschaft bewirkte das riesige Arbeitslosenheer und das Überangebot an Landarbeitern den Einsatz von sogenannten Arbeiterkolonnen, die nur an bestimmten Tagen besonders großen Arbeitsanfalls eingesetzt wurden und wodurch die Großgrundbesitzer sowie auch die Klein- und Mittelbauern den Bestand an ständigen Arbeitskräften gering halten konnten und wodurch andererseits die Produktion durch Saatzucht und Hackfruchtbau intensiviert werden konnte.

1947 beschloß der Schleswig-Holsteinische Landtag ein Gesetz zur Einleitung der Agrarreform. Im Gegensatz zur sowjetisch besetzten Zone wo aufgrund der Bodenreform alle landwirtschaftlichen Betriebe größer als 100 ha – außer Muster- und Saatzuchtbetrieben – enteignet und in Bauernhöfe von 5 bis 8 ha aufgeteilt wurden bei genossenschaftlicher Nutzung von Wohn- und Wirtschaftsgebäuden, landwirtschaftlichen Maschinen und Gespannen, sollte die Schleswig-Holsteinische Agrarreform den Großgrundbesitz schonen. Vorgesehen war, relativ wenig Land durch Kleinsiedlungen von 800 bis 1500 qm von Flüchtlingen besiedeln zu lassen. Die Kleinsiedlungen sollten lediglich dem Nebenerwerb dienen, um die schlimmste Not in der Ernährung zu lindern, was nichts anderes heißt, als daß die Löhne in der Industrie so weit gedrückt wurden, daß die Ernährung nicht sichergestellt war.

Da Schleswig-Holstein industriell relativ unterentwickelt war, dies auch noch durch die industrielle Demontage der Besatzer verschärft wurde, gab es in den Jahren 1950 bis 60 eine Verschiebung der Arbeitskräfte in Gebiete im größerer Kapitalkonzentration. Von 1950 bis 60 wanderten allein 237381 nach Nordrhein-Westfalen und 86712 nach Baden-Württemberg ab.

Noch heute versucht die westdeutsche Bourgeoisie, ihre revanschistischen Pläne gestützt auf die Vertreibenen Verbände im Volk zu verankern. Dem wird man nur entgegentreten können, wenn man das Problem nicht als Frage von Einheimischen und Flüchtlingen behandelt, sondern als Frage von Klassen mit bestimmten Zielen.

Selbständige waren oder als Frauen als mithelfende Familienangehörige in der Landwirtschaft tätig waren, fingen nach der Flucht als ungelernte Hilfsarbeiter in der Landwirtschaft (80000), in der Bauindustrie (8242), in der Lebensmittelindustrie (4961), in der Textil- und Bekleidungsindustrie (6900) oder im Maschinenbau (3069) an zu arbeiten.

In der Landwirtschaft bewirkte das riesige Arbeitslosenheer und das Überangebot an Landarbeitern den Einsatz von sogenannten Arbeiterkolonnen, die nur an bestimmten Tagen besonders großen Arbeitsanfalls eingesetzt wurden und wodurch die Großgrundbesitzer sowie auch die Klein- und Mittelbauern den Bestand an ständigen Arbeitskräften gering halten konnten und wodurch andererseits die Produktion durch Saatzucht und Hackfruchtbau intensiviert werden konnte.

1947 beschloß der Schleswig-Holsteinische Landtag ein Gesetz zur Einleitung der Agrarreform. Im Gegensatz zur sowjetisch besetzten Zone wo aufgrund der Bodenreform alle landwirtschaftlichen Betriebe größer als 100 ha – außer Muster- und Saatzuchtbetrieben – enteignet und in Bauernhöfe von 5 bis 8 ha aufgeteilt wurden bei genossenschaftlicher Nutzung von Wohn- und Wirtschaftsgebäuden, landwirtschaftlichen Maschinen und Gespannen, sollte die Schleswig-Holsteinische Agrarreform den Großgrundbesitz schonen. Vorgesehen war, relativ wenig Land durch Kleinsiedlun-



Wohnungsnot der Flüchtlinge: Durchschnittliche Wohnfläche 4-5 qm pro Kopf

Die Hauptgenossenschaft – einer der größten Ausbeuter und Plünderer in Schleswig-Holstein

b.ham. Die HaGe (Hauptgenossenschaft) hat für das Jahr 1978 ihren Geschäftsbericht veröffentlicht. Es ist der Bericht über einen erfolgreichen Feldzug gegen die konkurrierenden Kapitalisten auf den Knochen der Arbeiter und Angestellten der HaGe und der Bauern. Die Geschäftsleitung weist einen Bilanzgewinn von 2,4 Mio DM aus. Das macht gleich klar, daß das nichts mit dem tatsächlich erzielten Profit dieses Unternehmens zu tun haben. Allein an Zinsen hat die HaGe in Schleswig-Holstein und Hamburg schon 1,7 Mio DM vor allem aus den Bauern gepreßt. Und das immer dichter werdende Netz ihrer Silotürme, Mühlen usw., nicht zuletzt ihrer Banken auch in abgelegenen Dörfern sind sichtbares Zeichen riesenhafter Profite – die Bilanz also ein Zerrbild der Wirklichkeit. Wir haben sie auf die tatsächlich gemachten Profite hin nachgerechnet: Die Differenz der Rücklagen von 1978 zu 1977 sind 2,6 Mio DM zuzüglich der Rückstellungen zur Vorjahresbilanz von 3,2 Mio DM, zuzüglich dem Bilanzgewinn ergibt einen Unternehmensprofit von 8,2 Mio DM. Hinzugerechnet werden müssen noch die ausgewiesenen 7,3 Mio DM gezahlte Zinsen und 7,3 Mio DM Steuern, die aus dem Profit gezahlt werden, macht nochmal 14,6 Mio, das ergibt zusammengezählt *22,8 Mio DM Gesamtprofit.* Um ihn zu erzielen, sind 41,07 Mio DM an Löhnen und Gehältern gezahlt worden, worunter auch die Bezüge der geschäftsführenden Bourgeois fallen, die ebenfalls Profit darstellen, denn diese Herren arbeiten nicht, schaffen also auch keine Werte. Ihre Geschäfte hat die HaGe dabei mit einem Anlagekapital von 70 Mio DM (1978 um 4 Mio erhöht) betrieben.

In ihrem Bericht prahlt die Geschäftsleitung denn auch mit „den erbrachten Leistungen der Mitarbeiter ... und dem Vertrauen unserer Kunden." Was sie selbst von der Glaubwürdigkeit ihrer Sprüche hält bzw. daß sie die Wahrheit, die hinter den Zahlen verborgen ist, fürchtet, zeigt die Tatsache, daß sie die reichbebilderte Hochglanzschrift weder an die Bauern noch an die lohnabhängig Beschäftigten aushändigt.

Eine Zahl spricht für sich selbst: Seit 1969 ist die Anzahl der Beschäftigten von nur 1239 auf jetzt 1288 erhöht worden, der Umsatz im gleichen Zeitraum aber *verdreifacht* auf jetzt 1,2 Mrd DM. Damit ist sie in der Lage, ein immer lückenloseres Netz über das ganze Land zu knüpfen, getreu dem Grundsatz dieser Herren, daß an der Landwirtschaft entschieden mehr zu verdienen ist als in der Landwirtschaft: zuerst vor allem Wareneinkauf- und Verkaufsgenossenschaft, dann die Nordfleischschlachterei, die Meiereien, die Landmaschinenverkaufs- und Reparaturbetriebe und ihren Banken (einschließlich der Raiffeisen-Banklehrlingsschule in Rendsburg), jetzt auch Baustoffhandel und Immobilien!

Im Landmaschinensektor geht sie meist nach diesem Plan vor: Wenn ein alter Dorfschmied aufgeben will, übernimmt die HaGe seine Werkstatt und betreibt sie einige Jahre mit einem Gesellen. Der Kundenkreis des Schmiedes geht also über auf die HaGe. Die Bauern erwerben dort auch ihre neuen Maschinen, d.h. auch eine gewisse Verschuldung. Dann macht die HaGe den Laden dicht und die Bauern müssen zur 30 km entfernten HaGe-Zentralwerkstatt mit ihrem Schlepper fahren, um ihn repariert zu bekommen. Der Vorsitzende des Aufsichtsrates, G.Hansen: „Partnerschaft bedeutet nicht immer ein Optimum an Auszahlung an die Bauern für ihre Produkte, sondern Stabilität und solides Marktverhalten" schon wegen „. . . der Planungen der EG". Der EG, Herr Hansen? Ihrer EG! Hatte bisher die Expansion der HaGe an den Siloanlagen der westdeutschen Häfen seine Grenze gefunden, so hat sie sich jetzt mit der EG-Raiffeisenorganisation in den von ihr niederkonkurrierten internationalen Getreidehandelskonzern A.C. Toepfer (Hamburg) eingekauft, um direkten Zugriff auf die Dritte Welt zu bekommen. Es wird Zeit, daß die Genossenschaften in die Hände der Bauern kommen.

nen Bilanzgewinn von 2,4 Mio DM aus. Das macht gleich klar, daß das nichts mit dem tatsächlich erzielten Profit dieses Unternehmens zu tun haben. Allein an Zinsen hat die HaGe in Schleswig-Holstein und Hamburg schon 1,7 Mio DM vor allem aus den Bauern gepreßt. Und das immer dichter werdende Netz ihrer Silotürme, Mühlen usw., nicht zuletzt ihrer Banken auch in abgelegenen Dörfern sind sichtbares Zeichen riesenhafter Profite – die Bilanz also ein Zerrbild der Wirklichkeit. Wir haben sie auf die tatsächlich gemachten Profite hin nachgerechnet: Die Differenz der Rücklagen von 1978 zu 1977 sind 2,6 Mio DM zuzüglich der Rückstellungen zur Vorjahresbilanz von 3,2 Mio DM, zuzüglich dem Bilanzgewinn ergibt einen Unternehmensprofit von 8,2 Mio DM. Hinzugerechnet werden müssen noch die ausgewiesenen 7,3 Mio DM gezahlte Zinsen und 7,3 Mio DM Steuern, die aus dem Profit gezahlt werden, macht nochmal 14,6 Mio, das ergibt zusammengezählt *22,8 Mio DM Gesamtprofit.* Um ihn zu erzielen, sind 41,07 Mio DM an Löhnen und Gehältern gezahlt worden, worunter auch die Bezüge der geschäftsführenden Bourgeois fallen, die ebenfalls Profit darstellen, denn diese Herren arbeiten nicht, schaffen also auch keine Werte. Ihre Geschäfte hat die HaGe dabei mit einem Anlagekapital von 70 Mio DM (1978 um 4 Mio erhöht) betrieben.

In ihrem Bericht prahlt die Geschäftsleitung denn auch mit „den er-

immer lückenloseres Netz über das ganze Land zu knüpfen, getreu dem Grundsatz dieser Herren, daß an der Landwirtschaft entschieden mehr zu verdienen ist als in der Landwirtschaft: zuerst vor allem Wareneinkauf- und Verkaufsgenossenschaft, dann die Nordfleischschlachterei, die Meiereien, die Landmaschinenverkaufs- und Reparaturbetriebe und ihren Banken (einschließlich der Raiffeisen-Banklehrlingsschule in Rendsburg), jetzt auch Baustoffhandel und Immobilien!

Im Landmaschinensektor geht sie meist nach diesem Plan vor: Wenn ein alter Dorfschmied aufgeben will, übernimmt die HaGe seine Werkstatt und betreibt sie einige Jahre mit einem Gesellen. Der Kundenkreis des Schmiedes geht also über auf die HaGe. Die Bauern erwerben dort auch ihre neuen Maschinen, d.h. auch eine gewisse Verschuldung. Dann macht die HaGe den Laden dicht und die Bauern müssen zur 30 km entfernten HaGe-Zentralwerkstatt mit ihrem Schlepper fahren, um ihn repariert zu bekommen. Der Vorsitzende des Aufsichtsrates, G.Hansen: „Partnerschaft bedeutet nicht immer ein Optimum an Auszahlung an die Bauern für ihre Produkte, sondern Stabilität und solides Marktverhalten" schon wegen „. . . der Planungen der EG". Der EG, Herr Hansen? Ihrer EG! Hatte bisher die Expansion der HaGe an den Siloanlagen der westdeutschen Häfen seine Grenze gefunden, so hat sie sich jetzt mit der

Großhansdorfer Schüler streiken für Weiterbeschäftigung zweier Lehrer

b.reb. Am Mittwoch, den 11.7.79, trafen Schüler der Realschule Großhansdorf im Kreis Stormarn in einen Warnstreik. Statt die Prozedur der Zeugnisvergabe über sich ergehen zu lassen, blieben sie auf dem Schulhof und informierten die Passanten in den umliegenden Straßen über ihre Forderung.

Der Warnstreik richtete sich gegen die Entlassung von zwei Lehrern, die seit zwei Jahren an der Schule unter Zeitvertrag stehen. Bereits vor einem halben Jahr konnten Eltern und Schüler das Landes- und Kreisschulamt zu einer halbjährigen Verlängerung des Vertrages für einen der Lehrer zwingen. Die Schüler fordern die Weiterbeschäftigung der Lehrer, weil es zum einen gelungen ist, mit ihrer Unterstützung die ganze Klasse geschlossen zu versetzen und es zum anderen zu einer Behinderung beim Reaschlulabschluß der Schüler bei einem Lehrerwechsel kommen würde. Dieser Kampf hat die Einheit der Schüler gefestigt. Dem Landesschulamt ist diese Angelegenheit ein Dorn im Auge. Zwei neue Lehrer hätten sich bereits vorgestellt, wurde verkündet. Aber die Schüler haben diesen Kuhhandel schnell durchschaut. Insgesamt sollen nämlich fünf Lehrer die Schule verlassen. In ihrem Flugblatt antworten die Schüler: „Offensichtlich ist es so, daß eine völlig unsinnige Lehrerstellenstreichung an unseren Schulen insbesondere zu unseren Lasten gehen soll." Gleichzeitig kündigten sie an, ihren Kampf nach den Ferien fortzusetzen, falls ihrer Forderung nach Weiterbeschäftigung der beiden Lehrer bis dahin nicht nachgegeben wurde.



Eltern setzen Amt für Jugend unter Druck: 40 Kleinkinder werden nicht ausquartiert

b.sih. 25 Eltern besetzten am 16.7. einige Räume des Kindertagesheimes (KTH) Höhenstieg in HH-Alsterdorf, um die wegen eines Umbaus geplante Verlegung zweier Kleinkindergruppen (3-bis 6-jährige) in das KTH Wagrierweg in Schnelsen zu verhindern. Inzwischen mußte die Behörde die Verschiebung ihrer Pläne bis September bekanntgeben.

Bis zu 13 Stunden pro Tag sollten einige Kinder unterwegs sein: morgens mit dem Bus nach Schnelsen, abends zurück. Seit Jahren ist klar, daß umgebaut werden muß – zwei Wochen vor dem geplanten Baubeginn teilte die Behörde den Eltern ihre Pläne mit. 47 Eltern schrieben daraufhin Senator Grolle einen Brief, in dem sie die Unterbringung der Kinder in Alsterdorf forderten, und organisierten für den 4.7. eine Elternversammlung.

Auf ihrer Versammlung griffen dann die Eltern den anwesenden Behördenvertreter Dr. Näther, Geschäftsführer der Vereinigung städtischer Kinder- und Jugendheime heftig an, da er arrogant ihre Forderungen zurückwies. Ohne Näther tagten die Eltern daraufhin weiter, wählten einen Elternrat und beschlossen, den Umzug zu verhindern.

Die Entschlossenheit der Eltern brachte SPD, CDU und FDP in der Bezirksversammlung Nord dazu, am 12.7. den Forderungen der Eltern einstimmig zuzustimmen. Auf den 16.7. hatte die Behörde den Umzug inzwischen festgesetzt. In einer Überraschungsaktion ließ sie am Freitag vorher einen Möbelwagen auf das Gelände des KTH fahren, Eltern versammelten sich daraufhin vor dem Heim, erklärten den Fahrern ihre Forderungen, die Fahrer hängten ein Flugblatt der Eltern an ihren Wagen, die Behörde drohte mit Polizeieinsatz, die Eltern verteilten ihr Flugblatt auch in der zuständigen Polizeiwache in Langenhorn – jetzt hängt das Flugblatt auch am Schwarzen Brett in der Wache.

Am 16.7. versammeln sich dann die Eltern mit ihren Kindern im KTH und verhindern so den Umzug. Um 16 Uhr läßt Näther verkünden, der Umzug sei verschoben. Die Eltern verbreiten eine Erklärung u.a. in den Betrieben, wo sie arbeiten. Das Ergebnis: 45 Kollegen von ITT unterstützen die Forderungen, 37 von der Norddeutschen Affinerie, 35 von PEA-Schokoladenfabrik u.a. Am Freitag gibt die Behörde als neuen Baubeginn September an, in der Zwischenzeit werde sie eine Unterbringung im Stadtteil suchen. Die Eltern treffen sich noch einmal und beschließen, der Behörde dabei auf die Finger zu sehen.



16.7.: Der Bus muß ohne die Kinder wieder abfahren

Ausplünderung und Unterdrückung ausländischer Arbeiter über den Wohnungsmarkt

b.uwh. Die Tatsache, daß sich die BRD-Imperialisten seit Beginn der 60er Jahre ein Millionenheer von ausländischen Arbeitern nach Westdeutschland geholt haben, läßt eine ganze Bagage von Schmarotzern auf die Bühne treten. Eine von diesen widerlichen Figuren ist Karl-Heinz Ettwig aus Bentesdorf. In Barmbek, Flüggestr.6 vermietet er 35 Verschläge, sprich 22 Doppelzimmer und 13 Einzelzimmer. Letzteres, 17 qm, kostet für die meist afrikanischen Mieter 250 DM kalt. Mit frechen Lügen hat der saubere Ettwig gelockt: Jedes Zimmer mit Herd und Kühlschrank, möbliert, – nichts davon stimmt. 50 DM extra kassiert das Früchtchen bei der Schlüsselübergabe von jedem. Dafür gibt es 3 Klos für 9 – 10 Zimmer, sowie 3 defekte Duschen, der Putz blättert von den Wänden, aus der Treppe sind große Stücke herausgebrochen. Seit Wochen ist die Müllschütte kaputt – es stinkt wie auf einer Halde. Von selbst versteht sich, daß das Haus ein bevorzugter Nistplatz für allerlei Getier, z.B. Küchenschaben, ist.



126298 Ausländer gibt das Statistische Landesamt 1m 19.Juni für Januar als in Hamburg lebend aus. 4,8% mehr als im Januar 78. Im gleichen Berichtsmonat wurden 174 Kinder von ihnen geboren, 3% (Deutsche -0,7%) mehr als 78. Nach dem Stand vom 20.9.78 sind Türken 39915, Jugoslawen 19478, Portugiesen 8063, Italiener 6462 und Griechen 6557 gemeldet. Auffallend ist aber ein besonders starker Zuwachs von ausländischen Arbeitern aus Ländern, die nicht traditionsgemäß das Fremdarbeiterheer in der BRD stellen: Briten 7,3% (4325) und Franzosen 5,7% (1969). Den meisten Zuwachs hatten Ghanesen: 52,5% (2131).

Nichts anderes als diese Arbeitskräfte bis aufs Mark auszubeuten und mit ihnen als Spaltkeile in der westdeutschen Arbeiterklasse auf den Lohn zu drücken – das wollen die Imperialisten. Eigens dafür werden die Ausländer unter der Knute der Ausländergesetze völlig entrechtet. Das Wohnproblem ist dabei ein zentrales Druckmittel. Nur wer gemeldet ist, hat das Recht,



seine Arbeitskraft westdeutschen Kapitalisten anzubieten. Also Wohnraumbeschaffung ist das erste, was passieren muß, nur ist es damit Essig, wenn man keine Arbeit nachweisen kann. Dieser Teufelskreis bringt die ausländischen Kollegen zum großen Teil dazu, jedes Drecksloch zu mieten, wenn es nur das erst,,beste" ist.

Ungehindert will dort der Senat seine Schikanen und Einschüchterungen gegen die Ausländer fahren. Bei besagtem Eigentum des Herrn Ettwig finden unregelmäßig Razzien nach ,,Illegalen" statt. Unter diesem Vorwand wurden beim letzten Mal alle Bewohner, mit oder ohne Visum mit Handschellen bis nach Rahlstedt entführt, wo sie ohne Entschädigung auf freien Fuß gesetzt wurden. Letztes Jahr jagte Ettwig NDR-Fahnder durch die Kaserne, jedes Zimmer wurde nach Radio und Fernsehen abgesucht. Diese Gängeleien kann sich der Senat aber bei weitem nicht überall leisten. Ausschlaggebend ist immer die Frage, ob es gelingt, Spaltung zu säen zwischen Ausländern und Deutschen, oder ob es Zusammenschluß gibt. Grundlage für diesen Zusammenschluß ist die Tatsache, daß sich Ausländer und Deutsche an dieselben Kapitalisten verkaufen und die staatliche Unterdrückung auch vom selben Senat organisiert wird. In den Kämpfen gegen die Kapitalisten, gegen die dauernden Lohnsenkungen lernt man, daß es ohne Zusammenschluß nicht geht. Es gibt auch überhaupt keinen Grund, warum die ausländischen Kollegen in den kommenden Lohnkämpfen nicht mit ihren deutschen Kollegen in einer Kampffront stehen.

Kieler Nachrichten:,,Zahlreiche Überstunden werden zu verbuchen sein"

b.voi. ,,Das neue Zeitalter der Zeitungsherstellung bei den KN hat begonnen", tönt die Verlagsleitung. Was ist die Ursache für solch euphorische Töne? Seit dem 11. Juni wird eine Teilausgabe der Kieler Nachrichten (Plön/Ostholstein) vollständig im Lichtsatz erstellt. Wenn die Kapitalisten in solchen Tönen von der ,,neuen Technik" sprechen, dann nur deshalb, weil sie sich davon einen hohen Extraprofit versprechen. Durch die Einführung des Lichtsatzes wollen sie Arbeitskräfte rausrationalisieren und mit weniger Arbeitern in kürzerer Zeit mehr produzieren. Nach eigenen Angaben sind die Personalkosten bei den KN von 1976 auf 1977 um 2,055 Mio DM gestiegen und von 1977 auf 1978 um 1,619 Mio DM. Diesen Anteil am eingesetzten Kapital gilt es zu drücken. Beim Lichtsatz können die Kapitalisten einen großen Teil der Arbeiter im Satz und in der Druckformherstellung einsparen. Ziel der Kapitalisten ist es, daß die Redakteure selbst ihre Texte eintippen und korrigieren, und vielleicht sogar ihre Artikel selbst gestalten. Schon jetzt tippen die Redakteure ihre Artikel ins RTS (Rechnergesteuertes Textsystem) ein und können redaktionelle Änderungen über den Bildschirm eingeben. In der Texterfassung würden die KN-Kapitalisten am liebsten Schreibkräfte und andere billige Arbeitskräfte einsetzen. Der RTS-Tarifvertrag hat dem aber Schranken gesetzt. Alle Setzer mußten die KN übernehmen und dürfen keinen entlassen.

Auch im Druckvolumen ist der Lichtsatz fähiger als der alte Bleisatz. Schneller und mehr mit weniger Arbeitern, ist die profitversprechende Formel der KN-Kapitalisten. Den Extraprofit holen sie sich aus der Überstundenklopperei der Kollegen, die sich zusätzlich noch mit den Schwierigkeiten des Lichtsatzes herumplagen müssen. Die Verlagsleitung schreibt in der ,,KN-Intern" frech dazu: ,,Wir sind alle noch weit davon entfernt, die neue Technik zu beherrschen ... doch bis dahin werden für die beteiligten Mitarbeiter zahlreiche Überstunden zu verbuchen sein." Gegen diese Angriffe auf die Arbeiterklasse, für den Profit die Arbeitskraft immer schneller zu vernutzen, hat es ständig Widerstand gegeben. Im Streik 1978 wurde die Begrenzung der Arbeit an den Bildschirmen von vier Stunden gefordert. Diese Forderungen konnten nicht durchgesetzt werden.

Erreicht wurde, daß die Kapitalisten keine Entlassungen vornahmen. Jetzt finden innerbetriebliche Kämpfe um Festlegungen bei der Einführung neuer Techniken statt oder richten sich gegen die Versuche der Kapitalisten, die Festlegungen der Tarifverträge zu durchbrechen. Bei den KN sollen nach dem Willen der Verlagsleitung die Redakteure gestalterisch tätig werden. Begründet wird dies mit dem ,,Spieltrieb der Redakteure". Dies ist ein klarer Bruch des RTS.

,,Auf diesen Spieltrieb"werden sich die Redakteure nicht einlassen, da ihre Arbeitsbelastung sowieso schon sehr hoch ist. Die Einheit der Setzer soll jetzt über die Ausbildung gespalten werden. Nur acht Kollegen der KN machen den RTS-Kurs in München mit. Die anderen stehen auf der Warteliste. Die Kollegen werden in verschiedene Tätigkeiten eingewiesen, die sie dann für immer machen sollen. Dies alles schürt die Konkurrenz unter den Kollegen. Jeder hat daran Interesse, an der Lichtsatzanlage ausgebildet zu werden und sie hinterher zu bedienen. Deshalb muß verlangt werden, daß alle Kollegen umfassend in allen Tätigkeiten ausgebildet werden. Zudem hat die Verlagsleitung schon klar gesagt, daß die schlechter ausgebildeten Arbeiter mit den ,,einfacheren" Arbeiten auch schlechter bezahlt werden. Nach der Einordnung in den Angestelltentarif sollen dann die Hauszulage und andere Zulagen wegfallen, die ca. eine DM ausmachen.

Bei der KN macht sich dieser Druck dann so bemerkbar, daß einige Kollegen ihre Kenntnisse geheimhalten und nicht an die anderen Kollegen weitergeben. Das rührt daher, daß sie Angst haben dadurch ihren Vorsprung in der Lohnhöhe zu verlieren, denn wer die bessere Ausbildung hat, der kriegt auch mehr Geld. Die Konkurrenz unter den Kollgegen kann nur durch eine einheitliche Lohnforderung überwunden werden: Maschinensetzerlohn für alle im RTS Beschäftigten und tarifliche Absicherung aller Zulagen.

Diese Forderung trägt auch der gesteigerten physischen Anforderung im RTS Rechnung, der ja alle RTS-Arbeiter unterliegen (z.B. stärkere Belastung der Augen durch die Bildschirmgeräte). Da die Kapitalisten die Investitionen des Profits wegen machen, ist ihnen natürlich jede Mark, die an die Arbeiter gezahlt wird, zuviel. Auch wenn Verlagsleiter Schlitt das Gegenteil behauptet.

Die Zeitungskapitalisten wollen jetzt die Löhne und Gehälter der Angestellten kräftig drücken, Nach und nach sollen dann die Kollegen im RTS in diese, schlechter bezahlten Tarifklassen eingestuft werden. In den Verhandlungen um die Betriebsvereinbarung hatte der Verlag die Forderung nach Maschinensetzerlohn im RTS abgelehnt. Einen ,,Einheitslohn" könne es nicht geben. Die Kollegen in der Druckindustrie müssen sich jetzt für die Forderung nach Maschinensetzerlohn für alle im RTS und tarifliche Absicherung der Zulagen zusammenschließen. Die KN-Kapitalisten können das allemal zahlen, da sie sich durch die Einführung des Lichtsatzes einen hohen Extraprofit ausrechnen.

Saga-Wohnungsmodernisierungen vertreiben Rentner aus den Wohnungen
b.ulh. Seit der bürgerliche Staat den Wohnungskapitalisten gesetzlich garantiert hat, daß sie die Modernisierungskosten zu jährlich 14% auf die Miete draufschlagen können und noch mal extra aus Steuergeldern für ,,energiesparende Maßnahmen" kassieren können, blüht das Geschäft mit Modernisierungen.
Am Nordmarkplatz in Hamburg-Dulsberg hat die SAGA (senatseigene Wohungsgesellschaft) Großes vor: In den Häusern 2 bis 16 sollen 81 kleine Wohnungen umgebaut werden zu 42 Wohnungen, die meisten davon ,,familiengerecht". Dazu werden die alten Wohnungen geräumt. Diese Maßnahme richtet sich in erster Linie gegen die Rentner, die ein Drittel aller Mieter ausmachen. Unter welchen Bedingungen die Mieter dort leben müssen, schildert uns ein Rentner:
R: Guck Dich hier mal um. Die Wohnung hat ganze 14,2 qm. In Flur und
KVZ: Wie hat die SAGA die Modernisierung begründet?
R.: Daß die Wohnungen hier menschenunwürdig sind. Das stimmt ja auch. Bloß müssen wir jetzt alle woanders hin, weil hier total geräumt wird. Eine Wohnung haben sie mir schon angeboten, auch ein Zimmer mit Dusche, aber auch nur Ofenheizung; viel besser als die hier war die nicht, Und 100 DM kalte Miete. Meiner Nachbarin haben sie eine angeboten für 180DM Nach der Modernisierung wieder hierher zurück kann ich auch nicht. Die Wohnungen kosten hier dann am Schluß über 5 DM pro qm und noch 1,20 DM pro qm für Strom extra; außerdem haben die 1½-Zimmer-Wohnungen um die 30 qm. Wovon soll ich das bezahlen? Ich habe als Frührentner nur 533 DM.
KVZ: In dem Schreiben hat die SAGA Euch auf Wohngeld verwiesen?
R.: Das haben sie schon, aber das ist
gebnis der Modernisierung, daß meine Ausgaben für Lebenshaltung steigen und ich mich einschränken muß beim Essen. Wo ich keine bessere Wohnung bezahlen kann, bleibt mir dann auch nichts anderes übrig, als wieder in so ein altes Loch zu ziehen. Die machen das ganze doch nur, damit sie hinterher höhere Mieten kassieren können und ihre Gewinne steigen.







lernt man, daß es ohne Zusammenschluß nicht geht. Es gibt auch überhaupt keinen Grund, warum die ausländischen Kollegen in den kommenden Lohnkämpfen nicht mit ihren deutschen Kollegen in einer Kampffront stehen.
Schreibkräfte und andere billige Arbeitskräfte einsetzen. Der RTS-Tarifvertrag hat dem aber Schranken gesetzt. Alle Setzer mußten die KN übernehmen und dürfen keinen entlassen.
Auch im Druckvolumen ist der Lichtsatz fähiger als der alte Bleisatz. Schneller und mehr mit weniger Arbeitern, ist die profitversprechende Formel der KN-Kapitalisten. Den Extraprofit holen sie sich aus der Überstundenklopperei der Kollegen, die sich zusätzlich noch mit den Schwierigkeiten des Lichtsatzes herumplagen müssen. Die Verlagsleitung schreibt in der ,,KN-Intern" frech dazu: ,,Wir sind alle noch weit davon entfernt, die neue Technik zu beherrschen ... doch bis dahin werden für die beteiligten Mitarbeiter zahlreiche Überstunden zu verbuchen sein." Gegen diese Angriffe auf die Arbeiterklasse, für den Profit die Arbeitskraft immer schneller zu vernutzen, hat es ständig Widerstand gegeben. Im Streik 1978 wurde die Begrenzung der Arbeit an den Bildschirmen von vier Stunden gefordert. Diese Forderungen konnten nicht durchgesetzt werden.
Erreicht wurde, daß die Kapitalisten keine Entlassungen vornahmen. Jetzt finden innerbetriebliche Kämpfe um Festlegungen bei der Einführung neuer
ben. Das rührt daher, daß sie Angst haben dadurch ihren Vorsprung in der Lohnhöhe zu verlieren, denn wer die bessere Ausbildung hat, der kriegt auch mehr Geld. Die Konkurrenz unter den Kollgegen kann nur durch eine einheitliche Lohnforderung überwunden werden: Maschinensetzerlohn für alle im RTS Beschäftigten und tarifliche Absicherung aller Zulagen.
Diese Forderung trägt auch der gesteigerten physischen Anforderung im RTS Rechnung, der ja alle RTS-Arbeiter unterliegen (z.B. stärkere Belastung der Augen durch die Bildschirmgeräte). Da die Kapitalisten die Investitionen des Profits wegen machen, ist ihnen natürlich jede Mark, die an die Arbeiter gezahlt wird, zuviel. Auch wenn Verlagsleiter Schlitt das Gegenteil behauptet.
Die Zeitungskapitalisten wollen jetzt die Löhne und Gehälter der Angestellten kräftig drücken, Nach und nach sollen dann die Kollegen im RTS in diese, schlechter bezahlten Tarifklassen eingestuft werden. In den Verhandlungen um die Betriebsvereinbarung hatte der Verlag die Forderung nach Maschinensetzerlohn im RTS abgelehnt. Einen ,,Einheitslohn" könne

Saga-Wohnungsmodernisierungen vertreiben Rentner aus den Wohnungen

b.ulh. Seit der bürgerliche Staat den Wohnungskapitalisten gesetzlich garantiert hat, daß sie die Modernisierungskosten zu jährlich 14% auf die Miete draufschlagen können und noch mal extra aus Steuergeldern für ,,energiesparende Maßnahmen" kassieren können, blüht das Geschäft mit Modernisierungen.

Am Nordmarkplatz in Hamburg-Dulsberg hat die SAGA (senatseigene Wohungsgesellschaft) Großes vor: In den Häusern 2 bis 16 sollen 81 kleine Wohnungen umgebaut werden zu 42 Wohnungen, die meisten davon ,,familiengerecht". Dazu werden die alten Wohnungen geräumt. Diese Maßnahme richtet sich in erster Linie gegen die Rentner, die ein Drittel aller Mieter ausmachen. Unter welchen Bedingungen die Mieter dort leben müssen, schildert uns ein Rentner:

R: Guck Dich hier mal um. Die Wohnung hat ganze 14,2 qm. In Flur und Klo kannst du Dich kaum rühren, Bad und Dusche gibt es sowieso nicht. Das Fenster ist total undicht, der Randstein schon kaputt. Heizen muß ich elektrisch, weil ich die Kohlen nicht mehr schleppen kann.

KVZ: Wieviel zahlst du Miete?

R.: Als ich hier einzog, vor sieben Jahren 33 DM, jetzt 55 DM. Dazu alle zwei Monate 100 DM Strom.

KVZ: Wie hat die SAGA die Modernisierung begründet?

R.: Daß die Wohnungen hier menschenunwürdig sind. Das stimmt ja auch. Bloß müssen wir jetzt alle woanders hin, weil hier total geräumt wird. Eine Wohnung haben sie mir schon angeboten, auch ein Zimmer mit Dusche, aber auch nur Ofenheizung; viel besser als die hier war die nicht, Und 100 DM kalte Miete. Meiner Nachbarin haben sie eine angeboten für 180DM Nach der Modernisierung wieder hierher zurück kann ich auch nicht. Die Wohnungen kosten hier dann am Schluß über 5 DM pro qm und noch 1,20 DM pro qm für Strom extra; außerdem haben die 1½-Zimmer-Wohnungen um die 30 qm. Wovon soll ich das bezahlen? Ich habe als Frührentner nur 533 DM.

KVZ: In dem Schreiben hat die SAGA Euch auf Wohngeld verwiesen?

R.: Das haben sie schon, aber das ist doch Betrug. Erst mal: sobald die Rente erhöht wird, senken sie gleich wieder das Wohngeld. Ich habe 22 DM Rentenerhöhung gekriegt, da haben sie mir gleich 3 DM Wohngeld wieder abgezogen. Und wenn ich jetzt z.B. eine Wohnung für 180 DM nehmen muß, weil keine billigen da sind, krieg ich 76 DM Wohngeld, den Rest muß ich selbst zahlen. Auf alle Fälle ist das Ergebnis der Modernisierung, daß meine Ausgaben für Lebenshaltung steigen und ich mich einschränken muß beim Essen. Wo ich keine bessere Wohnung bezahlen kann, bleibt mir dann auch nichts anderes übrig, als wieder in so ein altes Loch zu ziehen. Die machen das ganze doch nur, damit sie hinterher höhere Mieten kassieren können und ihre Gewinne steigen.



Wohnungsmodernisierung in Barmbek – uninstalliertes Klo, keine Wasserspülung

Wessen Not, wessen Überfluß macht Diebe?

b.hoo. Schleswig-Holsteins Ex-Justizminister Schwarz hats raus: ,,Nicht mehr Not, sondern Überfluß macht Diebe" (KN v. 11.7.79). Jedes Jahr steigt die Jugendkriminalität um ca. 10%. Das bereitet der Bourgeoisie gewisse Sorgen. Sie hat sich ausrechnen lassen, daß ihr alljährlich der Umsatz eines großen Warenhauses, ca. 3 Mrd DM, verlorengeht. Das schmerzt! Noch schmerzlicher ist aber laut Schwarz die sichtbare ,,Untergrabung von Autorität und Ordnung".

Verhandlungsvormittag vor einem Amtsrichter in Kiel: 4 Jugendliche werden in Zeitabständen von 40 min abgeurteilt. Arbeiterjugendliche zwischen 16 und 19 Jahren, einer ohne Lehrstelle, mit 30 Mark Taschengeld im Monat, einer halbtags als Autoschlosser für 525 Mark arbeitend, ein anderer als Aushilfe auf einer Tankstelle, 6 Mark pro Stunde, ein Gartenbaulehrling mit 420 Mark Ausbildungsbeihilfe. Wahrlich ein beeindruckender ,,Überfluß" tut sich auf, eine beispiellose ,,Konsum- und Wegwerfhaltung": für eine Beute von zusammengenommen ganze 186 Mark haben sie 8 Diebstähle begangen.

,,Zuviel Freiheit und zuwenig Grenzen", sagt Schwarz. Die ,,Freiheit", keine volle Arbeit und viel Zeit zu haben, gilt es zu beschneiden. ,,Feste Wertvorstellungen" müssen her, ,,Hemmschwellen antrainiert werden". Wo anders als in der Ausbeutung! Schon vor Monaten hat Schwarz für ,,mehr Phantasie" bei den Verurteilungen plädiert. Für mehr Arbeitsauflagen = Zwangsarbeit! Die Richter haben schnell kapiert: 320 Stunden kostenloser jugendlicher Arbeitskraft für ein Pflegeheim und einen Privatkapitalisten ist die Bilanz dieses einen Vormittags. Nicht umsonst hat Schwarz auch seine phantasievollen Ausführungen vor dem ,,Juniorenkreis der Kieler Industrie- und Handelskammer" zum Besten gegeben.

Kommentar eines Jugendlichen nach der Verurteilung zu 150 Stunden Zwangsarbeit: ,,Das ist ja wie Arbeitslager! Die sehen mich hier nicht wieder." Die bürgerliche Justiz gibt, wenn auch sicher ungewollt, selber Anstöße, daß die spontane Rebellion gegen die herrschende Ordnung sich in organisierten Widerstand verwandelt.

Werft in Wewelsfleth: Kämpfe für einen Nachschlag

b.hek. Im letzten Winter wurde auf der Hugo Peters Werft in Wewelsfleth im Kreis Steinburg Gruppenakkord eingeführt. Die Arbeiter erhalten bis zur Ablieferung des Schiffes, ca. ¼ Jahr, alle einen festen Akkordsatz ausgezahlt. Bei Ablieferung des Schiffes wird dann der reale Akkord errechnet und die Differenz verrechnet. Das hat bisher in fast allen Fällen zu einer zinslosen Kreditierung der Kapitalisten geführt durch zu niedrig festgesetzte Akkordsätze bei gleichzeitiger Intensivierung der Arbeit.

Darauf haben die Arbeiter mit einem Kampf um einen Nachschlag von mehr als 0,50 DM die Stunde für alle geantwortet. Die relativ kleine Werft (300 Beschäftigte, ein Drittel Lehrlinge, ein Drittel Fremdfirmen) hat sich nur gegen die Konkurrenz durchsetzen können durch eine ungeheure Ausbeutung der Arbeiter und Lehrlinge. Die Lehrlinge arbeiten dort während der ganzen Ausbildung im Akkord und werden je nach Lehrjahr mit zwei, vier oder sechs Stunden auf dem Akkordzettel geführt. Sie erhalten die Zuschläge aber erst ab dem zweiten Lehrjahr. Gleichzeitig arbeiten sie ab dem zweiten Lehrjahr genau wie die Gesellen. So hat denn auch der seit Sommer amtierende Geschäftsführer Breuer die Zahl der Lehrlinge von 64 auf jetzt 94 gesteigert und handelte sich damit das Lob aller bürgerlichen Politiker für ,,Ausbildungsbereitschaft" ein. Auf einer Besichtigung von Ausbildungsberatern des Arbeitsamtes sagte er dann 78, worauf es ihm ankommt: ,,Hauptschulabschluß und gute körperliche Konstitution".

Durchsetzen konnte die Belegschaft eine Bezahlung zwei Lohngruppen über dem Tarif, die nicht als Prämie, sondern als Grundlohn ausgezahlt wird. Gezwungen wird sie jedoch zu einer ungeheuren Überstundenschinderei. Vier Überstunden pro Arbeitstag werden im Durchschnitt gemacht, dieser Satz soll von den Fremdfirmen ständig in die Höhe getrieben werden, da die Arbeiter dieser Firma nur am Wochenende nach Hause fahren und so eher bereit sind, Überstunden zu machen. Auch die Lehrlinge werden zu Überstunden gezwungen, da sie nur dann das Fahrgeld bezahlt bekommen, was bei den Entfernungen schon einen großen Teil ausmacht.

Im letzten Jahr konnte durchgesetzt werden, daß die Fremdfirmen auch durch den Betriebsrat der Werft mit vertreten werden. Erste Erfolge dieser Regelung zeigen sich bereits. Der Betriebsrat hat jetzt bereits mehrfach Überstunden für diese Arbeiter verweigert. Denn durchgesetzt werden kann die Verminderung der Überstunden nur durch eine einheitliche betriebliche Regelung. Diese wird jetzt gefordert: Herabsetzung der Überstunden von durchschnittlich vier auf zwei pro Tag.

Die Betriebsführung hat auf diese Kämpfe reagiert. Da sie aufgrund des Termindrucks nicht in der Lage ist einen Streik zu riskieren, versucht sie jetzt langfristig Fremdfirmen zu entlassen und dafür Lehrlinge zu übernehmen, die sie aber nur zum Metalltarif bezahlen will, um dadurch das Lohnniveau insgesamt zu senken.

„Mutter“ nach Bild gegen Lehrerstreik

b.reb. Gegen die Kämpfe der Lehrer für Arbeitszeitverkürzung läßt die „Bild am Sonntag“ (15.7.) eine „besorgte Mutter“ ihr Herz ausschütten. „Heute bereits (muß sie) nachmittags Hilfslehrer spielen, weil die Schule den Kindern den Stoff nicht richtig beibringen konnte.(...) Wenn jetzt noch weitere Schulstunden durch Streiks ausfallen, das wäre kaum auszumalen,“ erhebt Marianne Kewenig aus Kiel laut Protest. Die Dame ist die Gattin des Prof. Kewenig, seines Zeichens Vorsitzender des Wissenschaftsrates, der von Studenten eine wöchentliche Arbeitszeit von 50 Stunden Minimum verlangt, um sie von vornherein an unbezahlte Mehrarbeit zu gewöhnen. Diese „Mutter“ soll Zersetzung in die Streikvorbereitung der GEW tragen, indem sie den Lehrern die Schuld für die staatlich festgelegten Lernbedingungen in die Schuhe schieben will. „Lehrer und Streik – das sind zwei Begriffe, die nicht zusammenpassen“ erklärt sie und „Bild“ beeilt sich, eine „Junglehrerin“ als positives Beispiel hinzuzufügen:„28 feste Stunden pro Woche; bis zu sechs Stunden Vorbereitung für eine einzige schwierige Unterrichtsstunde. Ich sitze fast jeden Abend bis Mitternacht am Schreibtisch... Aber: Das ist für mich niemals ein Grund zu streiken!“ Aus jeder Zeile lugt die unersättliche Gier der Bourgeoisie nach unbezahlter Mehrarbeit und stets hat sie versucht, über den Öffentlichen Dienst entscheidende Einbrüche gegen die gesamte Arbeiterklasse zu erzielen. In der GEW-Zeitung „Erziehung und Wissenschaft“ (7/79) ist die durchschnittliche Wochenarbeitszeit eines Hauptschullehrers berechnet worden. Gerade solche Arbeitsbedingungen bekämpfen die Lehrer und fordern die gesetzlich anerkannte 40-Stunden-Woche, um der maßlosen Ausdehnung der Arbeitszeit entgegenzutreten. Deshalb werden die Kämpfe der Lehrer unterstützt, mag „Bild“ uns auch noch mit einigen „Müttern“ dieser Sorte mehr beglücken.

Fahrpreiserhöhungen: Finanzkapital und schleswig-holsteinische Regierung nehmen die Kommunen aus

r.brb Am 5.7.1979 hat die Kieler Ratsversammlung die Erhöhung der Fahrpreise zum 1.1.1980 beschlossen. Das ist die dritte Fahrpreiserhöhung in vier Jahren. Der Einzelfahrschein soll dann von 1,50 auf 1,60 DM erhöht werden, die Streifenkarte von 1,10 auf 1,20 DM. Eine Erhöhung der Gas- und Fernwärmetarife um ca. 15% wurde zum 1.1.1980 ebenfalls angekündigt, sowie der Strompreise für Mitte 1980. Der Kieler Magistrat hat allein für dieses Jahr die Einnahmen aus Gebühren gegenüber dem letzten Jahr um 5 Mio DM erhöht auf 90,1 Mio DM. Das sind 19,3% des Verwaltungshaushaltes. Der gesamte Haushalt ist für 1979 mit 602,9 Mio DM veranschlagt, davon 466,7 Mio DM im Verwaltungshaushalt und 136,2 Mio DM im Vermögenshaushalt, aus dem im wesentlichen die direkte Bezuschussung der Kapitalisten getätigt wird.

Der Verwaltungshaushalt setzt sich in der Einnahmenseite zusammen aus 50,2% über Steuern, 19,3% über die Gebührenausplünderung, 8,6% aus allgemeinen Zuweisungen, 4,2% aus Gewinnanteilen von wirtschaftlichen Unternehmungen, Beteiligungen der Stadt, Konzessionsabgaben – worunter auch die Kieler Verkehrs-AG fällt und wodurch deren angebliche Finanznöte zustandekommen – die restlichen 17,7% kommen aus Mieten, Pachten und sonstigen Einnahmen.

Vergleicht man einmal das gesamte Steueraufkommen Kiels mit dem, was davon in den kommunalen Haushalt fließt, wird erst deutlich, in welcher Höhe das Finanzkapital, Bundes- und Landesregierung die Kommunen ausnehmen. Das gesamte Steueraufkommen Kiels (ausgewählte Steuern) betrug 1977 1634 Mio DM, davon nahm die Lohnsteuer den größten Bestandteil ein mit 1140,8 Mio DM, 154,5 Mio DM betrug die veranlagte Einkommensteuer, 143,8 die Umsatzsteuer und den geringsten Posten machte die Körperschaftssteuer aus mit 96,3 Mio DM. Von diesem Steueraufkommen flossen nur noch 12,5%, nämlich 204,4 Mio DM in den kommunalen Haushalt Kiels. Die restlichen 87,5% haben sich Bund und Land unter den Nagel gerissen.

Noch klarer erkennt man diese Entwicklung an der Verteilung des Steueraufkommens von Schleswig-Holstein auf Bund, Land und Gemeinden, was an der folgenden Tabelle für 1977 ersichtlich ist:

Bund	3787,7	Mio	46,3%
Land	3876,4	Mio	47,4%
Gemeinden	1465,9	Mio	17,9%

Von dem gesamten Steueraufkommen Schleswig-Holstein erhalten die Gemeinden ausschließlich nur die kleinen Steuern wie Grundsteuer mit 2,4% des Steueraufkommens, Lohnsummensteuer mit 1% (die zum 1.1.1980 abgeschafft wird). An der Gewerbesteuer, die 8% ausmacht, sind sie mit 60% beteiligt, an der Lohnsteuer und veranlagten Einkommenssteuer mit 14%. Diese beiden größten Steuereinnahmequellen – Lohnsteuer mit 34,5%, Einkommenssteuer mit 17,1% – nehmen Bund und Land zu 86% ein, indirekte Steuern mit 10,6%, Zölle, Körperschaftssteuer u.a. vereinnahmen sie ganz. Über diese Finanzgesetzregelung hat sich das Finanzkapital den direkten Zugriff auf und direkte Verfügung über riesige Geldsummen gesichert. Die Kommunen dagegen sind gezwungen, sich beim Finanzkapital zu verschulden, das darüber die kommunalen Staatsorgane fest an der Kandarre hat und ihnen ihre Politik diktiert. Für Kiel sind das z.B. im Jahr 1979 386,4 Mio DM gegenüber 293,7 Mio 1973. Gesunken ist allerdings die Neuverschuldung von 53,4 Mio auf 23,4 Mio DM und in gleicher Höhe muß zurückgezahlt werden. .

Das Finanzkapital hat die Kreditierung eingeschränkt und diktiert die Verschärfung der Ausplünderung der Volksmassen über die Gebührenerhöhungen, sowie Einsparungen im Verwaltungshaushalt bei den Löhnen, vor allem über Rationalisierung. Über letzteres hatten sich die Herren Stadtpräsidenten schon auf dem Städtetag 1972 verständigt, ersteres hat die schleswig-holsteinische Landesregierung den Gemeinden mit dem Gesetz zur Änderung des Gemeindewirtschaftsrechts 1972 schon ausdrücklich eingeschärft. In der Begründung dazu heißt es: „Dabei ist darauf zu achten, daß die gesetzlich zulässigen Einnahmequellen voll ausgeschöpft werden. Das gilt insbesondere von der Erhebung der zulässigen Steuern und der Abgabe nach dem Kommunalabgabegesetz. Insbesondere ist darauf zu achten, daß für die kostenrechnenden Einrichtungen kostendeckende Gebühren erhoben werden.“ Der Kieler Magistrat mit Bantzer an der Spitze hat sowohl, was die Rationalisierungen als auch die Gebührenerhöhungen auf allen Gebieten angeht, immer gespurt. In ihm als Präsidenten des Städtetags hat das Finanzkapital sozusagen einen Mann seines Vertrauens.

Die beschlossene Fahrpreiserhöhung wird nicht hingenommen. Die Kapitalisten sollen die öffentlichen Ausgaben zahlen.

Lohnkampf in Nahrungs- und Genußmittelindustrie Hotelkapitalisten fordern billige Arbeitskraft

r.klm. Die Abschlüsse der Nahrungs- und Genußmittelindustrie in Hamburg und Schleswig-Holstein zeigen Spaltung: bis zu 30 Mark niedriger ist für Schleswig-Holstein abgeschlossen, dabei reicht der Hamburger Abschluß bis zu 40 km in das Tarifgebiet der umliegenden Länder hinein. Der Lohnkampf der Nahrungs- und Genußmittelindustrie ist für die Hotelkapitalisten der Anlaß, erneut ihre Forderung nach beweglicher saisonaler Arbeitskraft zu stellen. Der Hotel- und Gaststättenverband fordert die Aufhebung des Anwerbestops für ausländische Fach- und Aushilfskräfte.

Im Hotel- und Gaststättengewerbe ist die Lage so, daß die dort vernutzten Arbeitskräfte bei geringen Löhnen bis zu 70 Stunden die Woche schaffen müssen. Der DGB stellte kürzlich fest, „...daß in der Gastronomie von den Gewerbeaufsichtsämtern die häufigsten Verstöße gegen das Jugendarbeitsschutzgesetz registriert wurden.“ Die Tarife gelten hier als extrem niedrig, 800 bis 900 DM monatlich ist die Regel. Die Ausbeutung nimmt in der Saison besonders krasse Formen an: 7 Tage pro Woche mit geteiltem Dienst. Die Hotelkapitalisten nehmen jede Gelegenheit wahr, um an billige Arbeitskräfte heranzukommen. Studenten, Arbeitslose und Jugendliche sind ihr Ziel. Ein Hotelkapitalist sucht z.B. für „intensive, möglichst länger als 8 Wochen dauernde Ferienarbeit in der Zeit der Sommerferien, den Herbst und sofort wieder Weihnachten und Frühjahr gewandte und einsatzfreudige Studenten und Studentinnen als Aushilfsbedienung, Haus-, Zimmer- und Küchenhilfen sowie für die Spülküche.“

Die Bundesregierung kommt nun den Hotelkapitalisten zur Hilfe. Aufgrund eines im November 1978 im Bundestag verabschiedeten Gesetzes erfolgt z.Zt. eine genaue Bestandsaufnahme im Hotel- und Gaststättengewerbe. In Niedersachsen wird diese „Sondererhebung“ durch das Landesamt für Statistik durchgeführt. Der Hotel- und Gaststättenverband erhofft sich einen Durchbruch für die Vernutzung saisonaler Arbeitskräfte. Er wird dabei auch die Vernutzung Behinderter im Kopf haben: In Lüneburg läuft ein Modell der „Lebenshilfe“, wobei geistig und körperlich Behinderte eine Gaststätte führen. Die Kapitalisten verfolgen damit das Ziel, einen Teil der Arbeiterklasse aus dem Lohnkampf herauszuhalten und der organisierten Arbeiterklasse gegenüberzustellen. Der Kampf um den Lohn, verbunden mit dem Kampf um einen Manteltarifvertrag für das Gaststätten- und Hotelgewerbe, der die unmäßige Arbeitszeit, die Nacht- und Schichtarbeit verhindert, kann die Hotelkapitalisten in ihre Schranken weisen. Die Forderung der Arbeiter der „Nordseewerke“ in Bremerhaven nach 8 %/180 DM ist eine Antwort auf die dauernden Lohnsenkungen. Sie muß für die Beschäftigten im Hotel- und Gaststättengewerbe verbunden werden mit Arbeitsschutzforderungen und dem Abschluß eines Manteltarifvertrages.

E. Hartmann muß Schulschwester bleiben!

b.elh. Treue Gefolgschaft erwartet der Hamburger Senat von Krankenhausleitungen, anderen Führungskräften und Ausbildern in den Krankenhäusern, damit er seine Pläne zur Durchsetzung des Kostendämpfungsprogrammes besser durchsetzen kann.

Weil die Unterrichtsschwester Elisabeth Hartmann diese Gefolgschaft nicht geleistet hat, sondern Schüler u.a. Beschäftigte im ständigen Kampf gegen die Maßnahmen des Kostendämpfungsprogrammes unterstützt, hat ihr die Krankenhausleitung des All-

Veränderungen im niedersächsischen Straßenverkehrsnetz

r.jöd. Die niedersächsische Landesregierung hat die Verkehrsplanung des Landes Niedersachsen verändert. Von den noch geplanten 1200 km Autobahn- und Straßenneubauten werden 490 km vollständig gestrichen und 140 km nur eingeschränkt ausgebaut. Bekanntlich ist der Bau von Verkehrsverbindungen mit vielen anderen Wirtschaftsfragen verbunden und verkoppelt. Die Verkehrsbedingungen sind für die Kapitalisten nicht nur Trans-

sonders in den Bezirken Aurich, Oldenburg, Osnabrück, Lüneburg und Stade „sehr hoch“ ist und hingegen in dem Schwerpunktraum Hannover gering, dort aber Arbeitskräfte benötigt werden. Diese Bedingungen sind im Raumordnungsplan angegeben.

Wenn wir auf unsere Karte sehen und die Streichungen des Autobahnnetzes betrachten, sehen wir, daß die Streichungen diesen Grundsätzen nicht widersprechen, weil die Autobahnen,

(Hannover 3 Hamburg) schlecht möglich. D.h. militärstrategisch paßt sich das neue Konzept der Vorneverteidigung an und ist auch eine Sicherheit gegenüber einem Angriff. Dies wird womöglich auch Schmücker eingeleuchtet haben, für den kurzfristig die Streichung der Autobahn Lüneburg-Wolfsburg schmerzlich ist, weil es darüber möglich gewesen wäre, den Weg nach Hamburg erheblich zu verkürzen, zusätzlich Kosten für den Transport zu

auch für verbesserten Ausbau von Bundesstraßen angewendet und vor allem für Ortsumgehungen. Die Straßen selbst sollen sicherer und besser gemacht werden, dies sind die neuen Pläne der Bundesregierung, denen auch die niedersächsische Landesregierung folgt. Dies soll vor allem den mittleren und kleinen Kapitalisten nutzen, die ihre Betriebe zum Teil am Stadtrand oder nicht direkt am Autobahnnetz befindlich haben. Die niedersächsische

versucht, über den Öffentlichen Dienst entscheidende Einbrüche gegen die gesamte Arbeiterklasse zu erzielen. In der GEW-Zeitung „Erziehung und Wissenschaft“ (7/79) ist die durchschnittliche Wochenarbeitszeit eines Hauptschullehrers berechnet worden. Gerade solche Arbeitsbedingungen bekämpfen die Lehrer und fordern die gesetzlich anerkannte 40-Stunden-Woche, um der maßlosen Ausdehnung der Arbeitszeit entgegenzutreten. Deshalb werden die Kämpfe der Lehrer unterstützt, mag „Bild“ uns auch noch mit einigen „Müttern“ dieser Sorte mehr beglücken.

Pachten und sonstigen Einnahmen.

Vergleicht man einmal das gesamte Steueraufkommen Kiels mit dem, was davon in den kommunalen Haushalt fließt, wird erst deutlich, in welcher Höhe das Finanzkapital, Bundes- und Landesregierung die Kommunen ausnehmen. Das gesamte Steueraufkommen Kiels (ausgewählte Steuern) betrug 1977 1634 Mio DM, davon nahm die Lohnsteuer den größten Bestandteil ein mit 1140,8 Mio DM, 154,5 Mio DM betrug die veranlagte Einkommensteuer, 143,8 die Umsatzsteuer und den geringsten Posten machte die Körperschaftssteuer aus mit 96,3 Mio DM. Von diesem Steueraufkommen flossen nur noch 12,5%, nämlich 204,4 Mio DM in den kommunalen Haushalt Kiels. Die restlichen 87,5% haben sich Bund und Land unter den Nagel gerissen.

Kandarre hat und ihnen ihre Politik diktiert. Für Kiel sind das z.B. im Jahr 1979 386,4 Mio DM gegenüber 293,7 Mio 1973. Gesunken ist allerdings die Neuverschuldung von 53,4 Mio auf 23,4 Mio DM und in gleicher Höhe muß zurückgezahlt werden. .

Das Finanzkapital hat die Kreditierung eingeschränkt und diktiert die Verschärfung der Ausplünderung der Volksmassen über die Gebührenerhöhungen, sowie Einsparungen im Verwaltungshaushalt bei den Löhnen, vor allem über Rationalisierung. Über letzteres hatten sich die Herren Stadtpräsidenten schon auf dem Städtetag 1972 verständigt, ersteres hat die schleswig-holsteinische Landesregierung den Gemeinden mit dem Gesetz zur Änderung des Gemeindewirtschaftsrechts 1972 schon ausdrücklich eingeschärft. In der Begründung dazu heißt es: „Dabei ist darauf zu achten, daß die gesetzlich

ist die Lage so, daß die dort vernutzten Arbeitskräfte bei geringen Löhnen bis zu 70 Stunden die Woche schaffen müssen. Der DGB stellte kürzlich fest, „...daß in der Gastronomie von den Gewerbeaufsichtsämtern die häufigsten Verstöße gegen das Jugendarbeitsschutzgesetz registriert wurden.“ Die Tarife gelten hier als extrem niedrig, 800 bis 900 DM monatlich ist die Regel. Die Ausbeutung nimmt in der Saison besonders krasse Formen an: 7 Tage pro Woche mit geteiltem Dienst. Die Hotelkapitalisten nehmen jede Gelegenheit wahr, um an billige Arbeitskräfte heranzukommen. Studenten, Arbeitslose und Jugendliche sind ihr Ziel. Ein Hotelkapitalist sucht z.B. für „intensive, möglichst länger als 8 Wochen dauernde Ferienarbeit in der Zeit der Sommerferien, den Herbst und sofort wieder Weihnachten und Frühjahr

Modell der „Lebenshilfe“, wobei geistig und körperlich Behinderte eine Gaststätte führen. Die Kapitalisten verfolgen damit das Ziel, einen Teil der Arbeiterklasse aus dem Lohnkampf herauszuhalten und der organisierten Arbeiterklasse gegenüberzustellen. Der Kampf um den Lohn, verbunden mit dem Kampf um einen Manteltarifvertrag für das Gaststätten- und Hotelgewerbe, der die unmäßige Arbeitszeit, die Nacht- und Schichtarbeit verhindert, kann die Hotelkapitalisten in ihre Schranken weisen. Die Forderung der Arbeiter der „Nordseewerke“ in Bremerhaven nach 8 %/180 DM ist eine Antwort auf die dauernden Lohnsenkungen. Sie muß für die Beschäftigten im Hotel- und Gaststättengewerbe verbunden werden mit Arbeitsschutzforderungen und dem Abschluß eines Manteltarifvertrages.

E. Hartmann muß Schulschwester bleiben!

b.elh. Treue Gefolgschaft erwartet der Hamburger Senat von Krankenhausleitungen, anderen Führungskräften und Ausbildern in den Krankenhäusern, damit er seine Pläne zur Durchsetzung des Kostendämpfungsprogrammes besser durchsetzen kann.

Weil die Unterrichtsschwester Elisabeth Hartmann diese Gefolgschaft nicht geleistet hat, sondern Schüler u.a. Beschäftigte im ständigen Kampf gegen die Maßnahmen des Kostendämpfungsprogrammes unterstützt, hat ihr die Krankenhausleitung des Allgemeinen Krankenhauses Barmbek Unterrichtsverbot in der dortigen Krankenpflegeschule erteilt und sie auf die Nierenabteilung im Hause strafversetzt.

Die Krankenhausleitung begründet das Unterrichtsverbot mit der Behauptung, E.H. hätte als Unterrichtsschwester Schüler so ungünstig beeinflußt, daß Teile der Schüler eine negative Einstellung zum Beruf bekommen hätten und sie kritisiert überdies den Arbeitsstil E.H.'s als „einseitige politische Beeinflussung“. Das Unterrichtsverbot und die Begründung dafür stößt bei den Schülern und anderen Beschäftigten auf Empörung. Sofort wurden Protestbriefe von Kursen und Schülerrat der Krankenpflegeschule an die Pflegedienstleitung geschickt, in denen gefordert wird, daß E.H. Unterrichtsschwester bleibt. Auf einer dienstlichen Schulversammlung bekräftigten die versammelten Schüler diese Forderung bei zwei Enthaltungen einstimmig.

Aus Furcht vor wachsendem Widerstand der Krankenpflegeschüler und weiterem Zusammenschluß von Beschäftigten gegen Unterdrückungsmaßnahmen zwecks besserer Durchsetzung von Rationalisierungen, hat die Pflegedienstleitung, Oberin Feiffer, E.H. nicht gleich ganz gekündigt, sondern eine Änderungskündigung, die mit Abgruppierung um zwei Vergütungsgruppen verbunden ist, vorangehen lassen. Krankenpflegeschüler u.a. Beschäftigte sind gegen das fortgesetzte Unterrichtsverbot und gegen diese Lohnsenkung, sie unterstützen E.H. dahingehend, daß sie Unterrichtsschwester im AKB bleibt.

Veränderungen im niedersächsischen Straßenverkehrsnetz

r.jöd. Die niedersächsische Landesregierung hat die Verkehrsplanung des Landes Niedersachsen verändert. Von den noch geplanten 1200 km Autobahn- und Straßenneubauten werden 490 km vollständig gestrichen und 140 km nur eingeschränkt ausgebaut. Bekanntlich ist der Bau von Verkehrsverbindungen mit vielen anderen Wirtschaftsfragen verbunden und verkoppelt. Die Verkehrsbedingungen sind für die Kapitalisten nicht nur Transportmöglichkeiten, sondern die Verkehrsplanung muß auf die Gesamtplanung des bürgerlichen Staatsapparates und der Kapitalistenklasse abgestimmt werden. Dazu werden Raumordnungsprogramme bundesweit und ländermäßig ausgearbeitet. Werden also Veränderungen an der Verkehrsplanung durchgeführt, sind womöglich auch gesamtstrategische Interessen der Bourgeoisie verlagert worden?

Das letzte Raumordnungsprogramm wurde im niedersächsischen Landtag im Mai letzten Jahres verabschiedet. Die Auseinandersetzung um die Anlegung des Raumordnungsplanes hatte hinter dem Vorhang in den Ausschüssen stattgefunden. Im stenographischen Protokoll ist zu lesen: „Ich eröffne die Beratung. 3 Das Wort wird nicht gewünscht. Damit ist die Beratung geschlossen.“

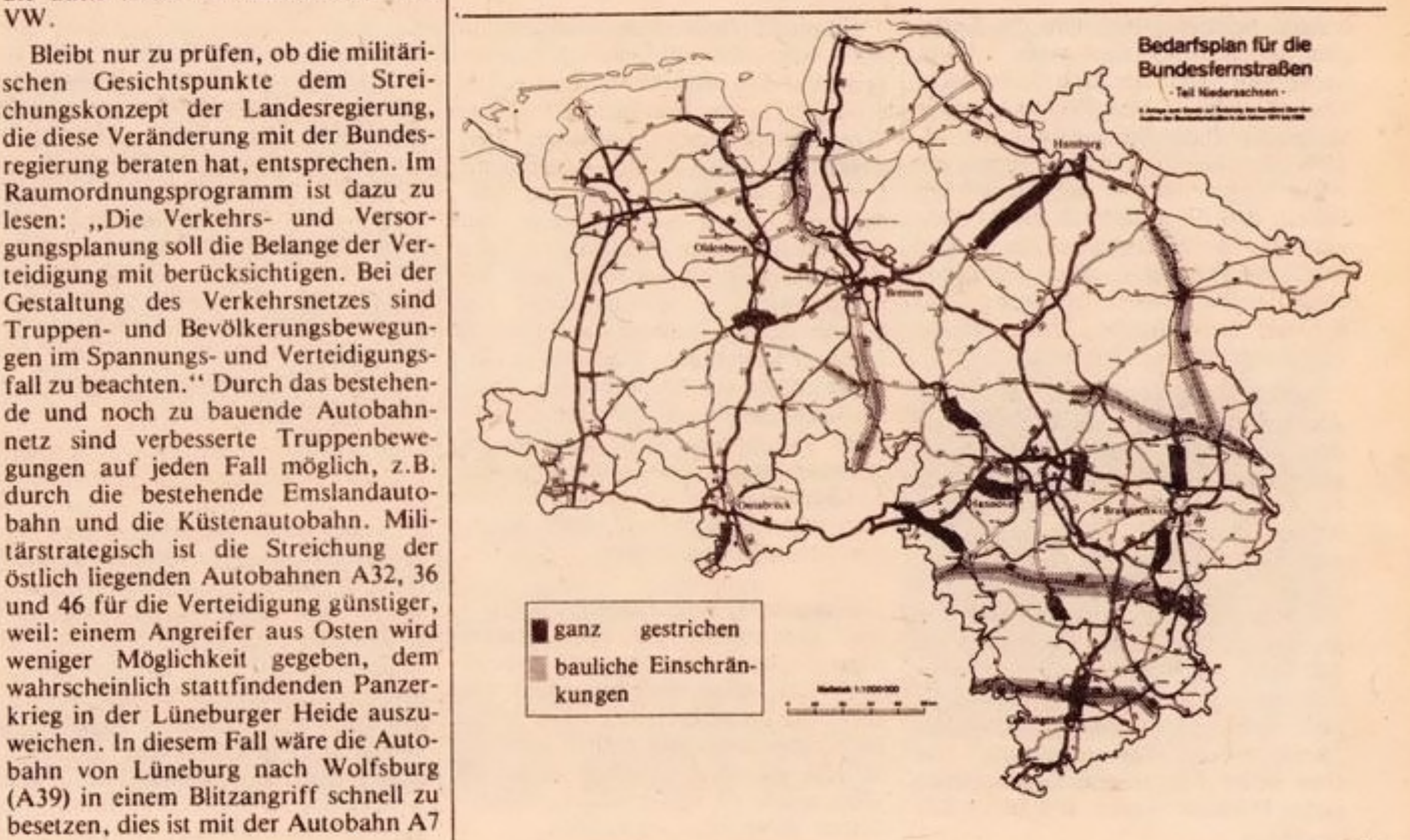
In dem Programm heißt es: „Die Raumordnung soll dazu beitragen, die Leistungskraft der Wirtschaft einschließlich der Landwirtschaft zu stärken und eine ausgeglichene Wirtschaftsstruktur zu erreichen. Die Mobilität der Arbeitskräfte soll durch Schaffung günstiger Voraussetzungen erhöht werden.“ Und: „Die zunehmenden wechselseitigen Verkehrsbeziehungen zwischen den Bereichen, die dem Wohnen, dem Arbeiten, der Versorgung und der Erholung dienen, sollen zeitsparend und sicher abgewickelt weden.“ Diese Zitate stammen aus dem Kapitel „Raumpolitische Grundsätze“. Unter dem Abschnitt „Wirtschaftsentwicklung“ können wir finden, daß die Zahl der „nachwachsenden jugendlichen Arbeitskräfte“ besonders in den Bezirken Aurich, Oldenburg, Osnabrück, Lüneburg und Stade „sehr hoch“ ist und hingegen in dem Schwerpunktraum Hannover gering, dort aber Arbeitskräfte benötigt werden. Diese Bedingungen sind im Raumordnungsplan angegeben.

Wenn wir auf unsere Karte sehen und die Streichungen des Autobahnnetzes betrachten, sehen wir, daß die Streichungen diesen Grundsätzen nicht widersprechen, weil die Autobahnen, die gestrichen werden, parallele Autobahnverläufe schon haben. Z.B. die A46 und 36 zur Autobahn A2.

Unter dem Gesichtspunkt des Transports der Arbeitskräfte ist die Streichung der Autobahn von Lüneburg nach Wolfsburg für die VW-Kapitalisten sehr bedauerlich. Aber Frau Breuel, die diese Streichung der Landesregierung bekanntgegeben hat, wird schon wissen, was sie tut; außerdem ist die auch direkt im Aufsichtsrat von VW.

Bleibt nur zu prüfen, ob die militärischen Gesichtspunkte dem Streichungskonzept der Landesregierung, die diese Veränderung mit der Bundesregierung beraten hat, entsprechen. Im Raumordnungsprogramm ist dazu zu lesen: „Die Verkehrs- und Versorgungsplanung soll die Belange der Verteidigung mit berücksichtigen. Bei der Gestaltung des Verkehrsnetzes sind Truppen- und Bevölkerungsbewegungen im Spannungs- und Verteidigungsfall zu beachten.“ Durch das bestehende und noch zu bauende Autobahnnetz sind verbesserte Truppenbewegungen auf jeden Fall möglich, z.B. durch die bestehende Emslandautobahn und die Küstenautobahn. Militärstrategisch ist die Streichung der östlich liegenden Autobahnen A32, 36 und 46 für die Verteidigung günstiger, weil: einem Angreifer aus Osten wird weniger Möglichkeit gegeben, dem wahrscheinlich stattfindenden Panzerkrieg in der Lüneburger Heide auszuweichen. In diesem Fall wäre die Autobahn von Lüneburg nach Wolfsburg (A39) in einem Blitzangriff schnell zu besetzen, dies ist mit der Autobahn A7 (Hannover 3 Hamburg) schlecht möglich. D.h. militärstrategisch paßt sich das neue Konzept der Vorneverteidigung an und ist auch eine Sicherheit gegenüber einem Angriff. Dies wird womöglich auch Schmücker eingeleuchtet haben, für den kurzfristig die Streichung der Autobahn Lüneburg-Wolfsburg schmerzlich ist, weil es darüber möglich gewesen wäre, den Weg nach Hamburg erheblich zu verkürzen, zusätzlich Kosten für den Transport zu senken.

Die Verkürzung des Autobahnnetzes steht den Interessen der Kapitalisten nicht entgegen. Die niedersächsischen Baukapitalisten schreiben in ihrem Nachrichtendienst: „Die neue Konzeption der Landesregierung führt nicht zu einer Reduzierung des Straßenbauetats.“ Die Bundesgelder werden für das Straßennetz nicht gekürzt, sondern „umverteilt“. D.h. die Gelder werden auch für verbesserten Ausbau von Bundesstraßen angewendet und vor allem für Ortsumgehungen. Die Straßen selbst sollen sicherer und besser gemacht werden, dies sind die neuen Pläne der Bundesregierung, denen auch die niedersächsische Landesregierung folgt. Dies soll vor allem den mittleren und kleinen Kapitalisten nutzen, die ihre Betriebe zum Teil am Stadtrand oder nicht direkt am Autobahnnetz befindlich haben. Die niedersächsische Landesregierung will ihr neues Konzept jetzt ideologisch verkaufen und spricht von „Umwelt“ usw. Die neue Konzeption ist nichts anderes als „Abbau von Utopien in der Planung“, wie sich die Baukapitalisten ausdrücken, und gleichzeitig eine Förderung der mittleren Kapitalisten auf der einen Seite und die Eröffnung von möglichen Investitionen der Banken in derartige Projekte auf der anderen Seite.



Höhere Produktivität bei Getreide – den Bauern bleibt nichts

Erzeugerpreise gesunken / Preissteigerung bei Saatgut und Maschinerie

z.bil. Für 1979 wird eine Ernte von 112 Mio. t Getreide in der EG erwartet. Seit 1968 hat die Getreideproduktion in der Europäischen Gemeinschaft jährlich um 0,7% zugenommen. Bei Weizen, Gerste und Mais liegen die Getreidepreise der EG etwas mehr als doppelt so hoch wie die Weltmarktpreise. 4,6 Mio. t Getreide lagerten Anfang des Wirtschaftsjahres 78/79 in den Brüsseler Beständen. Mit der Konkurrenz auf dem Weizenmarkt und den hohen Beständen wird den Bauern ein ,,eigenes Interesse" an der Erzeugerpreissenkung nahegelegt. Unter Berufung auf die ,,Rekordernte 1978" hat die Brüsseler Kommission einen Preisstillstand beschlossen. Der Interventionspreis für Weizen bleibt gleich. Der Preis für Roggen ist dem Interventionspreis für Gerste und Mais angepaßt, d.h. *gesenkt* worden. Für Gebiete mit *wirtschaftlicher* Getreideerzeugung wird eine ,,Hektarprämie" in Aussicht gestellt. Voraussetzung ist ein Durchschnittsertrag an Roggen von 3 t/ha. Der *Durchschnitts*ertrag von Roggen liegt zwar bei 3,6 t/ha, dieser Durchschnittsertrag errechnet sich aber ausgehend von den Produktionsmethoden der Agrarkapitalisten, die mit modernster Maschinerie, großer Flächenbearbeitung und der Ausbeutung der Landarbeiter den Grad der Produktivität bestimmen. Sie werden die Hektarprämie kassieren.

Zusätzlich sind die Roggenbauern durch den verstärkten Einsatz von Tapioka, einem Ersatz für hochwertigen Roggen, unter Druck geraten. Die Agrarkapitalisten haben Tapioka in den letzten Jahren verstärkt als Futtermittel verwandt und so die Bauern gezwungen, ihre Futtermittel ebenfalls auf das billige Tapioka umzustellen. 6 Mio. t Tapioka wurden letztes Jahr aus den Ländern der Dritten Welt importiert. Jetzt behauptet die EG-Kommission, sie wolle der ,,ungezügelten" Einfuhr Einhalt gebieten. Gegenüber den Roggenbauern ist damit weitere Senkung ihrer Erzeugerpreise beabsichtigt, damit sie angeblich gegenüber den Ländern der Dritten Welt ,,konkurrenzfähig" bleiben. Die Länder der Dritten Welt sollen durch kurzfristige Einfuhrbeschränkungen zur Senkung ihrer Erzeugerpreise erpreßt werden. Die Vertretung der roggenanbauenden Betriebe hat jeder Senkung der Erzeugerpreise widersprochen.

Die Steigerung der Produktivität hat die Konkurrenz verschärft. Tausende von Bauern sind zur Aufgabe ihrer Betriebe gezwungen worden.

Marktfruchtbetriebe BRD
(Fläche in ha)

	bis 1 ha	1 – 10 ha	50 u.m. ha
1971	3226	39286	10334
1977	1760	26602	12680

Vorleistungen in der Landwirtschaft (in Mio. DM)

	Saatgut	Düngemittel	Energie	Unterh. Maschin.
1974	391	3633	3193	3203
1975	542	3799	3395	3445
1976	647	3928	3702	3658
1977	698	4156	3748	3806



Gegenüber 1976/77 sind die Erzeugerpreise im Jahr der ,,Rekordernte 78" gesunken (1976/77: 46,9 DM je 100 kg; 1977/78: 44,7 DM je 100 kg). Die Getreideanbauenden Betriebe sind von 1971 896100 auf 1977 715300 gesunken. Gleichzeitig sind die Ausgaben der Bauern vor der Ernte gestiegen.

Die Verbraucher hätten den Nutzen aus der Rekordernte 78 ziehen können, propagiert die EG-Kommission.

1 kg Roggenbrot kostet 1979 2,36 DM gegenüber 2,26 DM 1978, Haferflocken 3,23 DM das Pfund (1978: 3,12 DM). Der Anteil der Verkaufserlöse der Landwirtschaft an den Verbraucherausgaben ist bei Brotgetreideerzeugnissen von 1966 17,4% auf 1978 13,5% gesunken.

Landwirtschaftliche Lehr- und Versuchsanstalt Echem / Für die Lehrlinge rund um die Uhr

r.hes. Die landwirtschaftliche Lehr- und Versuchsanstalt Echem ist zentrale Ausbildungsstätte für Lehrlinge im landwirtschaftlichen Bereich. Sie liegt ca. 9 Kilometer südlich der Elbe bei Lauenburg. Die Lehrlinge, die zu den 2- oder 4-wöchigen Lehrgängen müssen, kommen aus ganz Niedersachsen. Landwirtschaftsschüler müssen 2-wöchige und Tierwirte zweimal jährlich 4-wöchige Lehrgänge, deren Inhalt theoretische sowie praktische ,,Ausbildung" umfaßt, hier ableisten. Unter Tierwirten sind Melker, Geflügelzüchter, Schäfer und Schweinezüchter zusammengefaßt.

Nach einem vierwöchigen Arbeitslehrgang dort haben die Lehrlinge im fünftägigen Wechsel folgende Stallbereiche zu bewirtschaften: Schweinestall, Bullen- und Kälberstall, Rinderaufzuchtstall, Rindermaststall, Schafstall, Boxenlaufstall mit Melkstand, Freßliegestall mit Melkabsaugeanlage und zuguterletzt den Hühnerbatteriestall. Der Lehrgangstagesablauf und der Wochenenddienst ist ganz auf die ununterbrochene Bewirtschaftung dieser Lehr- und Versuchsanstalt ausgerichtet.

Für diesen Lehrgang zahlen die Tierwirte 360 DM an Ausbildungs- und Verpflegungskosten. Eier und Milch, die zum Tagesbedarf des Internats benötigt werden, sind durch den Betrieb abgedeckt.

	Werktags
5.30	Wecken
5.45	Antritt zur Arbeit
7.45	Freizeit
8.15	Frühstück
8.45	Theoretischer Unterricht
12.00	Mittagessen
12.15	Freizeit
13.45	Theoretischer Unterricht
15.15	Kaffee
15.45	Antritt zur Arbeit
17.45	Freizeit
18.00	Abendessen
22.00	Nachtruhe
	Wochenende
5.15	Wecken
5.30	Arbeiten
7.45	Frühstück
8.00	Freizeit
11.45	Mittagessen
12.00	Freizeit
14.45	Kaffee
15.15	Arbeiten
17.45	Abendessen
18.00	Freizeit
	Samstags bis 23.00

Gewerblich produziert wird Vorzugsmilch in der Lehr- und Versuchsanstalt. Diese Vorzugsmilch ist sehr arbeitsintensiv im Vergleich zur üblichen Milchproduktion, da hier sehr viel Hygiene erforderlich ist. Diese Milch kostet im Geschäft ca. 1,80 DM pro Liter. Mit 90 Milchkühen ist der Milchviehbereich der größte – von den Lehrlingen aufrechterhalten.

Saudi-Arabien plant Selbstversorgung mit Milchprodukten

z.lik. Einen 25-Mio.-Dollar-Auftrag hat Saudi-Arabien an eine schwedische Firma vergeben zum Bau eines der größten Farm- und Molkereiprojekte der Welt. Mit dieser Molkerei – Tagesleistung 75000 Liter Frischmilch, 10000 Liter Joghurt, über 11000 kg Milchprodukte wie Weichkäse und Eiscreme – will Saudi-Arabien ab 1980 von Importen unabhängig werden. 1977 mußte für Importe an die imperialistischen Konzerne mehr als doppelt soviel gezahlt werden als im Jahre 1975, allein der Preis für importierte Frischmilch stieg in diesem Zeitraum um 22% auf 1,50 Dollar pro Liter. Aus diesem Grunde hatte Saudi-Arabien bereits bis 1977 die Importmenge um 30% gedrosselt. Das Großprojekt wird in der Umgebung von Riyadh, in einer Steppenregion gebaut, wo seit einigen Jahren die Viehzucht entwickelt wird. Die Milchleistung pro Kuh ist derzeit noch sehr gering, sie beträgt mit 500 kg pro Jahr ein Achtel des westdeutschen Niveaus. Entscheidend ist dabei die Bewässerung der Trockengebiete, die Urbarmachung der Wüste durch ganzjährig bebautes Weideland. Auf den bisher erschlossenen 2500 Hektar wird Futtergetreide angebaut. Einen Teil davon exportiert Saudi-Arabien jetzt für 7000 Milchkühe in die BRD, ein wichtiger Schritt im Kampf gegen das Marktmonopol der westdeutschen Imperialisten.

Exportstopp der Kaffeeproduzenten, um Preis zu stabilisieren

z.jon. Der kolumbianische Staatspräsident Ayala erklärte Anfang Juli in London, angesichts der Weigerung der imperialistischen Staaten, ein Abkommen zur Regulierung der Weltmarktpreise zu schließen, würden die Kaffee produzierenden Länder ihre Zusammenarbeit verstärken, ,,um ihre Wirtschaft zu verteidigen". Seit 1977 weigern sich die ,,Verbraucherländer", einer wirksamen Preisregulierung zuzustimmen. Innerhalb weniger Tage stiegen z.B. im Juni 79 die Preise an der Londoner Börse um rund 500 Pfund Sterling auf über 2000 Pfund pro Tonne. – Diese extremen Preisschwankungen ermöglichen es den Imperialisten, die Kaffeevorräte der Dritten Welt in ihren Händen zu konzentrieren und anschließend die Preise zu drücken. Nach den vorübergehenden Preissteigerungen 1976/77 kauften sie so in großem Umfang zairischen und indonesischen Kaffee auf, der für Mischungen geeignet ist, und zwangen damit die zentralamerikanischen und Andenstaaten, ihre teuren Kaffeesorten (,,milde Arabica") zu Schleuderpreisen zu verkaufen. Diese Staaten bildeten 1978 den ,,Bogota-Club", der mit Fonds von 140 Mio. $ zur Stabilisierung des Kaffeepreises beitrug. Als Anfang Juli die Kaffeepreise wieder fielen, stellten erst Indonesien, dann Mexico und El Salvador und schließlich der größte Kaffeeproduzent, Brasilien, die Exporte ein.

Erneut Mißernte in der Sowjetunion

z.krk. Freudige Aufregung herrscht auf den imperialistischen Getreidebörsen, vor allem den US-imperialistischen. Denn in der Sowjetunion bahnt sich eine neue Mißernte an. Es wird u.a. mit einem Defizit von 40 bis 50 Mio. t Weizen gerechnet. – Die neue Bourgeoisie hatte die Investitionen für die Landwirtschaft für 1979 stark reduziert, von 4,5% Steigerung 1978 auf 2,6%. Die großen spezialisierten Plantagen, in die in den letzten Jahren Milliarden investiert wurden, erwiesen sich nicht als effektiv, sie scheiterten am Widerstand der Bauern, in dieser Form in die Lohnarbeit gepresst zu werden. – In Weißrussland ist seit dem 4. Juli praktisch der Ausnahmezustand verhängt worden. Diese Republik ist der zweitwichtigste Futtermittel- und der viertgrößte Getreideproduzent der UdSSR. Mehrere Kolchosvorsitzende und Verwaltungsbeamte sind wegen ,,Sabotage der Produktion" verhaftet worden, weil sie die Bauern nicht zur Erfüllung der Pläne zwingen konnten. 800000 Bauern sind aus den Kolchosen und Staatsgütern zur Einbringung der Heuernte auf die Wiesen geschickt worden, gekommen sind nur 500000. Allgemeine Urlaubssperre ist verhängt worden, die Armee, Hausfrauen, Schulkinder, Studenten sollen auf die Felder. Und nicht nur dorthin: alles was grün ist soll abgeerntet werden, denn es geht um das Überleben des Viehs überhaupt.

Weltagrarkonferenz: Die Marshall-Plan-Strategie der Imperialisten
Die Bauernmassen in der Dritten Welt rebellieren gegen die ,,neue Entwicklungshilfe"
z.anb. Seit 15 Jahren verfolgt die Welternährungsorganisation FAO ein Programm zur Bekämpfung des Hungers in den Ländern der Dritten Welt, deren ökonomische Grundlagen durch Enteignung der selbständigen Produzenten, durch Raubbau an der Natur und Vertreibung der Massen aus den ländlichen Gebieten in die Städte zerstört worden ist.Zahlreiche Spendenaktionen ,,gegen den Hunger in der Welt" sind schon vor Jahren von kirchlichen Institutionen, von der Caritas, der Arbeiterwohlfahrt, der Heilsarmee oder dem Deutschen Entwicklungsdienst initiiert worden. Nur ist es heute nicht mehr üblich, in der Kirche ,,Negerkin-
,,Rest" über bilaterale Abkommen. 1970 machten die reinen Bankkredite an der gesamten Entwicklungshilfe erst 3% aus, 1978 waren es 30%. Dabei ändert sich nicht etwa nur der Name, sondern vor allem die Zinsen: ,,offizielle Entwicklungshilfe" bedeutet zumeist Zinsermäßigung, der nackte Bankkredit ermöglicht den Zinswucher des ,,freien Marktes"; nie unter 10%.
Was aber hat die OECD mit der FAO zu tun? Die größten ,,Beitragszahler" der FAO sind die USA, Japan und die BRD. Sie binden daran den Anspruch, diese Sonderorganisation der UNO zu mißbrauchen für ihre Profitgier und imperialistische Konkur-
von Agrarkapitalisten zu bestellen, für den ,,gerechten Lohn" von 0,60 DM am Tag. Gehören sie zu den Kleinbauern, die selbst einen halben Hektar Boden ihr Eigen nennen und noch einen Ochsen dazu, so haben sie Anspruch auf einen höheren Lohn. Das Ergebnis solcher ,,Entwicklungshilfe" ist unzweideutig: der Hektarertrag beträgt ein Drittel von den Erträgen, die Bauernkooperativen im Süden Indiens auf ihrem Grund und Boden, ohne ,,Beratung" imperialistischer Agenten erzielen.
Mit dem Aufbau eigener regionaler Entwicklungsbanken hat die Dritte
über gedungene Agenten, seien es die Kirchen, die Arbeiterwohlfahrt, oder das Düngemittelmonopol. Kleinkredite an die Produzenten, so sagen sie, sei der erfolgversprechende Weg. Gegen den kollektiven Zusammenschluß der Bauernmassen gerichtet, zielt solche Strategie auf die Einnistung in den staatlichen Sektor, auf Kontrolle der Produktion, des Transports, der Vermarktung. Die Bauern werden in die Abhängigkeit von den imperialistischen Monopolen und dem Bankkapital gebracht, es entsteht ein Markt unter Ausschaltung der nationalen Verfügungsgewalt.
die Hektarprämie kassieren.
Zusätzlich sind die Roggenbauern durch den verstärkten Einsatz von Tapioka, einem Ersatz für hochwertigen Roggen, unter Druck geraten. Die Agrarkapitalisten haben Tapioka in den letzten Jahren verstärkt als Futtermittel verwandt und so die Bauern gezwungen, ihre Futtermittel ebenfalls auf das billige Tapioka umzustellen. 6 Mio. t Tapioka wurden letztes Jahr aus den Ländern der Dritten Welt importiert. Jetzt behauptet die EG-Kommission, sie wolle der ,,ungezügelten"

Gegenüber 1976/77 sind die Erzeugerpreise im Jahr der ,,Rekordernte 78" gesunken (1976/77: 46,9 DM je
stall, Boxenlaufstall mit Melkstand, Freßliegestall mit Melkabsaugeanlage und zuguterletzt den Hühnerbatteriestall. Der Lehrgangstagesablauf und der Wochenenddienst ist ganz auf die ununterbrochene Bewirtschaftung dieser Lehr- und Versuchsanstalt ausgerichtet.
Für diesen Lehrgang zahlen die Tierwirte 360 DM an Ausbildungs- und Verpflegungskosten. Eier und Milch, die zum Tagesbedarf des Internats benötigt werden, sind durch den Betrieb abgedeckt.
15.15 Arbeiten
17.45 Abendessen
18.00 Freizeit
Samstags bis 23.00
Gewerblich produziert wird Vorzugsmilch in der Lehr- und Versuchsanstalt. Diese Vorzugsmilch ist sehr arbeitsintensiv im Vergleich zur üblichen Milchproduktion, da hier sehr viel Hygiene erforderlich ist. Diese Milch kostet im Geschäft ca. 1,80 DM pro Liter. Mit 90 Milchkühen ist der Milchviehbereich der größte – von den Lehrlingen aufrechterhalten.
Exportstopp der Kaffeeproduzenten, um Preis zu stabilisieren
z.jon. Der kolumbianische Staatspräsident Ayala erklärte Anfang Juli in London, angesichts der Weigerung der imperialistischen Staaten, ein Abkommen zur Regulierung der Weltmarktpreise zu schließen, würden die Kaffee produzierenden Länder ihre Zusammenarbeit verstärken, ,,um ihre Wirtschaft zu verteidigen". Seit 1977 weigern sich die ,,Verbraucherländer", einer wirksamen Preisregulierung zuzustimmen. Innerhalb weniger Tage stiegen z.B. im Juni 79 die Preise an der Londoner Börse um rund 500 Pfund Sterling auf über 2000 Pfund pro Tonne. – Diese extremen Preisschwankungen ermöglichen es den Imperialisten, die Kaffeevorräte der Dritten Welt in ihren Händen zu konzentrieren und anschließend die Preise zu drücken. Nach den vorübergehenden Preissteigerungen 1976/77 kauften sie so in großem Umfang zairischen und indonesischen Kaffee auf, der für Mischungen geeignet ist, und zwangen damit die zentralamerikanischen und Andenstaaten, ihre teuren Kaffeesorten (,,milde Arabica") zu Schleuderpreisen zu verkaufen. Diese Staaten bildeten 1978 den ,,Bogota-Club", der mit Fonds von 140 Mio. $ zur Stabilisierung des Kaffeepreises beitrug. Als Anfang Juli die Kaffeepreise wieder fielen, stellten erst Indonesien, dann

Weltagrarkonferenz: Die Marshall-Plan-Strategie der Imperialisten

Die Bauernmassen in der Dritten Welt rebellieren gegen die ,,neue Entwicklungshilfe"

z.anb. Seit 15 Jahren verfolgt die Welternährungsorganisation FAO ein Programm zur Bekämpfung des Hungers in den Ländern der Dritten Welt, deren ökonomische Grundlagen durch Enteignung der selbständigen Produzenten, durch Raubbau an der Natur und Vertreibung der Massen aus den ländlichen Gebieten in die Städte zerstört worden ist.Zahlreiche Spendenaktionen ,,gegen den Hunger in der Welt" sind schon vor Jahren von kirchlichen Institutionen, von der Caritas, der Arbeiterwohlfahrt, der Heilsarmee oder dem Deutschen Entwicklungsdienst initiiert worden. Nur ist es heute nicht mehr üblich, in der Kirche ,,Negerkinder" aufzustellen, kleine Skulpturen, die, wirft man einen Groschen hinein, dankend mit dem Kopf nicken.

Auf der am letzten Freitag zu Ende gegangenen Weltkonferenz über Agrarreform und ländliche Entwicklung hat sich der Delegierte des Vatikan, Bischof Agostino Ferrari-Toniolo für ,,radikale Strukturänderungen" in der Dritten Welt ausgesprochen. Vor der Konferenz hatte Papst Woityla einen dringlichen Appell an die internationale Völkergemeinschaft gerichtet, dafür Sorge zu tragen, daß die Bauern in der Dritten Welt einen ,,gerechten Lohn" erzielen können. Die Sicherung ihres Einkommens sei entscheidend für den Frieden. Mr. Williams, derzeit Direktor des Welternährungsrates (WFC), hat dasselbe – vielleicht ein Quentchen weniger humanitär – formuliert: ,,. . . oder wird es soweit kommen, daß Nachlässigkeit und Heuchelei dazu führen, daß die Themen, von denen wir hier sprechen, schließlich von Guerillas in den Städten und im Busch aufgeworfen werden!" Williams war bis zum vorigen Jahr Leiter des OECD-Entwicklungshilfeausschusses.

In dieser Funktion legte er im Dezember 1978 die Bilanz der Entwicklungshilfe der OECD vor: ,,Die an den Grundbedürfnissen orientierte Entwicklungsstrategie sollte als wichtiger Beitrag zur Konzipierung einer neuen Weltwirtschaftsordnung gewertet werden . . . eine Aktion, die sich mit dem Marshall-Plan vergleichen ließe" (OEDC-Bulletin, 11.12.78). 56,6 Mrd. Dollar betrug der staatlich betriebene Kapitalexport der OECD in die Dritte Welt 1978. 13% davon wurden in multilaterale Projekte investiert, der ,,Rest" über bilaterale Abkommen. 1970 machten die reinen Bankkredite an der gesamten Entwicklungshilfe erst 3% aus, 1978 waren es 30%. Dabei ändert sich nicht etwa nur der Name, sondern vor allem die Zinsen: ,,offizielle Entwicklungshilfe" bedeutet zumeist Zinsermäßigung, der nackte Bankkredit ermöglicht den Zinswucher des ,,freien Marktes"; nie unter 10%.

Was aber hat die OECD mit der FAO zu tun? Die größten ,,Beitragszahler" der FAO sind die USA, Japan und die BRD. Sie binden daran den Anspruch, diese Sonderorganisation der UNO zu mißbrauchen für ihre Profitgier und imperialistische Konkurrenzschlachten. Gestürzt haben sie sich geradezu auf das Agrarprogramm, nachdem es die Länder der Dritten Welt in scharfem Kampf gegen die imperialistischen Gläubiger in der UNO beschlossen hatten. ,,Hilfe an die Ärmsten", ,,gegen die Unterentwicklung", ,,Förderung der Unabhängigkeit" – man findet kaum eine Propagandalüge, die seither nicht Anwendung gefunden hätte.

Rüdiger Offergeld vor kurzem in einem Artikel in der UNO-Zeitschrift ,,Development Forum": ,,1979 wird das Jahr der Weichenstellung für unsere Beziehungen zu den Entwicklungsländern . . . Ganz sicher müssen wir die Leistungen unserer öffentlichen Entwicklungshilfe steigern." Jawohl, die Forderung der Dritten Welt nach 0,7% des Sozialprodukts – derzeit sind es auf seiten der BRD 0,3% – sei gerecht, die Bundesregierung habe dem ja in der UNO auch zugestimmt. Aber: ,,Eine Bereitschaft des deutschen Steuerzahlers, unsere Entwicklungspolitik mitzutragen, können wir nur dann erwarten, wenn er weiß, daß wir ihn nicht zur Kasse bitten, um die Reichen in der Dritten Welt reicher zu machen." (Development Forum, 5/79) Und da den westdeutschen Imperialisten so sehr am Wohlergehen der Masse der kleinen Bauern in den ärmsten Ländern gelegen ist, habe die Agrarhilfe auch seit Jahren das Schwergewicht, 1978 wurden 380 Agrarprojekte in 69 Ländern ,,gefördert".

Ein Beispiel: Im indischen Unionsstaat Bihar wird im Rahmen eines solchen Projekts den landlosen Bauern die ,,Möglichkeit" gegeben, die Felder von Agrarkapitalisten zu bestellen, für den ,,gerechten Lohn" von 0,60 DM am Tag. Gehören sie zu den Kleinbauern, die selbst einen halben Hektar Boden ihr Eigen nennen und noch einen Ochsen dazu, so haben sie Anspruch auf einen höheren Lohn. Das Ergebnis solcher ,,Entwicklungshilfe" ist unzweideutig: der Hektarertrag beträgt ein Drittel von den Erträgen, die Bauernkooperativen im Süden Indiens auf ihrem Grund und Boden, ohne ,,Beratung" imperialistischer Agenten erzielen.

Mit dem Aufbau eigener regionaler Entwicklungsbanken hat die Dritte Welt darauf geantwortet. Jedoch ist für viele Länder die wirtschaftliche Lage durch die Plünderei des Weltmarktes angespannt, imperialistische Banken mit ihrem Kapital sind unverzichtbar zur Finanzierung von Projekten in der Dritten Welt.

Und genau hier hoffen die Imperialisten noch einmal in die Offensive zu kommen. Was sie verfolgen, ist die Ausschaltung der Regierungen, die Kreditvergabe über nicht-staatliche Institutionen, die Einmischung des Finanzkapitals, entweder direkt oder über gedungene Agenten, seien es die Kirchen, die Arbeiterwohlfahrt, oder das Düngemittelmonopol. Kleinkredite an die Produzenten, so sagen sie, sei der erfolgversprechende Weg. Gegen den kollektiven Zusammenschluß der Bauernmassen gerichtet, zielt solche Strategie auf die Einnistung in den staatlichen Sektor, auf Kontrolle der Produktion, des Transports, der Vermarktung. Die Bauern werden in die Abhängigkeit von den imperialistischen Monopolen und dem Bankkapital gebracht, es entsteht ein Markt unter Ausschaltung der nationalen Verfügungsgewalt.

Es ist tatsächlich nicht gleichgültig, ob die Forderung der Länder der Dritten Welt durchgesetzt wird, daß die Imperialisten 0,7% des von der Arbeiterklasse in diesen Ländern produzierten gesellschaftlichen Wertprodukts für den Aufbau der nationalen Wirtschaft in der Dritten Welt bereitstellen müssen. Daß diese Forderung die strikte Zurückweisung jeglicher Einmischung und jedweder Bedingungen beinhaltet, die die Imperialisten daran knüpfen wollen, macht sie für diese so unannehmbar, für die Arbeiterklasse umso mehr unterstützungswürdig.



Agrarisches Ausbildungszentrum in Kolumbien. Einheimische Fachkräfte unterrichten die Bauern über moderne Anbaumethoden.

z.maf. **Wie man andere Leute ins Pech tränkt, um sich daraus ein schönes politisches Glück zu schmieden, wer das studieren will, der muß den baden-württembergischen IG-Metall-Bezirksleiter Franz Steinkühler beobachten.** Vor jetzt bald zwei Jahren ließ sich Franz Steinkühler vom baden-württembergischen Arbeitgebervorsitzenden Dürr den „Abgruppierungssicherungsvertrag" soufflieren. Während der ganzen Zeit, die Steinkühler benötigte, um Dürrs Weisheit zu löffeln, mußte Streikgeld gezahlt werden. Aber Franz Steinkühler kam reichlich vor Reportermikrophone und fast täglich ins Fernsehen. Ein System der „weichen Landung" sei gefunden worden, notierte damals die Kapitalistenpresse. In Baden-Württemberg beginnen die Löhne jetzt zu „landen". – Man versteht durchaus; wieso die Tarifkommission für Baden-Württemberg die Kündigung der Verträge über tarifliche Sonderzahlungen verlangt hat. Gegen das besondere Tarifpech, das der IG Metall in Baden-Württemberg durch Steinkühler an die Füße geschmiert wurde, hilft bloß eine tarifliche Maßnahme. Tatsächlich ist in Baden-Württemberg nichts Ausreichendes geholfen, wenn die Kapitalisten da und dort zu Sonderzahlungen genötigt werden können. Tatsächlich muß man befürchten, daß die Folgen des Abgruppierungssicherungsvertrages durch die Durchsetzung einer allgemeinen Tarifforderung von 170 DM / 8% mindestens nicht ausgeglichen werden können. Dies alles ist wahr und nichts dagegen zu sagen. Aber die Steinkühlersche Handschrift kommt dort heraus, wo man Verträge kündigt, ohne über die Forderung zu sprechen, wie es der Fall gewesen ist. Spürt man doch die Absicht heraus, diesen Tarifvertrag zuerst gegen die betrieblichen Forderungen auszuspielen; (denn es soll unter keinen Umständen herauskommen, daß die IG-Metall-Spitze so schlecht verhandelt hat, daß derzeit jeder energische und einige Betriebsrat mehr herausholen kann, obwohl das doch im einzelnen Betrieb immer schwieriger ist). Unter Berufung auf diesen gekündigten oder halbgekündigten Vertrag werden sich die Kapitalisten also stur anstellen. Und die Forderung liegt im Ungewissen. Nett ist das und leider noch nicht alles. Denn es wäre ja auch möglich, die Forderungsdiskussion auf diesen Vertrag aus der Erörterung der Forderung auf die Tariflöhne herauszutrennen und dann diese Forderung gegen jene auszuspielen. Vielleicht ließe sich auch der unumgängliche Festgeldteil der Forderung ins Weihnachtsgeld „packen', so daß bei den Tarifen wenigstens in Baden-Württemberg prozentual abgeschlossen werden kann? Und beim Weihnachtsgeld gibt es noch ein listiges Argument gegen Festgeldforderungen. Fordert man z.B. 500 DM für alle gleich, so würden diese 500 DM ja Jahr für Jahr mit der Inflation weniger wert sein, während Prozente mitsteigen würden. Oder?

stens nicht ausgeglichen werden können. Dies alles ist wahr und nichts dagegen zu sagen. Aber die Steinkühlersche Handschrift kommt dort heraus, wo man Verträge kündigt, ohne über die Forderung zu sprechen, wie es der Fall gewesen ist. Spürt man doch die Absicht heraus, diesen Tarifvertrag zuerst gegen die betrieblichen Forderungen auszuspielen; (denn es soll unter keinen Umständen herauskommen, daß die IG-Metall-Spitze so schlecht verhandelt hat, daß derzeit jeder energische und einige Betriebsrat mehr herausholen kann, obwohl das doch im einzelnen Betrieb immer schwieriger ist). Unter Berufung auf diesen gekündigten oder halbgekündigten Vertrag werden sich die Kapitalisten also stur anstellen. Und die Forderung liegt im Ungewissen. Nett ist das und leider noch nicht alles. Denn es wäre ja auch möglich, die Forderungsdiskussion auf diesen Vertrag aus der Erörterung der Forderung auf die Tariflöhne herauszutrennen und dann diese Forderung gegen jene auszuspielen. Vielleicht ließe sich auch der unumgängliche Festgeldteil der Forderung ins Weihnachtsgeld „packen', so daß bei den Tarifen wenigstens in Baden-Württemberg prozentual abgeschlossen werden kann? Und beim Weihnachtsgeld gibt es noch ein listiges Argument gegen Festgeldforderungen. Fordert man z.B. 500 DM für alle gleich, so würden diese 500 DM ja Jahr für Jahr mit der Inflation weniger wert sein, während Prozente mitsteigen würden. Oder?
Man muß also so was eher Kompliziertes wie „30% vom Ecklohn für alle gleich" fordern. Wie auch immer, wenn nicht alsbald die Hauptforderung 170 DM / 8% mindestens zu Stehen kommt, dann verschlechtern sich die Aussichten der Lohnbewegung, die so gut begonnen hat, Woche für Woche. Denn dieses ist der Punkt, um den sich alles andere dreht.

Lohnkampf Stahl. Auf den nächsten Belegschaftsversammlungen muß die Marschrichtung festliegen

z.löh. Die Lohnbewegung 79/80 in der Stahlindustrie ist wesentlich auf den Belegschaftsversammlungen im zweiten Quartal dieses Jahres eröffnet worden. Dieser doch – im Gegensatz zu den vorangegangenen Jahren – ziemlich frühe Beginn war notwendig geworden, weil der Lohnabschluß von 4%/15 Monate lang bei weitem der schlechteste Teil des letzten tariflichen Gesamtabschlusses nach dem Streik war. Von Anfang an hat dieser Lohnabschluß einschnürend auf den Lebensstandard der Arbeiterfamilien gewirkt, was ja in der Stahlindustrie nochmal bitterer ist, da die Kapitalisten die Nacht-, Schicht- und Überstundenarbeit sowieso schon in den Bereich des Unerträglichen getrieben haben. Und die Niederlage in der Lohnfrage ist auch der entscheidende Grund, warum die Stahlkapitalisten meinen, in Sachen Freischichten mit der IG Metall und den Betriebsräten Schlittenfahren zu können. Nach unserer Übersicht ist kaum in der Hälfte der Stahlbetriebe die im Tarifvertrag fixierte Vereinbarung zwischen Kapitalisten und Betriebsrat getroffen. Und schließlich erblaßt der praktische Erfolg des Streiks – die Ausdehnung der Urlaubstage – vor der Tatsache, daß das Geld dafür entweder gar nicht oder zu wenig davon vorhanden ist.

Nach der Eröffnung der Lohnbewegung auf den Belegschaftsversammlungen und infolge der rasanten Bewegung der Lebensmittelpreise nach oben haben die Vertrauensleute der IG Metall die Initiative ergriffen. Beschlüsse zum Lohn liegen vor aus verschiedenen Werken von Thyssen, Krupp und Klöckner, und vor kurzem haben die Vertrauensleute von Hoesch eine Resolution verabschiedet, in der erklärt wird, die Forderung für den Tarifkampf rasch aufzuwerfen und breit und intensiv zu diskutieren. Die Stahlkapitalisten ihrerseits machen sichtbare Versuche, den Verlauf dieses Lohnkampfes selbst diktieren zu können. Vor Wochen schon verkündete Weisweiler über die Presse, mit Sonderzahlungen spiele sich nichts ab und setzte bei dieser Pressekonferenz gleich Spalterversuche gegen die IG Metall ab. Letzte Woche nun mußten die Thyssen-Kapitalisten im Werk Duisburg Niederrhein bei den niedrigen Löhnen den Effektivlohn von 9,82 DM auf 10,15 DM erhöhen. Gleichzeitig kann man aus den Thyssenbetrieben erfahren, daß die Kapitalisten bereit sein sollen, absehbar mit dem Gesamtbetriebsrat über Lohn zu verhandeln. Man kann mit ziemlicher Wahrscheinlichkeit sagen, daß die Stahlkapitalisten eine Taktik verfolgen, die darin besteht, dort, wo es unvermeidlich geworden ist, etwas herauszurücken – möglichst wenig und nur für einen Teil –, um so zu hoffen, herumzukommen um hohe, für die Arbeiter sich lohnende Sonderzahlungen. Vor allem aber zielen ihre Manöver darauf ab, auf die Aufstellung einer richtigen Forderung für den Tarifkampf einen lähmenden und spalterischen Einfluß zu gewinnen, um zu verhindern, im Tarifkampf eine Niederlage zu kassieren, also zu hohen tariflichen Erhöhungen gezwungen zu werden.

Wenn die Initiative bei den Stahlbelegschaften bleiben soll in dieser Lohnbewegung, müssen die Fragen geklärt werden, die auch in den Belegschaften diskutiert werden: Die Forderung für den Tarifkampf und die Forderung für die Sonderzahlungen. Einleuchtend ist es, wenn man sich bei letzterem auf 1000 DM einigt, denn das würde sich nicht nur in der Höhe lohnen, sondern ist auch eine Forderung, die von wichtigen Belegschaften in der Metallindustrie aufgestellt ist. Es ist sowieso günstig, eine einheitliche Forderung zu haben mit Metall, zumal auch noch die Tarife zum selben Zeitpunkt auslaufen. Die Forderung von 170 DM / 8% mindestens für den Tarifkampf ist in einigen Stahlbelegschaften schon breiter erörtert worden, und das Ergebnis ist, daß das die richtige Forderung ist: Die Arbeiterlohngruppen spüren das nötige Festgeld, ebenso die Angestellten bis zu K4 und alles, was darüber ist, wäre mit 8% mindestens gesichert. Bis zu den nächsten Betriebsversammlungen müßten diese Fragen entschieden sein und die Marschrichtung festliegen, damit die gut begonnene Lohnbewegung auch zum Erfolg geführt werden kann.

Belegschaftsversammlungen Stahlbetriebe, II. Quartal 1979

Klöckner-Hütte Bremen. 12.6. Auf der Betriebsversammlung ist es zu einer Auseinandersetzung über eine innerbetriebliche Lohnforderung gekommen. Ein Teil des Betriebsrates wollte eine Angliederung der Löhne auf der Hütte an die Löhne in NRW, da diese um etwa 50 Pfg. höher seien. Die Mehrheit des Betriebsrates trat für eine Erhöhung und Vereinheitlichung der Leistungsprämie ein. Prämienerhöhung sei günstiger, weil es hier nicht nötig sei, die Tarifparteien einzuschalten

lohnende Sonderzahlungen. Vor allem aber zielen ihre Manöver darauf ab, auf die Aufstellung einer richtigen Forderung für den Tarifkampf einen lähmenden und spalterischen Einfluß zu gewinnen, um zu verhindern, im Tarifkampf eine Niederlage zu kassieren, also zu hohen tariflichen Erhöhungen gezwungen zu werden.

Wenn die Initiative bei den Stahlbelegschaften bleiben soll in dieser Lohnbewegung, müssen die Fragen geklärt werden, die auch in den Belegschaften diskutiert werden: Die Forderung für den Tarifkampf und die Forderung für die Sonderzahlungen. Einleuchtend ist es, wenn man sich bei letzterem auf 1000 DM einigt, denn das würde sich nicht nur in der Höhe lohnen, sondern ist auch eine Forderung, die von wichtigen Belegschaften in der Metallindustrie aufgestellt ist. Es ist sowieso günstig, eine einheitliche Forderung zu haben mit Metall, zumal auch noch die Tarife zum selben Zeitpunkt auslaufen. Die Forderung von 170 DM / 8% mindestens für den Tarifkampf ist in einigen Stahlbelegschaften schon breiter erörtert worden, und das Ergebnis ist, daß das die richtige Forderung ist: Die Arbeiterlohngruppen spüren das nötige Festgeld, ebenso die Angestellten bis zu K4 und alles, was darüber ist, wäre mit 8% mindestens gesichert. Bis zu den nächsten Betriebsversammlungen müßten diese Fragen entschieden sein und die Marschrichtung festliegen, damit die gut begonnene Lohnbewegung auch zum Erfolg geführt werden kann.

Belegschaftsversammlungen Stahlbetriebe, II. Quartal 1979

Klöckner-Hütte Bremen. 12.6. Auf der Betriebsversammlung ist es zu einer Auseinandersetzung über eine innerbetriebliche Lohnforderung gekommen. Ein Teil des Betriebsrates wollte eine Angliederung der Löhne auf der Hütte an die Löhne in NRW, da diese um etwa 50 Pfg. höher seien. Die Mehrheit des Betriebsrates trat für eine Erhöhung und Vereinheitlichung der Leistungsprämie ein. Prämienerhöhung sei günstiger, weil es hier nicht nötig sei, die Tarifparteien einzuschalten
und außerdem es um die Bezahlung der erhöhten Tonnenzahl ginge. Konkrete Forderungen wurden nicht genannt. Ein Redner hat anhand der Lohnverteilung die Notwendigkeit einer Tarifforderung von 170 DM / 8% mindestens begründet.

Klöckner-Hütte Osnabrück. 19.6. Betriebsratsvorsitzender Lill hat in seinem Rechenschaftsbericht bekannt gemacht, daß die Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat der Stillegung der Stahlgießereibetriebe zugestimmt haben, und sprach über den Sozialplan dazu. Arbeitsdirektor Buchholz sagte aus, daß wegen des Streiks Terminschwierigkeiten aufgetreten sind, die durch Überschichten „gemildert" werden mußten. IGM-Vorsitzender Weber hat die Bündelung der Freischichten durch Abschluß entsprechender Betriebsvereinbarungen begrüßt, denn damit sei bewiesen, daß man eine Verkürzung der Arbeitszeit unter die 40 Stunden gegenüber den Stahlunternehmern erreicht hätte. Weiter hat er sich gegen die Preispolitik der Ölkonzerne

macht, daß die Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat der Stillegung der Stahlgießereibetriebe zugestimmt haben, und sprach über den Sozialplan dazu. Arbeitsdirektor Buchholz sagte aus, daß wegen des Streiks Terminschwierigkeiten aufgetreten sind, die durch Überschichten „gemildert" werden mußten. IGM-Vorsitzender Weber hat die Bündelung der Freischichten durch Abschluß entsprechender Betriebsvereinbarungen begrüßt, denn damit sei bewiesen, daß man eine Verkürzung der Arbeitszeit unter die 40 Stunden gegenüber den Stahlunternehmern erreicht hätte. Weiter hat er sich gegen die Preispolitik der Ölkonzerne
ausgesprochen. Dies würde bei der nächsten Tarifforderung berücksichtigt werden. Zu den Entlassungsaktionen und Umbesetzungen hat er so Stellung bezogen, indem er gefordert hat, daß dadurch kein „Altersheim Klöckner" entstehen dürfe, das dann schneller geschlossen werden könnte als eine „Jugendherberge A". Er forderte, die Ausbildung zu verstärken und die Arbeitsplätze jüngerer Belegschaftsmitglieder zu erhalten.

Krupp Geiswald. 24.6. Der Betriebsrat forderte eine „innerbetriebliche Lohnaufbesserung' in Form von höherer Bewertung einzelner Arbeitsplätze. Ein Vertrauensmann berichtete unter Beifall von den aufgestellten Lohnforderungen verschiedener Stahlbelegschaften im Ruhrgebiet, und schlug als Forderung für den Tarifkampf 170 DM / 8% mindestens vor.

Krupp Schmiedewerk Essen. 30.5. Heftig angegriffen wurde auf der Betriebsversammlung die Geschäftsleitung für die Durchführung des Sozialplanes zur Umsetzung der Belegschaft nach Bochum. Die Angriffe konzentrieren sich vor allem darauf, daß die Kapitalisten sich verpflichten, alle Belegschaftsmitglieder mit nach Bochum zu übernehmen, wie daß die bestehende Fahrgeldregelung nicht gekündigt, sondern bis 1984 verlängert wird.

Krupp Hüttenwerke Bochum. 3.7. Die Betriebsversammlung wurde eröffnet mit der Erklärung des Betriebsratsvorsitzenden Klöcker, daß der Betriebsrat voll und ganz hinter der Erklärung des Vertrauensleuteausschusses stehe. (Die angesprochene Erklärung verurteilt die hohen Preise und verlangt eine hohe Forderung für den Tarifkampf.) Dafür gab es Beifall. Ein weiterer Punkt der Rede des Betriebsratsvorsitzenden war der Abschluß einer Betriebsvereinbarung über die Freischichten, die in allernächster Zukunft erfolgen soll.

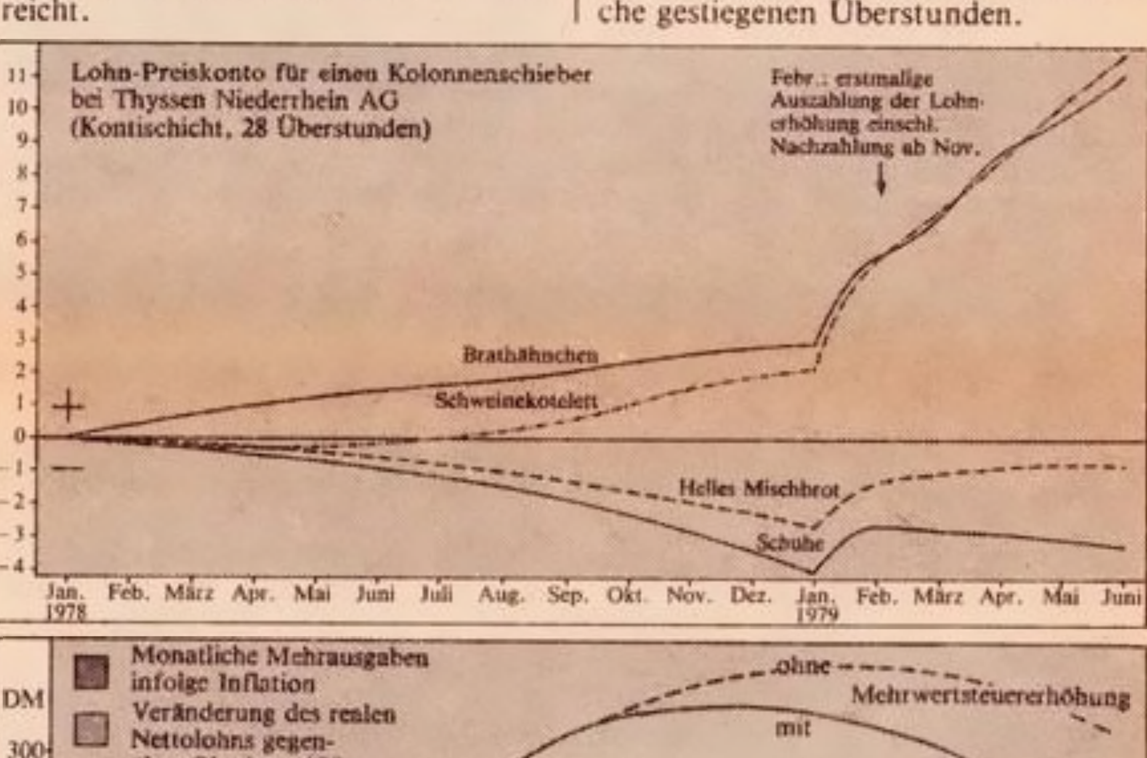
Thyssen Werk Hamborn. 8.6. Auf der Betriebsversammlung haben mehrere Arbeiter in der Diskussion die Einhaltung der 40-Stundenwoche gefordert und gegen die Überstunden und die anstehenden Mieterhöhungen bei der Thyssen Wohnungsbau-Gesellschaft Stellung bezogen. Sie haben gefordert, daß die Blockfreizeit bezahlt wird wie normal, da der Lohn sowieso nicht reicht.

Thyssen Werk Niederrhein. 12.6. Der Betriebsrat griff in seinem Bericht die wachsende Mehrarbeit an – durchschnittlich 23 Überstunden monatlich – sowie den Plan, 124 Arbeitsplätze im Werkstättenbereich zu streichen. Der technische Direktor Nürnberg versuchte, die Arbeiter darauf einzuschwören, Thyssen konkurrenzfähig zu halten. Von den Arbeitern wurde er als Totengräber von Thyssen Niederrhein bezeichnet.

Thyssen Gießerei Mülheim. Anfang April. Gegen die niedrigen Löhne in der Putzerei und die schlechten Arbeitsbedingungen sprach der Betriebsrat. Die Löhne und die Arbeitsbedingungen hier würden als das Zuchthaus der Friedrich-Wilhelms-Hütte bezeichnet werden. Die Löhne müßten in der nächsten Zeit geändert werden, da sie auch im Vergleich zu anderen Mülheimer Betrieben zu niedrig seien. Die Kapitalistenvertreter appellierten, die Kosten niedrig zu halten, weil die Auftragslage schlecht sei.

Thyssen Edelstahlwerk Witten. 6.6. Zu den Rationalisierungen der Thyssen-Kapitalisten, die im Wittener Werk 900 Arbeitsplätze betreffen, erklärte der Betriebsratsvorsitzende Schmiegelt, der Betriebsrat habe sich vergebens bemüht, wenigstens noch die Schmiede und die Bearbeitungswerkstätten zu retten, aber da die in den roten Zahlen steckten, sei eine Auslagerung unvermeidlich.

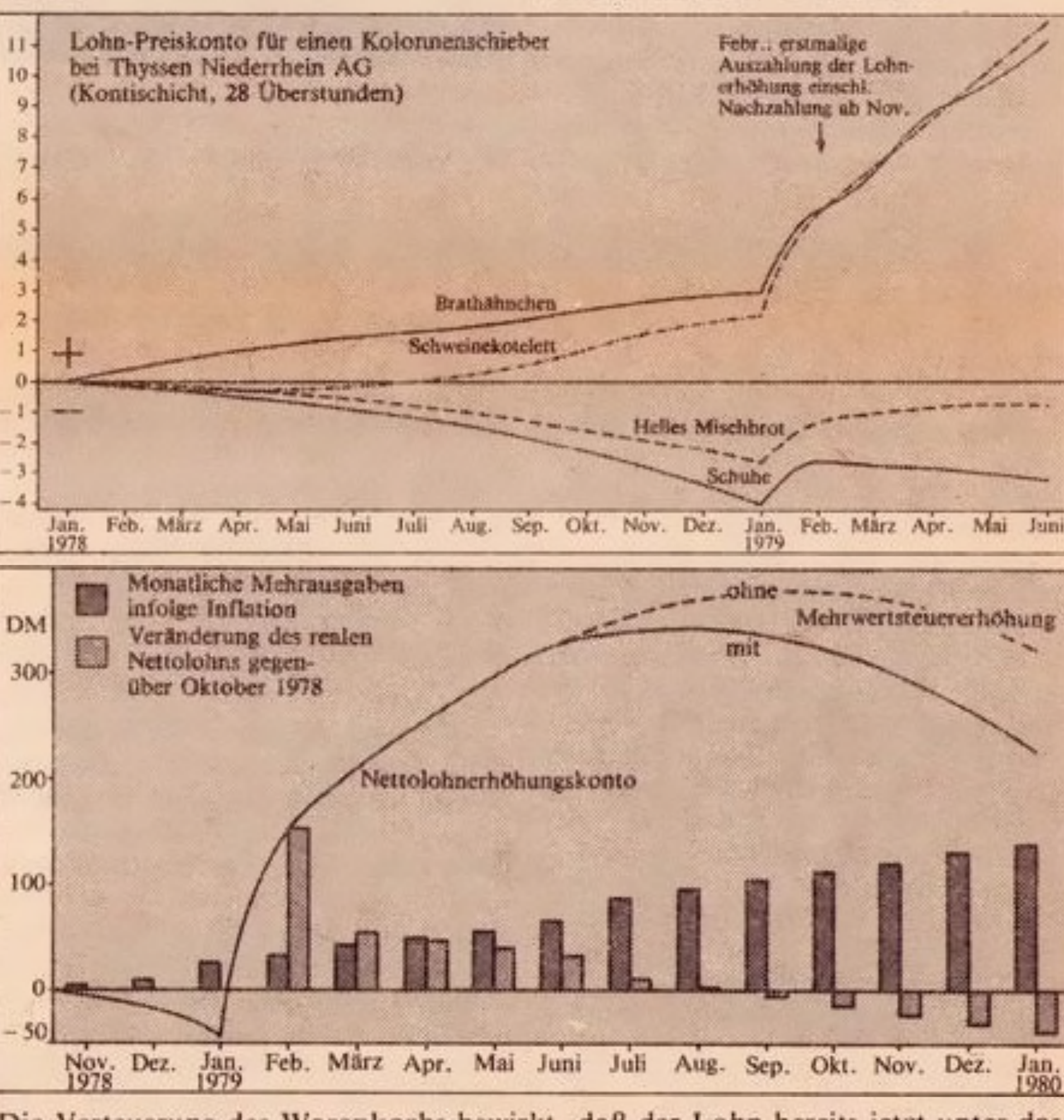
Thyssen Edelstahlwerk Bochum. 19.5. Als Direktor Heide in seiner Rede unterbrochen wurde mit einem Zwischenruf nach mehr Lohn, verließ er wortlos, mit den Händen abwehrend, das Rednerpult gegen den lautstarken Protest der Versammlung, die eine Antwort verlangte. Der Betriebsratsvorsitzende griff im wesentlichen die gestiegene Zahl der Unfälle an und in diesem Zusammenhang die bis ins Unerträgliche gestiegenen Überstunden.



lernächster Zukunft erfolgen soll.

Thyssen Werk Hamborn. 8.6. Auf der Betriebsversammlung haben mehrere Arbeiter in der Diskussion die Einhaltung der 40-Stundenwoche gefordert und gegen die Überstunden und die anstehenden Mieterhöhungen bei der Thyssen Wohnungsbau-Gesellschaft Stellung bezogen. Sie haben gefordert, daß die Blockfreizeit bezahlt wird wie normal, da der Lohn sowieso nicht reicht.

Thyssen Edelstahlwerk Bochum. 19.5. Als Direktor Heide in seiner Rede unterbrochen wurde mit einem Zwischenruf nach mehr Lohn, verließ er wortlos, mit den Händen abwehrend, das Rednerpult gegen den lautstarken Protest der Versammlung, die eine Antwort verlangte. Der Betriebsratsvorsitzende griff im wesentlichen die gestiegene Zahl der Unfälle an und in diesem Zusammenhang die bis ins Unerträgliche gestiegenen Überstunden.



Die Verteuerung des Warenkorbs bewirkt, daß der Lohn bereits jetzt unter das Niveau *vor* Gültigkeit des neuen Tarifs (Okt. 78) sinkt. Gerechnet mit den amtlichen Preisraten, ab Juli Durchschnitt des ersten Halbjahres.



z.bag.Aarhus. **Hartnäckig setzen dänische Besatzungsmitglieder die Blockade der Fähre Römö – Sylt fort, mit der sie am 1. Mai begannen.** An diesem Tag übernahm die deutsche "Fördereederei" aus Flensburg den Betrieb. Die Reederei ist mit sog. Schnapsdampfern dick im Geschäft und mit den wichtigsten Spritbrauereien in Flensburg versippt. Sie flaggte die beiden Fährschiffe nach Zypern aus und versuchte mit Einzelverträgen Lohnsenkungen und Überstunden durchzudrücken und erkämpfte Schutzrechte außer Kraft zu setzen. Die Matrosen und das Restaurationspersonal fordern dagegen kollektive Arbeitsverträge. Trotz massivem Polizeieinsatz gelang es ihnen, mit Blockadeposten am Kai im Juni 90% der dänischen und 54% der deutschen Passagiere für den Boykott der Fähre zu gewinnen. Am 9.6. führten die Matrosen eine Demonstration in Flensburg durch, unterstützt von über 30 dänischen Einzelgewerkschaften. Als kürzlich bei einer Aktion Kapitän und Steuermann der „Vikingeland" über Bord gingen, wurden 13 Besatzungsmitglieder verhaftet. Sie waren aber schnell wieder frei, als der Fährverkehr auf dem Großen Belt wegen Proteststreiks zusammenbrach.

z.erm.Rom. **Vor zwei Wochen haben die italienischen Chemiearbeiter nach zahlreichen Kurzstreiks begonnen, zur Durchsetzung ihrer Tarifforderungen auch die „kontinuierlichen Produktionszyklen" lahmzulegen.** Ist einmal der kontinuierliche Prozess der chemischen Umwandlung z.B. des Erdöls abgeschaltet, dauert es ca. drei Wochen, ihn wieder in Gang zu bringen. Die Forderungen der Chemiearbeitergewerkschaft FULC – lediglich 20000 Lire (44 DM) mehr, stärkere Spreizung der Lohngruppen, „flexiblere" Schichten und die Einrichtung einer Niedriglohngruppe für „jugendliche Arbeitslose" mit umgerechnet 840 DM Lohn, 185 DM weniger als die Ecklohngruppe der Chemiearbeiter – haben den Zusammenschluß der Arbeiter geschwächt und die Kapitalisten frech werden lassen. Seit sechs Monaten zögerten diese die Tarifverhandlungen hinaus. Aber die Streiks der Chemiearbeiter haben Wirkung gezeigt: letzten Freitag mußten die staatlichen Unternehmen, in denen 30000 der insgesamt 390000 Lohnabhängigen beschäftigt sind, abschließen. So unzureichend der Abschluß ist – 20000 Lire für alle mehr plus 12 – 13000 Lire im Verlauf der dreijährigen Laufzeit, acht zusätzliche Urlaubstage, von denen freilich fünf nur ein Ausgleich für die 1977 abgeschafften Feiertage sind –, ohne den Kampf der Chemiearbeiter wäre er nicht zustandegekommen.

z.gek. **37400 Arbeiter des zweitgrößten Elektrokonzerns der USA, Westinghouse, sind am 16. Juli zur Durchsetzung ihrer Tarifforderungen in den Streik getreten.** Die Kapitalisten hatten Lohnerhöhungen von 2 $ pro Stunde, stufenweise über die drei Jahre Laufzeit des Vertrages, sowie eine geringfügige Verbesserung der bestehenden Teuerungsausgleichs-Regelungen angeboten. Sie hatten ihrerseits die Übernahme von Zahlungen an den betrieblichen Rentenfonds und die Krankenversicherung durch die Arbeiter verlangt und sich geweigert, für die gewerkschaftlichen Organisationsbemühungen in ihren Betrieben minimale Garantien zu geben. Daraufhin haben die drei Gewerkschaften der Elektroarbeiter die Verhandlungen abgebrochen und den Streik ausgerufen. – Dagegen hat die gemeinsame Große Verhandlungskommission mit einer 60%-Mehrheit dem Vertragsangebot von General Electric, dem größten Elektrokonzern, am 1. Juli zugestimmt. Statt der geforderten Voraberhöhung von 1,02 $ (auf diesen Betrag beziffern die Gewerkschaften allein die Verluste aus dem letzten Tarifvertrag im Verhältnis zur Teuerung) werden nur 50 Cts. sofort und 17 bzw. 12 Cts. in den folgenden beiden Jahren gezahlt. Dagegen soll die laufende Teuerungsausgleichszahlung der Firma auf 1 Ct. pro 0,2% des Lebenshaltungsindex angehoben werden. – Inzwischen haben die Verhandlungen zwischen der Automobilarbeitergewerkschaft UAW und den großen drei Automobilmonopolen begonnen. Die Gewerkschaft wird vor allem vollen Teuerungsausgleich und Rentenerhöhung sowie zusätzliche Freischichten fordern.

z.acr.London. **Die British-Leyland-Kapitalisten wollen durch die Reduzierung der Lohngruppen von über 100 auf fünf den Lohnstandard senken.** Die Produktionsarbeiter des Preßwerks Pressed Steel Fisher in Cowley z.B. hatten die gleiche Bezahlung wie die Facharbeiter durchgesetzt. Sie sollen jetzt 79 Pfund, Facharbeiter 85 Pfund die Woche erhalten. Die Gewerkschaften lehnen das ab. Niedrige Tariflohnerhöhungen in den letzten Jahren und vereinbarte Produktivitätszulagen, die erst nach Einführung der neuen Lohngruppen ausgezahlt werden, bieten den Kapitalisten Spaltungsmöglichkeiten. Die Arbeiter des Preßwerks haben die Arbeiter in den anderen Werken zu gemeinsamen Aktionen gegen diese Pläne aufgefordert.

z.hef.London. **Die britische Regierung veröffentlichte am 9. Diskussionspapiere zur Streikgesetzgebung.** Sie plant, im Herbst die entsprechenden Gesetzentwürfe einzubringen. Arbeitsminister Prior nannte als Begründung die „Profitabilität britischer Firmen", die im Winter „nahezu alle Geld verloren hätten." Der Hauptangriff auf das Streikrecht wird auf die Streikposten geführt. Streikposten vor anderen als den Betrieben der Kapitalisten, gegen die der Kampf direkt geführt wird, sol-

HBV: Fortschritte im Lohnkampf
Gewerkschaftliche Organisierung gestiegen

z.kam. In zwei größeren Tarifbezirken im Einzelhandel sind die Lohn- und Gehaltstarife für 1979 noch nicht abgeschlossen: in Niedersachsen und Westberlin. In *„Rheinland-Pfalz"* hat sich die HBV-Führung kurz vor den geplanten Urabstimmungen am 18.7. auf eine Anhebung der Löhne und Gehälter im Durchschnitt um 5% mit den Einzelhandelskapitalisten eingelassen. Für die Masse der Beschäftigten bedeutet dieser Abschluß in Mark und Pfennig 60 DM, gefordert waren 90 DM mindestens. Gegenüber dem Nullangebot der Kapitalisten, mit dem diese in die Verhandlungen gegangen sind, haben die Beschäftigten durch Warnstreiks vor allem in Trier, Ludwigshafen, Kandel, Zweibrücken und Kaiserslautern einen Teil ihrer Forderungen erkämpfen können: 6 Wochen Urlaub für alle, aber erst ab 1984, die Abschaffung der Ortsklasse II (ab 1.5.81) sowie einen Rückgruppierungsschutz für ältere Arbeiter und Angestellte.

Der gewerkschaftliche Organisationsgrad in der HBV ist im letzten Jahr sprunghaft von 12% auf 20% gestiegen, das ist ein wesentlicher Erfolg dieses Lohnkampfes. Allein in Hannover haben sich in den letzen beiden Monaten 785 neue Mitglieder in der HBV eingetragen, dies entspricht ungefähr dem Netto-Zugang der letzten 2 Jahre. Die Lohnkämpfe im Einzelhandel finden Unterstützung durch zahlreiche Solidaritätsresolutionen aus Betrieben, Schulen und Hochschulen.

Die bereits abgeschlossenen Lohn- und Gehaltstarife im Einzelhandel (siehe KVZ 26/79) liegen im Ergebnis zwischen 40 und 158 DM mehr. Das ist nicht viel und wird bald von den gestiegenen Lebenshaltungskosten aufgebraucht sein. So hat der Betriebsrat der Allianz-Versicherungen Köln am 18.7. HBV und DAG bereits aufgefordert, sich sofort für einen Tarifzuschlag einzusetzen, da der 4,5%-Abschluß vom April dieses Jahres bereits nicht mehr ausreicht.

In *Westberlin* haben die Kapitalisten am 12.7. ein neues Angebot vorgelegt, das eine durchschnittliche Erhöhung der Gehälter um 5,1% und der Löhne um 9,5% vorsieht. Die Tarifkommission der DAG hat diesen Vorschlag angenommen, die HBV hat sich eine Erklärungsfrist bis zum 25.7. ausbedungen. In Warnstreiks und Protestaktionen u.a. im Kaufhaus KaDeWe, bei Quelle und Karstadt in Charlottenburg sowie Hertie in Spandau bekräftigen die Beschäftigten ihre Forderung nach 130 DM mindestens.

Auch in *Niedersachsen* gehen die Streikmaßnahmen weiter. In etwa 30 Kaufhäusern v.a. der großen Konzerne haben sich über 10000 Beschäftigte an Streiks und Demonstrationen beteiligt. Ihre Forderung „Kein Abschluß unter 100 DM!" bleibt bestehen.

Arzt- und Zahnarzthelferinnen schließen sich im Kampf um gewerkschaftliche Rechte zusammen

z.elf. In Frankfurt haben 50 Arzt- und Zahnarzthelferinnen den ÖTV-Hauptvorstand aufgefordert, am 27.7.79 mit den Ärzteverbänden über folgende Forderungen zu verhandeln: nicht mehr als 40 Stunden wöchentlich einschließlich einer viertelstündigen Pause täglich, achtstündiger Arbeitstag zwischen 8 und 18 Uhr, Mittagspause höchstens 1 Stunde, Überstunden nur zum Notdienst, Abgeltung in Freizeit, Berechnung der Urlaubstage in Arbeitstagen, Angleichung an den BAT, Gehaltstarif nach BAT (VII und VIII).

Vertragspartner für die Tarifverträge der Arzthelferinnen sind bisher die Ärzteverbände einerseits, und DAG, Berufsverband der Arzthelferinnen, Verband der weiblichen Angestellten andererseits. Jüngstes Ergebnis ist der Gehalts- und Manteltarifvertrag (MTV) für Arzt- und Zahnarzthelferinnen vom 25.4.79. Er enthält kaum Einschränkungen der Überstunden-, Nacht-, Sonn- und Feiertagsarbeit. Bei einem Gehalt von 1294 DM (1. Berufsjahr), höchstens 2082 DM (26. Berufsjahr!) ist die Arzthelferin auf die Zu-

doch sind Samstagnachmittage arbeitsfrei. Die Arzthelferin kann durch schriftliche Erklärung „auf Spitzenbeträge verzichten."

Die Auszubildenden liefert der Tarifvertrag der nahezu schrankenlosen Ausbeutung aus. Der Lohn beträgt im ersten Lehrjahr 415 DM, im zweiten 460 DM, doch in „besonderen Fällen kann auf Antrag der Sorgeberechtigten ein geringeres Entgelt vereinbart werden" (§2, Abs.3). Wendet sich also eine Jugendliche in letzter Not auf der Suche nach einer Lehrstelle an eine Arztpraxis mit der Erklärung der Eltern, daß sie u. U. auch für ein Taschengeld arbeitet, so kann sie für einen solchen Hungerlohn auch noch zu Sonn- und Feiertagsarbeit verpflichtet werden „im ärztlichen Notdienst" (§§ 16,7 und 17,7 Jugendarbeitsschutzgesetz), ist sie über 18 Jahre, auch noch bei Nacht.

Auf einem ersten Seminar im Juni 1979 „Festlegungen der Position der Gewerkschaft ÖTV zur gesetzlichen Verordnung über die Ausbildung der

Jahre. Die Lohnkämpfe im Einzelhandel finden Unterstützung durch zahl-
Ihre Forderung „Kein Abschluß unter 100 DM!" bleibt bestehen.

Arzt- und Zahnarzthelferinnen schließen sich im Kampf um gewerkschaftliche Rechte zusammen

z.elf. In Frankfurt haben 50 Arzt- und Zahnarzthelferinnen den ÖTV-Hauptvorstand aufgefordert, am 27.7.79 mit den Ärzteverbänden über folgende Forderungen zu verhandeln: nicht mehr als 40 Stunden wöchentlich einschließlich einer viertelstündigen Pause täglich, achtstündiger Arbeitstag zwischen 8 und 18 Uhr, Mittagspause höchstens 1 Stunde, Überstunden nur zum Notdienst, Abgeltung in Freizeit, Berechnung der Urlaubstage in Arbeitstagen, Angleichung an den BAT, Gehaltstarif nach BAT (VII und VIII).

Vertragspartner für die Tarifverträge der Arzthelferinnen sind bisher die Ärzteverbände einerseits, und DAG, Berufsverband der Arzthelferinnen, Verband der weiblichen Angestellten andererseits. Jüngstes Ergebnis ist der Gehalts- und Manteltarifvertrag (MTV) für Arzt- und Zahnarzthelferinnen vom 25.4.79. Er enthält kaum Einschränkungen der Überstunden-, Nacht-, Sonn- und Feiertagsarbeit. Bei einem Gehalt von 1294 DM (1. Berufsjahr), höchstens 2082 DM (26. Berufsjahr!) ist die Arzthelferin auf die Zu-

schläge angewiesen, die sie über die festgelegte 40-Stunden-Woche hinaus aus den Bereitschaftsdiensten und Rufbereitschaften an Wochenenden und Feiertagen erhält. Sie kann diese Tätigkeit nicht verweigern. Ausgleich in Freizeit ist nicht verbindlich. „Beginn und Ende der Tätigkeit richten sich nach den Erfordernissen der Praxis" (§7), der Samstag zählt bei der Berechnung des Urlaubs als Arbeitstag, je-

doch sind Samstagnachmittage arbeitsfrei. Die Arzthelferin kann durch schriftliche Erklärung „auf Spitzenbeträge verzichten."

Die Auszubildenden liefert der Tarifvertrag der nahezu schrankenlosen Ausbeutung aus. Der Lohn beträgt im ersten Lehrjahr 415 DM, im zweiten 460 DM, doch in „besonderen Fällen kann auf Antrag der Sorgeberechtigten ein geringeres Entgelt vereinbart werden" (§2, Abs.3). Wendet sich also eine Jugendliche in letzter Not auf der Suche nach einer Lehrstelle an eine Arztpraxis mit der Erklärung der Eltern, daß sie u. U. auch für ein Taschengeld arbeitet, so kann sie für einen solchen Hungerlohn auch noch zu Sonn- und Feiertagsarbeit verpflichtet werden „im ärztlichen Notdienst" (§§ 16,7 und 17,7 Jugendarbeitsschutzgesetz), ist sie über 18 Jahre, auch noch bei Nacht.

Auf einem ersten Seminar im Juni 1979 „Festlegungen der Position der Gewerkschaft ÖTV zur gesetzlichen Verordnung über die Ausbildung der

Arzt- und Zahnarzthelferinnen" haben sich die Delegierten auf folgende Minimalforderungen geeinigt: Vetorecht der Gewerkschaften für alle Ausbildungsfragen, zweimal 6 Stunden Berufschule an 2 arbeitsfreien Tagen, gegen Berufsgrundbildungsjahr, gegen Schülerstatus, für dreijährige Ausbildung, in der Praxis muß eine ausgebildete Arzthelferin sein, die zeitweilig zur Ausbildung freigestellt wird.

1770 DM im Monat und 16-Stunden-Schichten

Zähe Kämpfe der französischen Hafenarbeiter erfolgreich

z.jon.Paris. Ohne Kommentar hat der französische Transportminister Le Theule am 19.7. im Amtsblatt der Regierung ein Dekret veröffentlicht, nach dem die Entschädigung der Hafenarbeiter für Tage, an denen sie nicht von einem Hafenkapitalisten eingestellt werden, von 81,80 F auf 96,76 F erhöht wird. Das Schweigen des Ministers zu dieser Entscheidung hat seinen Grund: Noch eine Woche zuvor hatte er einen Tarifvertrag zwischen Hafenkapitalisten und der Gewerkschaft CGT verboten, in dem eine Anhebung dieser Entschädigung auf 95 F vorgesehen war. Begründung: „Die Regierung berücksichtigt das wirtschaftliche und soziale Gleichgewicht im Ganzen. Dieses verbietet zur Zeit eine Erhöhung der Entlohnung, die deutlich über die Erhaltung der Kaufkraft hinausgeht." Ein Streik aller Hafenarbeiter am 19.7., der 28. 24-Stunden-Streik seit dem 5. März, war notwendig, um den Minister zum Nachgeben zu zwingen.

Bereits seit Dezember 1978 verweigern die französischen Hafenarbeiter Überstunden und Nachtarbeit. Im Oktober 1977 hatten sie ihre Forderungen aufgestellt: Erhöhung der Zahl der bezahlten freien Tage von zwei auf zweieinhalb in 14 Tagen, Bezahlung dieser Tage nach dem Durchschnittslohn (rund 185 F pro Tag) statt nach dem Grundlohn (rund 110 F), fünfte Urlaubswoche, Anrechnung der Arbeitstage ohne Anstellung durch die Hafenkapitalisten auf die Renten, Erhöhung der Entschädigung für diese Arbeitstage. Die Kapitalisten forderten vor allem Verhandlungen: Senkung der Zahl der Docker und Steigerung der Arbeitsleistung. Im Erz- und Erdölhafen Fos bei Marseille und im Erzhafen von Dünkirchen versuchten sie, die registrierten Hafenarbeiter durch „freie", billigere Arbeitskräfte zu ersetzen, die keinen Anspruch auf Entschädigung bei Nichtbeschäftigung haben. Am 24.4. legten sie alle französischen Häfen mit einer Aussperrung lahm, um die Streikaktionen der Docker zu brechen. In Fos gaben sie den Dockern ab dem 15. Mai nur noch täglich für zwei Stunden Arbeit. Am 22.6. mußten sie allen Forderungen der CGT nachgeben, nur der Erhöhung der Entschädigung bei Nichteinstellung wollten sie auf keinen Fall zustimmen. Neue 24-Stunden-Streiks der Docker, erneute Aussperrungen Anfang Juli, in Marseille wird eine Woche lang der Hafen von den Kapitalisten zugemacht. Am 12.7. schließlich müssen die Kapitalisten der Erhöhung der Entschädigung zustimmen, eine Woche später der Minister Le Theule.

Die Hafenkapitalisten beziffern ihre Verluste aus diesen Streiks auf 50 Mio.

Grundlohn (rund 110 F), fünfte Urlaubswoche, Anrechnung der Arbeitstage ohne Anstellung durch die Hafenkapitalisten auf die Renten, Erhöhung der Entschädigung für diese Arbeitstage. Die Kapitalisten forderten vor allem Verhandlungen: Senkung der Zahl der Docker und Steigerung der Arbeitsleistung. Im Erz- und Erdölhafen Fos bei Marseille und im Erzhafen von Dünkirchen versuchten sie, die registrierten Hafenarbeiter durch „freie", billigere Arbeitskräfte zu ersetzen, die keinen Anspruch auf Entschädigung bei Nichtbeschäftigung haben. Am 24.4. legten sie alle französischen Häfen mit einer Aussperrung lahm, um die Streikaktionen der Docker zu brechen. In Fos gaben sie den Dockern ab dem 15. Mai nur noch täglich für zwei Stunden Arbeit. Am 22.6. mußten sie allen Forderungen der CGT nachgeben, nur der Erhöhung der Entschädigung bei Nichteinstellung wollten sie auf keinen Fall zustimmen. Neue 24-Stunden-Streiks der Docker, erneute Aussperrungen Anfang Juli, in Marseille wird eine Woche lang der Hafen von den Kapitalisten zugemacht. Am 12.7. schließlich müssen die Kapitalisten der Erhöhung der Entschädigung zustimmen, eine Woche später der Minister Le Theule.

Die Hafenkapitalisten beziffern ihre Verluste aus diesen Streiks auf 50 Mio.

F pro Monat. Die Liegezeiten in allen französischen Häfen haben sich um mehrere Tage verlängert. Die Reedereien können es sich wegen der „Unsicherheit" der französischen Häfen erlauben, Sonderzuschläge von 10 bis 15% auf Fracht nach Frankreich zu erheben. Seit Anfang des Jahres wird ein wachsender Anteil des französischen Außenhandels über spanische, italienische und vor allem belgische Häfen abgewickelt. Das erklärt, warum die Hafenkapitalisten und schließlich die Regierung dem Kampf der Docker nachgeben mußten.

Am Schaubild lassen sich die Gründe erkennen, aus denen Kapitalisten und Regierung verzweifelt, unter Anrufung des „Gleichgewichts im Ganzen", versuchten, einen Erfolg der Hafenarbeiter zu verhindern. 1970–74 konnten sie die Masse der in ihren Häfen umgeschlagenen Waren bei gleichbleibender Zahl der Docker um 40% steigern. Danach stieg die Zahl der Hafenarbeiter um über 1000 auf fast 13000, während der Warenumschlag 1975 scharf zurückging und seitdem schwankt. Der Anteil der umgeschlagenen Waren (abgesehen von Massengütern wie Erz und Erdöl), die in Containern, also stark automatisiert transportiert werden, ist 1970–74 von 11 auf 17,3% gestiegen. Trotz der Krise haben die französischen Imperialisten an ihrem Plan festgehalten, 1975 bis 1980 die Umschlagskapazitäten der französischen Seehäfen um 9 Mio. t, um mehr als ein Drittel des Umschlags von 1977, zu erhöhen, ihre Möglichkeiten zur Expansion auf dem Weltmarkt zu steigern. Die Hafenarbeiter aber haben in mehreren großen Kämpfen die kapitalistische Rationalisierung, die Intensivierung der Arbeit und die Ausdehnung von Überstundenarbeit bekämpft.

Als er die Erhöhung der Entschädigung für Tage ohne Arbeit verbot, konnte sich der Transportminister auf das Arbeitsgesetz der Hafenarbeiter, das Dockerstatut, berufen. Auch die Revisionisten von der KPF berufen



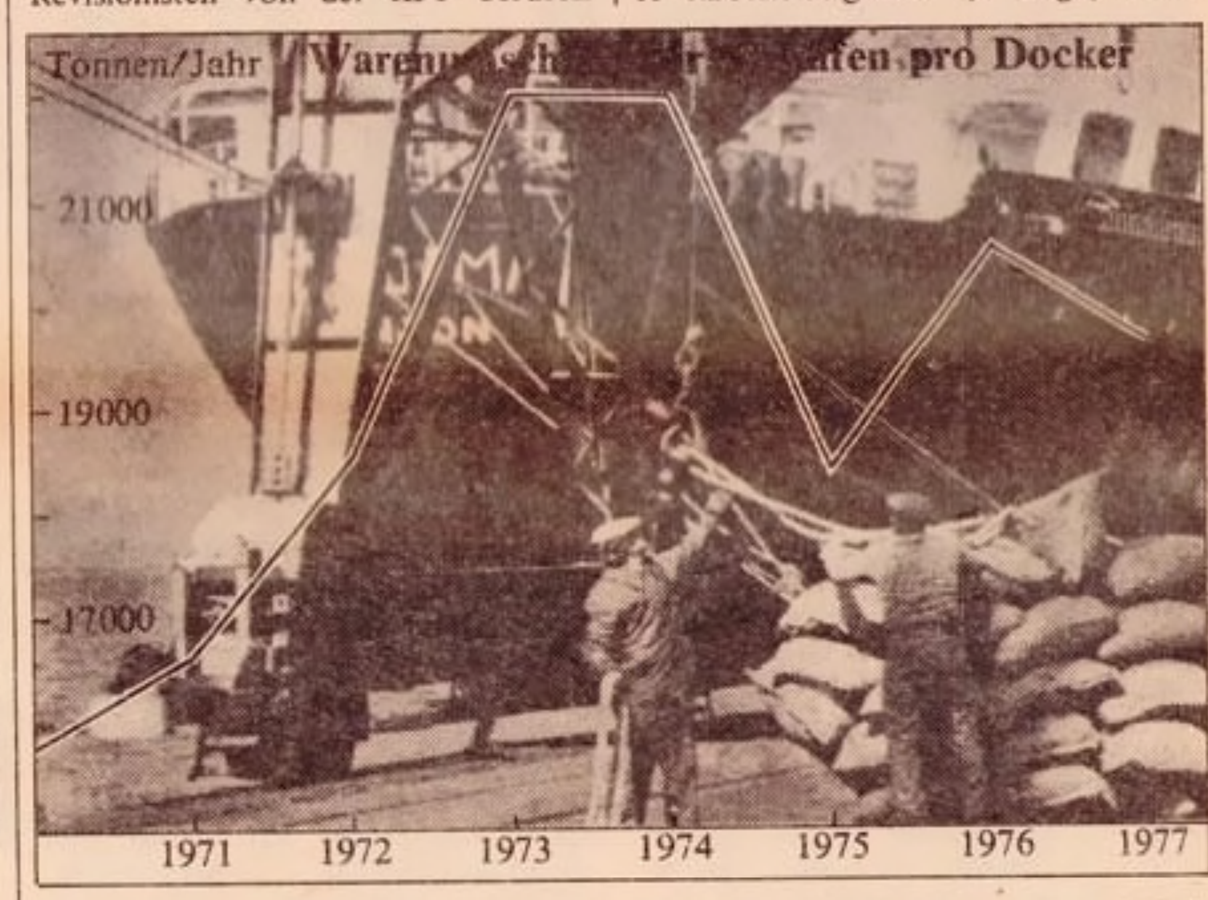
Warenumschlag der Seehäfen pro registriertem Docker. Der Lohn wird mit Feierschichten und mit Einsatz unterbezahlter Hilfskräfte gesenkt

dehnung von Überstundenarbeit bekämpft.

Als er die Erhöhung der Entschädigung für Tage ohne Arbeit verbot, konnte sich der Transportminister auf das Arbeitsgesetz der Hafenarbeiter, das Dockerstatut, berufen. Auch die Revisionisten von der KPF berufen

ist die Absicht.

Hafenkapitalisten in Bordeaux haben folgende Aufstellung der durchschnittlichen monatlichen Arbeitszeiten und Lohnbestandteile pro Monat 1978 veröffentlicht: Arbeitszeit: 12,7 Tage, dafür Lohn: 2400 F; entschädigte Arbeitslosigkeit: 7,8 Tage, dafür



Warenumschlag der Seehäfen pro registriertem Docker. Der Lohn wird mit Feierschichten und mit Einsatz unterbezahlter Hilfskräfte gesenkt.

sich auf das Dockerstatut und behaupten, der Kampf der Hafenarbeiter diene der Verteidigung dieses Gesetzes. In der Tat haben sich die Hafenarbeiter 1947 erkämpft, daß alle Arbeiter eines Hafens gegenüber den Transportkapitalisten wie eine Belegschaft auftreten können. Die Kapitalisten dürfen für Lösch- und Instandhaltungsarbeiten wenigstens im Prinzip – für zahlreiche Lücken ist schon gesorgt – nur die registrierten Docker einstellen, denjenigen, die sie nicht beschäftigen, müssen sie die erwähnte Entschädigung zahlen. Für diese Rechte fordert die Bourgeoisie einen hohen Preis. Nicht umsonst stammt die erste Fassung des Gesetzes aus dem Jahr 1941, der Zeit der faschistischen Herrschaft in Frankreich. Ein wichtiger Bestandteil des Lohns wird, wie wir sahen, vom Staat diktiert und ist dem Kampf der Arbeiter gegen die einzelnen Kapitalisten entzogen. Die (staatlich bestellten) Hafendirektoren sind die direkten Vorgesetzten der Hafenarbeiter, die auch für die Arbeitsbedingungen verantwortlich sind. Und schließlich: Das Dockerstatut *zwingt* die Hafenarbeiter zu einem Normalarbeitstag von zehn Stunden (in Rouen), von 13 Stunden, 20 Minuten (in Marseille) oder von 16 Stunden (in Dünkirchen). Diese Arbeitszeiten sind in zwei Schichten geteilt. Zu Beginn jeder Schicht muß der Docker seine Arbeitskraft anbieten. Meldet er sich nicht, verliert er den Anspruch auf Entschädigung. Die Kapitalisten können mit Überstunden und bisher zwei ganzen Tagen frei in 14 Tagen den Arbeitstag ins Schrankenlose ausdehnen und gleichzeitig jeden Widerstand mithilfe der nur mit der Entschädigung entlohnten Reserve spalten. Das jedenfalls ist die Absicht.

Hafenkapitalisten in Bordeaux haben folgende Aufstellung der durchschnittlichen monatlichen Arbeitszeiten und Lohnbestandteile pro Monat 1978 veröffentlicht: Arbeitszeit: 12,7 Tage, dafür Lohn: 2400 F; entschädigte Arbeitslosigkeit: 7,8 Tage, dafür Entschädigung: 550 F; bezahlte Freizeit: vier Tage, dafür Lohn: 600 F; Krankheit oder Arbeitsunfall: 3,5 Tage, dafür Krankengeld: 350 F. Zusammen 3900 F, rund 1770 DM, bei Schichten von 10 bis 16 Stunden. Ein starker Grund für den Kampf gegen die mithilfe des Dockerstatuts organisierte Ausbeutung und Unterdrückung.

---

len in Zukunft illegal sein. (Die LKW-Fahrer hatten im Winter ihren Streik mit Streikposten vor den LKW-Einfahrten großer Industriebetriebe und vor den Häfen gewonnen.) Arbeiter sollen sich nicht mehr an Streikposten vor fremden Betrieben beteiligen dürfen. Die Immunität vor Schadensersatzklagen soll weiter eingeengt werden. Der Jahreskongreß der größten britischen Gewerkschaft, der TGWU, kündigte entschiedenen Widerstand an. Für die britische Arbeiterklasse ist es mit der Verteidigung des gegenwärtigen Zustands nicht getan. Schon nach bisherigem Gesetz sind streikende Arbeiter vertragsbrüchig und können vom Kapitalisten dafür entlassen und vor Gericht gezerrt werden. (Nur die Streikposten, die zum Vertragsbruch auffordern, sind immun – solange es kein politischer Streik ist.) Die Polizei hat das Recht, die Zahl der Streikposten zu begrenzen. Beliebteste Polizeibegründungen für Einsätze gegen Streikposten sind die Behinderung (Obstruction) des Gehwegs, drohende oder beleidigende Worte, Behinderung von Polizisten oder „Bruch des Friedens".

z.rül.London. **Die britische Finanzbourgeoisie führt gegenwärtig über ihre verschiedenen regionalen und bezirklichen Gesundheitsbehörden ein großes Kostendämpfungsprogramm durch.** Ein Beispiel dafür ist das Great-Ormonds-Kinderkrankenhaus im Londoner Bezirk Camden. Die Aufsichtsbehörde des Krankenhauses gab am 2. Juli bekannt, daß sie bis Ende März 1980 die Ausgaben um 400000 Pfund (1,6 Millionen DM) senken will. 40 der 140 Betten sollen stillgelegt werden, die Benutzung von Arzneimitteln wird „überprüft", alle offenen Planstellen für nichtmedizinische und nichtpflegerische Arbeit sollen kontrolliert werden, bevor Neueinstellungen erfolgen, und die Zuschläge für Überstunden und Bereitschaftsdienste sollen verringert werden. Sofort nach Bekanntgabe der Pläne riefen die Vertrauensleute eine Versammlung der Beschäftigten ein. Etwa 100 Krankenhausbeschäftigte forderten die Zurücknahme dieser Pläne und kündigten Protestkundgebungen während der Arbeitszeit und weitere Kampfschritte an. Am 13. Juli legten etwa 60 Beschäftigte, vor allem Wartungsarbeiter, für eine Stunde die Arbeit nieder und führten eine Protestkundgebung vor dem Krankenhaus durch. In zwei Wochen wollen sie weitere Kampfschritte beschließen.

z.elb.Brüssel. **14 Krankenschwestern auf 30 Kranke bei 80% Belegung, 38-Stundenwoche mit entsprechenden Neueinstellungen, Lohnerhöhungen!** Um die Durchsetzung dieser Forderungen kämpfen die Beschäftigten der belgischen Krankenhäuser seit April. Bei den Tarifverhandlungen zwischen den Gewerkschaften und dem Verband der zumeist privaten Krankenhäuser lehnten es die Krankenhauskapitalisten ab, ein Angebot vorzulegen. Für nur ca. 1430 DM, einschließlich der Zulagen für Nacht- und Wochenendarbeit, müssen sich die nichtdiplomierten Krankenschwestern an die Kapitalisten verkaufen. Wird den Forderungen bei den nächsten Verhandlungen im September nicht zugestimmt, wollen die Beschäftigten streiken.

z.ebk. **Der Oberste Gerichtshof Südkoreas mußte ein Urteil aufheben, durch das sechs Straßenkehrer zu Gefängnisstrafen zwischen einem und zwei Jahren verurteilt worden waren.** Die Arbeiter hatten sich geweigert, Überstunden ohne entsprechende Zuschläge zu leisten. Deshalb waren sie wegen Verstoßes gegen das „Sondergesetz über Nationale Sicherheit und Landesverteidigung" verurteilt worden. Die gesetzliche Arbeitszeit beträgt acht Stunden an sechs Tagen. Aufgrund besonderer Vereinbarung können Überstunden geleistet werden. Der Überstundenzuschlag beträgt 50%. Unter Berufung auf das Kriegsrecht werden viele Arbeiter gezwungen, Überstunden ohne Zuschläge zu leisten. Die südkoreanische Arbeiterklasse führt den Kampf für Verkürzung der Arbeitszeit. Das Urteil des Obersten Gerichtshofes ist ein Ergebnis dieses Kampfes.

z.jon. **Nach Gesprächen mit Ministerpräsident Suarez und dem Abschluß eines Abkommens mit dem spanischen Kapitalistenverband CEOE, dessen Einzelheiten geheim sind, hat die Führung der sozialdemokratisch beherrschten Gewerkschaft UGT am 4.7. beschlossen, bis September, dem Termin der Parlamentsberatungen über ein neues Arbeitsgesetz, keine Streiks und Demonstrationen mehr durchzuführen oder zu unterstützen.** Die bisher geltende Aktionseinheit der UGT mit den sehr viel stärkeren, revisionistisch beherrschten Arbeiterkommissionen ist damit gesprengt, die Gewerkschaftseinheit der Arbeiterklasse geschwächt. Kurzfristig hat dieses Vorgehen für die spanische Bourgeoisie zweierlei Nutzen: 1. Der Widerstand gegen das Arbeitsgesetz, eine Fabrikdisziplinarordnung, wird geschwächt. 2. Der Kampf um höheren Lohn aus Anlaß der gesetzlich vorgesehenen „Anpassung" der Tarifverträge „an die Preissteigerungsrate" wird sabotiert. Die UGT hat mit den Kapitalisten schon vereinbart, daß die „Lohnanpassung" in den von der Regierung gesetzten Grenzen bleibt (7–8%). Auch die Revisionisten sind dafür. Sie wollen lediglich auch die Arbeiter darin einschließen, deren letzte Erhöhung über der 14%-Lohnleitlinie lag, und denen die Regierung deshalb jetzt jede „Lohnanpassung" verbieten will.

z.acr. **Gegen heftige Angriffe der Kapitalisten setzen die 150000 Textilarbeiter im indischen Bundesstaat Tamil Nadu ihren Streik für mehr Lohn fort.** (siehe KVZ 28/79) Am 2.7. verhinderten sie den Einsatz von Streikbrechern bei der Madura Coats Ltd. in Madurai, zu 40% im Besitz der britischen Coats Patons Ltd. Der als Schlichter eingesetzte Ministerpräsident von Tamil Nadu verhängte in Madras ein Demonstrationsverbot. Gegen dieses Verbot organisierten die Textilarbeiter in Madras und Coimbatore mehrere Demonstrationen, unterstützt von den Gewerkschaften der Metall- und Chemiearbeiter und Gewerkschaften der Angestellten bei Banken, bei der Zentral- und Staatsregierung.

Abitursthemen: Eich, Mann, Popper für die Desorientierung der Schüler

z.hev. Mit zahlreichen Themen mußten sich die Abiturienten dieses Jahr herumschlagen, wie die Jahre vorher auch. Und doch war es immer dasselbe, was letzten Endes dabei herauskommen sollte: der Arbeiterklasse und der proletarischen Revolution den Rücken zu kehren. Wo das vom Thema her ganz klar war, z.B. als ein Schüler des Frankfurter Abendgymnasiums aus den Erfahrungen der Weimarer Republik herausarbeiten sollte, daß es sich lohnt, das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland zu verteidigen, konnte auch erfolgreich dagegen angegangen werden. Das Thema wurde geändert in ,,*ob* es sich lohnt". Aber so klar lagen die Dinge selten. Die Themenzusammenstellungen aus Darmstadt, Frankfurt, Kaiserslautern und Baden-Württemberg, die uns vorliegen, hinterlassen eher ein dumpfes und leeres Gefühl, ein Gefühl der Ziel- und Haltlosigkeit. Was eigentlich ist noch richtig, was kann man denn überhaupt noch machen? Über Günther Eichs Gedicht ,,Schuttablage" (1955) schwebt die tiefe Depression einer Müllhalde, es beweint vergangenes Glück und viele Scherben und könnte höchstens einen Grünen in Bewegung versetzen – in Richtung Vergangenheit und Spießeridylle. Aufgabe war es zu interpretieren, wie auch Kafkas kurze ,,Betrachtung" zweier Männer in dunkler Gasse bei Vollmond (Die Vorüberlaufenden), von denen einer schreit, vielleicht Hilfe braucht, aber niemand sich kümmert, weil viele Gründe immer dagegen sprechen. Übrig bleibt trostlose Einsamkeit und Isolation. Erich Frieds Gedicht ,,Gezieltes Spielzeug", das den Abwurf von Spielzeug durch US-Flugzeuge auf zuvor bombardierte vietnamesische Dörfer behandelt, produziert jetzt angesichts des Flüchtlingselends, das die vietnamesische Führungsclique zu verantworten hat, den Gedanken der angeblichen Sinnlosigkeit revolutionärer Erhebungen.

Diffuse Orientierungslosigkeit sollten die geschichtlich-politischen Themen bewirken. Zwischen rechter Sozialdemokratie (Popper) und dem völlig verschwommenen Struktur- und Triebphilosophen (Marcuse) die Verpflichtung auf den humanitären Imperialismus (Thomas Mann). Die Textauswahl: Thomas Mann ,,Schicksal und Aufgabe" (1944), das 1971 erschienene Doppelinterview mit Popper und Marcuse ,,Revolution oder Reform? – eine Konfrontation". Nur ein kleiner Ausschnitt aus den Themen, aber immerhin groß genug, um die Marschrichtung der Bourgeoisie zu erkennen. Sie besteht in der Zersetzung jeglicher revolutionärer Energie, egal wie.

Abitur in Frankreich: Bourgeoisie verschärft Auslese

z.pel.Paris. 338000 Schüler haben sich Anfang Juli in Frankreich zum Abschluß zwölfjähriger Schulunterdrückung der Abitursprüfung unterziehen müssen: 338000 von ca. 1,5 Millionen, die vor sieben Jahren nach fünfjähriger Grundschulausbildung mit der Sekundarstufe begonnen hatten. Die Prüfungen sind stark zentralisiert, d.h., alle Schüler im Bereich einer ,,Akademie" (Schulaufsichtsbereich, der mehrere Departements umfaßt) erhalten die gleichen Aufgaben. Geschrieben wird in großen Sälen mit Hunderten von Teilnehmern unter scharfer Überwachung. Die Korrektoren bewerten mit Punkten von 0 – 20, die einzelnen Fächer werden nach festgelegten Faktoren gewichtet. Wer weniger als acht Punkte erreicht, ist durchgefallen, für acht bis zehn Punkte gibt es ein ,,Zertifikat für abgeschlossenen Schulbesuch", erst ab elf Punkten händigt die Schulbürokratie das Abitursdiplom aus.

121400 Schülern hat die Bourgeoisie 1979 das Diplom verweigert, ganze 63,7% haben also bestanden. Die ,,Erfolgsquote" unter den *neun* verschiedenen Abitursgängen der zwei Abiturszweige (Allgemeines Abitur und Tech-

Jahr	geprüft	bestanden	in%
1964	138430	86729	62,5
1966	212420	105839	49,8
1968	208460	169422	81,2
1970	200722	138707	69,1
1972	222497	147352	66,2
1974	226101	153450	67,9
1976	225470	151244	67,1
1978	228298	155014	67,9
1979	235558	155013	65,8

Mit der Entwicklung der neun verschiedenen Abitursgänge, mit der Einrichtung von direkt berufsvorbereitenden Klassen in der Sekundarstufe und mit dem System von Leistungskursen auf den einzelnen Klassenstufen hat sich die französische Finanzbourgeoisie einen Selektionsmechanismus geschaffen, der ihr bestmögliche Kaderauswahl sowie die Regulierung der Arbeitskräftezufuhr nach den jeweiligen Erfordernissen gestatten soll. Heute sollen mehr durchgefallene Abiturienten direkt auf den Arbeitsmarkt geworfen werden, niedrig bewertete Arbeitsplätze, v.a. in der Verwaltung, den ,,Sozialen Diensten" und dem Militär, mit höher qualifizierter Arbeitskraft besetzt und so Druck auf den Lohn ausgeübt werden. 70% der 43000 durchgefallenen Abiturienten hat die

ze ,,Betrachtung" zweier Männer in wie.

Kirchliche Jugendarbeit: Mit Gott in die Ferien

Zugriff der Kirchen auf die Jugendlichen mittels Häusern, Geldmitteln und unbezahlter Arbeit

z.evd. ,,Ruhe finden, sich entspannen, Abenteuer erleben, sich ausquatschen und Fragen stellen können, ernst genommen werden und, was besonders wichtig ist, mit Gleichaltrigen Gemeinschaft erleben, gemeinsame Nöte, aber auch gemeinsame Interessen vorfinden." Die Prospekte der kirchlichen Jugendverbände für Ferienfahrten klingen vielversprechend. ,,All das ist so wichtig, um den Rest des Jahres unbeschadet überstehen zu können." Auch wenn nicht jeder Verband es ausdrücklich sagt. Ziel ist immer die Stärkung des Vertrauens in Gott statt in die eigene Kraft. ,,Wer sich zu unseren Freizeiten anmeldet, sollte die Bereitschaft mitbringen, an einer christlichen Gemeinschaft teilzunehmen. Erholung, Sport, Spiel, Gespräche und Besinnung sind Inhalte unseres Programms. Sie schließen das Hören auf die Botschaft von Jesus Christus mit ein."

Die Jugendlichen, die an solchen Freizeiten teilnehmen, haben ihre Freude an dem Programm, sofern es Dinge sind, bei denen man etwas lernen oder Fähigkeiten ausbilden kann. Knoten knüpfen, Handgriffe für Erste Hilfe, Boot fahren, Klettern, Schwimmen, Feuer machen, Mannschaftsspiele – man lernt verschiedenes Nützliche und in gewissem Grad auch organisiertes Handeln. Der besinnliche Teil wird dann dafür eben in Kauf genommen.

Nur wenige sektenähnliche Religionsgemeinschaften – wie z.B. die Liebenzeller Mission – bringen es auf die Weise, daß drillmäßig Beten und Heilsgespräche vorgeschrieben sind. Die evangelischen und katholischen Jugendverbände verfahren da scheinbar lockerer: es kann auch mal was anderes gesungen werden, es wird nur moralisch Druck ausgeübt, die Gottesdienste mitzumachen, beim Wandern wird der Schöpfungsidealismus unterschwellig eingetrichtert. Allerdings verlangen die Kirchen in letzter Zeit wieder mehr die Herstellung der christlichen Volksgemeinschaft in diesen Freizeiten. Deshalb werden mehr Diakone (speziell für kirchliche Jugendarbeit ausgebildet) eingesetzt und werden die Aufenthalte seitens der Kirche unter Leitthemen gestellt wie: ,,Wir brauchen einander."

Die Kirche kann sich Zugriff auf die Jugendlichen verschaffen einfach durch die Möglichkeiten, die sie hat: Besitz von Häusern und Ländereien, die Gliederung der Gemeinden als schier lückenloses Netz vor allem auch auf dem Land, die Bezahlung der Betreuer knapp über Gotteslohn und dann auch Zuschüsse aus Kirchengeld oder Stadtfinanzen über den Stadtjugendring, oder wie er in den einzelnen Städten heißt.

Die Städte bieten längst nicht so viele Ferienfahrten an wie die Kirchen. Frankfurt z.B. hat im Sommer 1979 Plätze für 800 Kinder von 10 bis 15 Jahren angeboten. Das evangelische Stadtjugendpfarramt in Frankfurt allein bietet schon über 600 Plätze, da kommen dann aber noch Plätze für Kinder aus Frankfurt bei dem Programm des Rings der evangelischen Jugendwerke in Hessen dazu, und dann noch die zahlreichen Programme der einzelnen Kirchengemeinden. Die katholische Kirche macht in Frankfurt nur auf der Ebene von Kirchengemeinden Ferienfahrten, dafür aber praktisch jede.

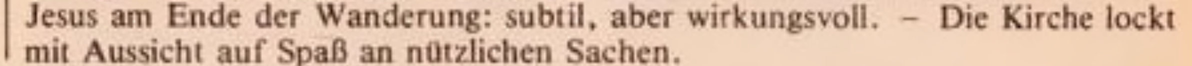
Die Wohlfahrtsverbände (AWO, Caritas), die aus Landesmitteln gefördert werden, erhöhen ihre Preise (z.B. in Karlsruhe werden dieses Jahr 90 DM (früher 45 DM) Eigenbeteiligung der Eltern als Mindestsatz für 14 Tage verlangt, womit für viele Familien die Möglichkeit von Ferienfahrten für die Kinder gestorben ist). Die Preise bei der Kirche sind auch nicht niedrig, 14 Tage kosten zwischen 210 DM (Zelten mit selbst Kochen) und 785 DM (Jugoslawien), die meisten kosten um die 400 DM. Für viele ist das zu teuer; dann kaufen die Kinder Ferienpässe der Stadt, mit denen sie u.a. Straßenbahn fahren, Schwimmen oder in den Zoo gehen können. In Frankfurt sind in diesem Sommer an die 10000 Ferienpässe verkauft worden bei ca. 69000 Kindern zwischen 5 und 15 Jahren.

Daß soviele Jugendliche mit einiger Begeisterung an den kirchlichen Ferienfahrten teilnehmen, hat zwei Seiten: zum einen, daß der Einfluß des bürgerlich-christlichen Gedankenguts noch ziemlich stark ist unter der Jugend, aber auch unter den Eltern, die ihre Kinder dahin, aber sonst nirgends gehen lassen; zum anderen, daß die Kirche das Feld der Ferienfreizeiten einfach materiell beherrscht und den Jugendlichen gar nicht viel anderes übrigbleibt. Es ist also notwendig, daß die Massen sich selber Möglichkeiten schaffen; dann würden viele Jugendliche was anderes machen und nicht das pfäffische Zeug über sich ergehen lassen.





Jesus am Ende der Wanderung: subtil, aber wirkungsvoll. – Die Kirche lockt mit Aussicht auf Spaß an nützlichen Sachen.



Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!
Kommunistische Volkszeitung
Kommunistischer Bund Westdeutschland (KBW)
Geschäftsstelle Bremen, Gröpelinger Heerstr. 261, Tel. 616 04 55
Hochschulausgabe für die Universität Münster und Fachhochschulen
29b3a0500p
16. Juli 1979
Studenten W/E

Gleiche Rechte für deutsche und ausländische Stu-

stimmt. Die Problematik liegt also wohl weniger in der Freizeit, als in der Bekämpfung von Akkord- und Überstundenarbeit, für höhere Löhne. In diesem Diktat wird den Studenten so ganz nebenbei das Märchen vom ,,Wohlstandsarbeiter" unterschoben.

Ist die Sprachprüfung bestanden, muß sich der Großteil der ausländi-

le – man lernt verschiedenes Nützliche und in gewissem Grad auch organisiertes Handeln. Der besinnliche Teil wird dann dafür eben in Kauf genommen.

Nur wenige sektenähnliche Religionsgemeinschaften – wie z.B. die Liebenzeller Mission – bringen es auf die Weise, daß drillmäßig Beten und Heilsgespräche vorgeschrieben sind. Die evangelischen und katholischen Jugendverbände verfahren da scheinbar lockerer: es kann auch mal was anderes gesungen werden, es wird nur moralisch Druck ausgeübt, die Gottesdienste mitzumachen, beim Wandern wird der Schöpfungsidealismus unterschwellig eingetrichtert. Allerdings verlangen die Kirchen in letzter Zeit wieder mehr die Herstellung der christlichen Volksgemeinschaft in diesen Freizeiten. Deshalb werden mehr Diakone (speziell für kirchliche Jugendarbeit ausgebildet) eingesetzt und werden die Aufenthalte seitens der Kirche unter Leitthemen gestellt wie: ,,Wir brauchen einander."

(früher 45 DM) Eigenbeteiligung der

sen.

Jesus am Ende der Wanderung: subtil, aber wirkungsvoll. – Die Kirche lockt mit Aussicht auf Spaß an nützlichen Sachen.

Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!
Kommunistische Volkszeitung
Kommunistischer Bund Westdeutschland (KBW)
Geschäftsstelle Bremen, Gröpelinger Heerstr. 261, Tel. 616 04 55
Hochschulausgabe für die Universität Münster und Fachhochschulen
29b3a0500p
16. Juli 1979
Studenten W/E

Abitur in Frankreich: Bourgeoisie verschärft Auslese

z.pel.Paris. 338000 Schüler haben sich Anfang Juli in Frankreich zum Abschluß zwölfjähriger Schulunterdrückung der Abitursprüfung unterziehen müssen: 338000 von ca. 1,5 Millionen, die vor sieben Jahren nach fünfjähriger Grundschulausbildung mit der Sekundarstufe begonnen hatten. Die Prüfungen sind stark zentralisiert, d.h., alle Schüler im Bereich einer ,,Akademie" (Schulaufsichtsbereich, der mehrere Departements umfaßt) erhalten die gleichen Aufgaben. Geschrieben wird in großen Sälen mit Hunderten von Teilnehmern unter scharfer Überwachung. Die Korrektoren bewerten mit Punkten von 0 – 20, die einzelnen Fächer werden nach festgelegten Faktoren gewichtet. Wer weniger als acht Punkte erreicht, ist durchgefallen, für acht bis zehn Punkte gibt es ein ,,Zertifikat für abgeschlossenen Schulbesuch", erst ab elf Punkten händigt die Schulbürokratie das Abitursdiplom aus.

121400 Schülern hat die Bourgeoisie 1979 das Diplom verweigert, ganze 63,7% haben also bestanden. Die ,,Erfolgsquote" unter den neun verschiedenen Abitursgängen der zwei Abiturszweige (Allgemeines Abitur und Tech-

Jahr	geprüft	bestanden	in%
1964	138430	86729	62,5
1966	212420	105839	49,8
1968	208460	169422	81,2
1970	200722	138707	69,1
1972	222497	147352	66,2
1974	226101	153450	67,9
1976	225470	151244	67,1
1978	228298	155014	67,9
1979	235558	155013	65,8

Mit der Entwicklung der neun verschiedenen Abitursgänge, mit der Einrichtung von direkt berufsvorbereitenden Klassen in der Sekundarstufe und mit dem System von Leistungskursen auf den einzelnen Klassenstufen hat sich die französische Finanzbourgeoisie einen Selektionsmechanismus geschaffen, der ihr bestmögliche Kaderauswahl sowie die Regulierung der Arbeitskräftezufuhr nach den jeweiligen Erfordernissen gestatten soll. Heute sollen mehr durchgefallene Abiturienten direkt auf den Arbeitsmarkt geworfen werden, niedrig bewertete Arbeitsplätze, v.a. in der Verwaltung, den ,,Sozialen Diensten" und dem Militär, mit höher qualifizierter Arbeitskraft besetzt und so Druck auf den Lohn ausgeübt werden. 70% der 43000 durchgefallenen Abiturienten hat die

nisches Abitur) reicht von 91,2% im Schwerpunkt Musik bis zu 57,64% im Schwerpunkt Landwirtschaft. Die folgende Tabelle, die sich nur auf die sechs Schwerpunkte des Allgemeinen Abiturs bezieht, weist für 1979 die höchste Durchfallquote seit 1966 aus.

Bourgeoisie 1976 auf solche Arbeitsplätze gesetzt, der Rest wurde in die industrielle Reservearmee geschleudert. Nur politischer Kampf kann diese brutale Auslese stoppen. 81,2% der bestandenen Prüfungen zwei Monate nach dem Mai '68 sind Beweis.

Novellierung des HRG: Einheitliche Kampffront soll verhindert werden

r.acl. Die freien Hansestädte Hamburg und Bremen haben einen Gesetzentwurf zur Änderung des Hochschulrahmengesetzes (HRG) vorgelegt. Darin werden die Absätze 2-4 des §17 gestrichen, in denen die Zwangsexmatrikulation bei Überschreitung der festgelegten Fristen für die Meldung zu Zwischen- und Abschlußprüfungen vorgeschrieben ist. Begründet wird die Streichung der Zwangsexmatrikulation damit, daß sie die Studienreform erschwere, weil ,,bei der Planung reformierter Studiengange lange Studienzeiten nur deshalb veranschlagt werden, um das Risiko der Zwangsexmatrikulation zu mindern." Auch würde die Verweildauer nicht wesentlich gesenkt werden, weil die Nachfristen in Anspruch genommen würden. Ferner heißt es in der Begründung: ,,Es ist jedoch weiterhin sachgerecht, an der Regelstudienzeit nach §10 Abs.2 HRG festzuhalten, insbesondere für die Gestaltung der Studienordnungen, die Sicherstellung des Lehrangebots, die Gestaltung des Prüfungsverfahrens sowie für die Ermittlung und Festsetzung der Ausbildungskapazitäten und die Berechnung von Studentenzahlen bei der Hochschulplanung."

Das Manöver ist ganz auf die Novellierungskampagne der Reformisten und Revisionisten zugeschnitten und dient dazu, den Aufbau einer Kampffront gegen die Prüfungsverschärfungen und für Einspruchsrechte der studentischen Vertretungsorgane zu verhindern. Die Regelstudienzeit soll über das Lehrangebot und die Gestaltung des Prüfungsverfahrens durchgesetzt werden, dies ist der Weg, den die sozialdemokratischen Kultusminister Franke und Sinn vorschlagen.

In Bremen fielen im Prüfungsjahr 1977/78 27,5% aller Prüfungsteilnehmer an der Hochschule für Wirtschaft durch die Abschlußprüfung. An der Hochschule für Nautik waren es 14%.

Mit solchen Werten kann der Senat an der Universität und der Hochschule für Sozialarbeit und Sozialökonomie nicht aufwarten. An beiden Hochschulen werden daher die Prüfungs- und Studienordnungen verschärft. Nach der gerade in Kraft getretenen Lehrerprüfungsordnung gilt die Prüfung als nicht bestanden, wenn ein Prüfungsteil schlechter als '4' ist. Schon 1976 wären mit dieser Regelung 8% durch die Abschlußprüfung gefallen. Mit der Novellierung soll Raum für die verschärfte Auslese geschaffen werden.

Gleiche Rechte für deutsche und ausländische Studenten

his. Ein großer Teil der Studenten an der WWU Münster stammt aus dem Ausland. Die erste grobe Auslese wird bereits bei den Bedingungen für das Studium in Westdeutschland und Westberlin angelegt. So bestimmen die Beschlüsse der Kultusministerkonferenz, daß nur Studenten, deren Studium finanziell abgesichert ist, anfangen dürfen. In der Broschüre des Auslandsamtes heißt es: ,,Bei einer Studiendauer von 5 – 6 Jahren müßten demnach insgesamt mindestens ca. DM 40000,00 zur Verfügung stehen. Es muß dringend davor gewarnt werden, ein Studium zu beginnen..., wenn nicht durch die Eltern oder einen Stipendiengeber die Finanzierung des Studiums gesichert ist. Mit der Möglichkeit, das Studium durch Werkarbeit finanzieren zu können, kann nicht gerechnet werden."

Schon ein Hinweis auf die Siebung im Studium ist die zweite wesentliche Forderung der KMK: ,,An der Universität Münster werden darüberhinaus generell nur ausländische und staatenlose Bewerber zugelassen, die in ihrer Hochschulzugangsberechtigung einen Notendurchschnitt von mindestens 70 % der Maximalnoten nachweisen... In zulassungsbeschränkten Fachrichtungen liegt der tatsächlich erforderliche Notendurchschnitt erfahrungsgemäß weitaus höher."

Hieran schließt sich nahtlos die Bestimmung der KMK, den meisten ausländischen Studenten das Abitur nicht anzuerkennen und sie so zu zwingen, ihre ,,Hochschulreife" erneut in einer Prüfung zu beweisen. Zuvor müssen aber alle ausländischen Studenten eine Prüfung in Deutsch bestehen, bevor sie das Fachstudium beginnen, oder das Abitur erneut ablegen.

In Vorbereitung der Deutschprüfung kann ein bis zwei Semester ein Kurs besucht werden. In der Prüfung wird Grammatik, Rechtschreibung und freie Rede getestet. Durchfallen bedeutet in der Regel Exmatrikulation und Ausweisung. Unter diesem Druck soll den Studenten die bürgerliche Ideologie beigebogen werden. Ein Beispiel für die Lerninhalte, Diktat: ,,Die Verkürzung der Arbeitszeit gehörte auch schon immer zu ihrem (gemeint sind die Gewerkschaften) Programm. Diese Bemühung hatte so großen Erfolg, daß heute die Soziologen unsere Gesellschaft bereits als eine Freizeitgesellschaft bezeichnen. Über die Problematik der Freizeitgesellschaft wird denn auch heftig und bei sehr vielen Gelegenheiten diskutiert." Im folgenden wird sich noch ausgelassen über das ,,Freizeitverhalten" der Arbeiter und deren ,,mangelnde Fähigkeit", mit ihr etwas nützliches anzufangen. ,,Viele Wissenschaftler und Politiker sind nämlich der Ansicht, daß das Freizeitverhalten noch zu stark von den Gewohnheiten der Arbeitswelt bestimmt wird." Selbst, wenn man die statistischen Verschönerungen der Bourgeoisie nimmt, so weiß man, daß die wöchentliche Durchschnittsarbeitszeit 42 Stunden beträgt. Natürlich ist die Freizeit der Arbeiter von der Arbeitswelt bestimmt. Werden doch die Schranken der Reproduktion durch den Lohn und die Bedingungen durch die Arbeitszeit und Vernutzung der Arbeitskraft be-

stimmt. Die Problematik liegt also wohl weniger in der Freizeit, als in der Bekämpfung von Akkord- und Überstundenarbeit, für höhere Löhne. In diesem Diktat wird den Studenten so ganz nebenbei das Märchen vom ,,Wohlstandsarbeiter" unterschoben.

Ist die Sprachprüfung bestanden, muß sich der Großteil der ausländi-

schen Studenten zwei Semester auf die ,,Feststellungsprüfung der Hochschulreife" vorbereiten. In Fächern wie Deutsch, Mathe, Geschichte oder dergleichen wird ihre Ausbildung in bürgerlicher Ideologie fortgeführt. Der Druck ist so stark, fällt man durch, kommt man nicht weiter und kann nur auf Antrag wiederholen. Dem Ausländeramt muß man beweisen, daß man zügig das Studium beenden kann, sonst wird die Aufenthaltsgenehmigung nicht erneuert. Hinzu kommt der materielle Druck. Da die ausländischen Studenten kein BAFöG erhalten, sind sie auf Sozialhilfe angewiesen, können sie aus diesem Grund die Aufenthaltsgenehmigung entzogen kriegen. Hiergegen ist es richtig zu fordern: Ausbildungsentgelt für ausländische Studenten.

Wie die Uni-Leitung ständig versucht, die Auslese zu verfeinern, kann man an folgendem Beispiel sehen. Im 2. Semester des Studienkollegs hatten bei den Klausuren 15 Studenten mit ,,knapp positiv" bestanden. Der Direktor Gerwing war nun der Meinung, sie müßten auch noch durchfallen. Gegen die Auffassung der Studenten – bestanden ist bestanden – suchte er einen Beschluß der KMK über die Prüfungskriterien heraus (6.1.75 III A3.53-1/0 Nr. 1182/74ff). Die Studenten begannen dagegen eine Unterschriftenaktion unter den Forderungen: Keine Anwendung des KMK-Beschlusses weder in diesem noch in den folgenden Semestern. Wir meinen, es ist richtig, die Forderungen der ASV zu unterstützen, für: Gleiche Rechte für ausländische und deutsche Studenten. Generelle Anerkennung des Abiturs ausländischer Studenten. Sofortige Abschaffung des Studienkollegs!

24 Stunden im Dienst – Arbeitszeit bei Militär und Polizei

z.job. Die Forderung von Soldaten und Polizisten nach der Durchsetzung des 8-Stunden-Normalarbeitstags stößt auf erbitterten Widerstand der Bourgeoisie. Uneingeschränkt muß die Arbeitskraft der in den Waffendienst gepreßten Arbeiter für die Verteidigung ihres Privateigentums verfügbar sein. Zentrale Dienstvorschrift der Bundeswehr 10/5: „309. Der Auftrag der Bundeswehr verlangt ständige Einsatzbereitschaft; deshalb kann der Soldat jederzeit zum Dienst herangezogen werden. Die *Dauer des täglichen Dienstes* richtet sich nach den militärischen Erfordernissen (...). 310. An Sonn- und Feiertagen ist im allgemeinen dienstfrei; auch Sonnabende können dienstfrei bleiben. (...) Einen Ausgleich für Dienst an Sonn- und Feiertagen kann der nächste Disziplinarvorgesetzte gewähren, soweit es dienstlich möglich und im Hinblick auf die Einsatzbereitschaft vertretbar ist. Ein Rechtsanspruch hierauf besteht nicht. 311. Über die Dienststunden hinaus befehlen die Disziplinarvorgesetzten *Bereitschaftsdienste* auch für dienstfreie Tage."

Die Arbeitszeit der Polizisten ist in den Landesbeamtengesetzen und Arbeitszeitverordnungen bestimmt (40–45 Stunden). Entscheidend ist das *Recht* des Dienstherrn, wegen „zwingender dienstlicher Verhältnisse" Mehrarbeit zu verlangen. Die Mehrzahl der Polizisten (63% in Nordrhein-Westfalen) arbeitet Wechselschicht rund um die Uhr, der Kontischicht vergleichbar, mit einem freien Wochenende im Monat. Ein Großteil erreicht nicht die Altersgrenze von 60 Jahren. Auf dem Delegiertentag von Rheinland-Pfalz hat die Gewerkschaft der Polizei erneut ihre Forderungen gegen die Schichtarbeit erhoben: Nicht länger als 20 Jahre Schichtdienst und mit 50 Jahren Schluß damit.

Der Dienstplan der Wachbatterie der Finckh-Kaserne in Engstinen sieht so aus: Nach Wachbeginn montags oder dienstags um 18 oder 19 Uhr 24 Stunden lang Wache schieben mit je 2 Stunden Ruhe nach 4 Stunden Wache. Anschließend ist Bereitschaft bis zum nächsten Morgen, dann ist Batteriedienst bis 17 Uhr. Um 18 Uhr geht es weiter mit 24 Stunden Wache. Dieser Rhythmus geht eine Woche lang, in der zweiten Woche ist normaler Dienst mit Bereitschaft, die dritte Woche ist frei. In der Lützow-Kaserne Schwanewede erhielten die Soldaten des PzGrenBtl 322 für die Wochenendtage und 2 Feiertage, die von 20.4. bis 3.6. zum Dienst befohlen wurden, nur 2 Tage Dienstausgleich. Generalinspekteur Brandt mußte bekanntgeben, die Mehrzahl der Soldaten leiste 55–80 Stunden Dienst pro Woche, und Apel sagte am 30.3.79: „Rund 77% aller Soldaten tun ständig mehr als 50 Stunden Dienst pro Woche." Um die Arbeitszeit und besonders um den Ausgleich für die unzähligen Zusatzdienste gibt es in allen Kasernen beständigen Kleinkrieg. In Rheine wurde auf der Vertrauensleutebesprechung vom Kommandanten des Transportbataillons 170 die Vorverlegung der Wachablösung von 18 auf 16 Uhr und Dienstausgleich für Wachdienst gefordert. Beides wurde abgelehnt, letzteres, weil laut Dienstvorschrift der Wachdienst „Teil des Ausbildungsdienstes" sei. In der 5./182 der Lettow-Vorbeck-Kaserne Bad Segeberg versucht der Spieß, indem er die Einteilung zu den Sonderschichten den Soldaten „überläßt", Spaltung in die Gruppe zu tragen und sich aus der Schußlinie zu halten.

Der SPD-Bundestagsabgeordnete Gerstl (Passau) drückte die Sorgen der herrschenden Klasse aus: „Zu einer guten Ausrüstung und Bewaffung der Soldaten gehört ein sozial befriedetes Klima." Apel hat aber schon die Richtung abgesteckt: Zusätzliche Dienstbefreiungen könne es auf keinen Fall geben; allenfalls einen „finanziellen Ausgleich". In diesem Sinn hat auch der Verteidigungsausschuß am 13.6. und 20.6. Beschluß gefaßt. Er empfahl eine allgemeine Zulage für Soldaten im Truppendienst ab dem 16. Dienstmonat (also *außer* den Wehrpflichtigen) von 120 DM analog der allgemeinen Polizeizulage. Das könnte „in vertretbarem Umfang Dienstzeitbelastungen mit abgelten". Alle Berufs- und Zeitsoldaten sollen bei über 56 Wochenstunden 90 DM im Monat Zulage bekommen, die Erschwerniszulage für „Dienst zu ungünstigen Zeiten" soll erhöht werden. Der Wehrsold soll – ebenfalls unter dem Aspekt der „Dienstzeitbelastung" – um 54 DM erhöht werden. An diesen Manövern und finanziellen Zugeständnissen, zu denen sich die Bourgeoisie gezwungen sieht, läßt sich ermessen, für wie gefährlich sie den gewerkschaftlichen Kampf der in Armee und Polizei gepreßten Massen einschätzt. Weil er sich gegen die uneingeschränkte Verfügungsgewalt der Bourgeoisie richtet, ist er eine Bedrohung für die Einsatzbereitschaft der imperialistischen Armee. Die Forderungen gegen die Schichtarbeit und für vollen Dienstausgleich als Schritt zur Durchsetzung des 8-Stundentags finden jetzt schon die Unterstützung der Arbeiterbewegung, weil sie notwendig sind für die Polizisten und Soldaten und die Zersetzung des staatlichen Gewaltapparats vorantreiben.

Zentralisierung der Befehlsgewalt und Straffung der Ausbildung bei der Polizei in NRW

r.chi. Sein einiger Zeit läßt die Bielefelder Polizei ihren neuen Polizei-Straßenpanzer TM 125 durch die Straßen fahren. Er diene dem „Schutz der Schützer", d.h. ist sicher gegen Gewehrkugeln und Molotowcocktails und als Mannschaftstransportwagen und Räumungsfahrzeug in einem für den Einsatz bei Demonstrationen gedacht. Eine neuartige Errungenschaft im Rahmen der Neuausrüstung der Polizei, die mit den neuen Polizeigesetzen im Landtag verhandelt wird. Am 3.5.79 ist 1. Lesung des „Gesetzes über die Organisation und die Zuständigkeit der Polizei im Land NRW", d.h. der Konzentration der Polizeibehörden auf der Oberzentrenebene (Ballungsgebiete) und Reduzierung der Dienststellen in den Mittel- und Unterzentren von 52 auf 42.

„Nicht lokale Gesichtspunkte" sondern, so Innenminister Hirsch in „Landtag intern" vom 7.5.: „Eine Polizeiorganisation muß überall so groß sein, daß sie durch Bereitstellung von Spezialteams für Sonderausrüstung und Einsatzreserven nicht nur den Routinebetrieb einer Polizei bewältigen kann, sondern auch Sonderaufgaben." Konsequent soll die Polizeidichte in NRW von 1:432 derzeit auf 1:416 erhöht werden.

Entsprechend wird an der Ausbildung der Polizisten gefeilt. „Ausbildung nach neuem Modus", teilt die „Neue Westfälische" am 22.6. mit. Während früher nach einer 2½-jährigen praktischen Einweisung ein halbjähriger theoretischer Kurs anschloß, teilen sich heute Theorie und Praxis pari in einer nach wie vor dreijährigen Ausbildungszeit. Umfangreiche Abrichtung erfolgt in juristischen und allgemeinbildenden Fächern wie Politik, Pädagogik und Psychologie. Und schon frohlockt die Bourgeoisie, daß die jungen, frisch von der Schule kommenden Polizisten mit „besserem psychologischem Einfühlungsvermögen" die Massen unterdrücken. Berufspraktische Ausbildung auf wissenschaftlicher Grundlage erfahren die Anwärter des gehobenen Polizeidienstes nach dreijährigem Besuch der Fachhochschule Verwaltung – Fachbereich Polizei in Bielefeld-Sennestadt. Diese „Aufstiegsbeamten" haben zur Hälfte eine Fachhochschulreife, aber alle anderen kommen durch „gute Leistungen im Polizeidienst" in die Mangel der ideologischen Abrichtung auf wissenschaftlicher Grundlage.

Gleichzeitig mit Veränderung der Ausbildung geht einher der Aufbau von Spezialeinheiten für bestimmte Einsätze gegen die Volksmassen, nach dem Vorbild der Killertruppe GSG-9. Die GSG-9 soll, so Hirsch, im Ruhrgebiet zur Bekämpfung der Gewaltkriminalität eingesetzt werden. Der Landesvorsitzende der GdP meldet Bedenken an, ihm wäre es lieber unauffälliger, nämlich Ausbildung der Polizisten durch die Killertruppen.

In der Landtagssitzung am 15.3. gab es ein Scheingefecht zwischen den Parteien um die Frage: Ausrüstung der gesamten Polizei mit Handgranaten und Maschinengewehren und Legalisierung des Todesschusses oder nur für bestimmte Spezialeinheiten? Die Frage stellt sich, was ist besser ohne großen Widerstand durchzusetzen. Denn an der Notwendigkeit zweifelt keiner der bürgerlichen Politiker. Hirsch im Landtag: „Man müsse daran denken, daß unter den Gegnern des Rechtsstaates militärisch ausgebildete Gruppen seien", ohne Bewaffnung der Polizei „müsse man wollen, daß der Bund sich in einem solchen Fall die Polizei des Landes unterstellt und nach eigenem Ermessen Polizei oder Bundeswehr einsetzt." Rüsten auf den Krieg gegen die Volksmassen, das ist das Ziel der neuen Polizeigesetze.

„Die Armee ist sein Leben" – Haig über Rogers

z.zik. Er legt sich gleich ins Zeug, der US-General Bernard William Rogers, seit dem 1. Juli Oberbefehlshaber der Nato- und US-Truppen in Europa: Für die Stationierung der Neutronenbombe in Europa werde er sich einsetzen, hat er kurz vor seinem Amtsantritt angekündigt. Bis dato war er ranghöchster Offizier der US-Armee.

Begonnen hat seine Karriere auf der West Point Academy, auf der die US-Bourgeoisie ihren Offiziersnachwuchs züchtet. Rogers wurde schon 1943, mit 22 Jahren, Ausbilder in West Point und dafür ein Jahr später zum Captain befördert. Seine ersten Besatzererfahrungen holte er sich 1946 im Stab des US-Kommissars für Österreich. Nach einer kurzen Zeit als Kommandeur der 6. Armee in San Francisco (1947) wurde er bis 1950 auf die Oxford-Universität in Großbritannien geschickt, von wo er als Doktor der Philosophie, Politik und Ökonomie zurückkehrte. Daher rührt sein Ruf als „ungewöhnlich gebildeter" Offizier, den ihm die US-Militärhistoriker anhängen.

Zu den Doktorwürden erhielt er dann im Jahr darauf die Beförderung zum Major (siebthöchste Stufe in der Laufbahn eines patentierten Offiziers) und wurde für ein Jahr auf die Infanterieschule in Georgia geschickt, um sich für seinen Einsatz in Korea vorzubereiten.

In Korea – die US-Imperialisten hatten gerade neben Napalm auch Bakterienbomben zum Einsatz gebracht und mußten sich zu der Zeit wegen Massakern an chinesischen Kriegsgefangenen in der UNO rechtfertigen – kommandierte Rogers zunächst das 9. Infanterieregiment. Im Dezember 1952 wurde er zum stellvertretenden Kommandeur des US-Fernostkommandos ernannt, um die Seeblockade gegen Korea zu organisieren. Für diese Verdienste wurde er zum Leutnant Colonel befördert.

Nach einem weiteren Besatzereinsatz in Europa 1960 als Stabschef der 24. Infanteriedivision in Augsburg – seit 1958 war er Colonel – schickte ihn die US-Bourgeoisie nach Vietnam als stellvertretenden Kommandeur der 1. Infanteriedivision. Kurz zuvor hatte sie ihm den ersten Generalsstern verliehen. Das war 1966, in dem Jahr, in dem die US-Imperialisten mit den ersten großflächigen Bombardements von Hanoi und Haiphong begannen. Rogers Beschäftigung bestand in der Niederschlagung eines Aufstandes von Buddhisten und Teilen der südvietnamesischen Armee im Frühjahr 1966.

Im Jahr darauf sieht man ihn wieder in West Point, diesmal als Kommandeur der Kadettenschule. 1970 bekommt er den zweiten, 1972 den dritten und 1974 den vierten Silberstern; 1976 ernennt ihn Ford zum Generalsstabschef der Army.



Mit Rogers schickt die US-Bourgeoisie einen ihrer erfahrensten Offiziere in Fragen der Besatzung und der Niederschlagung von Aufständen nach Europa. Die Vorbereitung der Niederschlagung von bewaffneten Aufständen geht Hand in Hand mit der forcierten Kriegsrüstung.

30.3.79: „Rund 77% aller Soldaten tun ständig mehr als 50 Stunden Dienst pro Woche." Um die Arbeitszeit und besonders um den Ausgleich für die unzähligen Zusatzdienste gibt es in allen Kasernen beständigen Kleinkrieg. In Rheine wurde auf der Vertrauensleutebesprechung vom Kommandanten des Transportbataillons 170 die Vorverlegung der Wachablösung von 18 auf 16 Uhr und Dienstausgleich für Wachdienst gefordert. Beides wurde abgelehnt, letzteres, weil laut Dienstvorschrift der Wachdienst „Teil des Ausbildungsdienstes" sei. In der 5./182 der Lettow-Vorbeck-Kaserne Bad Segeberg versucht der Spieß, indem er die Einteilung zu den Sonderschichten den Soldaten „überläßt", Spaltung in die Gruppe zu tragen und sich aus der Schußlinie zu halten.

Der SPD-Bundestagsabgeordnete Gerstl (Passau) drückte die Sorgen der herrschenden Klasse aus: „Zu einer guten Ausrüstung und Bewaffung der Soldaten gehört ein sozial befriedetes Klima." Apel hat aber schon die Richtung abgesteckt: Zusätzliche Dienstbefreiungen könne es auf keinen Fall geben; allenfalls einen „finanziellen Ausgleich". In diesem Sinn hat auch der Verteidigungsausschuß am 13.6. und 20.6. Beschluß gefaßt. Er empfahl eine allgemeine Zulage für Soldaten im Truppendienst ab dem 16. Dienstmonat (also *außer* den Wehrpflichtigen) von 120 DM analog der allgemeinen Polizeizulage. Das könnte „in vertretbarem Umfang Dienstzeitbelastungen mit abgelten". Alle Berufs- und Zeitsoldaten sollen bei über 56 Wochenstunden 90 DM im Monat Zulage bekommen, die Erschwerniszulage für „Dienst zu ungünstigen Zeiten" soll erhöht werden. Der Wehrsold soll – ebenfalls unter dem Aspekt der „Dienstzeitbelastung" – um 54 DM erhöht werden. An diesen Manövern und finanziellen Zugeständnissen, zu denen sich die Bourgeoisie gezwungen sieht, läßt sich ermessen, für wie gefährlich sie den gewerkschaftlichen Kampf der in Armee und Polizei gepreßten Massen einschätzt. Weil er sich gegen die uneingeschränkte Verfügungsgewalt der Bourgeoisie richtet, ist er eine Bedrohung für die Einsatzbereitschaft der imperialistischen Armee. Die Forderungen gegen die Schichtarbeit und für vollen Dienstausgleich als Schritt zur Durchsetzung des 8-Stundentags finden jetzt schon die Unterstützung der Arbeiterbewegung, weil sie notwendig sind für die Polizisten und Soldaten und die Zersetzung des staatlichen Gewaltapparats vorantreiben.

„Die Armee ist sein Leben" – Haig über Rogers

z.zik. Er legt sich gleich ins Zeug, der US-General Bernard William Rogers, seit dem 1. Juli Oberbefehlshaber der Nato- und US-Truppen in Europa: Für die Stationierung der Neutronenbombe in Europa werde er sich einsetzen, hat er kurz vor seinem Amtsantritt angekündigt. Bis dato war er ranghöchster Offizier der US-Armee.

Begonnen hat seine Karriere auf der West Point Academy, auf der die US-Bourgeoisie ihren Offiziersnachwuchs züchtet. Rogers wurde schon 1943, mit 22 Jahren, Ausbilder in West Point und dafür ein Jahr später zum Captain befördert. Seine ersten Besatzererfahrungen holte er sich 1946 im Stab des US-Kommissars für Österreich. Nach einer kurzen Zeit als Kommandeur der 6. Armee in San Francisco (1947) wurde er bis 1950 auf die Oxford-Universität in Großbritannien geschickt, von wo er als Doktor der Philosophie, Politik und Ökonomie zurückkehrte. Daher rührt sein Ruf als „ungewöhnlich gebildeter" Offizier, den ihm die US-Militärhistoriker anhängen.

Zu den Doktorwürden erhielt er dann im Jahr darauf die Beförderung zum Major (siebthöchste Stufe in der Laufbahn eines patentierten Offiziers) und wurde für ein Jahr auf die Infanterieschule in Georgia geschickt, um sich für seinen Einsatz in Korea vorzubereiten.

In Korea – die US-Imperialisten hatten gerade neben Napalm auch Bakterienbomben zum Einsatz gebracht und mußten sich zu der Zeit wegen Massakern an chinesischen Kriegsgefangenen in der UNO rechtfertigen – kommandierte Rogers zunächst das 9. Infanterieregiment. Im Dezember 1952 wurde er zum stellvertretenden Kommandeur des US-Fernostkommandos ernannt, um die Seeblockade gegen Korea zu organisieren. Für diese Verdienste wurde er zum Leutnant Colonel befördert.

Nach einem weiteren Besatzereinsatz in Europa 1960 als Stabschef der 24. Infanteriedivision in Augsburg – seit 1958 war er Colonel – schickte ihn die US-Bourgeoisie nach Vietnam als stellvertretenden Kommandeur der 1. Infanteriedivision. Kurz zuvor hatte sie ihm den ersten Generalsstern verliehen. Das war 1966, in dem Jahr, in dem die US-Imperialisten mit den ersten großflächigen Bombardements von Hanoi und Haiphong begannen. Rogers Beschäftigung bestand in der Niederschlagung eines Aufstandes von Buddhisten und Teilen der südvietnamesischen Armee im Frühjahr 1966.

Im Jahr darauf sieht man ihn wieder in West Point, diesmal als Kommandeur der Kadettenschule. 1970 bekommt er den zweiten, 1972 den dritten und 1974 den vierten Silberstern; 1976 ernennt ihn Ford zum Generalsstabschef der Army.



Mit Rogers schickt die US-Bourgeoisie einen ihrer erfahrensten Offiziere in Fragen der Besatzung und der Niederschlagung von Aufständen nach Europa. Die Vorbereitung der Niederschlagung von bewaffneten Aufständen geht Hand in Hand mit der forcierten Kriegsrüstung.

OAU erkennt Selbstbestimmungsrecht des saharauischen Volkes an

Gipfelkonferenz für Waffenstillstand und Referendum / Militärische Erfolge der F.Polisario

z.erm. Auf der OAU-Gipfelkonferenz in Monrovia hat sich in der letzten Woche die große Mehrheit der afrikanischen Staaten für das Selbstbestimmungsrecht des saharauischen Volkes ausgesprochen. Mit Zweidrittelmehrheit beschlossen die Delegierten eine Resolution, in der ein Waffenstillstand und die Durchführung eines von der UNO und OAU beaufsichtigten Referendums vorgeschlagen wird. Das saharauische Volk soll in einer Volksabstimmung selbst über seine Unabhängigkeit entscheiden können.

Die Resolution der OAU ist ein Erfolg der saharauischen Revolution. Marokko, das an der Abstimmung nicht teilgenommen hat, hat nachher ein Weißbuch vertreiben lassen: „Marokko, das seit Jahrzehnten für seine territoriale Integrität gekämpft hat, sieht sich als Beute einer von Algerien und seinen Freunden organisierten Wühlarbeit", heißt es darin. In den letzten Monaten hatte Marokko, das ebenso wie Mauretanien von den französischen und amerikanischen Imperialisten in den Krieg gegen das saharauische Volk getrieben wurde, mehrfach erklärt, die „Aggressionen gegen Marokko" würden von Algerien aus vorbereitet. Die französischen Imperialisten hatten das Manöver, das den ungerechten Krieg gegen das saharauische Volk rechtfertigen und die Revolution der Unterstützung vor allem durch Algerien isolieren sollte, unterstützt: Die „betroffenen Länder Algerien, Marokko und Mauretanien" sollten sich „einigen" – ohne die F.Polisario.

Den französischen und amerikanischen Imperialisten liegt daran, den Konflikt zwischen den afrikanischen Staaten aufrechtzuerhalten. So können sie sich die Rohstoffe, vor allem die großen Phosphatvorkommen, in dieser Region sichern und die durch den expansionistischen Krieg wirtschaftlich erschütterten Staaten weiter von sich abhängig machen. Die Resolution der OAU ist ein Schlag gegen die Bestrebungen der Imperialisten und stärkt die Einheit der afrikanischen Staaten.

Die F.Polisario hatte am 12. Juli den vor einem Jahr einseitig erklärten Waffenstillstand gegenüber Mauretanien für aufgehoben erklärt. In Tichla, im Süden der Demokratischen Arabischen Republik Sahara (DARS), kam es am gleichen Tag zu schweren Gefechten zwischen den Befreiungskämpfern der F.Polisario und den mauretanischen Besatzertruppen. 150 mauretanische Soldaten wurden dabei getötet, ebensoviele verletzt und 71 von der F.Polisario gefangengenommen.

Seit der Ablösung der Regierung Mohamed Salek, die zur Anerkennung der DARS bereit schien, im April dieses Jahres, hatte Mauretanien seine militärischen Angriffe auf saharauisches Gebiet verstärkt. Verhandlungen über die neue Regierung unter Oberstleutnant Ahmed Ould Bouceif ab.

Marokko hat seit 1976 seine Truppenstärke auf 120000 Mann verdoppelt. Immer raffiniertere Methoden in der Kriegsführung sollen den erhofften Sieg über die saharauische Revolution herbeiführen. Neben der Einrichtung einer „schnellen Eliteeingreiftruppe", der DIR, hat das marokkanische Regime für seine Besatzertruppen auch Marokkaner saharauischer Herkunft zwangsrekrutiert, die es in vorderster Front gegen die Befreiungskämpfer der F.Polisario einsetzt.

Mit Bestrafungsaktionen versucht das marokkanische Regime, die zersetzte Armee zusammenzuhalten. Nach einem erfolgreichen Angriff der F.Polisario auf Oujda im Süden Marokkos, bei dem es der Befreiungsarmee gelang, zahlreiche Waffen und drei Jeeps zu erbeuten, wurden die Fahrer der Jeeps erschossen. „Immer mehr Soldaten lassen sich freiwillig gefangennehmen", berichtet ein marokkanischer Offizier, der sich der F.Polisario angeschlossen hat. Bei den letzten erfolgreichen Angriffen der saharauischen Befreiungskämpfer auf Tan-Tan in Südmarokko sind insgesamt 19 Offiziere der marokkanischen Armee desertiert.

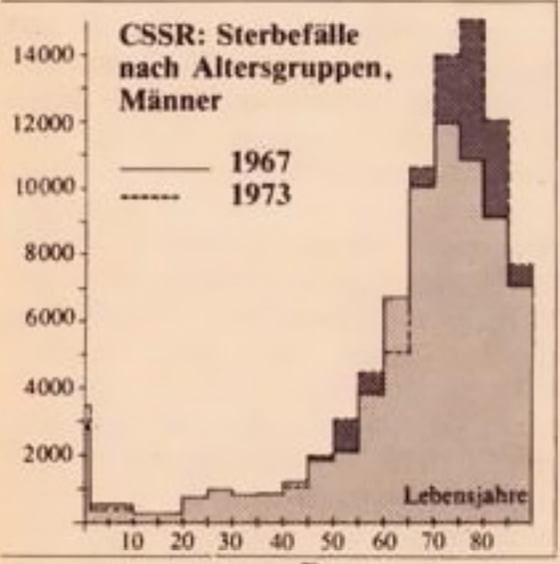
In den letzten Monaten hat die F.Polisario erfolgreich ihre militärischen Aktionen gegen die marokkanischen Truppen auf saharauischem Gebiet und in Südmarokko, von wo aus die Aggressoren ihre Angriffe vorbereiten, verstärkt. Nach der Vertreibung der Besatzer aus den westsaharauischen Städten Tifariti und Magala gelang es im Juni, auch die Stadt Idira, die von 5000 marokkanischen Soldaten besetzt gehalten wurde, zu befreien. Am 5. Juni hielten die saharauischen Befreiungskämpfer die Stadt Assa in Südmarokko fünf Stunden lang besetzt, 115 Soldaten wurden getötet, 23 Militärfahrzeuge erbeutet. Am 14. Juli konnte die F.Polisario bei Gefechten im Norden der DARS und im Süden Marokkos bei Boum Lahcen 139 feindliche Soldaten töten.



„In den letzten drei Monaten haben wir militärisch mehr erreicht als in den letzten zwei Jahren." (DARS-Außenminister Hadrani im April) Seitdem hat die F.Polisario ihren Kampf weiter verstärkt. Das Bild zeigt eine Militärparade mit erbeuteten Jeeps der marokkanischen Armee.

CSSR: Immer jüngere Arbeiter sterben an Herzinfarkt

z.pek. ,,Im Krankenhaus von Sokolov entfallen auf das Gebiet, für das dieses Krankenhaus zuständig ist, 100 schwere Herzinfarkte jährlich. Im Vordergrund stehen Männer im Alter von 30 bis 40 Jahren, auch mit schweren Folgeerscheinungen. In den nachfolgenden Jahren treten die Frauen in den Vordergrund." So berichtet die ,,Prager Volkszeitung" vom 29. Juni über das ständige Ansteigen der schweren Herzerkrankungen. Wenn schon die Tatsache, daß immer mehr und immer jüngere Arbeiter an Herzinfarkt sterben, nicht mehr verschwiegen werden kann, so versuchen die tschechoslowakischen Revisionisten die Ursachen demagogisch mit ,,unerwünschter Bequemlichkeit" zu erklären und damit die wahren Ursachen, – übermäßiger Verschleiß der Arbeitskraft, zu verdecken.



Rund ein Viertel der tschechoslowakischen Arbeiter arbeitet Schicht, – ein Drittel von ihnen in kontinuierlichem Dreischichtsystem. Kreislauferkrankungen, v.a. Verkalkungen der Herzkranzgefäße, die später zum Herzinfarkt führen, haben seit 1966 um mehr als das Zwanzigfache zugenommen. Im Alter von 50 Jahren sind diese Erkrankungen häufig schon so weit fortgeschritten, daß sie zum frühen Tod führen. Das Schaubild zeigt diese starke Zunahme der Sterbefälle bei den 50- bis 60jährigen, wie auch bei den Arbeitern im Rentenalter über 70. Ein Viertel aller Todesfälle in der CSSR ist auf Herzerkrankungen zurückzuführen. Als Folge des hohen Anteils der Nacht-, Akkord- und Schichtarbeit bei Frauen ist die Säuglingssterblichkeit angestiegen.

Die Erscheinungen sind dieselben wie in der BRD, – mit dem einzigen Unterschied, daß in der BRD die starke Zunahme der Sterbefälle bereits in der Altergruppe der 40 bis 50-jährigen, also um 10 Jahre früher eintritt, – was den noch höheren Grad der Schweißauspressung ausdrückt.

Allgemeine Preisreform in Ungarn: Preiserhöhungen

z.krk. Der Besucher habe das Gefühl, ,,daß die Ungarn es wieder verstehen, aus ihren Ostblock-Bedingungen das Bestmögliche herauszuholen, um sich ihr Leben angenehm zu machen", schreibt die FAZ. Ja, Anerkennung zollt die westdeutsche Bourgeoisie ihresgleichen in Ungarn, denn wohl fühlt man sich als Bourgeois aus Ost und West in den Puffs und Luxushotels und in der Luxusboutique der Rotschild Klára in Budapest.

Den Gürtel enger schnallen sollen die Volksmassen: für Montag, den 23.7. sind Preiserhöhungen angeordnet, die das Preisniveau um durchschnittlich 9% anheben werden. Lebensmittel werden um 20% teurer, darunter Fleisch um 30%, Milch und Milchprodukte um 20%. Die Preise für Elektroenergie und Heizmaterial steigen um 34%. Dafür bekommen Arbeiter einen Preisausgleich von 180 Ft, Bauern 140 Ft im Monat.(1 DM = ca. 18 Ft)Am Anfang des Jahres sind schon die Preise erhöht worden, für Tabakwaren um 30%, für Benzin um 25%, Bier um 20% und Reis um 50%. Am 11.6. sind die Benzinpreise nochmal erhöht worden.

Die ungarische Bourgeoisie will eine große Preisreform durchführen: sämtliche staatlichen Subventionen sollen gestrichen und dem Wirken des Wertgesetzes freier Lauf gelassen werden. 40 Mrd. Forint, ca. 10% des Nationaleinkommens mußte die Bourgeoisie bis jetzt jährlich von den Profiten in Form von Subventionen wieder weggeben. Mit etwa der Hälfte dieser Summe wurden die Preise für Lebensmittel subventioniert. Der Staat zahlte außerdem bei den Preisen von Heizmitteln und Energielieferungen an Haushalte, beim öffentlichen Verkehr, bei den Preisen der Restaurants und Kinderwaren dazu. Nicht nur bei den Verbraucherpreisen allein werden staatliche Zuschüsse gestrichen. Sie werden auch an Betriebe nicht mehr gezahlt, die vom Bankrott bedroht sind, was bisher der Fall war. Wenn sie pleite sind, sollen sie schließen, Massenentlassungen und allgemeine Lohnsenkungen inbegriffen. Diese erfreuliche Wirkung des Wertgesetzes wird ausdrücklich angestrebt, als effektives Mittel zur Erhöhung der Arbeitsproduktivität, dh. der Ausbeutung. Die ungarische Bourgeoisie will alle Schranken niederreißen, die sich aus ihrer Geschichte ergeben, daraus, daß sie als neue Bourgeoisie in Partei und Staat den Sozialismus *zerschlagen* hat.

Ungarn: Preiserhöhungen

z.krk. Der Besucher habe das Gefühl, ,,daß die Ungarn es wieder verstehen, aus ihren Ostblock-Bedingungen das Bestmögliche herauszuholen, um sich ihr Leben angenehm zu machen", schreibt die FAZ. Ja, Anerkennung zollt die westdeutsche Bourgeoisie ihresgleichen in Ungarn, denn wohl fühlt man sich als Bourgeois aus Ost und West in den Puffs und Luxushotels und in der Luxusboutique der Rotschild Klára in Budapest.

Den Gürtel enger schnallen sollen die Volksmassen: für Montag, den 23.7. sind Preiserhöhungen angeordnet, die das Preisniveau um durchschnittlich 9% anheben werden. Lebensmittel werden um 20% teurer, darunter Fleisch um 30%, Milch und Milchprodukte um 20%. Die Preise für Elektroenergie und Heizmaterial steigen um 34%. Dafür bekommen Arbeiter einen Preisausgleich von 180 Ft, Bauern 140 Ft im Monat.(1 DM = ca. 18 Ft)Am Anfang des Jahres sind schon die Preise erhöht worden, für Tabakwaren um 30%, für Benzin um 25%, Bier um 20% und Reis um 50%. Am 11.6. sind die Benzinpreise nochmal erhöht worden.

Die ungarische Bourgeoisie will eine große Preisreform durchführen: sämtliche staatlichen Subventionen sollen gestrichen und dem Wirken des Wertgesetzes freier Lauf gelassen werden. 40 Mrd. Forint, ca. 10% des Nationaleinkommens mußte die Bourgeoisie bis jetzt jährlich von den Profiten in Form von Subventionen wieder weggeben. Mit etwa der Hälfte dieser Summe wurden die Preise für Lebensmittel subventioniert. Der Staat zahlte außerdem bei den Preisen von Heizmitteln und Energielieferungen an Haushalte, beim öffentlichen Verkehr, bei den Preisen der Restaurants und Kinderwaren dazu. Nicht nur bei den Verbraucherpreisen allein werden staatliche Zuschüsse gestrichen. Sie werden auch an Betriebe nicht mehr gezahlt, die vom Bankrott bedroht sind, was bisher der Fall war. Wenn sie pleite sind, sollen sie schließen, Massenentlassungen und allgemeine Lohnsenkungen inbegriffen. Diese erfreuliche Wirkung des Wertgesetzes wird ausdrücklich angestrebt, als effektives Mittel zur Erhöhung der Arbeitsproduktivität, dh. der Ausbeutung. Die ungarische Bourgeoisie will alle Schranken niederreißen, die sich aus ihrer Geschichte ergeben, daraus, daß sie als neue Bourgeoisie in Partei und Staat den Sozialismus zerschlagen hat.

Kuba: Verschärfung der Arbeitsgesetze angekündigt

z.mih. In einer Rede vor der kubanischen Nationalversammlung hat General Castro die Leistungsschwäche der kubanischen Wirtschaft, die fehlende Arbeitsmoral und -disziplin, sowie die Schlampigkeit und die ,,kapitalistischen Manieren" in den Verwaltungen und dem Wirtschaftsmanagements scharf gerügt. Beispielhaft für diese Mißstände seien das Transport-, das Erziehungs- und das Gesundheitswesen. ,,Nur 30% der Züge fahren zur Zeit, während das unerlaubte Fernbleiben (trotz hoher Strafen) und der Qualitätsverlust bei den Reparaturen zunahmen." (zit. nach Financial Times, 10.7.79). Der Kapitalismus, mit allen seinen Mißständen, sei doch in der Lage, Arbeitsdisziplin aufzuerlegen, und Kuba müsse Methoden finden, das Gleiche zu tun. ,,Das Arbeitsrecht und die Arbeitsgesetzgebung sind schlecht ... Kuba muß seine Gesetze und die Haltung der Arbeiter analysieren ... (um) eine Lösung für seine Probleme zu finden." (ebda). Disziplinbruch soll höher bestraft werden und die Streichung der Prämien hierbei stärker zur Anwendung kommen. Gleichzeitig soll durch die Verschärfung der Kontrollen in den Verwaltungen dafür gesorgt werden, daß sämtliche Gelder auch ihrem Zielort erreichen.



Kubas Schuldenlast besonders bei den Sozialimperialisten ist erdrückend. Der bis 1986 gestundeten Milliardenschulden an die Sowjetunion sollen danach in 25 Jahresraten zurückgezahlt werden. Laufend kommen weitere Kredite zur Schuldentilgung und für die Investitionen zur Mechanisierung der Landwirtschaft, besonders für die Zuckerrohrproduktion und -verarbeitung, wie für den Aufbau der Nickelförderung dazu. Jeder sowjetische Kredit, so der für den Nickelabbau, ist mit Festlegung entsprechender Lieferungen und Preise verbunden. ,,Die Verpflichtungen können nicht eingehalten werden, wenn nicht jeden Tag ein Zuckerschiff den Hafen verläßt" (Fernsehen der DDR). Die Planziele des letzten Fünfjahrplanes sind bisher in keinem Jahr erreicht worden. Die notwendigen westlichen Devisen sollen durch die bedingungslose Erhöhung des Exports hereingeholt werden. Immer mehr Nahrungsmittel werden den kubanischen Volksmassen entzogen, der Verbrauch von Fleisch, Milch, Eiern, Gemüse und Kaffee ist rationiert, um die Exportmengen zu steigern.

Faschistisches Strafgesetz wieder angewandt

Italienische Bourgeoisie will revolutionäre Tätigkeit illegalisieren

z.ulg.Rom. ,,Bewaffneter Aufstand gegen die Staatsgewalt, um auf dem Staatsgebiet den Bürgerkrieg zu entfachen, gewaltsam die im Staat bestehende Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung umzustürzen, gewaltsam die Diktatur einer sozialen Klasse über die anderen zu errichten und den demokratischen Staat und seine Institutionen zu zerstören sowie um gewaltsam die Staatsverfassung und die Regierungsform zu ändern ..." Dies ist kein Zitat aus dem KPD-Verbotsurteil, sondern die Anklage, mit der der römische Ermittlungsrichter Gallucci vor 14 Tagen die weitere Inhaftierung von sechs am 7. April verhafteten führenden Vertretern der ,,Arbeiterautonomie" begründet hat. Ein weiterer hatte sich der Verhaftung rechtzeitig entziehen können. Acht ,,Autonome" sitzen in Padua unter der Anklage, eine ,,umstürzlerische Vereinigung" gebildet zu haben, in Haft.

Die ,,Arbeiterautonomie" ist eine linksradikale Strömung in der italienischen revolutionären Bewegung. Ursprünglich war ihr führender Theoretiker Toni Negri des ,,bewaffneten Aufstands" beschuldigt worden, als erster seit dem Sturz des Faschismus. Der Professor für Staatslehre an der Universität Padua sollte nach der Anklage zwischen den Seminaren den ,,Telefonisten" der Roten Brigaden während der Moro-Entführung gespielt haben. Nachdem sich dafür in drei Monaten nicht der Schatten eines Beweises gefunden hat, wird nun gleich allen sieben Hauptangeklagten ,,bewaffneter Aufstand" vorgeworfen. Sie, die die Taktik der Roten Brigaden immer öffentlich kritisiert haben, seien in Wirklichkeit die ,,strategische Führung" der terroristischen Organisation.

spielt haben. Nachdem sich dafür in drei Monaten nicht der Schatten eines

,,Beweis": ,,Eine rasche, aber nicht flüchtige Zusammenfassung der von Negri usw. im Lauf der Zeit" veröffentlichten Schriften lasse ,,einen außergewöhnlichen Einklang mit den jüngsten Äußerungen der Terroristen feststellen." Wenn das nicht reichen sollte, hat die Justiz noch einen ,,Supererzeugen" parat, der so super ist, daß das ,,Ermittlungsgeheimnis" nicht einmal erlaubt, seinen Namen zu nennen.

Tatsächlich will die italienische Bourgeoisie mit den Strafverfahren nicht nur die ,,Arbeiterautonomie", die lediglich an einzelnen Orten – Rom und Padua – einen gewissen Einfluß in der Jugend- und Studentenbewegung hat, zerschlagen, sondern jede revolutionäre Tätigkeit überhaupt illegalisieren. Sie stützt sich dabei auf das faschistische politische Strafgesetzbuch, das in der ,,aus dem Widerstand geborenen Republik" vorsichtshalber niemals außer Kraft gesetzt worden ist.

In diesem ,,Codice Rocco" – 1930, sechs Jahre nach Errichtung der faschistischen Terrorherrschaft erlassen – hatten die Faschisten äußerst penibel buchstäblich jede demokratische Regung unter Strafe gestellt: angefangen von der Einschnürung des Streikrechts – politische und Solidaritätsstreiks sind verboten – über das Verbot von Haus- und Fabrikbesetzungen bis zur Krönung des ganzen Werks, dem aus drücklichen Verbot des Kommunismus. ,,Wer auf dem Staatsgebiet Vereinigungen stiftet, bildet, organisiert oder leitet, die darauf gerichtet sind, gewaltsam die Diktatur einer sozialen Klasse über die anderen zu errichten oder gewaltsam eine soziale Klasse zu beseitigen oder jedenfalls die im Staat bestehende Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung gewaltsam umzustürzen, wird mit Haft von fünf bis zwölf Jahren bestraft." (§ 270) Auf die ,,Anstiftung eines bewaffneten Aufstands gegen die Staatsgewalt" steht lebenslänglich.

bestehende Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung gewaltsam umzustür-



Polizeieinsatz gegen Krankenhausstreik. Nach dem faschistischen Strafgesetz ist ,,kollektives Verlassen eines öffentlichen Dienstes" verboten.



Polizeieinsatz gegen Krankenhausstreik. Nach dem faschistischen Strafgesetz ist ,,kollektives Verlassen eines öffentlichen Dienstes" verboten.

Beweises gefunden hat, wird nun gleich allen sieben Hauptangeklagten ,,bewaffneter Aufstand" vorgeworfen. Sie, die die Taktik der Roten Brigaden immer öffentlich kritisiert haben, seien in Wirklichkeit die ,,strategische Führung" der terroristischen Organisation.

zen, wird mit Haft von fünf bis zwölf Jahren bestraft." (§ 270) Auf die ,,Anstiftung eines bewaffneten Aufstands gegen die Staatsgewalt" steht lebenslänglich.

Die gegenwärtigen Strafverfahren gegen die ,,Arbeiterautonomie" sollen dazu dienen, diese Paragraphen wieder zu auch faktisch anwendbarem Recht zu machen. Und wer am dröhnendsten nach ,,entschlossenem Durchgreifen" der Justiz brüllt, sind die Revisionisten. Wir sind die entschiedensten Denunzianten, klopfen sie sich in einem Leitartikel ihrer Zeitschrift ,,Rinascita" auf die Brust: ,,Wer hat denn wie in Turin die Initiativen in den Fabriken und Stadtteilen ergriffen? Wer? Eine Arbeiter- und Linkspartei ..." In Turin hatte die revisionistische Stadtverwaltung Hunderttausende von Fragebögen verteilen lassen, mit denen ,,verdächtige Beobachtungen" gemeldet werden sollten. Die Turiner Gewerkschaften haben die Aktion sofort energisch verurteilt.

Über 700000 haben 1977 ein von der kleinbürgerlich-demokratischen Radikalen Partei angestrengtes Volksbegehren zur Abschaffung des ,,Codice Rocco" unterschrieben. Das Verfassungsgericht hat dann das an sich fällige Referendum wegen ,,Verfassungswidrigkeit" verboten. Das Volksbegehren hat gezeigt, daß es im Lande eine breite Bewegung für uneingeschränkte demokratische Rechte gibt. Trotzdem hat sich diese Bewegung in den letzten Monaten, von vereinzelten Resolutionen abgesehen, nicht zum Kampf gegen die Reaktivierung des faschistischen Strafgesetzes entfalten können.

Den größten Teil der ,,Linken" hat die italienische Bourgeoisie in den letzten Jahren dazu pressen können, mit der Distanzierung vom ,,Terrorismus" revolutionäre Gewalt überhaupt zu verurteilen. Die Opportunisten versuchen jetzt, die demokratische Bewegung in ,,rechtsstaatliche Garantien" einzuschnüren. Marco Boato, früherer Führer der spontaneistischen Organisation ,,Lotta Continua", ist dabei kürzlich bei der echt liberalen Forderung nach – kurzem Prozeß angelangt. ,,Ich persönlich meine, daß alle Angeklagten des 7. April, gegen die gegenwärtig in Rom ermittelt wird, umgehend von der Anklage der Beteiligung an den Roten Brigaden freigesprochen und dann sobald als möglich wieder der zuständigen Paduaner Justiz, ihrem einzigen ,natürlichen Richter', zu einem raschen Abschluß des Ermittlungsverfahrens gegen die ,Autonomie' und zur Festsetzung des öffentlichen Prozesses zugeführt werden sollten."

Die Opportunisten pochen darauf, daß es keine stichhaltigen Beweise gegen die Angeklagten gibt. Und wenn aber beweisbar wäre, daß sie wirklich für die Diktatur des Proletariats eintreten und kämpfen?! Die Autonomen selbst, Theoretiker der spontanen Revolte, der ,,Ablehnung der Arbeit" und der ,,Kritik der Politik", sind unfähig, den Kampf um Demokratie zu organisieren. Ihre Versuche, trotz Verbots Demonstrationen durchzuführen, hat die Polizei im Mai rasch unterdrücken können.

Die marxistisch-leninistische OC/ML hat kurz nach den Verhaftun-
Führer der spontaneistischen Organisation ,,Lotta Continua", ist dabei kürzlich bei der echt liberalen Forderung nach – kurzem Prozeß angelangt. ,,Ich persönlich meine, daß alle Angeklagten des 7. April, gegen die gegenwärtig in Rom ermittelt wird, umgehend von der Anklage der Beteiligung an den Roten Brigaden freigesprochen und dann sobald als möglich wieder der zuständigen Paduaner Justiz, ihrem einzigen ,natürlichen Richter', zu einem raschen Abschluß des Ermittlungsverfahrens gegen die ,Autonomie' und zur Festsetzung des öffentlichen Prozesses zugeführt werden sollten."

Die Opportunisten pochen darauf, daß es keine stichhaltigen Beweise gegen die Angeklagten gibt. Und wenn aber beweisbar wäre, daß sie wirklich für die Diktatur des Proletariats eintreten und kämpfen?! Die Autonomen selbst, Theoretiker der spontanen Revolte, der ,,Ablehnung der Arbeit" und der ,,Kritik der Politik", sind unfähig, den Kampf um Demokratie zu organisieren. Ihre Versuche, trotz Verbots Demonstrationen durchzuführen, hat die Polizei im Mai rasch unterdrücken können.

Die marxistisch-leninistische OC/ML hat kurz nach den Verhaftungen im April erklärt: ,,Wir verurteilen diese repressive Initiative und rufen uns in die Front ein, die für die Verteidigung der demokratischen Freiheiten kämpft, auch weil wir uns bewußt sind, daß der Angriff der ganzen oppositionellen Linken gilt, vor allem der, die in den Massen verankert ist und ihre Initiative auf die Verbindung mit ihnen und besonders mit der Arbeiterklasse gründet."

DDR: Verschärfung der Staatsschutzbestimmungen

z.nop. Am 1. August wird in der DDR das 3. Strafrechtsänderungsgesetz in Kraft treten. Mit dieser Neufassung will die Bourgeoisie ihre Diktatur verteidigen. So wird nach § 106 wegen ,,staatsfeindlicher Hetze" mit Gefängnis von einem bis zu acht Jahren bestraft, wer ,,1. die gesellschaftlichen Verhältnisse, Repräsentanten oder andere Bürger der DDR wegen deren staatlicher oder gesellschaftlicher Tätigkeit diskriminiert; 2. Schriften, Gegenstände ... zur Diskriminierung der gesellschaftlichen Verhältnisse, von Repräsentanten oder anderen Bürgern herstellt, einführt, verbreitet oder anbringt; 3. die Freundschafts- und Bündnisbeziehungen der DDR diskriminiert ..." Die Arbeiterklasse der DDR wird sich nur befreien können, wenn sie ,,die gesellschaftlichen Verhältnisse" und die ,,Repräsentanten" dieses Systems angreift, dies wird unter anderem durch Schriften und solche ,,Gegenstände" wie Plakate geschehen; sie wird auch den Abzug der sowjetischen Besatzertruppen fordern und damit ,,die Freundschafts- und Bündnisbeziehungen der DDR diskriminieren" müssen. Zur Verfolgung ihrer Ziele bedarf sie einer Organisation, weshalb die Bildung oder Unterstützung solcher Organisationen jetzt mit 5 Jahren Gefängnis bedroht wird. Dazu paßt auch die neugeschaffene Möglichkeit, bei einer Bewährungsstrafe den Kontakt mit bestimmten Personengruppen völlig zu verbieten.

Neues Strafgesetz in der VR China

z.krk. Am 7.7. veröffentlichten Pekinger Zeitungen den vollen Text des ersten chinesischen Strafgesetzes, das bis zu seinem Inkrafttreten am 1.1.1980 im ganzen Land diskutiert und bekannt werden soll. Wichtige Debatten gab es um das Gesetz schon vor seiner Verabschiedung, so in der Frage der Wandzeitungen. Ein Paragraph des Gesetzes richtet sich gegen Beleidigungen und Verleumdungen, wie es unter der ,,Viererbande" gang und gäbe war. Oft wurden dazu gerade die in der Verfassung verankerten Wandzeitungen benutzt. Einige Delegierte waren daher der Ansicht, daß sie nicht mehr erlaubt werden sollten. Schließlich einigte man sich, daß sie für die Demokratie notwendig sind, jedoch jeder Mißbrauch bekämpft werden muß. Das Strafgesetz definiert 8 verschiedene Arten von Verbrechen: konterrevolutionäre Aktivitäten, Verletzung der öffentlichen Sicherheit, Verbrechen gegen die sozialistische Wirtschaftsordnung, gegen die persönlichen und demokratischen Rechte, gegen das Eigentum, gegen die öffentliche Ordnung, gegen Ehe und Familie und Amtsvergehen. Gleichzeitig wird die neue Strafprozeßordnung veröffentlicht, die Bestimmungen enthält, wie das Recht des Angeklagten neben einem Verteidiger die Verteidigung durch Familienmitglieder, Arbeitskollegen usw. in Anspruch zu nehmen, die von den Volksorganisationen empfohlen werden.

Hohe Gefängnisstrafen gegen korsische Nationalisten

z.inl.Paris. Am 10.7. verurteilte der Gerichtshof für Staatssicherheit im ,,Prozeß gegen die 21" 17 korsische Nationalisten zu Gefängnis- und Zuchthausstrafen bis zu 13 Jahren. Vier mußte er freisprechen. Seit über

Kapitalexport der USA auf Europa konzentriert

Über 40% des Kapitalexports gegen Europa / US-Monopole verkünden neue Angriffspläne

z.frb. Der Plan der USA-Imperialisten, mit der Abwertung des Dollars zu einer neuen Exportoffensive zu kommen, ist nicht ohne Wirkung geblieben. Im ersten Quartal des Jahres reduzierte sich das Defizit im amerikanischen Außenhandel auf 5,2 Mrd. Dollar gegenüber 10,4 Mrd. Dollar ein Jahr zuvor. Das Handelsministerium stellt fest, dies sei einer kräftigen Expansion des Exports, vor allem des Exports nach Westeuropa zu verdanken.

30% des US-Exports gehen nach Westeuropa; sieht man von Kanada ab, so sind es sogar 36%. Die Kontrolle über Europa entscheidet über die Vorherrschaft über den gesamten Erdball, zudem trifft die US-Supermacht auf den Weltmärkten allerorten auf die westeuropäischen Konkurrenten. So konzentriert sich hier nicht nur der Handel der USA, sondern auch der Kapitalexport, der die Konkurrenz im Griff halten soll.

1950 hatte die USA 1,73 Mrd. Dollar Kapitalanlagen in Europa, damals 15% all ihrer ausländischen Kapitalanlagen. 1960 nannten sie ein Kapital von 6,64 Mrd. Dollar in Europa ihr eigen, das waren jetzt 20%. Weitere zehn Jahre später waren die Anlagen auf 27,74 Mrd. Dollar gewachsen, bereits 32% aller Anlagen im Ausland. Jahr für Jahr ist dieser Anteil weiter gestiegen, und Ende des Jahres 1977 waren 41% der amerikanischen Auslandsinvestitionen in Europa konzentriert: 60,59 Mrd. Dollar.

So wie die Kapitalexporte auf Europa insgesamt konzentriert sind, so sind sie innerhalb Europas auf die größten Konkurrenten und auf die fortgeschrittensten Industriezweige konzentriert. Zu Beginn der 50er Jahre war die Hälfte der Kapitalanlagen, die die USA in Europa hatten, in Großbritannien angelegt. Heute stehen dort noch knapp 30%. In dem Maße, wie die westdeutschen Imperialisten gegenüber den europäischen Konkurrenten aufholten und dem ehemaligen Ziehvater selbst gefährlich wurden, konzentrierte sich der US-Kapitalexport immer deutlicher gegen Westdeutschland. 1950 sah sich die BRD 12% des amerikanischen Kapitalbesitzes in Europa ausgesetzt, bis 1960 war der Anteil auf 15% gestiegen, und seit Anfang der 70er Jahre erreicht er ein knappes Fünftel. An dritter Stelle der Zielländer folgt Frankreich, in den fünfziger Jahren von etwa 13% betroffen, heute mit etwa 10%. Ebensoviel US-Kapital wie in Frankreich findet sich bereits in der Schweiz, die den USA-Imperialisten vor allem als Handels- und Finanz-Drehscheibe dient, und die letzten fünf Jahre erfreuten sich auch die europäischen Randländer wie Norwegen (Nordsee-Öl) und Spanien zunehmenden Interesses des USA-Kapitals.

Fünf Bereiche waren es, auf die sich die USA-Imperialisten für ihren Vormarsch auf die Weltmärkte Anfang der 60er Jahre hauptsächlich stützten: Flugzeugbau, Fahrzeugbau, Elektroindustrie, Maschinenbau, chemische Industrie. Hierauf konzentrierten die US-Monopole ihre Forschung, und auf diese fünf Branchen entfielen in den Jahren 1958–1966 auch 60% ihrer Neugründungen in den Ländern der EWG. Gründungen, die die Konkurrenz von Anfang an an der Wurzel packen sollten. Dort wo es sie gab, wurde sie niedergemacht und – wenn lohnend – aufgekauft. Angaben über die 187 größten US-Monopole, die die Zeit bis 1967 erfassen, zeigen, daß diese rund 56% aller Neuanlagen in den EWG-Ländern durch Auf- oder Einkauf tätigten. Andere Untersuchungen aus dieser Zeit ergeben, daß die Hälfte der US-Konzerne bei ihrem Zug nach Europa in Bereichen investierte, in denen nicht mehr als vier Firmen rund drei Viertel des gesamten Umsatzes der Branche auf sich vereinen.

Nach einer Aufstellung der Deutschen Bundesbank für Ende 1973 waren 43% der ausländischen Kapitalbeteiligungen an westdeutschen Kapitalgesellschaften in US-Besitz. In der Mineralölindustrie waren 37% des Nominalkapitals der insgesamt in diesem Bereich tätigen Kapitalgesellschaften in US-Besitz. Im Bereich Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik, Herstellung von EBM-Waren belief sich der Anteil auf 26,9%, im Stahl-, Maschinen- und Fahrzeugbau auf 19%, im Handel auf 10%.

Insgesamt hielten ausländische Kapitalisten – eine Aufgliederung auf einzelne Länder liegt nicht vor – 17% an den Bilanzsummen aller vergleichbaren inländischen Unternehmen in Westdeutschland. Sie beuteten 13% aller Lohnabhängigen aus. Auch dies kann man als Kennzeichen nehmen, daß sich ausländisches Kapital – wovon der größte Teil aus den USA kommt – auf Bereiche mit überdurchschnittlicher Produktivität konzentriert.

Bescheiden bleiben die Versuche der EG, Maßnahmen gegen die US-Konkurrenz zu ergreifen. 1970 schrieb die EG-Kommission in einem Memorandum zur Industriepolitik der Gemeinschaft, daß ,,die Vereinigten Staaten gleichzeitig als schärfster Konkurrent und als wichtigster Partner'' auftreten und deshalb in der EG geklärt werden müsse, ,,wie weit der Wettbewerb und wie weit die Zusammenarbeit betrieben werden sollen''. Aber nur wenige Einschränkungen für Investitionen, die von außerhalb der EG kommen, wurden ergriffen. Die größten Vorteile aus dem gemeinsamen Markt der EG haben die US-Monopole für sich gezogen. Zwischen 1960 und 1970 wurden 4400 Fälle von Verbindungen zwischen Unternehmen verschiedener Staaten der EG gezählt, in derselben Zeit aber rund 7450 Fälle, in denen Unternehmen der Gemeinschaft ausländischen Firmen angegliedert wurden. Anfang 1971 verfügten die 72 größten Unternehmen der EWG über rund 600 Niederlassungen in den Ländern der EG, dagegen 1968 die 187 größten US-Monopole über rund 760 Tochterunternehmen in der EG.

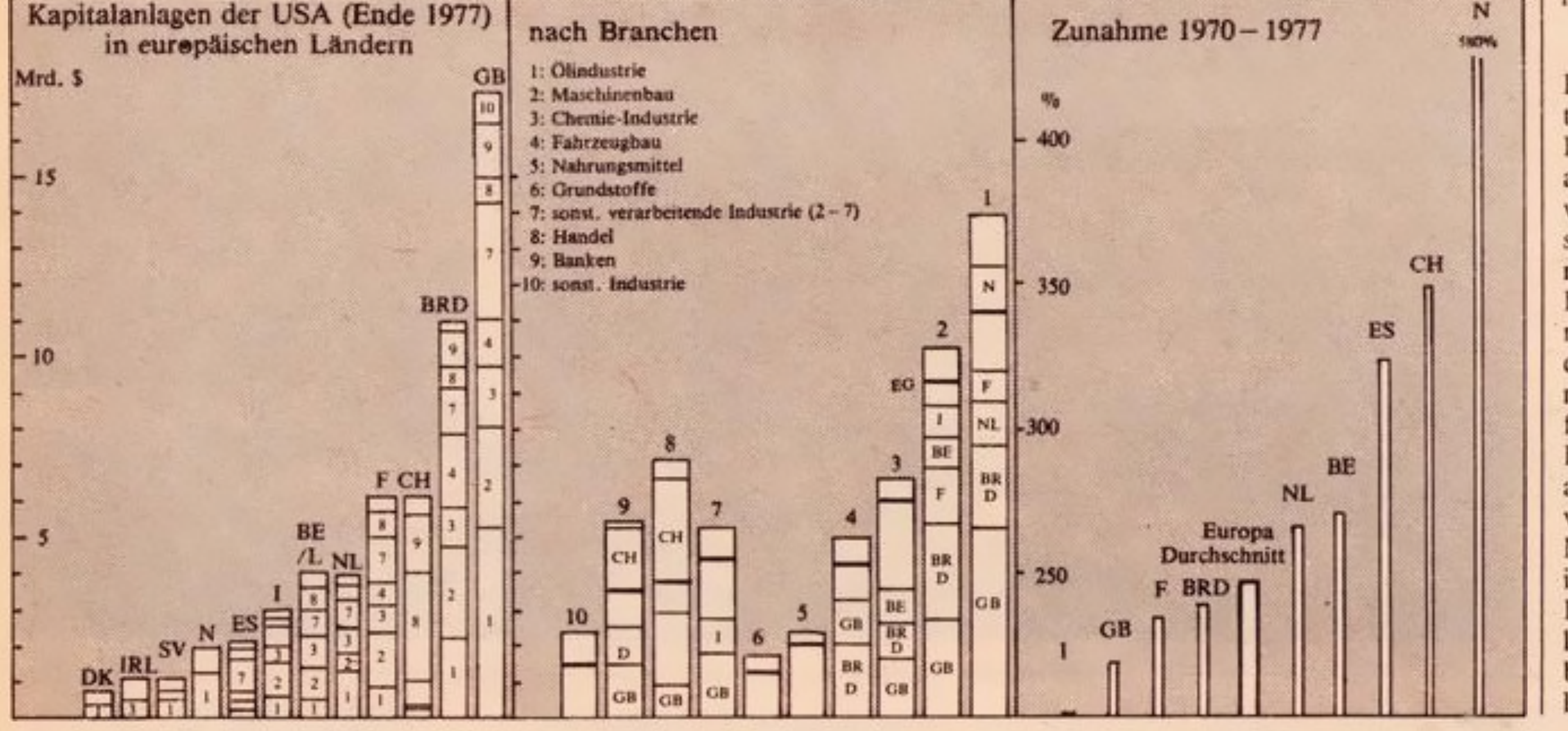
In den vergangenen fünf Jahren mußten die US-Monopole einige Niederlagen einstecken, sich an einigen Punkten zurückziehen, und europäische Monopole stießen in den USA vor. Amerikas drittgrößter Autokonzern Chrysler verkaufte im August 1978 seine europäischen Fabriken an Peugeot/Citroen, General Electric, nachdem es schon 1976 seine seit 1929 bestehende Beteiligung an AEG-Telefunken verkauft hatte. Ebenfalls zurückziehen mußte sich der Bekleidungskonzern Genesco und der Keks-Konzern Nabisco (Xox).

Trotz dieser Niederlagen haben die US-Monopole nichts weniger im Sinn, als sich aus Europa zurückzuziehen. Die Automobilkonzerne General Motors und Ford haben in diesen Wochen große Expansionsprogramme vorgestellt. General Motors will seine europäischen Stützpunkte besser zusammenfassen und mit Investitionen von zwei Milliarden Dollar den Konkurrenten an den Hals. 142000 Arbeiter beutet GM derzeit in Europa aus. Ford hat seine europäischen Niederlassungen schon lange in einer Dachgesellschaft zentralisiert und plant nun ebenfalls einen neuen Vorstoß. Beide Konzerne haben neue Werke in Spanien eröffnet und gedenken, die Konkurrenten über die Südflanke anzugehen. So wie ihnen 1973 der EG-Beitritt Großbritanniens über ihre dort konzentrierten Niederlassungen den Markt Kontinentaleuropas weit öffnete, so gedenken sie jetzt den EG-Beitritt Spaniens zu nutzen und Spanien als in ein Sprungbrett für einen neuen Vormarsch zu verwandeln. Daher die gemischten Gefühle der EG-Imperialisten über den spanischen EG-Beitritt und das Geheuchel von wegen Garantien des Demokratisierungsprozesses.

2,5 Millionen Lohnabhängige beuten die US-Konzerne in Europa aus, allein ITT, General Motors, Ford und IBM 500000. In Großbritannien arbeiten 800000 Arbeiter für US-Kapital, in Westdeutschland 500000, in Frankreich 300000. 1977 haben die US-Monopole in Europa 7,1 Mrd. Profite gemacht (nach Steuerabzug) und sich weitere 1,85 Mrd. Dollar für Patentgebühren und Lizenzen geholt. Investiert haben sie im selben Jahr 5,45 Mrd. Dollar. Weshalb sollten sie sich diese Riesenprofite entgehen lassen?

Nach Meldung des US-Handelsministeriums wollen die US-Konzerne im Ausland in diesem Jahr 15% mehr als 1978 investieren. Der Anteil des Zielbereiches Europa soll noch ausgedehnt werden.

Der ,,Rückzug aus Europa'' war lediglich eine unumgängliche Umgruppierung zur Vorbereitung eines neuen Feldzuges. Die Krise der US-Wirtschaft und der Weltwirtschaft hat die US-Monopole bloß zu neuen Angriffen angestachelt.



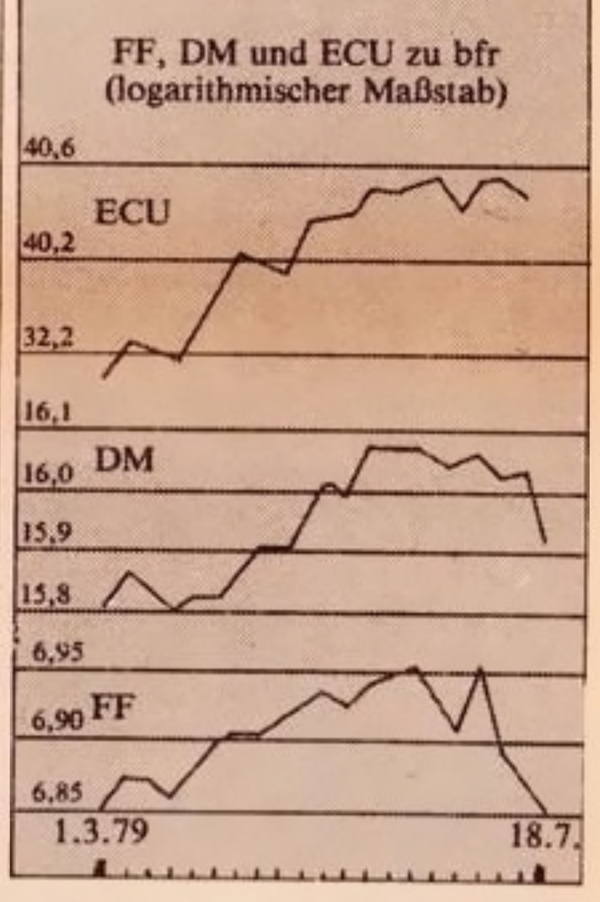
EWS ,,bewährt sich'': Belgischer Franc fällt, westdeutsches Finanzkapital kassiert

z.scc.Brüssel. Das im Juni in Frankfurter Bankerkreisen hartnäckig kursierende ,,Gerücht'', der belgische Franc (bfr) stehe kurz vor der Abwertung, kam nicht von ungefähr und war interessiert. Durch massive Dollarverkäufe, gegen die bevorstehenden Ölpreiserhöhungen durch die OPEC gerichtet, drückten die BRD-Imperialisten auch den Kurs des belgischen Franc. Um 1,71% sank dieser seit Inkrafttreten des Europäischen Währungssystems gegenüber der DM.

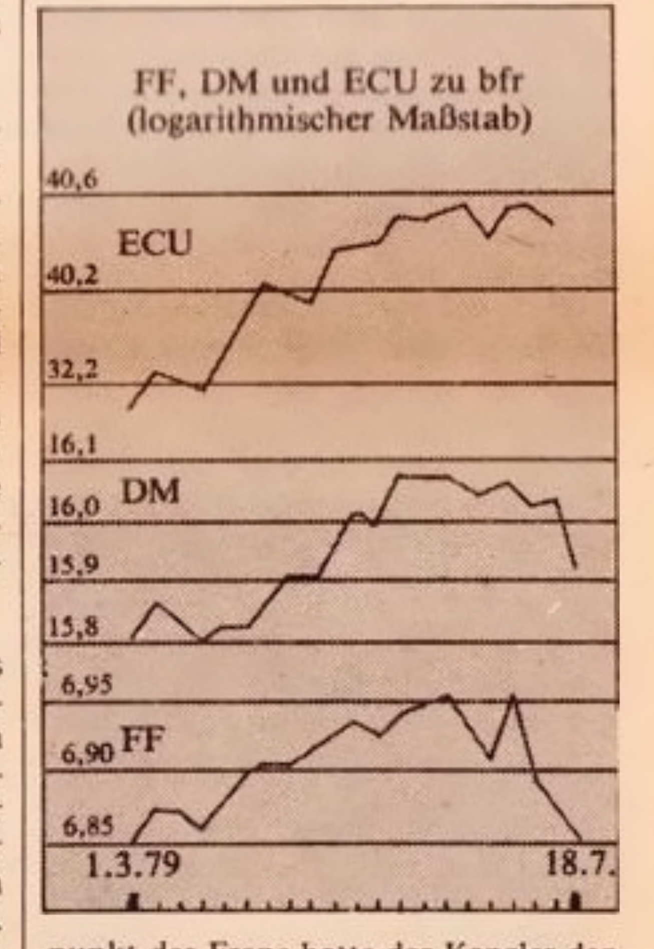
Für das belgische Finanzkapital entwickelt sich die Geschäftslage dramatisch. Die Handelsbilanz, bis 1974 positiv, verschlechtert sich von Monat zu Monat; im April liegt das Defizit – im Schaubild steigen DM und FF (französischer Franc) gegenüber dem bfr steil an – um 13% höher als im März. Durch den Kursverfall verbilligen sich die belgischen Exporte, die zu 43,8% in bfr fakturiert werden, während die Importe, zu 74,4% mit Devisen zu bezahlen, zu 18,9% in DM, ständig teurer werden.

Noch vor Erreichen des durch das EWS festgelegten unteren Interventionspunkts (–2,5% gegenüber dem ECU) interveniert der belgische Staatsapparat auf den Devisenmärkten: Er verkauft fremde Währungen, die er sich durch Kredite erst einmal besorgen muß. Um 59 Mrd. bfr (knapp 4 Mrd. DM) haben die ,,Stützungsmaßnahmen'' seit dem 1.3. die Staatschuld in die Höhe getrieben. Für 15,5 Mrd. bfr nahm der belgische Staat seither kurzfristige Kredite beim Europäischen Fonds für Währungszusammenarbeit auf, großteils in DM und zu Zinsen von 8% und darüber; weiter für 32 Mrd. bfr ebenfalls kurzfristige Kredite im Ausland, ebenfalls weitgehend in DM. Die gesamten kurzfristigen Auslandsschulden belaufen sich seit Oktober '78 auf 45 Mrd. bfr, ein frischer langfristiger Kredit von 8 Mrd., auf dem westdeutschen Kapitalmarkt aufgenommen, nicht mitgezählt.

Die rasant wachsenden Tilgungs- und Zinsforderungen der vor allem westdeutschen Gläubiger wirken als zusätzlicher Stachel nicht nur beim Anziehen der Steuerschraube (um 26,4% sind seit 1976 die gesamten Steuereinnahmen, um 32,5% die Lohnsteuern gestiegen). Auf dem Tiefpunkt des Franc hatte der Kanzler den belgischen Regierungschef zum Rapport bestellt. Ohnehin seien die ,,hohen Lohnkosten'' in Belgien der ,,Wettbewerbsfähigkeit'' höchst abträglich. Eine weitere Verkürzung der Arbeitszeit, wie sie seit langem von der belgischen Arbeiterklasse gefordert wird, käme deshalb schwerlich in Frage. Mit 5,175 Mrd. DM (1977) sind die Direktinvestitionen in Belgien/Luxemburg die höchsten Direktinvestitionen des westdeutschen Finanzkapitals in Europa.



für Jahr ist dieser Anteil weiter gestiegen, und Ende des Jahres 1977 waren 41% der amerikanischen Auslandsinvestitionen in Europa konzentriert: 60,59 Mrd. Dollar.
So wie die Kapitalexporte auf Europa insgesamt konzentriert sind, so sind sie innerhalb Europas auf die größten Konkurrenten und auf die fortgeschrittensten Industriezweige konzentriert. Zu Beginn der 50er Jahre war die Hälfte der Kapitalanlagen, die die USA in Europa hatten, in Großbritannien angelegt. Heute stehen dort noch knapp 30%. In dem Maße, wie die westdeutschen Imperialisten gegenüber den europäischen Konkurrenten aufholten und dem ehemaligen Ziehvater selbst gefährlich wurden, konzentrierte sich der US-Kapitalexport immer deutlicher gegen Westdeutschland. 1950 sah sich
se rund 56% aller Neuanlagen in den EWG-Ländern durch Auf- oder Einkauf tätigten. Andere Untersuchungen aus dieser Zeit ergeben, daß die Hälfte der US-Konzerne bei ihrem Zug nach Europa in Bereichen investierte, in denen nicht mehr als vier Firmen rund drei Viertel des gesamten Umsatzes der Branche auf sich vereinen.
Nach einer Aufstellung der Deutschen Bundesbank für Ende 1973 waren 43% der ausländischen Kapitalbeteiligungen an westdeutschen Kapitalgesellschaften in US-Besitz. In der Mineralölindustrie waren 37% des Nominalkapitals der insgesamt in diesem Bereich tätigen Kapitalgesellschaften in US-Besitz. Im Bereich Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik, Herstellung von EBM-Waren belief sich der Anteil
Unternehmen verschiedener Staaten der EG gezählt, in derselben Zeit aber rund 7450 Fälle, in denen Unternehmen der Gemeinschaft ausländischen Firmen angegliedert wurden. Anfang 1971 verfügten die 72 größten Unternehmen der EWG über rund 600 Niederlassungen in den Ländern der EG, dagegen 1968 die 187 größten US-Monopole über rund 760 Tochterunternehmen in der EG.
In den vergangenen fünf Jahren mußten die US-Monopole einige Niederlagen einstecken, sich an einigen Punkten zurückziehen, und europäische Monopole stießen in den USA vor. Amerikas drittgrößter Autokonzern Chrysler verkaufte im August 1978 seine europäischen Fabriken an Peugeot/Citroen, General Electric, nachdem es schon 1976 seine seit 1929
(bfr) stehe kurz vor der Abwertung, kam nicht von ungefähr und war interessiert. Durch massive Dollarverkäufe, gegen die bevorstehenden Ölpreiserhöhungen durch die OPEC gerichtet, drückten die BRD-Imperialisten auch den Kurs des belgischen Franc. Um 1,71% sank dieser seit Inkrafttreten des Europäischen Währungssystems gegenüber der DM.
Für das belgische Finanzkapital entwickelt sich die Geschäftslage dramatisch. Die Handelsbilanz, bis 1974 positiv, verschlechtert sich von Monat zu Monat; im April liegt das Defizit – im Schaubild steigen DM und FF (französischer Franc) gegenüber dem bfr steil an – um 13% höher als im März. Durch den Kursverfall verbilligen sich die belgischen Exporte, die zu 43,8% in bfr fakturiert werden, während die Importe, zu 74,4% mit Devisen zu bezahlen, zu 18,9% in DM, ständig teurer werden.
Noch vor Erreichen des durch das EWS festgelegten unteren Interventionspunkts (–2,5% gegenüber dem ECU) interveniert der belgische Staatsapparat auf den Devisenmärkten: Er verkauft fremde Währungen, die er sich durch Kredite erst einmal besorgen muß. Um 59 Mrd. bfr (knapp 4 Mrd. DM) haben die ,,Stützungsmaßnah-
und Zinsforderungen der vor allem westdeutschen Gläubiger wirken als zusätzlicher Stachel nicht nur beim Anziehen der Steuerschraube (um 26,4% sind seit 1976 die gesamten Steuereinnahmen, um 32,5% die Lohnsteuern gestiegen). Auf dem Tief-



---

200 Jahren halten die französischen Imperialisten Korsika besetzt. Mit dem Prozeß gegen die Korsische Nationale Befreiungsfront FLNC versuchen sie, den Kampf für die Unabhängigkeit der Insel zu unterdrücken. Das Zerbrechen der kolonialen Ketten stellt die französische Bourgeoisie als Separatismus unter Strafe. Die Anklage lautete: Mitgliedschaft in einer verbrecherischen Vereinigung, Angriff auf die territoriale Integrität, Beteiligung an Bombenanschlägen, Waffenbesitz. Sechs Angeklagte wurden zusätzlich wegen Hochverrats verurteilt. 637 Bombenanschläge 1978 auf Korsika und in Frankreich, 383 schon im ersten Halbjahr '79, vermeldete der Generalstaatsanwalt wütend. Und der Oberstaatsanwalt des Quasi-Kriegsgerichts hielt ,,Beschwichtigung'' für kein Mittel gegen die ,,separatistische Paranoia''. Stattdessen hohe Strafen, um zu ,,bekräftigen, daß die Republik sich nicht durch die Terroristen verhöhnen läßt''. Das Gericht konnte den Kampfwillen der Angeklagten nicht brechen. In ihren Schlußworten forderten die korsischen Nationalisten: ,,Raus mit der Kolonialverwaltung!'' ,,Das letzte Wort wird dem korsischen Volk gehören!'' Zusammen mit den Zuhörern sangen sie mit erhobenen Fäusten Sunate lu Cornu, ein revolutionäres korsisches Volkslied. In derselben Nacht wurde auf Korsika das Hauptkommissariat von Bastia beschossen.

Österreich: Zwangsintegration der ungarischen Minderheit

z.pek.Wien. Am 12. Juli wurde, einberufen von Bundeskanzler Kreisky, der ,,Volksgruppenbeirat'' für die ungarische Minderheit konstituiert. Er setzt sich aus Vertretern der großen bürgerlichen Parteien, der Kirchen und Vertretern der ungarischen Minderheit zusammen und soll ,,über staatliche Fördermaßnahmen für die Minderheiten diskutieren''. Den ersten Versuch zur Einrichtung solcher Beiräte hatte die österreichische Bourgeoisie schon vor drei Jahren unternommen in der Absicht, damit die selbständigen Organisationen der nationalen Minderheiten (Slowenen, Kroaten, Tschechen, Slowaken, Ungarn) zu isolieren und zu zerschlagen. Begleitet war dieser Vorstoß von einer Reihe von Gesetzen, mit denen die Rechte der nationalen Minderheiten, insbesondere das Recht auf Gebrauch der Muttersprache bei Behörden und in der Ausbildung, weitgehend beseitigt werden sollte. Die Arbeiter und Bauern der Minderheiten antworteten mit der Verstärkung ihrer Kämpfe und haben dabei die Volksgruppenbeiräte als staatliche Zwangsorgane boykottiert. Die Organisationen der Slowenen und Kroaten haben erklärt, sie werden diesen Boykott auch jetzt fortsetzen.

Britische Regierung plant schärferes Abtreibungsgesetz

z.acr.London. Mit 242 gegen 98 Stimmen befürwortete das britische Parlament am 13.7. die zweite Lesung eines Änderungsantrags zum Abtreibungsgesetz. Der Antrag des konservativen Abgeordneten John Corrie sieht vor: Verkürzung der Frist für Abtreibungen von 29 auf 20 Wochen, Ausweitung des Rechts für Ärzte und Schwestern, Abtreibungen aus Gewissensgründen zu verweigern, und eine ,,bessere Beratung'' für schwangere Frauen. Die Regierung stimmte für diesen Antrag, kündigte aber bereits für die zweite Lesung einen ,,besseren'' Antrag an. – Nach dem seit 1967 gültigen Gesetz ist die Unterbrechung einer Schwangerschaft in den ersten 29 Wochen straffrei, wenn die Schwangere sich von zwei Ärzten bestätigen läßt, daß ihr Leben oder ihre Gesundheit gefährdet sind, bzw. daß das Kind mit geistigen oder körperlichen Schäden zur Welt kommen könnte. Im Gesetz werden die Ärzte aufgefordert, in den Verhältnissen der Schwangeren herumzuschnüffeln. Bei Verstoß gegen das Gesetz drohen Strafen ab zwei Jahren Gefängnis bis zu lebenslanger Zwangsarbeit. Wegen der langjährigen starken Bewegung in der Arbeiterklasse gegen das Abtreibungsverbot hat es die Bourgeoisie schwer, das Gesetz anzuwenden.

Schwarze Australier kämpfen gegen Probebohrungen für Öl

z.mat.Sydney. Anders als geplant verlief die ,,Woche der Eingeborenen'', mit der die Regierung den Kampf der schwarzen Australier um ihr Land auffangen wollte. Die schwarzen Australier führten ihre eigenen Demonstrationen durch. Überall im Land finden Kämpfe statt. In Noonkangbah in Westaustralien verlangen sie das Verbot von Probebohrungen nach Öl in ihren heiligen Plätzen. 1976 haben die Bewohner dort nach langem Kampf einen Pachtvertrag über ihr eigenes Land durchsetzen können und eine Rinderstation in Gemeineigentum aufgebaut. Viele Bewohner, die das Land hatten verlassen müssen, sind zurückgekehrt. Eine Schule ist errichtet worden, in der die Stammesältesten die Kinder unterrichten, wie sie von ihrem Land leben können. Mitte 1978 begannen die US-Konzerne AMAX und Conzinc Rio Tinto mit Bohrungen. Am 14. Juli erhielten sie vom Gericht die Bohrgenehmigung, weil das ,,nationale Interesse'' an Erdölförderung höher wiege als die Rechte der Bewohner. Die schwarzen Australier haben dagegen Widerspruch eingelegt. Der Gewerkschaftsbund in Westaustralien hat AMAX aufgefordert, nichts ohne Zustimmung der Bewohner von Noonkangbah zu unternehmen. In Neusüdwales fordern die Yuin, daß der Berg Mumbulla als eine ihrer heiligen Stätten anerkannt wird. Vor sechs Monaten haben sie die Einstellung des Holzeinschlags erreicht. Die Regierung hat eine Komission von Weißen losgeschickt, die ,,feststellen'' soll, ob der Berg heilig ist.

Der Kampf der kanadischen Indianer trifft das strategische Hinterland der US-Imperialisten

z.rül. 150 Mrd. Tonnen Bitumen lagern im schwarzen Ölsand im Gebiet der Athabasca-Indianer im Norden Kanadas. In der Liste der 33 für die Imperialisten – außer Brennstoffen – wichtigsten Rohstoffe rangiert Kanada achtzehnmal unter den drei Ländern mit den größten profitabel ausbeutbaren Reserven (außerhalb des RGW und der Volksrepublik China), bei Zink, Eisenerz, Niob, Titan, Wolfram, Pottasche, Schwefel und Asbest sogar an erster Stelle.

Kanada ist damit für die Weltherrschaftspolitik des US-Imperialismus unverzichtbares Hinterland und strategisches Rohstoffreservoir.

Es waren fast immer US-Monopole, die seit Ende des letzten Jahrhunderts Schritt für Schritt mit der Ausplünderung der ungeheuren Rohstoffreserven begannen und sich inzwischen anschicken, auch die letzten den Indianern und Eskimos verbliebenen Gebiete zu unterwerfen.

Silber- und Zinnlager in Keno-Hill, Yukon, Silber- und Radium-Lager am Großen Sklavensee, Nickel- und Kupferlager ebenfalls am Großen Sklavensee, Kupferlager nördlich von Port Radium, Nickel am Lynnsee, Eisenerzlager in Labrador, Uran am Athabascasee. Alles sind riesige Rohstofflager auf dem Land der Indianer, deren Ausplünderung in den letzten Jahrzehnten begonnen wurde. Vorausgegangen ist diesem Feldzug eines der größten Landraubmanöver der Geschichte.

1867 beschloß das britische Parlament mit dem ,,Britisch-Nordamerika-Gesetz" den Zusammenschluß der britischen Siedlerkolonien in Nordamerika zum Dominion, d.h. zur Kolonie mit ,,innerer Selbstverwaltung." Tatsächlich bestand das so gebildete ,,Dominion of Canada" lediglich aus einem schmalen Streifen von den großen Seen im Südwesten bis zur Mündung des St. Lorenz-Stroms in den Atlantik und aus einem ebenso schmalen Küstenstreifen am Pazifik. Dazwischen lagen mehrere Millionen Quadratkilometer Indianerland, bewohnt von ca. 200000 Indianern und ganz vereinzelten Siedlern. Was nun folgte, war die brutale Vertreibung der Indianer aus ihren Ackerbau-, Fischfang- und Jadggebieten, die mit allen Kniffen, Gemeinheiten und militärischer Gewalt betriebene Erzwingung von ,,Verträgen", in denen die indianischen Völker ,,alle ihre Rechte, Titel und Privilegien" auf ihr Land aufgeben mußten, und ihre Einkerkerung und Aushungerung in Reservaten. Aufstände der Indianer wurden durch die Siedler, vor allem aber die britischen Truppen, die im Land blieben, niedergeschlagen. Zum Abschluß dieser kolonialen Landnahme waren 1926 die noch verbliebenen ca. 100000 Indianer in 1570 Reservate auf einer Fläche von gerade 20230 km² eingepfercht, während die kanadische Regierung, vor allem aber die Eisenbahngesellschaften und Gesellschaften wie die Hudson Bay Company sowie ab Ende des 19. Jahrhunderts zunehmend US-Monopole ein Gebiet von sechs Millionen Quadratkilometern hatten.

Hatten die britischen Kolonialisten anfangs noch gehofft, durch die rasche Niederwerfung und Vertreibung der Indianer zugleich der aufstrebenden US-Bourgeoisie den Weg nach Norden zu verlegen, so hatte sich dieses Verhältnis bereits vor 1900 umzukehren begonnen. 1883 übertrafen zum ersten Mal die Importe Kanadas aus den USA die aus Britannien, und in der Folgezeit mauserten sich die US-Monopole rasch zum größten Aufkäufer des den Indianern geraubten Landes. Als 1931 die britischen Imperialisten im Westminster-Vertrag Kanada die außenpolitische und militärische Unabhängigkeit zugestanden und ihre eigene Stellung auf die Einsetzung eines Generalgouverneurs als Staatsoberhaupt durch die englische Königin, die Bestellung von Vizegouverneuren der Provinzen durch diesen Generalgouverneur sowie die Kontrolle der kanadischen Verfassung reduzieren mußten, hatten die US-Imperialisten bereits alle wesentlichen Schlüsselstellungen in Kanada in der Hand. Heute besitzen die US-Finanzkapitalisten 75% des Bergbaus, 95% der Erdölindustrie, von den 15 größten Monopolen sind zehn ganz oder zum größten Teil in US-Besitz.

Ende der sechziger Jahre leiteten die US-Monopole ihren Feldzug gegen die letzten, den Indianern und etwa 20000 Inuits (Eskimos) noch nicht vollständig geraubten Gebiete ein. Das sind neben den Reservaten vor allem die Nord-West-Territorien und das Yukon-Territorium an der Grenze zu Alaska, Gebiete mit einer Fläche von 3,912 Mio. qkm. Diese Gebiete hatten die Indianer und Eskimos nie durch irgendwelche ,,Verträge" aufgegeben. Trotzdem rauben US-Monopole teilweise seit Jahrzehnten die Rohstoffvorräte aus. Jetzt wollen sie diese Gebiete völlig schlucken. Die kanadische Regierung verkündete die ,,Gleichberechtigung" und ,,Integration" der Indianer. Die Indianer und Eskimos antworteten mit landesweiten Protest- und Kampfaktionen und der Bildung der National Indian Brotherhood 1968. Von Anfang an unterstützten sich die indianischen Völker in Kanada und in den USA, wo die US-Regierung ebenfalls seit Ende der sechziger Jahre entsprechende Gesetzentwürfe vorlegte, die auf Vernichtung der letzten Indianergebiete zielen. 1971 bildeten die Eskimos die Inuit Brotherhood (Eskimo-Bruderschaft). Am 8. Oktober 1976 beschloß die indianische Nation der Dene im Nord-West-Territorium die ,,Erklärung der Dene" und forderte das Recht auf Selbstbestimmung und die Anerkennung ihrer Nation.

Im Juni 1978 reagierte die kanadische Regierung mit der Bekanntgabe ihrer Ab-

ca. 100000 Indianer in 1570 Reservate auf einer Fläche von gerade 20230 km² eingepfercht, während die kanadische Regierung, vor allem aber die Eisenbahngesellschaften und Gesellschaften wie die Hudson Bay Company sowie ab Ende des 19. Jahrhunderts zunehmend US-Monopole ein Gebiet von sechs Millionen Quadratkilometern hatten.

Hatten die britischen Kolonialisten anfangs noch gehofft, durch die rasche Niederwerfung und Vertreibung der Indianer zugleich der aufstrebenden US-Bourgeoisie den Weg nach Norden zu verlegen, so hatte sich dieses Verhältnis bereits vor 1900 umzukehren begonnen. 1883 übertrafen zum ersten Mal die Importe Kanadas aus den USA die aus Britannien, und in der Folgezeit mauserten sich die US-Monopole rasch zum größten Aufkäufer des den Indianern geraubten Landes. Als 1931 die britischen Imperialisten im Westminster-Vertrag Kanada die außenpolitische und militärische Unabhängigkeit zugestanden und ihre eigene Stellung auf die Einsetzung eines Generalgouverneurs als Staatsoberhaupt durch die englische Königin, die Bestellung von Vizegouverneuren der Provinzen durch diesen Generalgouverneur sowie die Kontrolle der kanadischen Verfassung reduzieren mußten, hatten die US-Imperialisten bereits alle wesentlichen Schlüsselstellungen in Kanada in der Hand. Heute besitzen die US-Finanzkapitalisten 75% des Bergbaus, 95% der Erdölindustrie, von den 15 größten Monopolen sind zehn ganz oder zum größten Teil in US-Besitz.

Ende der sechziger Jahre leiteten die US-Monopole ihren Feldzug gegen die letzten, den Indianern und etwa 20000 Inuits (Eskimos) noch nicht vollständig geraubten Gebiete ein. Das sind neben den Reservaten vor allem die Nord-West-Territorien und das Yukon-Territorium an der Grenze zu Alaska, Gebiete mit einer Fläche von 3,912 Mio. qkm. Diese Gebiete hatten die Indianer und Eskimos nie durch irgendwelche ,,Verträge" aufgegeben. Trotzdem rauben US-Monopole teilweise seit Jahrzehnten die Rohstoffvorräte aus. Jetzt wollen sie diese Gebiete völlig schlucken. Die kanadische Regierung verkündete die ,,Gleichberechtigung" und ,,Integration" der Indianer. Die Indianer und Eskimos antworteten mit landesweiten Protest- und Kampfaktionen und der Bildung der National Indian Brotherhood 1968. Von Anfang an unterstützten sich die indianischen Völker in Kanada und in den USA, wo die US-Regierung ebenfalls seit Ende der sechziger Jahre entsprechende Gesetzentwürfe vorlegte, die auf Vernichtung der letzten Indianergebiete zielen. 1971 bildeten die Eskimos die Inuit Brotherhood (Eskimo-Bruderschaft). Am 8. Oktober 1976 beschloß die indianische Nation der Dene im Nord-West-Territorium die ,,Erklärung der Dene" und forderte das Recht auf Selbstbestimmung und die Anerkennung ihrer Nation.

Im Juni 1978 reagierte die kanadische Regierung mit der Bekanntgabe ihrer Absicht, die kanadische Verfassung zu ändern, mit dem Ziel der Beseitigung aller nationalen Rechte der Indianer und Eskimos und der Aufhebung der Verträge. Die Reise einer Delegation der National Indian Brotherhood nach Britannien, um die dafür notwendige Zustimmung des britischen Parlaments möglichst zu verhindern und so die Konkurrenz unter den Imperialisten auszunutzen, ist ein weiterer Kampfschritt der unterdrückten Nationen Kanadas. Die kanadische Arbeiterklasse kann den Kampf für ihre eigene Befreiung nur erfolgreich führen, wenn sie diese Kämpfe der unterdrückten Nationen des Landes, die Kämpfe für Selbstbestimmung, für nationale Befreiung und damit auch für das Recht auf Lostrennung sind, entschieden und bedingungslos unterstützt.

,,Wir haben das Recht auf eine eigene Regierung!"

Die Indianer in Kanada kämpfen für ihr Land und Selbstbestimmungsrecht

(Aus einem Interview der KVZ mit Lloyd Tataryn, Assistent des Präsidenten der National Indian Brotherhood – Nationale Indianische Bruderschaft – am 7. Juli 1979 in London)

Welche Verfassungsänderungen plant die kanadische Regierung, und was wären die Folgen dieser Änderungen für Ihr Volk?

Die kanadische Regierung will keine indianischen Regierungen anerkennen. Das hängt mit der Tatsache zusammen, daß die Indianer einige Gebiete kontrollieren, auf denen es sehr wertvolle Ressourcen gibt, besonders in den Nord-West-Territorien, wie zum Beispiel Öl, Gas, Gold, Uran. In den Nord-West-Territorien gibt es eine Menge Mineralien. Deswegen sind die Einsätze hoch. Die Regierung der Dene-Indianer zum Beispiel will eine selbständige Regierung aufbauen, und die kanadische Regierung ist nicht bereit, dies zuzulassen. Sie will auch nicht, daß etwa die Regierungen der Indianer an diesen Konferenzen der leitenden Minister (über die geplante Änderung der kanadischen Verfassung, die die vertraglichen Rechte der Indianer beseitigt, d. Übers.) gleichberechtigt teilnehmen. Deshalb haben die verschiedenen Indianerregierungen aus ganz Kanada Vertreter nach Britannien geschickt und erklärten: Erlaubt ihnen nicht, irgendetwas zu ändern, weil wir zumindest jetzt in der Lage sind, etwas durchsetzen zu können.

Wie versucht die kanadische Regierung, noch mehr Land der Indianer zu rauben?

Wissen Sie, in den Vertragsgebieten in Kanada haben wir zum Beispiel so etwas wie die Vertragstage, wo die kanadische Regierung einmal im Jahr in die Reservate geht, um einige ihrer Verpflichtungen aus den Verträgen zu erfüllen. Zum Beispiel geben sie jedem fünf Dollar, gemäß dem ursprünglichen Vertrag. Es hört sich absurd an, aber das ist genau die Sorte Abkommen, die sie in den Gebieten wie den Nord-West-Territorien aushandeln wollen. Sie wollen einen Vertrag abschließen, wonach sie eine bestimmte Summe Geld zahlen und dafür das Land und die Kontrolle über die Ressourcen nehmen können. Grundsätzlich sagen Völker wie die Dene dazu, seht her, wir wollen kein Geld, wir wollen die Kontrolle. Wenn wir erst einmal die natürlichen Reichtümer kontrollieren, dann haben wir die Grundlage, auf der wir uns selbständig entwickeln können, und das ist das Wesentliche, darum geht der ganze Streit.

Was sind die Forderungen der National Indian Brotherhood gegenüber der kanadischen Regierung?

Sehen Sie, auch das ist eine sehr verwickelte Lage. Die Weißen müssen eine Sache verstehen, nämlich, daß die Indianer eine sehr komplexe Gruppe von Völkern sind. Zum Bespiel in British-Columbia, der westlichen Provinz, gibt es sieben verschiedene Sprachen, nicht Dialekte, Sprachen, Kulturen und alles andere auf einer vollständig verschiedenen ökonomischen Basis, und deswegen entwickelten sich diese Sprachen. Zum Beispiel die Haida machen Jagd auf Wale und so weiter an der Westküste im Ozean und sind ein vollständig anderes Volk als die Shuswap, die im Innern Columbias leben und eine völlig andere ökonomische Basis hatten. Sie fischten Lachs, wenn er die Flüsse heraufzog. (...) Ich kann Ihnen nur allgemein antworten, was die indianischen Regierungen, die Indianer wollen: sie wollen die Kontrolle über ihre Erziehung, sie wollen die Kontrolle über ihre natürlichen Reichtümer, sie wollen grundsätzlich die Kontrolle über ihr eigenes Leben. Sie wollen, daß ihre Regierungen die Regierungen mit Hoheitsrechten in ihren Gebieten sind.

Was produzierten die Indianer zur Zeit der ersten Siedlerangriffe, was war ihre Existenzgrundlage?

Es gab zum Beispiel in beträchtlichem Umfang Landwirtschaft in der Förderation der Irquois, sie waren diejenigen, die Mais anbauten. Bekanntlich wurde der Mais von Nordamerika nach Europa gebracht und nicht umgekehrt. Und sie bauten verschiedene Sorten Feldfrüchte an, Tabak zum Beispiel und so weiter. Es gibt andere Gruppen, die nicht von der Landwirtschaft lebten. Die Büffel zum Beispiel waren die Grundlage der Crees in den Ebenen. Wenn Sie nach British-Columbia gehen, so finden Sie in bestimmten Gebieten Völker, die vom Lachs und der Fischerei abhängig sind.

Wie wehrten sich die Indianer gegen den Landraub der Siedler und die Raubverträge, die ihnen aufgezwungen wurden? Gab es Erhebungen?

Die gab es. Besonders im Westen gab es verschiedene Erhebungen. Aber wir sprechen hier über die Auseinandersetzungen einer technologisch hochentwickelten Gesellschaft mit einer Gesellschaft, die in der Hauptsache Pfeil und Bogen hatte, und wie Sie wissen, sind Gewehre wirksamer als Pfeil und Bogen. Sie müssen verstehen, daß selbst im traditionell demokratischen Sinn die Indianer wirklich unterdrückt waren. Die Indianer hatten zum Beispiel in Kanada bis 1960 kein Wahlrecht. Das ist noch nicht einmal 20 Jahre her. Die National Indian Brotherhood wurde erst 1969 gebildet. Die Indianer hatten niemals zuvor eine nationale Vertretung, sie waren niemals zuvor zusammengefaßt. Politische Organisationen, indianische politische Organisationen wurden verhindert, entmutigt. Sie werden zum Beispiel finden, daß früher die meisten politisch aktiven Indianerführer ins Gefängnis geworfen wurden. Im Grunde genommen ist das, worüber wir jetzt sprechen, die politische Entwicklung des Volkes in einer Art und Weise, die ihm nie zuvor erlaubt war. Das geschieht jetzt.

Wie sieht die heutige wirtschaftliche Lage der Indianer aus? Wieviele leben in Kanada?

Es gibt schätzungsweise 300000 Indianer in Kanada. Die wirtschaftliche Lage der Indianer ist wirklich erbärmlich. Die Arbeitslosenrate reicht von 50% bis 95% in einigen Gemeinschaften, die Indianer haben die höchste



nehmen. Deshalb haben die verschiedenen Indianerregierungen aus ganz Kanada Vertreter nach Britannien geschickt und erklärten: Erlaubt ihnen nicht, irgendetwas zu ändern, weil wir zumindest jetzt in der Lage sind, etwas durchsetzen zu können.

Wie versucht die kanadische Regierung, noch mehr Land der Indianer zu rauben?

Wissen Sie, in den Vertragsgebieten in Kanada haben wir zum Beispiel so etwas wie die Vertragstage, wo die kanadische Regierung einmal im Jahr in die Reservate geht, um einige ihrer Verpflichtungen aus den Verträgen zu erfüllen. Zum Beispiel geben sie jedem fünf Dollar, gemäß dem ursprünglichen Vertrag. Es hört sich absurd an, aber das ist genau die Sorte Abkommen, die sie in den Gebieten wie den

wap, die im Innern Columbias leben und eine völlig andere ökonomische Basis hatten. Sie fischten Lachs, wenn er die Flüsse heraufzog. (...) Ich kann Ihnen nur allgemein antworten, was die indianischen Regierungen, die Indianer wollen: sie wollen die Kontrolle über ihre Erziehung, sie wollen die Kontrolle über ihre natürlichen Reichtümer, sie wollen grundsätzlich die Kontrolle über ihr eigenes Leben. Sie wollen, daß ihre Regierungen die Regierungen mit Hoheitsrechten in ihren Gebieten sind.

Was produzierten die Indianer zur Zeit der ersten Siedlerangriffe, was war ihre Existenzgrundlage?

Es gab zum Beispiel in beträchtlichem Umfang Landwirtschaft in der Förderation der Irquois, sie waren diejenigen, die Mais anbauten. Bekanntlich wurde der Mais von Nordamerika

tionale Vertretung, sie waren niemals zuvor zusammengefaßt. Politische Organisationen, indianische politische Organisationen wurden verhindert, entmutigt. Sie werden zum Beispiel finden, daß früher die meisten politisch aktiven Indianerführer ins Gefängnis geworfen wurden. Im Grunde genommen ist das, worüber wir jetzt sprechen, die politische Entwicklung des Volkes in einer Art und Weise, die ihm nie zuvor erlaubt war. Das geschieht jetzt.

Wie sieht die heutige wirtschaftliche Lage der Indianer aus? Wieviele leben in Kanada?

Es gibt schätzungsweise 300000 Indianer in Kanada. Die wirtschaftliche Lage der Indianer ist wirklich erbärmlich. Die Arbeitslosenrate reicht von 50% bis 95% in einigen Gemeinschaften, die Indianer haben die höchste



Marxisten-Leninisten aus Kanada und den USA zu den Kämpfen und Forderungen der Indianer

Kanada: Canadian Communist League (Marxist-Leninist)

Von allen unterdrückten Nationalitäten in Kanada haben die eingeborenen Völker die barbarischste Verfolgung erlitten. Die europäischen Kolonialisten rotteten indianische Völker aus, vertrieben sehr viele von ihnen von ihrem Land, brachten viele von ihnen in Reservate und setzten ungleiche Verträge ein.

Über eine Million gehören zu den eingeborenen Völkern Kanadas. Heute werden die Sprachen, Kulturen und die Lebensweise der eingeborenen Völker unterdrückt. Sie erleiden grausame Diskriminierung und Rassismus. Um ihre Landgebiete an sich reißen zu können, zwingt die Bourgeoisie sie, ihr Land billig zu verkaufen. Die Monopole verschmutzen ihre Gebiete und zerstören das Wild, von dem die eingeborenen Völker für ihr Überleben abhängen. In jedem Jahr werden Eingeborene von der Polizei erschossen. Obwohl sie nur 4,5% der Bevölkerung ausmachen, sind 44% aller Gefangenen in kanadischen Gefängnissen und 80% aller Gefangenen in den Gefängnissen Saskatchewans Eingeborene. (...)

Natürlich haben die eingeborenen Völker ihren Widerstand nie eingestellt. Mit den Kriegen, die sie im letzten Jahrhundert geführt haben, der Besetzung des Anicinabe-Parks 1974 in Kenora, Ontario, und ihren Protestmärschen haben sie ihren Kampf gegen die wilde Unterdrückung fortgesetzt. (...)

Um zu überleben, üben viele Eingeborene heute weiterhin ihre traditionellen Tätigkeiten des Jagens, Fallenstellens und der Fischerei und andere Formen der Kleinproduktion aus. Andere sind auf ein Leben von der Wohlfahrt angewiesen, und wieder andere haben die Reservate verlassen und sich den Reihen des Proletariats angeschlossen.

Die eingeborenen Völker stellen eine bestimmte Zahl von unterschiedlichen nationalen Minderheiten dar, jede mit ihrer eigenen Sprache, Kultur und ihrem eigenen Gebiet. Der Fortschritt und die Entwicklung der Gesellschaften der eingeborenen Völker wurde durch die europäische Kolonisation brutal unterbrochen.

Die *indianischen Völker* bestehen aus verschiedenen Sprach- und Kulturgruppen. Sie stellen eine Zahl verschiedener nationaler Minderheiten dar. Die Geschichte ihres Kampfes geht zurück bis zu den ersten Tagen des Kolonialismus. Sie griffen für den Kampf gegen den Diebstahl an ihrem Land zu den Waffen. Geführt von Häuptlingen wie Großer Bär und Poundmaker kämpften sie Seite an Seite mit den Metis.

Heute fordern sie, daß für sie das Recht auf Arbeit, auf Gesundheitsversorgung und ordentliche Lebensbedingungen respektiert wird, sie fordern außerdem ihre territorialen Rechte, so wie die Dene im Nordwest-Territorium (...).

Unsere Partei unterstützt die Kämpfe der eingeborenen Völker. Zusätzlich zu den allgemeinen Forderungen, die oben in dem Abschnitt genannt wurden, fordert unsere Partei:

– Volle regionale Autonomie, wo sie konzentriert sind;

– Anerkennung der gerechten Gebietsforderungen eingeborener Völker;

– Einstellung des Raubs ihres Landes durch den Staat und die Monopole;

– Volle Jagd- und Fischereirechte auf ihrem Land;

– Beendigung der Polizeiunterdrückung und der rassistischen und chauvinistischen Angriffe, sowie das Recht zu bewaffneter Selbstverteidigung;

– Recht auf Erziehung und den Gebrauch ihrer eigenen Sprache, das Recht, ihre zweite Sprache auszuwählen;

– Finanzielle und technische Hilfe bei der Entwicklung ihrer geschriebenen Sprache;

– Beendigung der Diskriminierung bei Mietverträgen, Wohnungen usw.;

– Beendigung der erzwungenen Sterilisierung von eingeborenen Frauen und der Völkermordspolitik der Regierung.

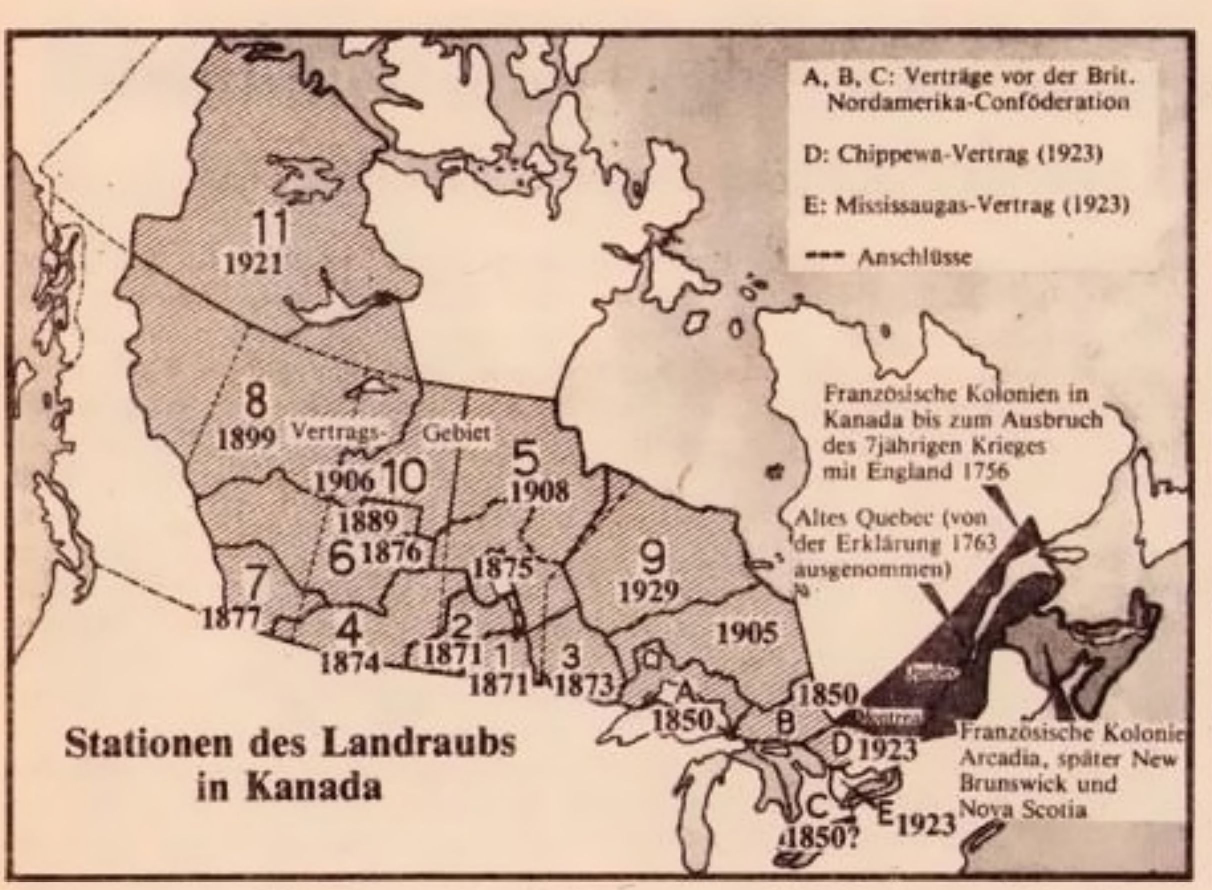
(aus: Programmentwurf für eine neue Kommunistische Partei, Canadian Communist Party (Marxist-Leninist) – Kanadischer Kommunistischer Bund (Marxisten-Leninisten), 1. Mai 1979)

USA: Communist Party (Marxist-Leninist)

Die Kämpfe der unterdrückten Nationalitäten innerhalb der USA sind Teil der nationalen demokratischen revolutionären Bewegungen gegen den Imperialismus, die in den Herzländern des Imperialismus stattfinden, und sind ein fester Bestandteil der weltweiten proletarischen Revolution. Der nationale Kampf ist im Kern ein Klassenkampf, der nur durch die proletarische Revolution gelöst werden kann. Die Bewegungen der national unterdrückten Völker in den USA stellen den Hauptverbündeten und eine direkte Reserve der US-Arbeiterklasse dar. (...)

Die wesentlichen Elemente in der Lösung der nationalen Frage lassen sich wie folgt zusammenfassen:

1. Einen sozialistischen Staat errichten, mit allen nationalen Privilegien Schluß machen, Gleichheit und volle demokratische Rechte garantieren. Das schließt die Anerkennung der Gleichheit der Sprachen, nationalen Kulturen und Sitten ein.
2. Das Recht auf Selbstbestimmung für unterdrückte Nationen innerhalb und außerhalb der Grenzen der USA aufrechterhalten.
3. Regionale Autonomie oder Föderation innerhalb eines Multinationen-



Landverträge und ihr Datum. Nach 1870 begannen die Kolonialisten, den Verträgen Nummern zu geben. Innerhalb von sieben Jahren, bis 1877, nahmen sie den Indianern in den Verträgen eins bis sieben den gesamten Boden Südkanadas ab. Die weiteren Verträge folgten, als die Besiedelung bzw. der Bergbau profitabel wurden. Über große Gebiete wie das Nordwest-Territorium schlossen die Indianer nie Verträge ab.

Kindersterblichkeit, die höchste Rate von Verhaftungen, das heißt prozentual sind mehr Indianer im Gefängnis als irgend eine andere Gruppe in Kanada. Sie haben die kürzeste Lebenserwartung, die höchste Selbstmordrate, die niedrigsten Einkommen.

Wovon leben die Indianer in den Reservaten?

Das ist unterschiedlich. In einigen Gebieten gibt es weiterhin Jagd, Fischerei und Fallenstellerei. In anderen Gebieten können sie einfach nicht mehr existieren. Zum Beispiel sind die Flüsse verschmutzt, die Fische vergiftet, wie können sie da ihrer traditionellen Beschäftigung nachgehen? Es ist unmöglich.

Können Sie uns etwas über die Geschichte der National Indian Brotherhood sagen, wie sie den Kampf für die politischen Forderungen der Indianer organisiert?

Die National Indian Brotherhood wurde im wesentlichen 1969 zum wirksamen Sprecher der Indianer, als die Bundesregierung mit einer Indianerpolitik herauskam, die sie ,,Die Politik der Weißen und die Indianer'' nannte. Im wesentlichen erklärte sie: Wir haben von jeher die Indianer ausgenutzt, und von jetzt ab erkennen wir an, daß wir sie ausgenutzt haben. Deshalb wollen wir ihnen jetzt den gleichen gesetzlichen Status geben wie allen anderen. Das ist die klassische liberale Methode, die Leute werden als einzelne behandelt und nicht von ihren kollektiven Rechten her. Das hätte tatsächlich bedeutet, daß es überhaupt keine Anerkennung der Indianer gegeben hätte.

Und sie hätten das Öl bekommen.

Natürlich, die Verträge würden nicht mehr gelten, und so weiter... Die National Indian Brotherhood reagierte

Gebieten können sie einfach nicht mehr existieren. Zum Beispiel sind die Flüsse verschmutzt, die Fische vergiftet, wie können sie da ihrer traditionellen Beschäftigung nachgehen? Es ist unmöglich.

Können Sie uns etwas über die Geschichte der National Indian Brotherhood sagen, wie sie den Kampf für die politischen Forderungen der Indianer organisiert?

Die National Indian Brotherhood wurde im wesentlichen 1969 zum wirksamen Sprecher der Indianer, als die Bundesregierung mit einer Indianerpolitik herauskam, die sie ,,Die Politik der Weißen und die Indianer'' nannte. Im wesentlichen erklärte sie: Wir haben von jeher die Indianer ausgenutzt, und von jetzt ab erkennen wir an, daß wir sie ausgenutzt haben. Deshalb wollen wir ihnen jetzt den gleichen gesetzlichen Status geben wie allen anderen. Das ist die klassische liberale Methode, die Leute werden als einzelne behandelt und nicht von ihren kollektiven Rechten her. Das hätte tatsächlich bedeutet, daß es überhaupt keine Anerkennung der Indianer gegeben hätte.

Und sie hätten das Öl bekommen.

Natürlich, die Verträge würden nicht mehr gelten, und so weiter... Die National Indian Brotherhood reagierte
folgendermaßen. Sie sagte, okay, die Verträge waren schlechte Abkommen, aber sie sind noch gültig, und ihre habt euch daran zu halten. Die Indianer sind anders, sie haben besondere Rechte. Und durch die Kampagne, die in ganz Kanada gestartet wurde, wurde diese Politik zunächst beiseitegeschoben. Ich weiß nicht, ob sie für immer vom Tisch ist, aber sie wurde zumindest beiseitegeschoben. Weiter kümmerte sich die National Indian Brotherhood um alle Arten von Fragen, die mit den grundlegenden Bedürfnissen der Indianer zusammenhängen, wie die Gesundheitsfürsorge, die Entwicklung einer eigenen Erziehungspolitik, die Unterstützung verschiedener Gruppen von Indianern, die in Auseinandersetzungen über die Jagd und die Fischerei verwickelt waren, und das letzte ist jetzt die Auseinandersetzung über die Verfassung.

Wie wehren sich die Indianer dagegen, daß sie auf winzigen Gebieten zusammengepfercht wurden?

Eine Sache zum Beispiel: Gegenwärtig werden eine ganze Reihe von Verhandlungen über Landforderungen geführt. Die traditionelle Sicht der Verträge durch die Weißen war, gut, das war ein schlechtes Geschäft, tut uns leid, Freunde, ihr habt einen schlechten Deal bekommen, aber das ist nur ein Stück Papier. Nun, ungefähr im Lauf der letzten zehn Jahre haben sich die Indianer die Verträge angeschaut, und gesagt: Halt, ihr Kerle habt euch nicht daran gehalten! Und sie brachten verschiedene Regierungen und alle möglichen Leute vor Gericht. Sie sagten, okay, wir handeln nach euren Spielregeln, wenn ihr sagt, dies ist der Vertrag, durch den wir euer Land bekommen haben, dann können wir euch auch zumuten, daß ihr euren Teil der Vereinbarung einhaltet. Und sehr viele Verhandlungen über Landforderungen wurden im Ergebnis aufgerollt, über Land, das selbst nach den Verträgen uns gehört, das sie aber über die Jahre weggenommen haben. Die Position der Indianer ist, daß in den Gebieten, die niemals übergeben worden sind, die Regierungen der Indianer souverän sein sollen, mit anderen Worten, sie

Verfassung.

Wie wehren sich die Indianer dagegen, daß sie auf winzigen Gebieten zusammengepfercht wurden?

Eine Sache zum Beispiel: Gegenwärtig werden eine ganze Reihe von Verhandlungen über Landforderungen geführt. Die traditionelle Sicht der Verträge durch die Weißen war, gut, das war ein schlechtes Geschäft, tut uns leid, Freunde, ihr habt einen schlechten Deal bekommen, aber das ist nur ein Stück Papier. Nun, ungefähr im Lauf der letzten zehn Jahre haben sich die Indianer die Verträge angeschaut, und gesagt: Halt, ihr Kerle habt euch nicht daran gehalten! Und sie brachten verschiedene Regierungen und alle möglichen Leute vor Gericht. Sie sagten, okay, wir handeln nach euren Spielregeln, wenn ihr sagt, dies ist der Vertrag, durch den wir euer Land bekommen haben, dann können wir euch auch zumuten, daß ihr euren Teil der Vereinbarung einhaltet. Und sehr viele Verhandlungen über Landforderungen wurden im Ergebnis aufgerollt, über Land, das selbst nach den Verträgen uns gehört, das sie aber über die Jahre weggenommen haben. Die Position der Indianer ist, daß in den Gebieten, die niemals übergeben worden sind, die Regierungen der Indianer souverän sein sollen, mit anderen Worten, sie
sollten die Regierungsgewalt ausüben. Die kanadische Regierung sagt: nein, wir erkennen euer Recht auf Wahrnehmung all dieser Rechte nicht an, von denen ihr meint, daß sie euch in euren Gebieten zustehen. Die Indianer dagegen sagen: seht her, wir haben das Recht auf eine eigene Regierung und Selbstbestimmung. Das ist einer der Zusammenstöße.

staats für jene Nationen praktizieren, die sich nicht lostrennen; und regionale Autonomie für nationale Minderheiten in den Gebieten, in denen sie konzentriert leben.

4. Sicherung des Aufbaus der Partei als einer einzigen, untrennbaren, multinationalen Partei, die die Arbeiter aller Nationalitäten vertritt.

(...) Unsere Partei unterstützt entschieden den Kampf der eingeborenen Indianer für volle demokratische Rechte, einschließlich des Rechts auf regionale Autonomie.

(aus: Programm der Communist Party (Marxist-Leninist), 1977)

USA: League of Revolutionary Struggle (Marxist-Leninist)

Die nationale Unterdrückung ist heute in den USA ein untrennbarer Bestandteil des kapitalistischen Systems und direkt mit dem Lebensnerv des Monopolkapitalismus verbunden. Die vollständige Beseitigung der nationalen Unterdrückung ist nur möglich durch den revolutionären Sturz der Bourgeoisie und den Aufbau des Sozialismus.

Entsprechend ihrer Unterdrückung unter dem Kapitalismus haben die unterdrückten Nationalitäten militante nationale Bewegungen herausgebildet, die gegen die nationale Unterdrückung kämpfen. Die Forderungen der unterdrückten Völker schließen das Recht auf Selbstbestimmung für die unterdrückten Nationen und gleichen Status für die nationalen Minderheiten ein. Das Recht auf Selbstbestimmung ist ein Recht der unterdrückten Nationen, frei über ihre politische Zukunft zu entscheiden, einschließlich des Rechts auf Lostrennung und Errichtung ihres eigenen unabhängigen Staates. Selbstbestimmung muß nicht notwendig die Form der Lostrennung annehmen, sondern kann auch die Form freiwilliger Union und/oder regionaler Autonomie annehmen.

(...) Das Proletariat muß das Recht auf Selbstbestimmung der unterdrückten Nationen verteidigen, so für die afro-amerikanische Nation im Schwarzen Gürtel im Süden, und gleichzeitig Status für die unterdrückten Minderheiten wie die Puertoricaner und andere Minderheiten.

(aus: Gründungserklärung der League of Revolutionary Struggle (Marxist-Leninist) (Liga Revolutionärer Kampf (Marxisten-Leninisten)), September 1978)

Erklärung der kanadischen National Indian Brotherhood

,,Die beabsichtigte Übernahme verfassungsgebender Rechte durch Kanada und die Änderung der kanadischen Verfassung ist eine ernsthafte Bedrohung der Indianer.

Die Indianer und das indianische Land stehen nach der kanadischen Verfassung, dem Britisch-Nordamerika-Gesetz, eindeutig unter der Verantwortung der Bundesregierung. Unsere ererbten angestammten Rechte sind in der Verfassung jedoch nicht garantiert. Jede neue oder geänderte Verfassung könnte unseren speziellen Status als indianische Völker noch mehr aushöhlen oder ganz beseitigen. Deshalb müssen wir jetzt handeln.

Das Britisch-Nordamerika-Gesetz wurde vom britischen Parlament am 1. Juli 1867 als Rahmen für die Verfassung eines neu gebildeten Landes, Kanada, verabschiedet.

Dieses neue Land wurde zum Nutzen der Einwanderer aus Frankreich und England gegründet.

Bevor die Engländer und Franzosen kamen, lebten in diesem Land einheimische Nationen seit unzähligen Generationen. Aber ohne die Beteiligung und Billigung dieser einheimischen Nationen wurde das Britisch-Nordamerika-Gesetz als Recht für dieses Land erklärt.

Die Einwanderer erkannten die Souveränität der ursprünglichen Einwohner und das Land als deren Eigentum an. Die zwischen den einheimischen Nationen und dem britischen Souverän abgeschlossenen Verträge sind unbestreitbare Beispiele für diese Anerkennung. Die von unseren Vorfahren ererbten Vorrechte wurden durch die Verträge bestätigt.

Über weite Gebiete dieses Kontinents haben die indianischen Nationen jedoch niemals Verträge mit anderen Nationen abgeschlossen. Diese Gebiete werden noch von den Nachkommen der ursprünglichen Eigentümer beherrscht.

Die indianischen Völker in Kanada sehen sich heute der Aufgabe und Herausforderung gegenüber, die souveränen Rechte und den speziellen Status aller indianischen Völker über Gebiete mit und ohne Vertrag zu erhalten.

Die kanadische Bundesregierung hat kürzlich die Absicht angekündigt, einseitig das Britisch-Nordamerika-Gesetz zu ändern. Die Indianer werden von den gegenwärtigen Beratungen über die Änderung der kanadischen Verfassung ausgeschlossen, genauso wie sie nicht an der Erstellung des ursprünglichen Britisch-Nordamerika-Gesetzes beteiligt wurden.

Jede Änderung des Britisch-Nordamerika-Gesetzes ohne volle Beteiligung der Indianer kann nur die Aushöhlung unseres speziellen Status und die weitgehende Vernichtung unserer Rechte bedeuten, wie unsere Erfahrungen aus der Vergangenheit mit den verschiedenen Regierungen beweisen.

Die Bundesregierung beabsichtigt, das Bestimmungsrecht über das Britisch-Nordamerika-Gesetz von Britannien nach Kanada zu holen. Diese Verfassung soll dann eine entsprechende Ergänzung beinhalten, über die sich die Regierungen der Einwanderer geeinigt haben.

Während ihres Aufenthaltes in England wird eine Delegation von Häuptlingen und Ältesten am 1. Juli 1979 die britische Premierministerin, den britischen Außenminister und Ihre Majestät Königin Elisabeth II. darauf aufmerksam machen, daß die einheimischen Nationen eine Übernahme verfassungsgebender Rechte durch Kanada bekämpfen, weil die Regierungen der Einwanderer zusätzliche Möglichkeiten erhalten würden, die Rechte der indianischen Nationen anzugreifen.

Die Delegation von Häuptlingen und Ältesten wird Ihrer Majestät, deren Erstem Minister und Außenminister vortragen, daß Ihre Majestät und das britische Parlament der Übergabe verfassungsgebender Rechte an Kanada nicht zustimmen sollten, wenn nicht über ein Abkommen unsere angestammten Rechte in der Verfassung anerkannt werden.

Jede Änderung der Verfassung muß die ständige Aufrechterhaltung des Status der Indianer in Kanada für ewig bewahren und uns Rechte garantieren auf:

– volle Beteiligung an Entscheidungen über die kanadische Verfassung
– politische Repräsentation für indianisches Land durch Indianer
– indianische Selbstregierung
– indianisches Land u. Naturschätze
– Gesundheitsversorgung
– Erziehung
– Jagd, Fischerei, Fallenstellerei

Die Aushöhlung der Rechte und der Souveränität der indianischen Völker, sowie die Aufteilung indianischen Landes durch die Bundesregierung und die Provinzregierungen können nicht länger geduldet werden.

Wir werden nichts anderes akzeptieren als die in der Verfassung verankerte volle Anerkennung und Beteiligung der indianischen Nationen bei der Regierung des Landes.''

veränität der ursprünglichen Einwohner und das Land als deren Eigentum an. Die zwischen den einheimischen Nationen und dem britischen Souverän abgeschlossenen Verträge sind unbestreitbare Beispiele für diese Anerkennung. Die von unseren Vorfahren er-

das Bestimmungsrecht über das Britisch-Nordamerika-Gesetz von Britannien nach Kanada zu holen. Diese Verfassung soll dann eine entsprechende Ergänzung beinhalten, über die sich die Regierungen der Einwanderer geeinigt haben.

Provinzregierungen können nicht länger geduldet werden.

Wir werden nichts anderes akzeptieren als die in der Verfassung verankerte volle Anerkennung und Beteiligung der indianischen Nationen bei der Regierung des Landes.''

Erhebungen der Indianer und Mestizen gegen die Kolonialisten

z.rül. ,,Die letzten Nachrichten aus Winnipeg datieren vom 10. Oktober. Danach nimmt die Stärke der Aufständischen zu, sie haben inzwischen 1000 Mann gewonnen. Sie werden von Louis Riel kommandiert und halten eine bemerkenswerte Disziplin aufrecht. (...) Fünf Indianerhäuptlinge trafen am 7. in Fort Garry ein und boten die Hilfe ihrer Stämme an. Diese wurde angenommen, und die Aufständischen erhöhten so ihre Zahl um Tausende.'' (Tribune, Minneapolis, 24.11.1869). Dies war eine der ersten Meldungen über den Aufstand der Metis, Nachkommen von französischen Siedlern und Indianern am Roten Fluß. Anfang Oktober erhoben sich diese und die Indianer gegen den Versuch der Kolonialregierung, zusammen mit der Hudson-Bay-Kompanie das gesamte Gebiet

Erhebungen der Indianer und Mestizen gegen die Kolonialisten

z.rül. ,,Die letzten Nachrichten aus Winnipeg datieren vom 10. Oktober. Danach nimmt die Stärke der Aufständischen zu, sie haben inzwischen 1000 Mann gewonnen. Sie werden von Louis Riel kommandiert und halten eine bemerkenswerte Disziplin aufrecht. (...) Fünf Indianerhäuptlinge trafen am 7. in Fort Garry ein und boten die Hilfe ihrer Stämme an. Diese wurde angenommen, und die Aufständischen erhöhten so ihre Zahl um Tausende.'' (Tribune, Minneapolis, 24.11.1869). Dies war eine der ersten Meldungen über den Aufstand der Metis, Nachkommen von französischen Siedlern und Indianern am Roten Fluß. Anfang Oktober erhoben sich diese und die Indianer gegen den Versuch der Kolonialregierung, zusammen mit der Hudson-Bay-Kompanie das gesamte Gebiet
der heutigen Provinzen Manitoba, Saskatchewan und Alberta an sich zu reißen und eine Ost-West-Eisenbahnlinie quer durch Kanada zu bauen. Mehr als 10000 Metis und etwa 100000 Cree-, Schwarzfuß- und Assiniboine-Indianer, in der Hauptsache Büffeljäger, Fischer und Fallensteller, hätten dadurch ihre Existenzgrundlage verloren. Die aufständischen Indianer und Halbindianer forderten die Anerkennung ihrer Regierung für diese Gebiete und die Garantie ihres Landbesitzes. Die Kolonialregierung konnte nur mit Mühe und scheinheiligen Versprechungen den Aufstand beenden. Gleichzeitig beschleunigte sie den Eisenbahnbau und den Bau militärischer Verbindungen und nahm den Indianern nach und nach mit Betrügereien und Erpressungen in sieben Verträgen bis 1877 praktisch den ganzen Landgürtel ab. 1884 erhoben sich die Indianer erneut, nachdem die Regierung keine ihrer Zusagen eingehalten hatte. Die Metis schlossen sich sofort an. Am 26.3.1885 vernichteten sie die ersten Kolonialtruppen am Duck-See. Die Indianer vernichteten unter Häuptling Großer Bär einen Stützpunkt der Hudson-Bay-Kompanie am Frog-See. Die Kolonialregierung stellte in aller Eile eine 6000 Mann starke Truppe zusammen. Die Cree-Indianer unter Häuptling Poundmaker griffen diese Truppe bereits auf ihrem Marsch in das eigentliche Aufstandsgebiet an und konnten nur mit großer Mühe abgeschlagen werden. Erst nach einem dreimonatigen Plünderungs- und Ausrottungsfeldzug konnten die Kolonialisten im Mai 1886 mit überlegenen Kräften die Indianer bei Botache schlagen.

rer Regierung für diese Gebiete und die Garantie ihres Landbesitzes. Die Kolonialregierung konnte nur mit Mühe und scheinheiligen Versprechungen den Aufstand beenden. Gleichzeitig beschleunigte sie den Eisenbahnbau und den Bau militärischer Verbindungen und nahm den Indianern nach und nach mit Betrügereien und Erpressungen in sieben Verträgen bis 1877 praktisch den ganzen Landgürtel ab. 1884 erhoben sich die Indianer erneut, nachdem die Regierung keine ihrer Zusagen eingehalten hatte. Die Metis schlossen

sich sofort an. Am 26.3.1885 vernichteten sie die ersten Kolonialtruppen am Duck-See. Die Indianer vernichteten unter Häuptling Großer Bär einen Stützpunkt der Hudson-Bay-Kompanie am Frog-See. Die Kolonialregierung stellte in aller Eile eine 6000 Mann starke Truppe zusammen. Die Cree-Indianer unter Häuptling Poundmaker griffen diese Truppe bereits auf ihrem Marsch in das eigentliche Aufstandsgebiet an und konnten nur mit großer Mühe abgeschlagen werden. Erst nach einem dreimonatigen Plünderungs- und Ausrottungsfeldzug konnten die Kolonialisten im Mai 1886 mit überlegenen Kräften die Indianer bei Botache schlagen.


Kanadische bewaffnete Indianer (nach einer Darstellung der Kolonialisten).

Mit den Landverträgen wurden Jäger und Bauern zu Gefängnisinsassen gemacht

z.hef. Seit 1608 hatten französische und britische Kolonialisten die kanadischen Indianer vor allem über den ungleichen Tausch ihrer Felle und anderer Jagd- und Landwirtschaftsprodukte ausgeplündert. Mit der wachsenden – profitableren – Besiedelung des Südens Kanadas und dem lohnenden Abbau von Bodenschätzen im 19. Jahrhundert begannen die Kolonialisten, die ,,Endlösung der Indianerfrage'' zu betreiben. Seit 1850 waren Verträge ein Hauptmittel der Landvertreibung. Die Indianer mußten in den Verträgen zustimmen, ,,für immer und ewig'' ihr Land an die britische Krone abzutreten. Sie sollten dafür Land in den Reservaten erhalten, in den meisten Reservaten wurden 65 Hektar pro Familie festgelegt, sowie eine jährliche Zahlung von drei oder fünf Dollar pro Jahr, 25 Dollar für die Häuptlinge. Zu den Verträgen wurden die Indianer mit Armeeinsatz, mit Hungersnöten und Erpressung gezwungen. ,,Wir sagten (den Indianern), ob sie es wollten oder nicht, die Einwanderer würden das Land füllen'', berichtet der britische Vertragsunterhändler Morris. ,,In jedem Jahr würden mehr als zweimal soviel in die Provinz kommen, wie ihr ganzes Volk, das hier versammelt sei, an Zahl habe, und sie würden sich über die ganze Provinz in kurzer Zeit verstreuen. Es sei jetzt an der Zeit für sie, zu einem Arrangement zu kommen, mit dem sie für sich und ihre Kinder eine Heimstatt und ein jährliches Einkommen sichern würden.'' Die britischen Unterhändler fälschten Unterschriften (Kreuze) der Indianer, sie machten mündliche Zusagen, die sie dann nicht in den Vertrag aufnahmen. Völker, die Jagdrechte im Vertrag durchgesetzt hatten, wurden bald mit Schonzeitgesetzen an der Jagd für den Lebensunterhalt gehindert. In den Reservaten war sowieso kaum Jagd möglich. Die Reservate standen unter dem Kommando weißer Aufseher. Ohne deren Einwilligung durften die Indianer u.a. kein Haus bauen, kein neues Land roden, das Reservat nicht verlassen.


Holzrodung und Waldbeseitigung ,,im großen Stil'' in Kanada.



Viele Jugendliche wollen Kfz-Mechaniker werden, nach der Lehre wird den meisten gekündigt, neue Lehrlinge werden eingestellt.



Frisieren von Mofas: Jugendliche haben Geschick darin, die langsamen Mofas, die sonst nur 25 km/h laufen, auf 60 km/h hochzubringen. Mit hohen Geldstrafen bis zu 200 DM oder Ableistung von Tagessätzen im sozialen Dienst sollen sie als ,,Kriminelle" eingeschüchtert werden.



Frisieren von Mofas: Jugendliche haben Geschick darin, die langsamen Mofas, die sonst nur 25 km/h laufen, auf 60 km/h hochzubringen. Mit hohen Geldstrafen bis zu 200 DM oder Ableistung von Tagessätzen im sozialen Dienst sollen sie als ,,Kriminelle" eingeschüchtert werden.



Zahlreiche Jugendliche und ganze Schulklassen besichtigen die Ausstellungen bei der Frankfurter Automobilmesse. Das Bild zeigt Jugendliche auf dem Messegelände während der Automobilausstellung 1978.

Lehre im Kfz-Handwerk. Ab 3. Lehrjahr vollwertige Arbeitskraft. Nachher keine Stelle im Beruf.

z.gug. Jörg hat im Februar seine Gesellenprüfung als Kfz-Mechaniker gemacht. Nach der Lehre hat er auf dem Bau gearbeitet, jetzt hat er eine Stelle im Heizungs- und Sanitärbau. Es geht ihm wie den meisten der 841 631 Kfz-Lehrlinge, die 1976 in der Lehre im Kfz-Handwerk waren: Viele erlernen diesen Beruf, die wenigsten arbeiten später in ihrem Beruf. Von den männlichen Schulabgängern wird die Lehre im Kfz-Handwerk am häufigsten von allen Lehrberufen ausgewählt, ,,aus Interesse an der Technik, und weil man dann das Auto bzw. Moped selber reparieren kann". Die Vermittlung läuft in den wenigsten Fällen über das Arbeitsamt, sondern so und ähnlich wie bei Jörg, die Eltern sind Kunden der Werkstatt in Weschhafen, kennen dort einen Arbeiter, der die Vermittlung übernommen hat. Der Betrieb in Weschhafen ist eine Vertretung von VW-Audi, 30 km von Stade entfernt, im Umkreis von 20 km die einzige Werkstatt und damit konkurrenzlos. Dem Besitzer der Werkstatt gehört auch die Müllabfuhrgesellschaft in Stade, die im ganzen Kreis Stade die Müllabfuhr macht. In dem Betrieb arbeiten 6 Gesellen, 9 Lehrlinge, 2 Meister, 7 Büroangestellte und 4 Bürolehrlinge. Dies spiegelt das Verhältnis von gelernten Arbeitern und Auszubildenden wider, wie es überall in solchen Werkstätten anzutreffen ist. Die Größe liegt etwas über dem Durchschnitt. Die Werkstatt hat 9 Arbeitsplätze, davon 8 mit Hebebühne, und 1 Diagnosestand, weiter gehört zum Betrieb ein Waschraum, eine Abschmiergrube, ein Ersatzteillager und das Verkaufsgebäude. Für die Arbeiter gibt es einen Eßraum, der aber viel zu klein ist, waschen können sie sich nur in der Waschhalle, die Umkleidekabinen sind neben der Schmiergrube. Schweißgeräte, Hebebühnen, die Druck- und Luftanlage für die Hebebühnen sind oft kaputt und in keinem besonders guten Zustand.

Die Arbeit ist so aufgeteilt, daß ein Geselle die Diagnosearbeiten macht, Zündeinstellung u.ä., einer ist für die Blecharbeiten zuständig, einer für die Gebrauchtwagenaufbereitung. Die Lehrlinge werden alle von den Gesellen ausgebildet, manchmal bilden auch die Lehrlinge aus dem dritten die Lehrlinge aus dem ersten Lehrjahr aus.

Früher war es noch so, daß in der Werkstatt kaputte Motoren oder andere Teile repariert wurden, heute werden die kaputten Teile gegen Originalaustauschteile ausgewechselt, die kaputten Teile werden ins VW-Werk geschickt. Dadurch wird die Werkstatt vom Konzern abhängig, außerdem führt es dazu, daß die Autobesitzer nur noch wenige Reparaturen selber ausführen können. Das VW-Werk schreibt vor, wieviel Umsatz die Werkstatt pro Beschäftigtem machen muß. Für viele Reparaturen müssen die Arbeiter eine vom Werk vorgeschriebene Zeit einhalten. Die Zeiten sind knapp und werden mit jedem Modell, also immer im August, neu angesetzt, stets um wenige Minuten gekürzt, manchmal auch nur um eine halbe, aber gekürzt werden sie immer. Die Vorgabezeiten vom Werk sind nicht wie in der Akkordarbeit mit der Höhe des Lohns gekoppelt, es ist nur so, daß man seine Papiere nehmen kann, wenn man die Zeiten für längere Dauer nicht einhält. Das System mit den Zeiten führt auch zu Reibereien zwischen Gesellen und Lehrlingen, die Ausbildung der Lehrlinge kommt zu kurz, weil die Zeit dafür nicht da ist, wo sie sowieso schon schlecht ist dadurch, daß in der Werkstatt selbst gar keine Reparaturen mehr gemacht werden.

Im ersten Lehrjahr macht man Handlangertätigkeiten, Teile zureichen, Werkzeug sauber machen, mit anfassen, Reparaturen wie Ölwechsel und Radwechsel. Im zweiten Lehrjahr muß man schon eine Reihe von Sachen selbständig ausführen, vor allem Kundendienste, Bremsbeläge erneuern etc. Im dritten Lehrjahr macht man Arbeiten wie Schweißen, Bremsreparaturen, Arbeiten am Fahrgestell, wie Stoßdämpfer, Federn, Gelenke ausbauen. Man wird dann als volle Arbeitskraft eingesetzt, was nebenbei dazu führt, daß es relativ viel kleinere Unfälle unter Lehrlingen gibt, wie Fingerquetschungen, Verbrennungen, Prellungen. Die Arbeitszeit ist von 7.45 Uhr bis 17 Uhr mit einer Viertelstunde Frühstück und einer Stunde Mittag. Am Anfang seiner Lehre mußte Jörg wie alle anderen auch jeden zweiten Samstag bis 12 Uhr arbeiten, ohne daß die Lehrlinge dafür etwas bekommen hätten oder Überstundenzuschlag gezahlt wurde. Jörg hat dagegen die Initiatve ergriffen, sich mit den anderen Lehrlingen beraten, und man war sich schnell einig, daß damit Schluß sein muß. Zu dritt sind sie als Abordnung zum Kapitalisten gegangen und haben ihre Forderung vorgetragen. Am nächsten Tag wurden dann alle Lehrlinge zum ,,Alten" gerufen. Die Lehrlinge waren generell gegen Überstunden und haben durchgesetzt, daß nach jedem gearbeiteten Samstag der darauffolgende Montag zur Hälfte frei ist, den Gesellen mußte der Kapitalist einen Überstundenzuschlag von 25% zugestehen, bei Meistern und Büroangestellten blieb es allerdings bei der alten Regelung. Es gibt zwar einen Betriebsrat, wovon einer der Geschäftsführer ist, von dem man sowieso nichts erwarten kann, einer ist ein Geselle, der schon ziemlich lange da ist, auch mehr kriegt als die anderen Gesellen und sich deshalb lieber nicht anlegen will, so daß die neue Samstagsregelung ohne den Betriebsrat durchgesetzt wurde.

Während der Lehrzeit muß man einmal die Woche zur Berufsschule nach Stade, die Fächer sind Fachrechnen, Fachzeichnen, Fachkunde, Gemeinschaftskunde. Die Zeit, in der der Stoff, der behandelt werden muß, durchgenommen wird, ist viel zu kurz. 114 Berufsschultage hat man während der gesamten Lehrzeit. Für Fachrechnen, womit viele in der Klasse Schwierigkeiten hatten, hat man in der gesamten Lehrzeit 152 Stunden, rechnet man 42 Stunden für Klassenarbeiten, 8 Stunden für Krankheit und 20 Stunden für Unterrichtsausfall, Prüfungen und Feiertage ab, so bleiben für den Unterricht 82 Stunden. Legt man den Ausbildungsplan für Kfz-Mechaniker zugrunde, nach dem man in 3 Jahren 68 Themen behandeln muß, dann bleiben für die Behandlung eines Themas noch 1,2 Unterrichtsstunden übrig. Viele kommen nicht mehr mit, was dazu führt, daß sie den Unterricht dann und wann schwänzen, so kam es vor, daß in der Klasse von den 20 Kfz-Lehrlingen bloß 8 oder 9 da waren. Dabei ist das Interesse am Unterricht schon da, besonders für Fachkunde, weil man dort erfährt, was man eigentlich alles hat lernen wollen in diesem Beruf. Auch in Gemeinschaftskunde wurde durchgesetzt, daß öfters was Nützliches gemacht wurde, es wurden dann Probleme der Ausbildung, insbesondere ihre Verschlechterung diskutiert.

Vor drei Jahren sind bei den Prüfungen 50% durchgefallen, meistens im Theoretischen. Die Handwerkskammer hat dann zweimal die Woche Abendkurse für Fachrechnen angeboten, das bedeutet aber, daß man praktisch seine Freizeit verwenden muß zum Lernen, um überhaupt die Prüfung zu schaffen. In diesem Jahr sind nur noch 3 von 60 durchgefallen, das liegt aber weder an den Kursen der Handwerkskammer oder daran, daß die Lehrlinge in diesem Jahr intelligenter waren als vor drei Jahren, sondern daran, daß die Kapitalisten ein Interesse gegenwärtig haben, den Arbeitsmarkt mit Facharbeitern zu füllen, die nachher keine Stelle in ihrem Beruf kriegen können. Das nutzen sie, um die Löhne zu drücken. Die Organisierung der Lehrlinge in der Berufsschule ist einigermaßen schwierig. Weil der Unterricht einmal die Woche stattfindet, haben die Klassen schlechten Kontakt untereinander. Obwohl die Kfz-Klasse sich dafür eingesetzt hat, daß ein Schulsprecher mit einem klaren Programm gewählt wird, und Forderungen debattiert hat wie ,,Keine 5en und 6en! Keiner darf durchfallen! 12 Wochenstunden Berufschule an 2 arbeitsfreien Tagen! Lernmittelfreiheit!" ist das noch nicht gelungen. In der IG Metall war in der Klasse außer Jörg nur noch einer organisiert. Im letzten Jahr hatten sie zwar zusammen mit anderen Lehrlingen versucht, eine Jugendgruppe Metall in Stade zu gründen, sie haben einen Brief an den zuständigen Funktionär in Hamburg geschrieben, weil dieser aber erst ein gutes Vierteljahr später geantwortet hat, war die ganze Sache zunächst abgeblockt. Dabei ist eines der Hauptgesprächsthemen der Lehrlinge ihr elend niedriger Lohn von 275 DM im ersten, 340 DM im zweiten und 370 DM im dritten Lehrjahr, brutto, die Sozialversicherungsbeiträge gehen noch ab. Alle wohnen ohne Ausnahme zu Hause, einige wollen mit ihrer Freundin zusammenziehen, können aber nicht, weil das Geld nicht reicht, das gleiche gilt für die, die ausziehen wollen, weil es zu Hause zu eng ist. Etwa die Hälfte gibt 100 DM im Monat Kostgeld ab. Fast alle, ca. 90%, fahren Moped. Das sieht dann so aus, daß man entweder das Moped bezahlen kann, dann kann man am Wochenende aber nicht losgehen,

der, wie es überall in solchen Werkstätten anzutreffen ist. Die Größe liegt etwas über dem Durchschnitt. Die Werkstatt hat 9 Arbeitsplätze, davon 8 mit Hebebühne, und 1 Diagnosestand, weiter gehört zum Betrieb ein Waschraum, eine Abschmiergrube, ein Ersatzteillager und das Verkaufsgebäude. Für die Arbeiter gibt es einen Eßraum, der aber viel zu klein ist, waschen können sie sich nur in der Waschhalle, die Umkleidekabinen sind neben der Schmiergrube. Schweißgeräte, Hebebühnen, die Druck- und Luftanlage für die Hebebühnen sind oft kaputt und in keinem besonders guten Zustand.

Die Arbeit ist so aufgeteilt, daß ein Geselle die Diagnosearbeiten macht, Zündeinstellung u.ä., einer ist für die Blecharbeiten zuständig, einer für die Gebrauchtwagenaufbereitung. Die Lehrlinge werden alle von den Gesellen ausgebildet, manchmal bilden auch die Lehrlinge aus dem dritten die Lehrlinge aus dem ersten Lehrjahr aus.

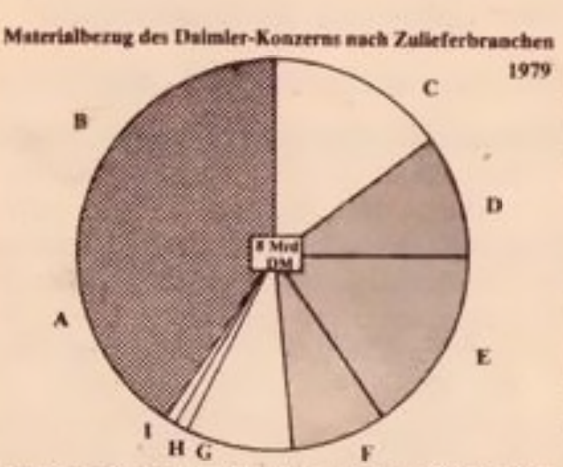
Früher war es noch so, daß in der Werkstatt kaputte Motoren oder andere Teile repariert wurden, heute werden die kaputten Teile gegen Originalaustauschteile ausgewechselt, die kaputten Teile werden ins VW-Werk geschickt. Dadurch wird die Werkstatt vom Konzern abhängig, außerdem führt es dazu, daß die Autobesitzer nur noch wenige Reparaturen selber ausführen können. Das VW-Werk

Frühstück und einer Stunde Mittag. Am Anfang seiner Lehre mußte Jörg wie alle anderen auch jeden zweiten Samstag bis 12 Uhr arbeiten, ohne daß die Lehrlinge dafür etwas bekommen hätten oder Überstundenzuschlag gezahlt wurde. Jörg hat dagegen die Initiatve ergriffen, sich mit den anderen Lehrlingen beraten, und man war sich schnell einig, daß damit Schluß sein muß. Zu dritt sind sie als Abordnung zum Kapitalisten gegangen und haben ihre Forderung vorgetragen. Am nächsten Tag wurden dann alle Lehrlinge zum ,,Alten" gerufen. Die Lehrlinge waren generell gegen Überstunden und haben durchgesetzt, daß nach jedem gearbeiteten Samstag der darauffolgende Montag zur Hälfte frei ist, den Gesellen mußte der Kapitalist einen Überstundenzuschlag von 25% zugestehen, bei Meistern und Büroangestellten blieb es allerdings bei der alten Regelung. Es gibt zwar einen Betriebsrat, wovon einer der Geschäftsführer ist, von dem man sowieso nichts erwarten kann, einer ist ein Geselle, der schon ziemlich lange da ist, auch mehr kriegt als die anderen Gesellen und sich deshalb lieber nicht anlegen will, so daß die neue Samstagsregelung ohne den Betriebsrat durchgesetzt wurde.

Während der Lehrzeit muß man einmal die Woche zur Berufsschule nach Stade, die Fächer sind Fachrechnen, Fachzeichnen, Fachkunde, Gemeinschaftskunde. Die Zeit, in der der Stoff, der behandelt werden muß,

die Lehrlinge in diesem Jahr intelligenter waren als vor drei Jahren, sondern daran, daß die Kapitalisten ein Interesse gegenwärtig haben, den Arbeitsmarkt mit Facharbeitern zu füllen, die nachher keine Stelle in ihrem Beruf kriegen können. Das nutzen sie, um die Löhne zu drücken. Die Organisierung der Lehrlinge in der Berufsschule ist einigermaßen schwierig. Weil der Unterricht einmal die Woche stattfindet, haben die Klassen schlechten Kontakt untereinander. Obwohl die Kfz-Klasse sich dafür eingesetzt hat, daß ein Schulsprecher mit einem klaren Programm gewählt wird, und Forderungen debattiert hat wie ,,Keine 5en und 6en! Keiner darf durchfallen! 12 Wochenstunden Berufschule an 2 arbeitsfreien Tagen! Lernmittelfreiheit!" ist das noch nicht gelungen. In der IG Metall war in der Klasse außer Jörg nur noch einer organisiert. Im letzten Jahr hatten sie zwar zusammen mit anderen Lehrlingen versucht, eine Jugendgruppe Metall in Stade zu gründen, sie haben einen Brief an den zuständigen Funktionär in Hamburg geschrieben, weil dieser aber erst ein gutes Vierteljahr später geantwortet hat, war die ganze Sache zunächst abgeblockt. Dabei ist eines der Hauptgesprächsthemen der Lehrlinge ihr elend niedriger Lohn von 275 DM im ersten, 340 DM im zweiten und 370 DM im dritten Lehrjahr, brutto, die Sozialversicherungsbeiträge gehen noch ab. Alle wohnen ohne Ausnahme zu Hause, einige wollen mit ihrer Freundin zusam-

Materialbezug des Daimler-Konzerns nach Zulieferbranchen 1979



A Elektroindustrie (v.a. Bosch mit mehreren 100 Mio. DM)
B Maschinenbau
C Schmieden, Gießereien – 15 % (1 200 Mio DM)
D Chemie (Lacke) – 10 % (800 Mio DM)
E Chemie (Kunststoff) – 15 % (1 200 Mio DM)
F Gummiindustrie (incl. Reifen) – 8 %
G Stahl- und Walzwerke – 9 %
H Textilindustrie – 1 %
I Glasindustrie – knapp 1 %

Teile von der Zuliefererindustrie

Vergaser
Einspritzpumpen (Bosch)
Kühlung (Behr)
Filter (Mann und Hummel)
Kolben, Kolbenringe (Mahle)
Autoelektrik (Bosch)
Spiegel, Rückleuchten (Reitter und Schäfenacker)
Schiebedächer
Glas
Radio, Antenne (Blaupunkt)
Tachoinstrumente
Zierleisten
Lenkräder, Fensterheber
Textilien, Kunststoffe
Felgen
Reifen
Heizung (Behr)

Daten Zuliefererindustrie:

Bezug von Zulieferern 1979 .... 8 Mrd DM
Insgesamte Materialwerte (incl. Gebäude) 1979 . 27 Mrd DM
Anzahl der Serienlieferanten (ständige Zulieferer) 1 500-2 000
Anzahl der Lieferanten gesamt (incl. Büromaterial) 20 000
Hauptgebiete der Zulieferindustrie ... Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen

Vergleich Lohnniveau Automobilindustrie und wichtigste Zulieferindustrien

Branche	Facharbeiter %	Facharbeiter Stundenlohn	Angelernte Arb. %	Angelernte Arb. Stundenlohn	Ungelernte Arb. %	Ungelernte Arb. Stundenlohn
Automobilind.	**51,4**	**15,77**	**34,3**	**14,41**	**14,3**	**12,28**
Elektro	31,1	12,89	18,5	11,40	50,4	10,80
Chemie	28,7	13,00	51,2	11,66	20,1	9,95
Kunststoff	23,1	11,74	48,6	10,72	28,3	10,19
Glas	31,0	13,07	47,0	11,71	22,0	10,22
Textil	21,8	10,91	58,4	09,71	19,8	8,97
Maschinenbau	57,2	13,70	25,3	12,40	17,5	11,38
Gießereien	46,0	13,73	31,0	12,30	23,0	11,86

(Alle Angaben nach Statistischem Landesamt Baden-Württemberg, Stand Januar 1979)

Daimler-Monopol: Nochmal soviele Arbeiter in der abhängigen Zulieferindustrie wie im eigenen Konzern

z.gah. Die Daimler-Kapitalisten haben sich eine umfassende Zulieferindustrie geschaffen, und sie monopolisieren diese Zulieferer in Baden-Württemberg vollständig. In alle wichtigen Produktionsbereiche sind sie eingedrungen, in die große Industrie anderer Branchen, in das Handwerk, um auch dort an der Ausbeutung der Arbeiter teilzuhaben. Etwa 70 % ihres Zulieferumsatzes wickeln die Daimler-Kapitalisten mit großen Betrieben (über 1 000 Beschäftigte) ab, mehrere hundert Millionen DM alleine mit dem Bosch-Konzern, gleichzeitig haben sie beständig die Anzahl der abhängigen kleinen Lieferanten erhöht (1950: 11 000; 1979: ca. 18 000). Die interessanten Preise bieten die ,,Großen", selbst geübt in der Schweißauspressung der Arbeiter. 53,9 % aller Gießereiarbeiter Baden-Württembergs arbeiteten 1971 in der Zulieferproduktion, 24 % aller Arbeiter der Elektroindustrie, 42,6 % aller Arbeiter der kunststoffverarbeitenden Kautschukindustrie, 15,6 % aller Arbeiter der Textilindustrie.

Die Daimler-Kapitalisten haben so teil an der Ausbeutung von mindestens nochmal soviel Arbeitern wie sie direkt beschäftigen. In Stuttgart alleine sind es nach Angaben der IHK knapp 30 000. Wieviel der unbezahlten Mehrarbeit dieser Arbeiter vom Zulieferer an das Daimler-Monopol abgetreten werden muß, darum geht es bei der Preisaushandlung. Daimler bezieht nicht nach Listenpreisen. Eine der Methoden, bei der ,,Preiskalkulation" Druck zu machen, sind die sogenannten Quotenverträge, nach denen ein Zulieferer z.B. einen Auftrag über 20 % der im laufenden Jahr benötigten Kolben erhält. Etwa 20 % des Gesamtbedarfs bleiben in der Regel offen und werden genutzt, die Konkurrenz kräftig zu schüren. Eine andere Methode ist die, Aufträge einzustellen oder zurückzuziehen, was – wie beim Kühlerlieferanten Behr in Stuttgart im letzten Jahr – zum kräftigen Stocken der Profitproduktion des Zulieferers führt. Daß sich die Daimler-Kapitalisten einkaufen, ist eine Methode, den Zulieferer dann vollständig zu unterwerfen. So gehört die Maschinenfabrik Esslingen, eine der ältesten Fabriken mit hoher Erfahrung in den Ausbeutermethoden, heute zu 90 % Daimler.

In der Zuliefererindustrie wirkt das Hineinwuchern der Daimler-Kapitalisten als gewaltiger Stachel, die Ausbeutung zu verschärfen, denn nur so kann der Zuliefer-Kapitalist selbst noch eine erträgliche Profitrate erzielen und gleichzeitig an Daimler abtreten. Die Wirkung auf das Lohnniveau sieht man an der Tabelle.

Außer den Arbeitern in der Zuliefererindustrie haben die Daimler-Kapitalisten 56 000 Arbeiter im Kfz-Bereich in 1 244 Vertragsniederlassungen ihrer Profitproduktion unterstellt. Dort wird nicht nach Daimler-Tarif, sondern nach Kfz-Tarif entlohnt. Der Durchschnittslohn für Vollgesellen in Baden-Württemberg (mind. 3 Jahre Beschäftigung nach der Prüfung) liegt bei 12,31 DM – 2,46 DM niedriger als der durchschnittliche Facharbeiterlohn in der Automobilindustrie, der Durchschnittslohn der Junggesellen (21 %) bei 9,63 DM und der Durchschnittslohn der ungelernten Arbeiter (12 %) bei 10,15 DM. Gruppenakkord ist eine der ,,Besonderheiten" dieser Vertragsniederlassungen.



Während der Verhandlungen zum Manteltarif streikten die Arbeiter in zahlreichen Kfz-Betrieben. Am 13. Juni streikten sie in Hildesheim in zwei Werkstätten und in Goslar die Arbeiter des Bosch-Dienstes, am 14. Juni streikten die Arbeiter in vier Brauschweiger Werkstätten, am 26.6. wurden in Hannover 5 Kfz-Werkstätten bestreikt, an einer Veranstaltung der IG Metall nahmen 300 während der Arbeitszeit teil, zur gleichen Zeit standen die Arbeiter der Tüpker Werkstatt in Hildesheim im Streik, zum ersten Mal nach 30 Jahren. Am 27.6. streikten in Emden die Arbeiter des Kfz-Betriebes Symens. Der Manteltarif wurde am 11.7. beschlossen. (s. Bericht)

oder man hat am Wochenende was zum Ausgeben, dann reicht es aber nicht mehr fürs Moped. Meistens greifen die Eltern einem dann unter die Arme, entweder sie zahlen die Diskothek oder das Kino, oder sie geben einem Benzingeld. Einige leihen sich um den Betrieb von den anderen was, das hat aber schon manchmal zu Reibereien geführt, weil ja das Problem mit der Rückzahlung bleibt. Die Tariflöhne nach der Gesellenprüfung sind auch nicht gerade reichlich, im ersten Gesellenjahr 8,19 DM, im zweiten 8,69 DM, im dritten 9,15 DM und ab dem vierten 9,64 DM. In dem Betrieb in Weschhafen sind die Löhne aufgrund betrieblicher Zulagen etwas höher, und es macht auch etwas aus, daß die Arbeiter dort die Werkstatt benutzen können, um ihre eigenen Autos zu reparieren. Trotzdem arbeiten die meisten noch nebenbei, wie Autoreparaturen von Bekannten, einige arbeiten auch auf dem Hof von Bekannten.

Öfters wurde in der Werkstatt über die gewerkschaftliche Organisierung gesprochen, die in diesem Fach nicht so einfach ist, wegen der Zersplitterung der Arbeiter und weil die Betriebe auch meist sehr klein sind, 1976 waren durchschnittlich 11 Arbeiter in einer Werkstatt beschäftigt. Es gab und gibt die Meinung, daß das nichts nützt, „weil die ja sowieso nichts für uns machen." Dennoch, gerade in der letzten Zeit hat die gewerkschaftliche Organisierung der Arbeiter im Kfz-Handwerk stark zugenommen, mit 30% Organisierten liegt das Kfz-Handwerk schon 21% höher als das gesamte Handwerk. Auf der 6. Bundeskonferenz hatte die IG Metall bekanntgegeben, daß sich z.B. im Bezirk Münster 630 Arbeiter neu in die Gewerkschaft eingeschrie-

aber schon manchmal zu Reibereien geführt, weil ja das Problem mit der Rückzahlung bleibt. Die Tariflöhne nach der Gesellenprüfung sind auch nicht gerade reichlich, im ersten Gesellenjahr 8,19 DM, im zweiten 8,69 DM, im dritten 9,15 DM und ab dem vierten 9,64 DM. In dem Betrieb in Weschhafen sind die Löhne aufgrund betrieblicher Zulagen etwas höher, und es macht auch etwas aus, daß die Arbeiter dort die Werkstatt benutzen können, um ihre eigenen Autos zu reparieren. Trotzdem arbeiten die meisten noch nebenbei, wie Autoreparaturen von Bekannten, einige arbeiten auch auf dem Hof von Bekannten.

Öfters wurde in der Werkstatt über die gewerkschaftliche Organisierung gesprochen, die in diesem Fach nicht so einfach ist, wegen der Zersplitterung der Arbeiter und weil die Betriebe auch meist sehr klein sind, 1976 waren durchschnittlich 11 Arbeiter in einer Werkstatt beschäftigt. Es gab und gibt die Meinung, daß das nichts nützt, „weil die ja sowieso nichts für uns machen." Dennoch, gerade in der letzten Zeit hat die gewerkschaftliche Organisierung der Arbeiter im Kfz-Handwerk stark zugenommen, mit 30% Organisierten liegt das Kfz-Handwerk schon 21% höher als das gesamte Handwerk. Auf der 6. Bundeskonferenz hatte die IG Metall bekanntgegeben, daß sich z.B. im Bezirk Münster 630 Arbeiter neu in die Gewerkschaft eingeschrie-

ben haben. Die Auseinandersetzungen in Niedersachsen um den Manteltarifvertrag und die Streiks in etlichen Betrieben dazu haben ebenfalls zu einer Stärkung der Gewerkschaft im Metall-Handwerk geführt. Abgeschlossen wurde im Manteltarifvertrag am 11. Juli eine Lohnerhöhung von 5%, einheitliche Geltung des Manteltarifs für Arbeiter und Angestellte, Erhöhung der Urlaubstage stufenweise bis 1985 auf 30 Tage, Kündigungsschutz für Arbeiter über 54 Jahre und mit 14 Jahren Betriebszugehörigkeit. Die IG Metall hat jetzt die Forderungen aufgestellt: Erhöhung der Urlaubstage auf 30 Tage für alle! und für den kündigten Tarifvertrag fordert sie eine Vorweganhebung der Löhne um 3% und Erhöhung der vorweggehobenen Löhne um 7%, Erhöhung der Lehrlingslöhne um 50 DM.

Wegen der niedrigen Löhne arbeitet ein Teil der Kfz-Mechaniker nach der Lehre nicht in dem Lehrbetrieb weiter. In der Weschhafener Werkstatt gehen 20% der Gesellen in eine der beiden großen Chemiefabriken in Stade. Diejenigen, die gerne weiterarbeiten würden, werden gekündigt, weil ihre Stelle von neuen Lehrlingen eingenommen wird, die viel billigere Arbeitskräfte sind. Bei den wenigen, die trotzdem nach der Lehre übernommen werden, regelt sich der endgültige Weggang aus dem ehemaligen Lehrbetrieb spätestens dann, wenn sie zum Bund müssen.

Daß so viele Jugendliche trotzdem diesen Beruf lernen, liegt daran, daß sie großes Interesse an der Autotechnik haben, womit sie nämlich in der Lage wären, ihre eigenen Fahrzeuge zu reparieren und oft davon überhaupt abhängig ist, ob sie sich motorisieren können oder nicht, weil der Kauf eines neuen Autos oder Mopeds oft ausgeschlossen ist, beim Kauf eines gebrauchten alten solche Kenntnisse aber erforderlich sind. Das machen sich die Kapitalisten zunutze. So sind, zählt man die Lehr-

Erhöhung der Urlaubstage auf 30 Tage für alle! und für den kündigten Tarifvertrag fordert sie eine Vorweganhebung der Löhne um 3% und Erhöhung der vorweggehobenen Löhne um 7%, Erhöhung der Lehrlingslöhne um 50 DM.

Wegen der niedrigen Löhne arbeitet ein Teil der Kfz-Mechaniker nach der Lehre nicht in dem Lehrbetrieb weiter. In der Weschhafener Werkstatt gehen 20% der Gesellen in eine der beiden großen Chemiefabriken in Stade. Diejenigen, die gerne weiterarbeiten würden, werden gekündigt, weil ihre Stelle von neuen Lehrlingen eingenommen wird, die viel billigere Arbeitskräfte sind. Bei den wenigen, die trotzdem nach der Lehre übernommen werden, regelt sich der endgültige Weggang aus dem ehemaligen Lehrbetrieb spätestens dann, wenn sie zum Bund müssen.

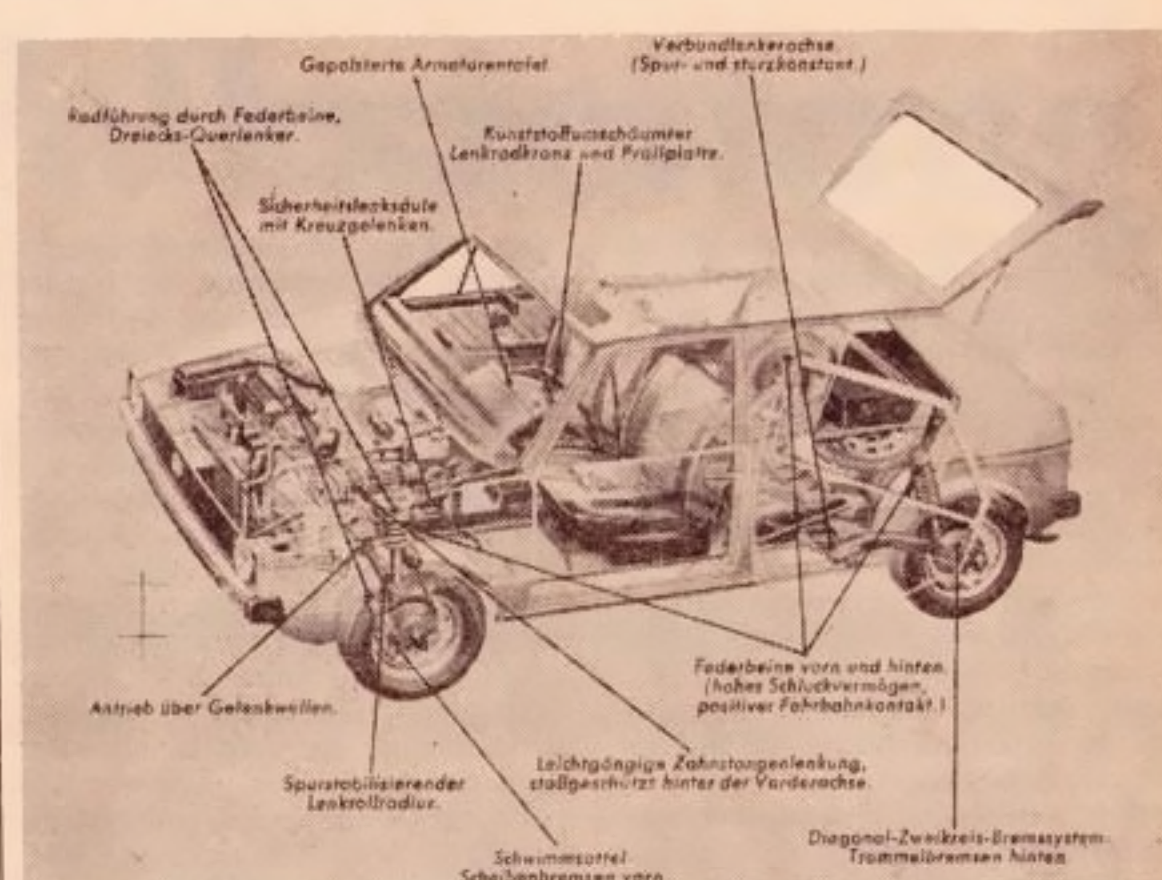
Daß so viele Jugendliche trotzdem diesen Beruf lernen, liegt daran, daß sie großes Interesse an der Autotechnik haben, womit sie nämlich in der Lage wären, ihre eigenen Fahrzeuge zu reparieren und oft davon überhaupt abhängig ist, ob sie sich motorisieren können oder nicht, weil der Kauf eines neuen Autos oder Mopeds oft ausgeschlossen ist, beim Kauf eines gebrauchten alten solche Kenntnisse aber erforderlich sind. Das machen sich die Kapitalisten zunutze. So sind, zählt man die Lehr-

linge des Kfz-Handwerks seit 1970 in einem Abstand von 3 Jahren bis 1976 zusammen, seit 1970 2,5 Mio. Jugendliche im Kfz-Handwerk ausgebildet worden, beschäftigt waren im Kfz-Handwerk Ende 1977 aber nur 269100 Kfz-Mechaniker.

Der Golf – eine teure und unsichere Schrottkiste

z.klh. „Oft kopiert – nie erreicht", so beginnt der Werbeprospekt für den Golf. In der Tat hat der Golf seit Produktionsbeginn 1974 das Gesicht seiner Fahrzeugklasse entscheidend geprägt. Über 2,5 Millionen Golf sind bisher gebaut worden. Ansonsten hält der Golf allerdings nicht, was seine Werbung verspricht.

„Der Golf. Ein besonders preiswertes Vergnügen". 10462 DM (ab Werk) kostet der billigste Golf, über dessen Ausstattung man im Prospekt erfährt, sie sei „gründlich". Gründlich ist dabei allerdings nur die Bauernfängerei, mit der VW für jede Kleinigkeit einen Aufpreis verlangt: Beim Standard und selbst bei der L-Version fehlen so nötige Dinge wie Kofferraumabdeckung, Rückfahrleuchten, abblendbarer Innenspiegel, abschließbarer Tankdeckel. Für dies „Sonderausstattungspaket" darf man noch 300 DM extra hinblättern. Nicht umsonst wurden 1978 nur 6,3% aller Golf als Standard verkauft, hauptsächlich an Behörden, wie z.B. die Post. Erst die GL-Version (1620 DM mehr als der Standard) bietet eine gute Grundausstattung (1978 rund 50% aller Golf). Um 30 - 40% (je nach Typ) haben die VW-Kapitalisten



seit 1974 die Golfpreise hochgetrieben.

„Optimum an Sicherheitsvorkehrungen... formstabile Fahrgastzelle... Knautschzonen" preist der Prospekt. Schon die ebenfalls angepriesene „gewichtsparende Bauweise" muß einen stutzig machen. 0,65 - 0,8 mm, bei einzelnen Verstärkungsteilen 1,2 mm dick ist das Blech der selbsttragenden Golf-Karosse gegenüber 0,9 - 1,5 mm beim Käfer. Das Blech ist so dünn, daß man große Flächen mit der Hand eindrücken kann und z.B. die Türen durch Einkleben von Gummimatten zusätzlich verstärkt werden. Die Ersetzung vieler Blechteile durch Kunststoff macht das Auto nicht gerade stabiler. „Der Golf. Ein Vergnügen bis zum Schluß"?

Unfallberichterstattung „Bild": Dummheit, Leichtsinn, Schicksal

18.6.79
Unfallursache: Offensichtliche Unachtsamkeit

Vater und Sohn (3) starben auf der Straße

Bei einem Frontalzusammenstoß ... starben der 23jährige Klaus Zimmermann und sein Sohn Sven. Ein Polizeisprecher: „Zimmermann hat beim Abbiegen offensichtlich nicht auf den Gegenverkehr geachtet."

Unfallursache: Übermut und Leichtsinn

Probefahrt führte in den Tod

Bei einer Probefahrt mit seinem neuen Wagen wollte ein 27jähriger Mann aus Krittel die Höchstgeschwindigkeit testen. Auf der Kreisstraße B 822 kam er bei Kilometer 120 von der Fahrbahn ab. Tot. Sein Beifahrer überlebte schwer verletzt.

Unfallursache: Keine

Vom eigenen Auto überfahren

Beim Aufprall gegen eine Laterne flog der Fahrer (35) eines Capri in Freiburg 50 Meter durch die Luft ... Der zertrümmerte Wagen raste noch ein Stück weiter und überrollte ihn tödlich.

21.6.79
Unfallursache: Ungeklärt

Gegen

Vater und Sohn (3) starben auf der Straße

Bei einem Frontalzusammenstoß ... starben der 23jährige Klaus Zimmermann und sein Sohn Sven. Ein Polizeisprecher: „Zimmermann hat beim Abbiegen offensichtlich nicht auf den Gegenverkehr geachtet."

Unfallursache: Übermut und Leichtsinn

Probefahrt führte in den Tod

Bei einer Probefahrt mit seinem neuen Wagen wollte ein 27jähriger Mann aus Krittel die Höchstgeschwindigkeit testen. Auf der Kreisstraße B 822 kam er bei Kilometer 120 von der Fahrbahn ab. Tot. Sein Beifahrer überlebte schwer verletzt.

Unfallursache: Keine

Vom eigenen Auto überfahren

Beim Aufprall gegen eine Laterne flog der Fahrer (35) eines Capri in Freiburg 50 Meter durch die Luft ... Der zertrümmerte Wagen raste noch ein Stück weiter und überrollte ihn tödlich.

21.6.79
Unfallursache: Ungeklärt

Gegen

Baum

– Schwer verletzt wurde auf der B 486 zwischen Langen und Mörfelden ein 26jähriger Pkw-Fahrer. Aus ungeklärten Gründen war er mit seinem Wagen von der Fahrbahn geraten und gegen einen Baum geprallt.

25.6.79
Unfallursache: Plötzlicher Ausfall

Radfahrer (44) tödlich verletzt

– Tödlich verletzt wurde am Sonntagnachmittag auf der Frankfurter Straße ein 44jähriger Radfahrer. Er war plötzlich nach links ausgeschert und wurde dabei von einem Pkw erfaßt.



9.7.79
Unfallursache: Ungeklärt, jedenfalls überladen

Sieben krochen aus dem Wrack

Frankfurt – Ein schwerer Verkehrsunfall ereignete sich am Samtagnachmittag auf der Autobahn Würzburg-Köln in der Höhe des Frankfurter Kreuzes. Ein mit sieben Türken (4 Erwachsene, 3 Kinder) besetzter alter Ford Taunus war (aus ungeklärter Ursache) plötzlich auf der linken Spur ins Schleudern geraten. Der Wagen überschlug sich mehrmals und blieb schließlich auf dem Dach quer auf der Fahrbahn liegen. Die Insassen konnten sich selbst aus dem Wrack befreien. Fünf Personen wurden verletzt, ein Kind davon schwer.



12.7.79
Unfallursache: Insekt und Ungestüm

Verkehrsunfall durch Wespe

Mit einer Hand schlug ein Autofahrer in Grenoble so heftig nach einer Wespe, daß er mit der anderen das Steuer verriß: Der Wagen schoß 50 Meter eine Böschung runter – ein Toter, drei Schwerverletzte.

13.7.79
Unfallursache: Böser Fehler

wachsene, 3 Kinder) besetzter alter Ford Taunus war (aus ungeklärter Ursache) plötzlich auf der linken Spur ins Schleudern geraten. Der Wagen überschlug sich mehrmals und blieb schließlich auf dem Dach quer auf der Fahrbahn liegen. Die Insassen konnten sich selbst aus dem Wrack befreien. Fünf Personen wurden verletzt, ein Kind davon schwer.



12.7.79
Unfallursache: Insekt und Ungestüm

Verkehrsunfall durch Wespe

Mit einer Hand schlug ein Autofahrer in Grenoble so heftig nach einer Wespe, daß er mit der anderen das Steuer verriß: Der Wagen schoß 50 Meter eine Böschung runter – ein Toter, drei Schwerverletzte.

13.7.79
Unfallursache: Böser Fehler

Mit dem Mofa unter die Straßenbahn

Frankfurt – Das war ein böser Fehler: Ein 31jähriger Frankfurter Gastwirt versuchte bei ‚Rot' die Schloßstraße/Ecke Rödelheimer Landstraße mit seinem Mofa zu überqueren. Dabei krachte er gegen einen Straßenbahnzug der Linie 21, der in Richtung Rödelheim fuhr. Die Bahn riß den Gastwirt rund zehn Meter weit mit, ehe sie bremsen konnte. Der Frankfurter erlitt schwere Schädel- und Schulterverletzungen. Mit dem Notarztwagen der Feuerwehr wurde er ins Nordwest-Krankenhaus gebracht und liegt jetzt auf der Intensivstation.



13.7.79
Unfallursache: Mangelnde Lebenserfahrung und Übung

... er hatte den Führerschein 2 Stunden

„Glückwunsch", sagte der Fahrlehrer. Elektriker Michael W. (19) steckte strahlend seinen neuen Führerschein ein. Dann schrieb er einen Zettel für seine Mutter („Ich komme nicht zum Essen"). Er fuhr zum ersten Mal allein in seinem 14 Jahre alten NSU, den er sich für 200 Mark gekauft hatte. Das schreckliche Ende sehen sie auf dem Foto: der rostige Kleinwagen streifte auf der B 313 die Leitplanke und brach genau in der Mitte durch. Michael – liegt lebensgefährlich verletzt im Krankenhaus (Kommentar S.2)



und Übung

... er hatte den Führerschein 2 Stunden

„Glückwunsch", sagte der Fahrlehrer. Elektriker Michael W. (19) steckte strahlend seinen neuen Führerschein ein. Dann schrieb er einen Zettel für seine Mutter („Ich komme nicht zum Essen"). Er fuhr zum ersten Mal allein in seinem 14 Jahre alten NSU, den er sich für 200 Mark gekauft hatte. Das schreckliche Ende sehen sie auf dem Foto: der rostige Kleinwagen streifte auf der B 313 die Leitplanke und brach genau in der Mitte durch. Michael – liegt lebensgefährlich verletzt im Krankenhaus (Kommentar S.2)



Der „Lappen" macht noch keinen Meister

Zwei Stunden hatte Michael seinen Führerschein – dann blutete er in den Trümmern seines rostigen Autos. *„Schrecklich!" – werden viele sagen, „aber der Junge ist ja selbst schuld."* Das ist zu einfach. Schuld ist auch unser Fahrschulsystem. Stundenlang werden Paragraphen gepaukt, für den Alltag unwichtige technische Detail erläutert. Die Fahrpraxis kommt viel zu kurz. Meist wird vergessen, dem Neuling am Steuer mit auf den Weg zu geben, daß der „Lappen" (Führerschein) noch keinen Meister macht.

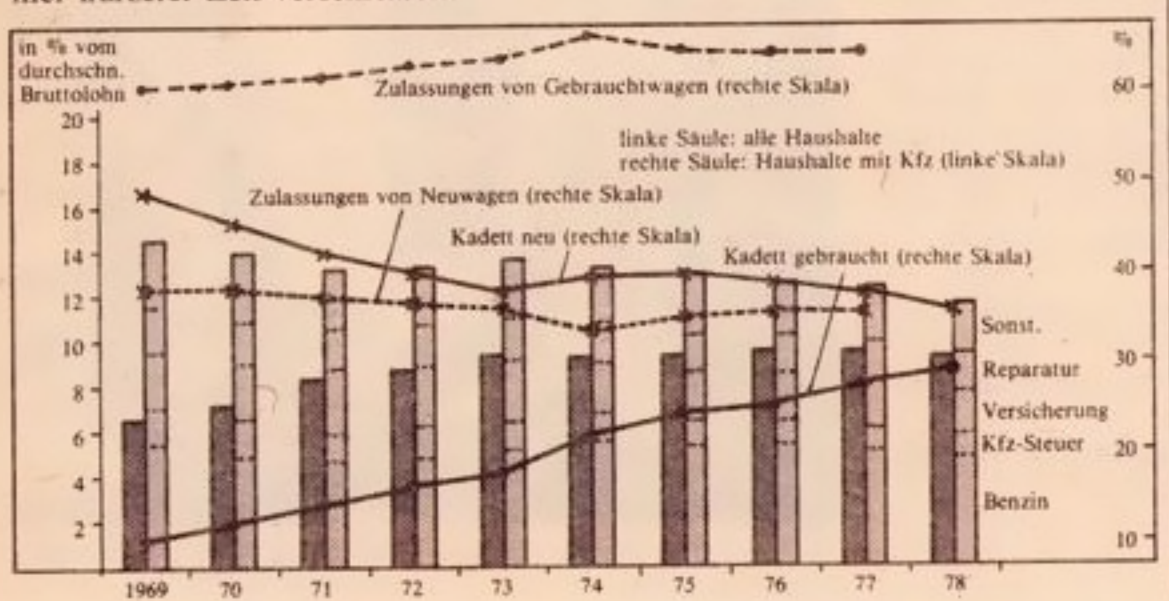
16.7.79
Unfallursache: Straße, Regen, Tempo

Nie mehr im Tor



Anschaffungs- und Unterhaltskosten für ein Auto gesunken?

z.gab. Dies ist Ergebnis der jährlichen Erhebung des statistischen Bundesamtes für die Aufwendungen zum Unterhalt eines Kraftfahrzeugs einer Arbeiterfamilie des „Haushaltstyps 2" mit eigenem Kraftfahrzeug, gemessen am jeweiligen durchschnittlichen Bruttolohn des Jahres. Die Anschaffungskosten sind in dieser Statistik nicht enthalten, ebensowenig die Qualität des Wagens, das Alter etc. Sind die Unterhaltskosten für die Arbeiterhaushalte mit Kraftfahrzeug (rechte Säule) gesunken, so sind gleichzeitig die Ausgaben für ein Kraftfahrzeug insgesamt für alle Arbeiterhaushalte desselben Haushaltstyps (linke Säule) gestiegen. Immer mehr Arbeiterfamilien sind auf ein Auto angewiesen, um an den täglichen Arbeitsplatz zu kommen, immer größer werden die Entfernungen, die täglich zurückgelegt werden müssen. In gleichem Maße wie die Aufwendungen der Arbeiterfamilie für das Auto stiegen auch die Zulassungen für Gebrauchtwagen, gemessen an den Gesamtzulassungen: immer schlechtere, ältere Wagen, die in immer kürzerer Zeit verschleißen.



Zerschlagung der Gewerkschaften – faschistische Arbeitsfront

z.her. In der BRD und Westberlin haben Politiker aller bürgerlichen Parteien des 20. Juli 1944 gedacht. Insbesondere der Parteivorsitzende der CDU ist mit einer Schrift – gedacht als Dokumentation – hervorgetreten. Sie soll, nach Kohl, ,,. . . wieder einmal deutlich machen, wie sehr die CDU aus der Geschichte unseres Volkes und in besonderer Weise auch aus der Geschichte des Widerstandes gegen Hitler lebt.'' Dabei denkt er u.a. an Jakob Kaiser, verdienter Mitbegründer der CDU. Kaiser war 1933 Mitglied des Reichstages. In der Biographie im Anhang dieser Dokumentation wird nicht erwähnt, welcher Partei er angehört hat. Ist es doch allzu geläufig, daß es gerade die Zentrumspartei war, die sich unter Hitler als Reichskanzler eine gedeihliche Zusammenarbeit mit der NSDAP versprach – zur Herstellung von Sicherheit und Ordnung wider die Kämpfe der Arbeiterklasse und des Volkes.

Drastische Verordnungen zur Aufhebung des Demonstrations- und Versammlungsrechts, nach der Inszenierung des Reichstagsbrands durch die Nationalsozialisten die ,,Legalisierung'' der Jagd auf die Kommunisten und Verbot der Kommunistischen Partei Deutschlands sowie einstimmige Zustimmung zu dem sog. Ermächtigungsgesetz Hitlers, das u.a. die Gesetzemacherei von der Bindung an die Verfassung befreite – das sind nur einige Stationen der ,,geschichtlichen Grundlagen'' der CDU. Aber hervorzuheben ist ja noch und wird auch in der Dokumentation – Jakob Kaiser war Teil der Arbeiterschaft. Er war Geschäftsführer des Gesamtverbandes der Christlichen Gewerkschaften. Und war er da nicht Mitträger des fortschrittlichen Prinzips der Einheitsgewerkschaft – man wird sehen. In der Dokumentation jedenfalls rühmt sich Jakob Kaiser selbst der Zusammenarbeit mit dem sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer Wilhelm Leuschner, der schon 1932 als Nachfolger des damals noch amtierende Vorsitzenden des Dachverbandes der Freien Gewerkschaften (ADGB), Theodor Leipart, gewählt worden war. Kaiser: ,,Die führenden Christlichen, Hirsch-Dunkerschen und Freien Gewerkschaften hatten sich noch 1933 zusammengefunden. Man glaubte damals mit der geschlossenen Macht der Gewerkschaften Hitler wirksam entgegen treten zu können. Aber im April und Mai 1933 war es schon zu spät dafür. Auch die Gewerkschaften fielen der Zerstörung anheim.''

Waren es nicht auch gerade diese Führer der Gewerkschaften, die die Niederlage der Arbeiterbewegung besiegelten, indem sie die elementare Organisation der Arbeiterklasse an die Faschisten preisgaben? Zwar versuchen auch die Sozialdemokraten sich reinzuwaschen. Aber zugeben müssen

gungsgesetz Hitlers, das u.a. die Gesetzemacherei von der Bindung an die Verfassung befreite – das sind nur einige Stationen der ,,geschichtlichen Grundlagen'' der CDU. Aber hervorzuheben ist ja noch und wird auch in der Dokumentation – Jakob Kaiser war Teil der Arbeiterschaft. Er war Geschäftsführer des Gesamtverbandes der Christlichen Gewerkschaften. Und war er da nicht Mitträger des fortschrittlichen Prinzips der Einheitsgewerkschaft – man wird sehen. In der Dokumentation jedenfalls rühmt sich Jakob Kaiser selbst der Zusammenarbeit mit dem sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer Wilhelm Leuschner, der schon 1932 als Nachfolger des damals noch amtierende Vorsitzenden des Dachverbandes der Freien Gewerkschaften (ADGB), Theodor Leipart, gewählt worden war. Kaiser: ,,Die führenden Christlichen, Hirsch-Dunkerschen und Freien Gewerkschaften hatten sich noch 1933 zusammengefunden. Man glaubte damals mit der geschlossenen Macht der Gewerkschaften Hitler wirksam entgegen treten zu können. Aber im April und Mai 1933 war es schon zu spät dafür. Auch die Gewerkschaften fielen der Zerstörung anheim.''

Waren es nicht auch gerade diese Führer der Gewerkschaften, die die Niederlage der Arbeiterbewegung besiegelten, indem sie die elementare Organisation der Arbeiterklasse an die Faschisten preisgaben? Zwar versuchen auch die Sozialdemokraten sich reinzuwaschen. Aber zugeben müssen
sie doch das ,,Versagen'' der Gewerkschaftsführung: ,,Die Verantwortlichen des ,Leipart-Kurses' verhielten sich in der entscheidenden Phase nicht wie historische Helden'' (Theorie und Praxis der Gewerkschaften: Das Lehrstück von 1. und 2. Mai 1933). Das ist zwar auch nur eine dürftige Charakterisierung, aber immerhin. Fehler der Aktionseinheitspolitik der KPD und vorhandene Spaltung der Arbeiterbewegung beförderten die Unterwerfungspolitik der bürgerlichen Gewerkschaftsführer, der sie immer mehr ,,anheim fielen''. Als die Faschisten per Gesetz den 1. Mai 1933 zum ,,Nationalen Feiertag der Arbeit'' deklarierten und Arbeiter wie Kapitalisten gleichermaßen damit verpflichtet sein sollten, diesen Tag im Sinne des ,,Neuen Deutschland'' zu begehen, begrüßte der Vorstand des ADGB dies. Der Bundesausschuß mit Leipart und Leuschner an der Spitze fügte die ausdrückliche Aufforderung an die Mitglieder hinzu, sich an den Feiern ,,festlich zu beteiligen''. Voller Verbitterung blieben die organisierten Arbeiter diesen Festlichkeiten fern, zum Teil trafen sie sich zu eigenen Demonstrationen.

Den Christlichen Gewerkschaften unter Federführung jenes Jakob Kaiser gelang es zwar noch Ende April, die erwähnte Vereinheitlichung der drei Gewerkschaftsrichtungen zustande zu bringen, aber nur um einheitliche Unterwerfung der Gewerkschaften unter die Kontrolle der Reichsregierung anzubieten. ,,Führerkreis der vereinigten Gewerkschaften'' war der Vorschlag streng nach dem Gleichschaltungsprinzip tituliert. Für die NSDAP stand jedoch schon seit dem 21. April fest: Am 2. Mai 1933 Punkt 10 Uhr würden in ganz Deutschland die Gewerkschaftshäuser der Freien Gewerkschaften beschlagnahmt und alle Verbandsvorsitzenden, die Bezirkssekretäre sowie die Filialleiter der Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten AG in ,,Schutzhaft'' genommen.

Schon am 10. Mai wurde die Deutsche Arbeitsfront DAF gegründet, in der nunmehr die Kapitalisten als Betriebsführer und die Arbeiter als Gefolgschaft zusammenzuarbeiten hätten. Am 19. Mai wurde das Treuhändergesetz erlassen. Treuhänder der Wirtschaft (meist frühere juristische Berater in den Kapitalistenverbänden) hatten als Beamte des Staates die Lohntarife und die Arbeitsrechte festzusetzen. Die DAF wurde dann der NSDAP eingegliedert. Als Pseudovertretung ohne Befugnisse blieben jährliche Abstimmung über Vertrauensleute im Betrieb. Die Kapitalisten konnten nun ihrerseits ihre Verbände als nicht mehr erforderlich auflösen. Sämtliche gewerkschaftlichen und politischen Freiheiten der Arbeiterklasse waren mit der Zwangsmitgliedschaft in der DAF beseitigt. Reichlich hatte die Finanzbourgeoisie, allen voran die Schwerindustrie und der Kohlebergbau, in den Aufbau der NSDAP investiert – sie sind nicht enttäuscht worden. Noch 1933 konnte die Aufrüstung zur Kriegsvorbereitung beginnen. Daß es den Faschisten jedoch niemals gelungen ist, die organisierte Arbeiterbe-

zip tituliert. Für die NSDAP stand jedoch schon seit dem 21. April fest: Am 2. Mai 1933 Punkt 10 Uhr würden in ganz Deutschland die Gewerkschaftshäuser der Freien Gewerkschaften beschlagnahmt und alle Verbandsvorsitzenden, die Bezirkssekretäre sowie die Filialleiter der Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten AG in ,,Schutzhaft'' genommen.

Schon am 10. Mai wurde die Deutsche Arbeitsfront DAF gegründet, in der nunmehr die Kapitalisten als Betriebsführer und die Arbeiter als Gefolgschaft zusammenzuarbeiten hätten. Am 19. Mai wurde das Treuhändergesetz erlassen. Treuhänder der Wirtschaft (meist frühere juristische Berater in den Kapitalistenverbänden) hatten als Beamte des Staates die Lohntarife und die Arbeitsrechte festzusetzen. Die DAF wurde dann der NSDAP eingegliedert. Als Pseudovertretung ohne Befugnisse blieben jährliche Abstimmung über Vertrauensleute im Betrieb. Die Kapitalisten konnten nun ihrerseits ihre Verbände als nicht mehr erforderlich auflösen. Sämtliche gewerkschaftlichen und politischen Freiheiten der Arbeiterklasse waren mit der Zwangsmitgliedschaft in der DAF beseitigt. Reichlich hatte die Finanzbourgeoisie, allen voran die Schwerindustrie und der Kohlebergbau, in den Aufbau der NSDAP investiert – sie sind nicht enttäuscht worden. Noch 1933 konnte die Aufrüstung zur Kriegsvorbereitung beginnen. Daß es den Faschisten jedoch niemals gelungen ist, die organisierte Arbeiterbe-
wegung für ihre Kriegsvorbereitungen zu gewinnen, mußte sie bei jeder Vertrauensleute,,wahl'' erfahren. Nicht mal ein Drittel der Belegschaften haben ihre Stimme abgegeben. Nach dem dritten Versuch fand ab 1936 keine solche Abstimmung mehr statt.

Mit dem Faschismus schlägt die deutsche Finanzbourgeoisie die Arbeiterbewegung nieder und greift erneut nach der Weltherrschaft

Quellenhefte zum Revolutionären Volksbildungsprogramm

Aufruf der KPD zum Generalstreik vom 30. Januar 1933 (Auszug)

Hitler Reichskanzler – Papen Vizekanzler – Hugenberg Wirtschaftsdiktator – die Frick und Göring an der Spitze der Polizei – Stahlhelm-Seldte Arbeitsminister! Dies neue Kabinett der offenen, faschistischen Diktatur ist die brutalste, unverhüllteste Kriegserklärung an die Werktätigen, die deutsche Arbeiterklasse! Die Betrugsmanöver des ,,sozialen'' Generals sind zu Ende. Die Zuspitzung der Krise, der machtvolle revolutionäre Aufschwung der Massen zwingt die Bourgeoisie, das nackte Gesicht ihrer Diktatur in äußerster Brutalität zu enthüllen. An die Stelle der ,,sozialen'' Phrasen treten die Bajonette der Reichswehr und die Revolver der mordenden SA- und SS-Kolonnen. Schamloser Raub der Löhne, schrankenloser Terror der braunen Mordpest, Zertrampelung der letzten spärlichen Überreste der Rechte der Arbeiterklasse, hemmungsloser Kurs auf den imperialistischen Krieg – das alles steht unmittelbar bevor. Diese faschistischen Anschläge sollen den Kurs auf die volle Zerschlagung aller Arbeiterorganisationen Deutschlands einleiten. . . .

Bestimmung des Klassencharakters des Faschismus durch den VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale 1935

Der Machtantritt des Faschismus ist keine einfache Ersetzung der einen bürgerlichen Regierung durch eine andere, sondern eine Ablösung der einen Staatsform der Klassenherrschaft der Bourgeoisie – der bürgerlichen Demokratie – durch eine andere Form – durch die offene terroristische Diktatur.

Der Faschismus an der Macht, Genossen, ist, wie ihn das 13. Plenum des EKKI richtig charakterisiert hat, *die offene, terroristische Diktatur der reaktionärsten, chauvinistischsten, am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals.*

Die reaktionärste Spielart des Faschismus ist der Faschismus *deutschen Schlages.* Er hat die Dreistigkeit, sich Nationalsozialismus zu nennen, obwohl er nichts mit Sozialismus gemein hat. Der Hitlerfaschismus ist nicht bloß bürgerlicher Nationalsozialismus, er ist ein tierischer Chauvinismus. Das ist ein Regierungssystem des politischen Banditentums, ein System der Provokationen und Folterungen gegenüber der Arbeiterklasse und den revolutionären Elementen der Bauernschaft, des Kleinbürgertums und der Intelligenz. Das ist mittelalterliche Barbarei und Grausamkeit, zügellose Aggressivität gegenüber den anderen Völkern und Ländern.

Der deutsche Faschismus spielt die Rolle des *Stoßtrupps der internationalen Konterrevolution, des Hauptanstifters des imperialistischen Krieges, des Initiators eines Kreuzzuges gegen die Sowjetunion, das große Vaterland der Werktätigen der ganzen Welt.*

(Dimitroff, Georgi: Arbeiterklasse gegen Faschismus, Frankfurt/Main 1976)



Verhaftungen nach dem Reichstagsbrand am 27. Februar 1933 in Berlin. In vielen Städten streiken die Arbeiter.

In aller Welt wurde die Freilassung Dimitroffs und Thälmanns gefordert. Demonstration in London.

Verordnung des Beauftragten für den Vierjahresplan Göring zur ,,Sicherstellung des Kräftebedarfs für Aufgaben von besonderer staatspolitischer Bedeutung'' vom 22. Juni 1938

Damit für besonders bedeutsame Aufgaben, deren Durchführung aus staatspolitischen Gründen keinen Aufschub duldet, rechtzeitig die benötigten Arbeitskräfte bereitgestellt werden können, muß die Möglichkeit geschaffen werden, vorübergehend auch auf anderweit gebundene Arbeitskräfte zurückzugreifen.

. . . §1. Deutsche Staatsangehörige können vom Präsidenten der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Ar-

terorganisationen Deutschlands einleiten. . . .

Denkschrift Hitlers zum Vierteljahresplan vom August 1936

Die endgültige Lösung liegt in einer Erweiterung des Lebensraumes bzw. der Rohstoff- und Ernährungsbasis unseres Volkes. Es ist die Aufgabe der politischen Führung, diese Frage dereinst zu lösen . . .

Die Erfüllung dieser Aufgaben in der Form eines Mehr-Jahresplans der Unabhängigmachung unserer nationalen Wirtschaft vom Ausland wird es aber auch erst ermöglichen, vom deutschen Volk auf wirtschaftlichem Gebiet und dem Gebiete der Ernährung Opfer zu verlangen, denn das Volk hat dann ein Recht, von seiner Führung, der es die blinde Anerkennung gibt, zu verlangen, daß sie auch auf diesem Gebiete durch unerhörte und entschlossene Leistungen die Probleme anfaßt und sie nicht bloß beredet, daß sie sie löst und nicht bloß registriert!

Es sind jetzt fast 4 kostbare Jahre vergangen. Es gibt keinen Zweifel, daß wir schon heute auf dem Gebiet der Brennstoff-, der Gummi- und zum Teil auch in der Eisenerzversorgung vom Ausland restlos unabhängig sein könnten. Genau so wie wir zur Zeit 7 oder 800000 t Benzin produzieren, könnten wir 3 Millionen t produzieren. Genau so wie wir heute einige tausend t Gummi fabrizieren, könnten wir schon jährlich 70 oder 80000 t erzeugen. Genau so wie wir von 2½ Millio-

(Dimitroff, Georgi: Arbeiterklasse gegen Faschismus, Frankfurt/Main 1976)





Verhaftungen nach dem Reichstagsbrand am 27. Februar 1933 in Berlin. In vielen Städten streiken die Arbeiter.

In aller Welt wurde die Freilassung Dimitroffs und Thälmanns gefordert. Demonstration in London.

Verordnung des Beauftragten für den Vierjahresplan Göring zur ,,Sicherstellung des Kräftebedarfs für Aufgaben von besonderer staatspolitischer Bedeutung'' vom 22. Juni 1938

Damit für besonders bedeutsame Aufgaben, deren Durchführung aus staatspolitischen Gründen keinen Aufschub duldet, rechtzeitig die benötigten Arbeitskräfte bereitgestellt werden können, muß die Möglichkeit geschaffen werden, vorübergehend auch auf anderweit gebundene Arbeitskräfte zurückzugreifen.

. . . §1. Deutsche Staatsangehörige können vom Präsidenten der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung für eine begrenzte Zeit verpflichtet werden, auf einem ihnen zugewiesenen Arbeitsplatz Dienste zu leisten oder sich einer bestimmten beruflichen Ausbildung zu unterziehen . . .

(Hohlfeld, J.: Dokumente der deutschen Politik und Geschichte, Bd. IV, Berlin 1951)

Denkschrift Hitlers zum Vierteljahresplan vom August 1936

Die endgültige Lösung liegt in einer Erweiterung des Lebensraumes bzw. der Rohstoff- und Ernährungsbasis unseres Volkes. Es ist die Aufgabe der politischen Führung, diese Frage dereinst zu lösen . . .

Die Erfüllung dieser Aufgaben in der Form eines Mehr-Jahresplans der Unabhängigmachung unserer nationalen Wirtschaft vom Ausland wird es aber auch erst ermöglichen, vom deutschen Volk auf wirtschaftlichem Gebiet und dem Gebiete der Ernährung Opfer zu verlangen, denn das Volk hat dann ein Recht, von seiner Führung, der es die blinde Anerkennung gibt, zu verlangen, daß sie auch auf diesem Gebiete durch unerhörte und entschlossene Leistungen die Probleme anfaßt und sie nicht bloß beredet, daß sie sie löst und nicht bloß registriert!

Es sind jetzt fast 4 kostbare Jahre vergangen. Es gibt keinen Zweifel, daß wir schon heute auf dem Gebiet der Brennstoff-, der Gummi- und zum Teil auch in der Eisenerzversorgung vom Ausland restlos unabhängig sein könnten. Genau so wie wir zur Zeit 7 oder 800000 t Benzin produzieren, könnten wir 3 Millionen t produzieren. Genau so wie wir heute einige tausend t Gummi fabrizieren, könnten wir schon jährlich 70 oder 80000 t erzeugen. Genau so wie wir von 2½ Millionen t Eisenerz-Erzeugung auf 7 Millionen t stiegen, könnten wir 20 oder 25 Millionen t deutsches Eisenerz verarbeiten, und wenn notwendig, auch 30. Man hat nun Zeit genug gehabt, in 4 Jahren festzustellen, was wir nicht können. Es ist jetzt notwendig, auszuführen, das, was wir können.

Ich stelle damit folgende Aufgabe:
I. Die deutsche Armee muß in vier Jahren einsatzfähig sein.
II. Die deutsche Wirtschaft muß in vier Jahren kriegsfähig sein.

(Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, Stuttgart 1955, Heft 2)

Hermann J. Abs, Vorstandsmitglied der Deutschen Bank, vor dem Handelspolitischen Ausschuß der Reichswirtschaftskammer am 17. Juli 1941

. . . Auch die Perspektiven, die sich für die deutsche Wirtschaft nach dem Krieg stellen und die auf einen engeren Zusammenschluß aller kontinentaleuropäischen Volkswirtschaften hinauslaufen, rechtfertigen ja unter außenhandelsmäßigen Aspekten eine Betrachtung, die Kontinentaleuropa dem amerikanischen Kontinent gegenüber stellt. Dabei ist daran zu denken, daß der Begriff Kontinentaleuropa, unter dem man bisher die europäischen Staaten ohne Großbritannien und Rußland verstand, durch die kriegerischen Entwicklungen im Osten eine neue Prägung erhalten wird. Auch die Wirtschaft Rußlands wird zum mindesten in wesentlichen Teilen einem zukünftigen kontinentaleuropäischen Wirtschaftsraum zuzuzählen sein. Welchen Zuwachs dieser Raum dadurch an Erzeugungs- und auch an Verbrauchskraft erhält, ist naturgemäß im gegenwärtigen Stand der Entwicklung gar nicht abzuschätzen. Jedenfalls wird er auch unter dem Gesichtspunkt der Selbstversorgung mit wichtigen Gütern eine weitere Abrundung erfahren . . .

1. sei davon auszugehen, daß Deutschland nach dem Krieg Europa beherrscht,
2. auch Europa ist nach dem Krieg auf USA nicht angewiesen,
3. der ferne Osten und Südamerika stehen dem europäischen Export offen . . .

(Anatomie des Krieges: S. 345-348)



Rotarmisten hissen die Rote Fahne auf dem Reichstagsgebäude in Berlin